

In der Senatssitzung am 3. Dezember 2024 beschlossene Fassung

Der Senator für Finanzen

15. November 2024

Vorlage für die Sitzung des Senats am 03.12.2024

Doppischer Jahresabschluss und Haushaltsrechnung des Landes Bremen einschließlich Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt des Landes Bremen für das Haushaltsjahr 2023

A. Problem

Zuletzt hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen am 05.12.2023 den doppelischen Jahresabschluss 2022 sowie den Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt 2022 des Landes Bremen zur Kenntnis genommen und die Haushaltsrechnung 2022 des Landes Bremen beschlossen.

Der Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen ist durch das Haushaltsgesetz für das Haushaltsjahr 2023 am 14.12.2021 beschlossen worden. Am 28.03.2023 wurde das erste Nachtragshaushaltsgesetz, am 20.12.2023 das zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2023 beschlossen.

Gemäß Artikel 133 Landesverfassung und § 114 Abs. 1 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen der Bürgerschaft über die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsjahres im Laufe des nächsten Haushaltsjahres Rechnung zu legen.

Ferner ist der Senat nach § 8 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes verpflichtet, dem Haushalts- und Finanzausschuss im Rahmen eines Abschlussberichts über den Vollzug des Produktgruppenhaushalts 2023 Bericht zu erstatten.

B. Lösung

Der Senator für Finanzen veröffentlicht für das Geschäftsjahr 2023 den doppelischen Jahresabschluss, die Haushaltsrechnung sowie den Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt des Landes Bremen gemeinsam in dem Band „Doppischer Jahresabschluss, Haushaltsrechnung und Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt des Landes Bremen 2023“.

In Teil A wird mit dem doppelischen Jahresabschluss des Landes Bremen die kontinuierliche Berichterstattung der letzten Jahre fortgeführt. Als Kernstück schafft der Lagebericht einen Überblick über die vorhandenen Vermögenswerte und Schulden sowie den Ressourcenverbrauch des Geschäftsjahres 2023. Die betriebswirtschaftlich orientierte Doppik erlaubt eine sowohl zeitliche als auch wertmäßige Gesamtbetrachtung einschließlich der für die Zukunft eingegangenen Verpflichtungen. Dadurch leistet sie einen Beitrag zur generationengerechten Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Mit Beschluss vom 14.06.2022 hat der Senat den Senator für Finanzen gebeten, den Umstieg auf die HKR-IT-Lösung SAP S/4HANA mit Start des Vorprojekts einzuleiten und die Bandbreite der Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg zu konkretisieren. Am 21. November 2023 beschloss der Senat die Umstellung der Lizenzen auf die SAP-Nachfolgeversion. Mit Beschluss vom 03.09.2024 stimmte der Senat der Umstellung des Haushalts auf ein doppisches Haushaltsmanagement sowie der Maßnahme „Einführung eines doppischen Haushalts und Transformation des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Kernhaushalte nach SAP S/4HANA“ zu. Die vorhandenen Ressourcen werden daher vorrangig auf diese Aufgaben fokussiert und die Berichterstattung der doppischen Jahresabschlüsse erfolgt seit dem Berichtsjahr 2021 bis zum vollständigen Abschluss des Umstellungsprozesses in verkürzter Form - bestehend aus der Erfolgsrechnung, der Vermögensrechnung sowie dem Anlagengitter. Verzichtet wird auf einen ausführlichen Lagebericht, auf den Anhang mit Erläuterungen sowie auf die Finanzrechnung.

In Teil B des Berichtsbandes wird dem Senat der Freien Hansestadt Bremen die Haushaltsrechnung des Landes Bremen für das Haushaltsjahr 2023 mit dem dazugehörigen Entwurf der Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) vorgelegt. Im Rahmen der Haushaltsrechnung werden die Einnahmen und Ausgaben auf Einzelplan- und Kapitelebene gegenübergestellt.

Teil C beinhaltet im Sinne einer umfassenden Rechnungslegung den Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt 2023 auf Basis der Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis Dezember 2023 einschließlich des 14. Abrechnungsmonats. Analog zu der Haushaltsrechnung gemäß § 80 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung, bei der die Einnahmen und Ausgaben auf Einzelplan- und Kapitelebene gegenübergestellt werden, werden im Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt bei den kameralen Finanzdaten die Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Produktplänen dem jeweiligen Haushalts-Soll gegenübergestellt. Wie bereits in den Vorjahren werden im Produktgruppenhaushalt die Aggregate „Entnahme aus der Rücklage“ und „Zuführung zur Rücklage“ ausgewiesen. Unter „Personaldaten“ werden Personalkosten und -menge mit vorher festgelegten Planwerten abgeglichen. Im Abschnitt „Leistungskennzahlen“ werden Ist-Werte mit den zu erreichenden Zielzahlen verglichen. Zudem wurden auch die Kapazitätsdaten ausgewertet.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung /

Klimacheck

Keine finanziellen und personalwirtschaftlichen sowie genderspezifischen Auswirkungen. Die Beschlüsse in der Senatsvorlage haben, auf Basis des Klimachecks, voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

E. Beteiligung / Abstimmung

Der Lagebericht des doppelischen Jahresabschlusses wurde mit der Senatskanzlei abgestimmt.

Die Produktplan- und Produktbereichsberichte wurden von den Fachressorts mit Stichtag 7. März 2024 erstellt. Die Kommentare des Senators für Finanzen wurden mit den Fachressorts im April 2024 erörtert.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

Gegen eine Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz bestehen keine Bedenken.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt den vom Senator für Finanzen vorgelegten doppelischen Jahresabschluss 2023 des Landes Bremen (Teil A) zur Kenntnis und beschließt die Mitteilung sowie deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).
2. Der Senat beschließt die Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Teil B) für das Haushaltsjahr 2023 sowie die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.
3. Der Senat nimmt den beigefügten Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt 2023 (Teil C) zur Kenntnis und bittet um die Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) gemeinsam mit dem doppelischen Jahresabschluss und der Haushaltsrechnung 2023.

**Mitteilung des Senats
an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)
vom 3. Dezember 2024**

Doppischer Jahresabschluss und Haushaltsrechnung des Landes Bremen einschließlich Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt des Landes Bremen für das Haushaltsjahr 2023

Der Senator für Finanzen veröffentlicht für das Geschäftsjahr 2023 den doppelischen Jahresabschluss, die Haushaltsrechnung sowie den Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt in dem Band „Doppischer Jahresabschluss, Haushaltsrechnung und Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt des Landes Bremen 2023“.

Teil A des Berichtsbandes enthält den doppelischen Jahresabschluss des Landes Bremen für das Geschäftsjahr 2023. In Teil B des Berichtsbandes ist die Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2023 enthalten. Teil C des Berichtsbandes beinhaltet im Sinne einer umfassenden Rechnungslegung den Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt 2023.

Der Senat bittet um Sicherstellung der Behandlung in der Dezember-Bürgerschaft.

1. Teil A des Berichtsbandes: Doppischer Jahresabschluss der Freien Hansestadt Bremen 2023

Der Senat überreicht der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den doppelischen Jahresabschluss des Landes Bremen 2023 (Teil A im Berichtsband) zur Kenntnisnahme.

Wie auch im Vorjahr erfolgt für das Geschäftsjahr 2023 die Berichterstattung in verkürzter Form. Die Umstellung des Haushalts auf ein doppelisches Haushaltsmanagement sowie die Maßnahme „Einführung eines doppelischen Haushalts und Transformation des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Kernhaushalte nach SAP S/4HANA“ wird oberste Priorität haben. Die vorhandenen Ressourcen werden daher vorrangig auf diese Aufgaben fokussiert. Die Berichterstattung der doppelischen Jahresabschlüsse erfolgt aus diesem Grund seit dem Berichtsjahr 2021 und bis zum vollständigen Abschluss des Umstellungsprozesses in verkürzter Form - bestehend aus der Erfolgsrechnung, der Vermögensrechnung, dem Lagebericht in Kurzform sowie dem Anlagengitter. Verzichtet wird auf einen ausführlichen Lagebericht, auf den Anhang mit Erläuterungen sowie auf die Finanzrechnung.

In dieser Form liefert der doppelische Jahresabschluss weiterhin neben dem kamerale Rechnungswesen ergänzende Steuerungsinformationen, indem er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus betriebswirtschaftlicher Sicht vermittelt. Er gibt Aufschlüsse über die vorhandenen Vermögenswerte, die eingegangenen Verpflichtungen sowie den Ressourcenverbrauch und leistet damit einen Beitrag zu einer größeren Transparenz über die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik des Landes.

Der Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag ist ein Ergebnis der Erfolgsrechnung, in die sämtliche Aufwendungen und Erträge periodengerecht für das Berichtsjahr einfließen.

Das Jahresergebnis ist die Summe aus dem Verwaltungsergebnis, dem Finanzergebnis sowie den Steuern.

Das Verwaltungsergebnis 2023 weist im Land Bremen -5.320,45 Mio. Euro aus. Erträgen in Höhe von 5.673,30 Mio. Euro stehen Aufwendungen in Höhe von 10.993,76 Mio. Euro gegenüber.

Trotz einer Verbesserung um 137,15 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr, beträgt das Finanzergebnis -421,72 Mio. Euro. Den 258,45 Mio. Euro Erträgen stehen 680,17 Mio. Euro Aufwendungen aus Finanzgeschäften gegenüber. Wie in den Vorjahren ist die hohe Zinslast prägend, die als Folge der zum 01.01.2020 erfolgten Schuldübernahme der Darlehensverbindlichkeiten der Stadtgemeinde Bremen im Land Bremen mehrheitlich ausgewiesen wird.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit ergibt sich aus der Summe des Verwaltungsergebnisses (-5.320,45 Mio. Euro) sowie des Finanzergebnisses (-421,72 Mio. Euro). Unter Berücksichtigung der Steuern schließt die Erfolgsrechnung des Landes Bremen 2023 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -5.742,18 Mio. Euro ab.

Durch den Ausweis der bisherigen haushaltstechnischen Verrechnungen zwischen den Gebietskörperschaften (Land und Stadtgemeinde Bremen) ergeben sich Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung und das Jahresergebnis 2023. Seit der ab 2021 getrennten Ermittlung der doppelten Jahresergebnisse je Gebietskörperschaft werden die bis 2020 neutral betrachteten haushaltstechnischen Verrechnungen zwischen den Gebietskörperschaften in Rechnung gestellt und als Erträge und Aufwendungen in der Erfolgsrechnung ergebniswirksam ausgewiesen. Im Verwaltungs- und Jahresergebnis des Landes Bremen sind saldiert -2,01 Mrd. Euro enthalten. Die Stadtgemeinde Bremen weist als Leistungspartner umgekehrt einen positiven Saldo von 2,01 Mrd. Euro aus. Über die gemeinsame Betrachtung beider Gebietskörperschaften gleicht sich der Effekt nahezu aus und bleibt in Summe ergebnisneutral.

2. Teil B des Berichtsbandes: Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2023

Der Senat überreicht der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) die Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2023 (Teil B im Berichtsband) und bittet die Bremische Bürgerschaft (Landtag), ihm aufgrund des § 114 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung (LHO) Entlastung zu erteilen.

Der Senat gibt dazu gem. § 84 LHO die nachstehenden Erläuterungen:

Der Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen ist durch das Haushaltsgesetz für das Haushaltsjahr 2023 am 14. Dezember 2021 (Brem.GBl. 2021, S. 838, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2023, Brem.GBl. 2023 S. 636) in Einnahme und Ausgabe auf

7.195.444.985,00 Euro

- siehe Gesamtrechnungsnachweisung S. 46 und 48, Spalte 8 -

festgestellt worden.

Die Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023 enthält die Gesamtbeträge der Kapitel und die Gesamtbeträge der Einzelpläne unter Berücksichtigung der nach § 81 LHO vorgeschriebenen Gliederung. Erläuterungen und Hinweise zu den in der Haushaltsrechnung ausgewiesenen Werten befinden sich auf den Seiten 49 und 50.

Der nach § 82 LHO zu erstellende kassenmäßige Abschluss (S. 51) weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

Der Haushaltsabschluss nach § 83 LHO (S. 51) weist ein rechnungsmäßiges Gesamtergebnis von

-38.531.315,56 Euro aus. Dieser Betrag ergibt sich aus den verbliebenen Netto-Ausgaberesulten, die aufgrund des Ist-Abschlusses nicht abgedeckt werden. Der Saldo zwischen den tatsächlich eingegangenen Einnahmen und den tatsächlich geleisteten Ausgaben ist ausgeglichen.

Auf der Seite 52 wird gemäß § 82 LHO der Finanzierungssaldo und gemäß § 83 Nr. 2 f LHO die strukturelle Nettokredittilgung gemäß § 18 a Absatz 1 Satz 1 LHO zuzüglich der gesondert ausgewiesenen Hinzurechnungen gemäß § 18 a Absatz 1 Satz 2 LHO dargestellt.

Der Finanzierungssaldo gemäß § 82 LHO beträgt für das Land -303.603.157,25 Euro.

Dieser Saldo ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Ist-Einnahmen, die abzüglich der Inanspruchnahme des Kreditmarktes, der Entnahmen aus Rücklagen sowie der Verrechnungen erzielt worden sind, mit den Ist-Ausgaben, entsprechend abzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt, Verstärkung der Rücklagen sowie der Verrechnungen.

Die Nettokredittilgung, die sich aus dem Finanzierungssaldo unter Einbeziehung der Rücklagenbewegungen ergibt, beträgt für das Land -71.344.996,03 Euro.

Die strukturelle Nettokredittilgung gemäß § 18 a Abs. 1 Satz 1 LHO zuzüglich der gesondert ausgewiesenen Hinzurechnungen gemäß § 18 a Abs. 1 Satz 2 LHO beläuft sich auf -104.067.505,62 Euro.

Auf Seite 53 wird die Entwicklung des Kontrollkontos gemäß § 18 b LHO dargestellt.

In Anlage 1 (S. 55 ff.) sind erhebliche Abweichungen zwischen Anschlag und Ist-Beträgen sowie erhebliche Solländerungen dargestellt und erläutert. Die Mehrausgaben gegenüber den Haushaltsanschlägen wurden, soweit es sich nicht um Haushaltsüberschreitungen handelt,

entweder aufgrund der in dem Haushaltsplan enthaltenen Ermächtigungen (Haushaltsvermerke) oder aufgrund von Nachbewilligungen geleistet, die gemäß § 9 des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2023 vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen wurden. Die Haushaltsüberschreitungen werden auf den Seiten 84 - 87 dargestellt. Die Kapitel- und Einzelplansummen der Nachbewilligungen und der diesen gegenüberstehenden Einsparungen ergeben sich aus Spalte 9 der Haushaltsrechnung (S. 2 - 48).

In dieser Anlage sind nachrichtlich auch die Soll- und Ist-Beträge der Personalausgaben (Gesamtsumme Hauptgruppe 4) aufgeführt (S. 88).

Die Anlage 2 (S. 89) enthält gemäß § 85 LHO eine Aufstellung über die bei den einzelnen Verwaltungszweigen (nach Einzelplänen) erlassenen Beträge. Zusätzlich sind in dieser Anlage auch die niedergeschlagenen Beträge aufgeführt.

In Anlage 3 (S. 91) wird gemäß § 86 LHO der Vermögensnachweis der Freien Hansestadt Bremen per 31. Dezember 2023 mit Übersichten über Beteiligungen, Sachanlagen, Forderungen, Rücklagen, Treuhandvermögen, Sondervermögen, Eigenbetriebe, Schulden und Bürgschaftsverpflichtungen beigelegt.

In Anlage 4 (S. 105 ff.) werden in entsprechender Anwendung des § 85 Abs. 1 LHO und anderer gesetzlicher Regelungen die Bilanzen sowie die Gewinn- und Verlustrechnungen der Eigenbetriebe, der Sondervermögen und der Hochschulen für 2023 ausgewiesen.

Anlage 5 (S. 127 ff.) enthält eine Zusammenfassung der Vermögensnachweise des Landes Bremen, Übersichten über die Entwicklung der fundierten Schulden, die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen, eine Überleitungstabelle der Kreditschulden kameral und der Kreditschulden doppisch sowie eine Aufgliederung der unterschiedlichen Werte für Zinsausgaben nach kameraler und doppischer Buchführung.

In Anlage 6 (S. 133 ff.) werden die Einnahmen und Ausgaben der Sonderhaushalte des Landes (Einzelplan 25) dargestellt.

In Anlage 7 (S. 137) wird die Anpassung des in Anlage 2 zum Haushaltsgesetz 2023 der Freien Hansestadt Bremen ausgewiesenen Tilgungsplans erläutert.

Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wird seinen Bericht zu der Haushaltsrechnung 2023 nach beendeter Prüfung gemäß § 97 LHO der Bürgerschaft (Landtag) und dem Senat zuleiten.

3. Teil C des Berichtsbandes: Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt der Freien Hansestadt Bremen

Der Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt beinhaltet im Sinne einer umfassenden Rechnungslegung einen Bericht auf Basis der Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis Dezember 2023 einschließlich des 14. Abrechnungsmonats. Analog zu der Haushaltsrechnung werden im Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt bei den kameralen Finanzdaten die Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Produktplänen dem jeweiligen Haushalts-Soll gegenübergestellt. Wie bereits in den Vorjahren werden im Produktgruppenhaushalt die Aggregate „Entnahme aus der Rücklage“ und „Zuführung zur Rücklage“ ausgewiesen.

Unter „Personaldaten“ werden Personalkosten und -menge mit vorher festgelegten Planwerten abgeglichen. Im Abschnitt „Leistungskennzahlen“ werden Ist-Werte mit den zu erreichenden Zielzahlen verglichen. Zudem wurden auch die Kapazitätsdaten ausgewertet.

Beschlussempfehlung:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) nimmt den doppischen Jahresabschluss des Landes Bremen 2023 in der Dezember-Bürgerschaft zur Kenntnis.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat aufgrund der Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2023 Entlastung gemäß § 114 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung (LHO).



Freie
Hansestadt
Bremen

Doppischer Jahresabschluss,
Haushaltsrechnung, Abschlussbericht
Produktgruppenhaushalt
des Landes Bremen 2023



Der Senator für Finanzen

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

ich freue mich, Ihnen den Geschäftsbericht des Landes Bremen für das Jahr 2023 präsentieren zu dürfen.

Die anhaltenden Folgen des Ukraine-Kriegs, die Energie- und Klimakrise sowie die langwierigen Nachwirkungen der Corona-Pandemie haben die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in Bremen nachhaltig geprägt. Diese Krisen sind nicht isoliert, sondern wirken sich weiterhin aus und werden voraussichtlich auch in Zukunft verstärkt Herausforderungen mit sich bringen. In diesem Bericht finden Sie eine umfassende Darstellung der finanziellen Lage sowie einen Überblick über die strategischen Initiativen, die wir unternommen haben, um unser Land widerstandsfähiger und zukunftsfester zu machen.

Im Jahr 2023 haben wir gezielte Maßnahmen zur weiteren Krisenbewältigung ergriffen, während wir gleichzeitig unserer Verantwortung zur Einhaltung der Schuldenbremse treu geblieben sind. Die Finanzierung der Krisenfolgen, beispielsweise zur Unterstützung geflüchteter Menschen und zur Abmilderung der Energiekrise, konnten wir durch eine Ausnahmeregelung sicherstellen. Unsere Investitionen richteten sich dabei nicht nur auf die akute Krisenbewältigung, sondern auch auf den zukunftsorientierten Aufbau einer widerstandsfähigen Infrastruktur.

Die Bevölkerung im Land Bremen ist 2023 weiter gewachsen und hat den höchsten Stand seit über 40 Jahren erreicht. Damit sind Herausforderungen verbunden, die wir stemmen müssen.



Björn Fecker, Senator für Finanzen

Für die kommenden Jahre setzen wir auf Innovation und Nachhaltigkeit, die unser Land mit seinen beiden Städten stärken und nachhaltig weiterentwickeln werden. Die Schritte, die wir heute gemeinsam gehen, schaffen ein stabiles Fundament für ein Bremen, das neuen Herausforderungen mit Resilienz und Weitsicht begegnet und dabei den sozialen Zusammenhalt, die wirtschaftliche Stärke und die ökologische Verantwortung in Einklang bringt.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das Haushaltsjahr erfolgreich umgesetzt haben, und allen Beteiligten, die den vorliegenden Bericht ermöglicht haben.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Björn Fecker'. The signature is fluid and cursive, written on a white background.

Björn Fecker
Senator für Finanzen

Aufbau des Berichts

Der vorliegende Bericht ist in folgende drei Bereiche gegliedert:

Teil A führt mit dem doppelten Jahresabschluss die kontinuierliche Berichterstattung der letzten Jahre fort. Als Kernstück schafft der Geschäftsbericht einen Überblick über die vorhandenen Vermögenswerte, die eingegangenen Schulden und Verpflichtungen sowie den Ressourcenverbrauch und die Leistungserstellung des Geschäftsjahres 2023. Während die kamerale Sichtweise eine Momentaufnahme eines Jahres abbildet, erlaubt die betriebswirtschaftlich orientierte Doppik eine sowohl zeitliche als auch wertmäßige Gesamtbetrachtung, einschließlich der für die Zukunft eingegangenen Verpflichtungen. Dadurch leistet sie einen Beitrag zur generationengerechten Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

In **Teil B** dieses Berichtes wird die kamerale Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023 jeweils des Landes Bremen bzw. der Stadtgemeinde Bremen vorgelegt. Der Senat hat der Bürgerschaft nach Artikel 133 der Landesverfassung die kamerale Haushaltsrechnung als Nachweis der Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsjahres im Folgejahr vorzulegen. Erst dann können der Landtag bzw. die Stadtbürgerschaft dem Senat die Entlastung nach § 114 Absatz 1 Satz 1 Landshaushaltsordnung erteilen.

Teil C beinhaltet im Sinne einer umfassenden Rechnungslegung den Abschlussbericht zum Produktgruppencontrolling 2023 auf Basis der Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis Dezember 2023 einschließlich des 14. Abrechnungsmonats. Analog zu der Haushaltsrechnung gemäß § 80 Abs. 2 der Landshaushaltsordnung, bei der die Einnahmen und Ausgaben auf Einzelplan- und Kapitelebene gegenübergestellt werden, werden im Abschlussbericht Produktgruppencontrolling bei den kamerale Finanzdaten die Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Produktplänen dem jeweiligen Haushalts-Soll gegenübergestellt. Wie bereits in den Vorjahren, werden im Produktgruppencontrolling die Aggregate Entnahme aus der Rücklage und Zuführung zur Rücklage ausgewiesen. Unter „Personaldaten“ werden Personalkosten und -menge mit vorher festgelegten Planwerten abgeglichen. Im Abschnitt „strategische Ziele / Kennzahlen / Mengengerüste“ werden Ist-Werte mit den zu erreichenden Zielzahlen verglichen. Im Abschnitt „Leistungskennzahlen“ werden Ist-Werte mit den zu erreichenden Zielzahlen verglichen. Zudem wurden auch die Kapazitätsdaten ausgewertet. Den einzelnen Produktplanberichten geht jeweils eine Analyse und Bewertung des Senators für Finanzen voran.

Inhalt

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen	5
Jahresabschluss.....	17
Vermögensrechnung 31.12.2023.....	18
Erfolgsrechnung 31.12.2023.....	20
Anlagengitter 31.12.2023.....	22
Erläuterung der Geschäftslage 2023.....	25
Impressum/Bildnachweise	33

Organisation und Struktur



Die Mitglieder des Bremer Senats der 21. Legislaturperiode (v.l.n.r.): Senatorin Özlem Ünsal, Senatorin Sascha Karolin Aulepp, Senatorin Kristina Vogt, Bürgermeister und Senator Dr. Andreas Bovenschulte, Bürgermeister und Senator Björn Fecker, Senatorin Kathrin Moosdorf, Senatorin Dr. Claudia Schilling, Senatorin Claudia Bernhard und Senator Ulrich Mäurer

Senatsmitglieder im Geschäftsjahr 2023

Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften, Senator für Kultur

Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)

Stellvertretender Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für Finanzen, Senatskommissar für den Datenschutz

Kristina Vogt (Die Linke)

Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation

Sascha Karolin Aulepp (SPD)

Senatorin für Kinder und Bildung

Claudia Bernhard (Die Linke)

Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Ulrich Mäurer (SPD)

Senator für Inneres und Sport

Kathrin Moosdorf (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Dr. Claudia Schilling (SPD)

Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, Senatorin für Justiz und Verfassung

Özlem Ünsal (SPD)

Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

Der Senat führt die Verwaltung nach den Gesetzen und den von der Bürgerschaft gegebenen Richtlinien. Die Senatorinnen und Senatoren tragen nach der vom Senat beschlossenen Geschäftsverteilung die Verantwortung für die einzelnen Verwaltungsbehörden und Ämter.

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2023

Die Folgen des Ukraine-Krieges, der Energie- und Klimakrise sowie der Corona-Pandemie stellten Bremen im Jahr 2023 vor vielfältige Herausforderungen. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine kostete ungezählte Menschenleben und löste weltweit gravierende Folgen aus. Bedingt durch die Energiekrise kam es zu Produktionseinschrän-

kungen, Versorgungsrisiken und allgemeinen Preis- und Kostensteigerungen. Um die wirtschaftlichen und sozialen Pandemie-Folgen abzufangen, initiiert Bremen bereits seit 2020 umfangreiche Maßnahmen, die sich auch finanzwirtschaftlich auswirken. Diese großen und übergreifenden Aufgaben werden in Bremen gemeinsam bewältigt.

1. Sozioökonomische Entwicklung 2023

Die jeweilige Lage der Staatsfinanzen steht immer auch in Abhängigkeit von der sozioökonomischen Lage des Staates: Steuereinnahmen hängen eng mit der konjunkturellen Lage zusammen, Ansprüche Bremens aus den Bundesländer-Finanzbeziehungen mit der Bevölkerungszahl, bedeutsame Pflichtausgaben mit der Arbeitslosigkeit und der demographischen Entwicklung. Neben Bundesgesetzen, die Bremen zu Ausgaben verpflichten oder Einnahmen festlegen, beeinflussen sozioökonomische Verbesserungen und Verschlechterungen als externe Rahmenbedingungen die finanzwirtschaftliche Entwicklung Bremens.

An erster Stelle ist die Bevölkerungsentwicklung des Stadtstaates entscheidend für Einnahmen aus der bundesstaatlichen Finanzverteilung. Diese wirkt auch nach der seit 2020 gültigen Reform vor allem nach Einwohner:innen. Besonders für die Stadtstaaten als „Hauptstädte ohne Umland“ ist das Halten und Gewinnen von Einwohner:innen innerhalb der Landesgrenzen von grundlegender Bedeutung. Gleichzeitig bewirken Bevölkerungsentwicklungen auch ausgabenseitige Bedarfsveränderungen, die insbesondere von der jeweiligen Altersgruppe abhängig sind.

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung im Stadtstaat Bremen

	Bremen	Bremerhaven	Stadtstaat Bremen
Stand 2023	577.026	114.677	691.703
Stand 2022	569.396	115.468	684.864
Zuwachs	7.630	-791	6.839
in %	1,34	-0,69	1,00

Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen

Im Jahr 2023 wuchs die Bevölkerung im Zwei-Städte-Staat wie bereits im Vorjahr wieder an (vgl. Tabelle 1). Der Aufwuchs um weitere 1,0 % geht mit rd. + 7.600 Personen vollständig auf die Stadtgemeinde Bremen zurück (+ 1,3 %), während in der Stadtgemeinde Bremerhaven ein

leichter Rückgang um 800 Personen zu verzeichnen ist (- 0,7 %). Die Gesamtbevölkerung des Landes Bremen beläuft sich zum Jahresende demnach auf rd. 691.700 Menschen. Dies ist der höchste Bevölkerungsstand seit 1981.

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2023

Auch bundesweit wuchs die Bevölkerungszahl im Jahr 2023 an, allerdings geringer (+ 0,4 %). Der Bevölkerungsanteil des Zwei-Städte-Staates an der Bevölkerung des Bundesgebiets steigt damit von 0,812 % auf 0,817 %. Der Wert ist ausschlaggebend für Bremens Einnahmen aus der bundesstaatlichen Finanzverteilung. Je aus dem übrigen Bundesgebiet gewonnenen bzw. verlorenen Einwohner entstehen dem Stadtstaat rund 7.000 Euro jährliche Mehr- bzw. Mindereinnahmen aus der Steuerverteilung.

Hinzuweisen ist einerseits darauf, dass diese Entwicklung maßgeblich auf plötzliche Zuwanderung zurückzuführen ist, insbesondere infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Die zukünftige Entwicklung ist daher schwer absehbar und der aktuelle Anstieg ist insoweit nicht geeignet, um auf ein zukünftig stetiges Bevölkerungswachstum in Bremen zu schließen. Andererseits basieren die vorgenannten Zahlen weiterhin auf der Fortschreibung des Zensus 2011, beinhalten also noch nicht die Ergebnisse des Zensus 2022. Dieser hat für das Land Bremen bezogen auf das Jahr 2022 eine Korrektur der Bevölkerung um rd. + 13.000 Menschen bei Bevölkerungsverlust der Ländergesamtheit ergeben.

Nach Altersgruppen betrachtet entfallen die stärksten Zuwächse vor allem auf die schulpflichtigen Altersgruppen, besonders stark auf

die Kinder im Grundschulalter (+ 4,2 %). Dies ist vor dem Hintergrund der zuletzt starken Zuwanderung von schutzsuchenden Familien zu interpretieren. Daraus ergeben sich umfassende, sehr kurzfristig zu leistende Strukturausweitungen im Bildungswesen zur Gewährleistung der Schulpflicht. Gleichzeitig stieg auch der Umfang der Bremer Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die zur Generierung öffentlicher Einnahmen beitragen kann, im Jahr 2023 nochmals leicht an (+ 1,0 %), entgegen dem allgemeinen Trend einer sukzessiven Abnahme.

Von herausgehobener Bedeutung für die staatliche Finanzlage ist auch die Wirtschaftslage. Das Wirtschaftswachstum korreliert eng mit der Zunahme sozialversicherungs- und steuerpflichtiger Erwerbstätigkeit. Die Entwicklung der Beschäftigungslage trägt wiederum zur Verringerung bzw. zum Anstieg von Ausgaben für Sozialleistungen bei, die insbesondere auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind.

Die Beschäftigungslage im Land Bremen entwickelte sich 2023 positiv. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg gegenüber dem Vorjahr um 5.002 auf einen Höchststand von 347.245 Beschäftigten insgesamt. Dies entspricht einem Anstieg von 1,46 %. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich leicht von 10,2 % auf 10,6 %.

Tab. 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Stadtstaat bis 2023

	2023	2022	2021	2020	2019
Beschäftigte gesamt*	347.245	342.243	336.656	332.520	334.267
Arbeitslose gesamt**	39.050	37.214	39.292	40.823	35.702
Arbeitslosenquote in %**	10,6	10,2	10,7	11,2	10,8

Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen/Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

* Stand 30.06.

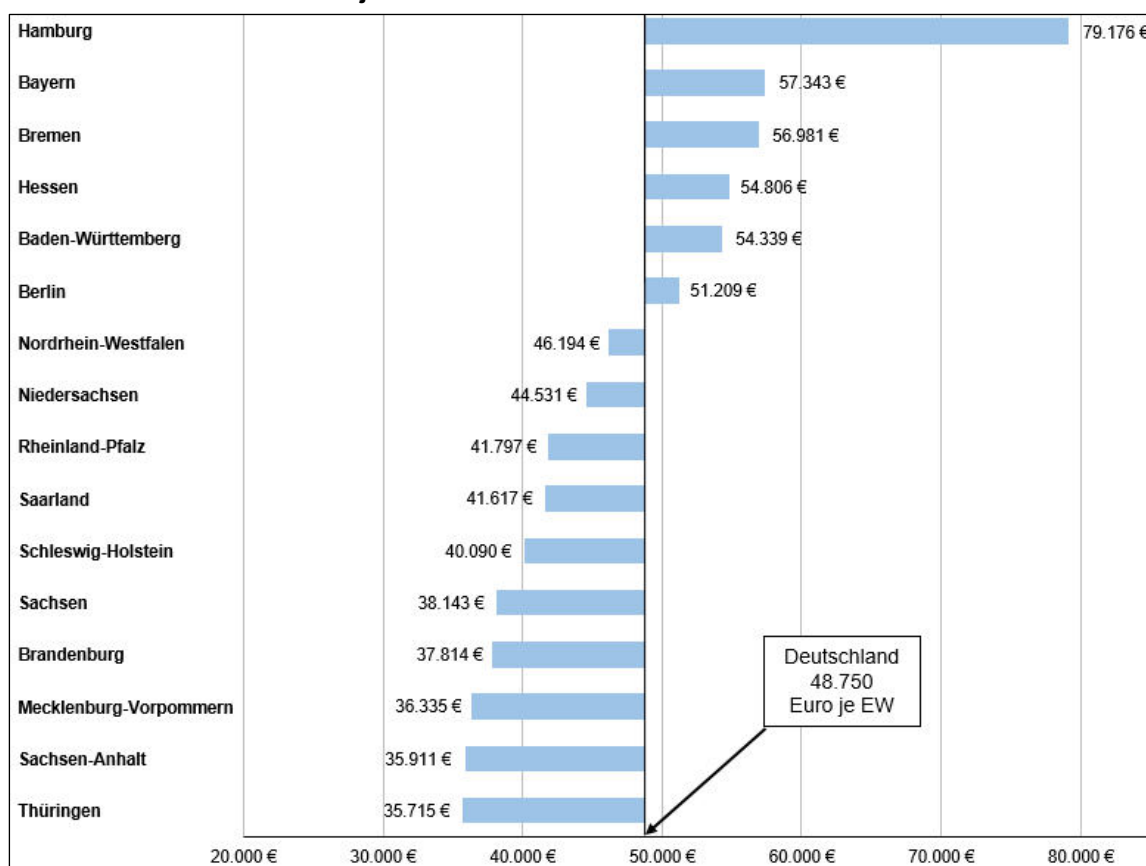
** im Jahresdurchschnitt

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2023

Ein weiterer wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner:in. Bremen liegt

2023 mit 56.981 Euro auf Platz 3 hinter Hamburg und Bayern und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 48.750 Euro.

Abb. 1: Wirtschaftskraft 2023 je Einwohner



Datenquelle: Statista, Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nach Bundesländern

Schließlich sind zwei weitere volkswirtschaftliche Einflussgrößen zu nennen.

Dies ist zum einen die allgemeine Rate der Preissteigerung. Eine moderate Inflationsrate bewirkt für Unternehmen und Verbraucher:innen, dass sich nominale Umsatz- und Einkommenszuwächse tendenziell zügig auch in realen Zuwächsen niederschlagen. Für den Staat ergibt sich aus einer niedrigen Inflationsrate vor allem ein gebremster nominaler Ausgabenanstieg etwa für Güter aus Lieferung und Leistung,

mittelbar auch für Löhne und Gehälter.

Nachdem die Verbraucherpreise infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine 2022 außerordentlich stark angestiegen waren, sank die Inflation im Jahresverlauf 2023 von knapp zehn Prozent kommend immer weiter ab bis auf 3,8 % zum Jahresende. Geprägt von den noch deutlich höheren Inflationsraten bis zum Sommer lag die Inflation im Jahresmittel bei 6,1 %.

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2023

Für Länder wie Bremen mit hoher Altschuldenbelastung ist außerdem die Zinsentwicklung eine maßgebliche Größe.

Noch bis Ende des Jahres 2021 lagen die Zinssätze sowohl am Kapitalmarkt als auch an dem mit kürzeren Fristen handelnden Geldmarkt im negativen Bereich. Diese historisch günstige Konstellation wirkte seit Jahren entlastend auf die bremischen Ausgaben. Im Verlauf des Jahres 2022 zogen die Zinsen schnell auf durchschnittlich rund 0,3 % am Geldmarkt und rund 1,5 % am Kapitalmarkt an. Im Laufe des Jahres 2023 setzte sich die Dynamik bis in den

Herbst fort, wobei die Geldmarktzinsen die Kapitalmarktzinsen ab dem Frühjahr überholten. Erstere erreichten zum Jahresende mit knapp 4 % ihren vorläufigen Höhepunkt. In Erwartung baldiger Leitzinssenkungen ist am Kapitalmarkt zum Jahresende erstmals wieder ein Absinken der Zinssätze von über 3,2 % auf noch rund 2,5 % zu verzeichnen.

Trotz der gegenüber früheren Jahren stark erhöhten Zinssätze ist aufgrund umfangreicher Zinssicherungen aktuell kein Anstieg der zukünftigen bremischen Zinsausgaben zu erwarten.

2. Einhaltung der Schuldenbremse

Seit 2020 unterliegt der bremische Haushalt gemäß Art. 109 Abs. 3 Grundgesetz und den Normen der Landesverfassung und Haushaltsordnung den Regelungen der Schuldenbremse. Hiernach ist der Haushalt grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Zur Einhaltung der Schuldenbremse hat der Stadtstaat Bremen im Rahmen des Konsolidierungspfades in den Jahren 2011 – 2019 das Finanzierungsdefizit des Jahres 2010 bereits größtenteils abgebaut.

Mit dem Haushaltsgesetz 2023 hat die Bremische Bürgerschaft festgestellt, dass eine außergewöhnliche Notsituation wegen der Klima-/

Energiekrise und den Auswirkungen des Ukraine-Krieges gemäß Artikel 131a Absatz 3 Satz 1 der Landesverfassung vorliegt. Ergänzend dazu wurde - im Rahmen des zweiten Nachtrags Haushaltes - erneut die Corona-Pandemie als Tatbestand für die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse für alle Gebietskörperschaften deklariert. Mehrausgaben und Mindereinnahmen, die dieser multiplen Krise zuzuordnen sind, können somit nach den Regularien der Schuldenbremse kreditfinanziert werden.

Insgesamt wurden folgende Werte für die bremischen Haushalte 2023 veranschlagt:

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2023

Tab. 3: Struktureller Haushalt, Anschlag 2023 inkl. 2. Nachtragshaushalt

	Land HB	Stadt HB	Bremer- haven	Stadtstaat
	in Mio. Euro			
Kernhaushalt				
Bereinigte Einnahmen	5.313	3.553	810	6.938
Bereinigte Ausgaben	5.685	3.576	789	7.313
Finanzierungssaldo	-372	-23	21	-374
Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen	0	0	-10	-10
Rücklagen (Entnahme abzgl. Zuführung)	228	163	30	420
Netto-Kredittilgung	-145	140	41	36
Bereinigungen				
Finanzielle Transaktionen	17	-1	-1	15
Konjunkturbereinigung	-44	-89	-16	-149
Struktureller Abschluss	-172	50	24	-98
zulässiger struktureller Abschluss	0	0	0	0
Über-/Unterschreitung	-172	50	24	-98
Ausnahmetatbestand				
Belastungen für Klima, Ukraine, Energie	362	0	0	362
Sondertilgung Corona-Pandemie	-230	-181	-15	-426
Belastungen für Corona-Pandemie	120	131	0	258
Ergebnis nach Ausnahme	80	0	9	96

Für den Kernhaushalt des Stadtstaates Bremen 2023 wurde eine Netto-Kredittilgung von 36 Mio. Euro veranschlagt. Nach der Bereinigung um finanzielle Transaktionen (wie zum Beispiel der Vergabe von Darlehen) und Steuerbereinigungen ergab sich im Anschlag ein struktureller Abschluss von -98 Mio. Euro (ohne Ausnahme). Der geplante Sicherheitsabstand des Stadtstaates Bremen zum zulässigen strukturellen Abschluss gemäß der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse betrug nach Berücksichtigung des Ausnahmetatbestands 96 Mio. Euro.

Damit konnte die vereinbarte Höhe der Tilgung nach dem Sanierungshilfengesetz in Höhe von

80 Mio. Euro übertroffen werden.

Zudem wurde einerseits eine Nettobelastung des Haushalts aufgrund des Ausnahmetatbestandes von 620 Mio. Euro (362 Mio. Euro Klima / Energie / Ukraine und 258 Mio. Euro Corona) angenommen. Andererseits wurde im Rahmen des zweiten Nachtragshaushaltes eine Sondertilgung für die Corona-Pandemie in Höhe von 426 Mio. Euro veranschlagt, um die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in 2021 und 2022 für Folgejahre gebildeten -nicht zulässigen- Bremen-Fonds Rücklagen aufzulösen.

Zur letztendlichen Beurteilung der Einhaltung

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2023

der Schuldenbremse ist der strukturelle Abschluss nach dem 14. Monat entscheidend, der nachfolgend dargestellt wird. Im 14. Monat erfolgen die sich auf die Netto-Kredittilgung auswirkenden abschließenden Rücklagenbewegungen, die zudem das letzte essentielle Steuerungselement darstellen. Durch entsprechende Entnahmen und Zuführungen kann der gegebenenfalls erforderliche Ausgleich der Haushalte

und damit die Sicherstellung eines verfassungs- bzw. sanierungskonformen Haushaltsabschlusses erfolgen.

Nach Abschluss des 14. Monats ergeben sich für das Jahr 2023 folgende strukturelle Abschlüsse:

Tab. 4: Jahresabschluss 2023 (14. Monat inkl. Rücklagen)

	Land HB	Stadt HB	Bremer- haven	Stadtstaat
	in Mio. Euro			
Kernhaushalt				
Bereinigte Einnahmen	5.661	3.776	890	7.367
Bereinigte Ausgaben	5.964	3.805	893	7.703
Finanzierungssaldo	-304	-29	-2	-336
Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen	0	5	0	6
Rücklagen (Entnahme abzgl. Zuführung)	232	215	37	484
Netto-Kredittilgung	-71	191	35	154
Bereinigungen				
Finanzielle Transaktionen	23	-1	-1	21
Konjunkturbereinigung	-56	-129	-28	-213
Struktureller Abschluss	-104	60	6	-38
zulässiger struktureller Abschluss	0	0	0	0
Über-/Unterschreitung	-104	60	6	-38
Ausnahmetatbestand				
Belastungen des Haushaltes für Klima, Ukraine und Energie	300	0	0	300
Sondertilgung Corona-Pandemie	-231	-182	-15	-427
Belastungen des Haushaltes für Corona-Pandemie	115	121	9	245
Ergebnis nach Ausnahme	80	0	0	80

Der Kernhaushalt des Stadtstaates Bremen schließt das Berichtsjahr mit einem strukturellen Defizit und einer strukturellen Nettokreditaufnahme von 38 Mio. Euro statt des mit der Sanierungsvereinbarung festgelegten Überschusses von 80 Mio. Euro ab.

Ein verfassungskonformes Ergebnis im Rahmen der Schuldenbremse kann somit nur durch

die Inanspruchnahme eines Ausnahmetatbestandes im Zusammenhang mit der Klima-/Energiekrise, dem Ukraine-Krieg sowie der Corona-Pandemie erreicht werden. Insgesamt wird der Haushalt des Stadtstaates aufgrund der Ausgaben für diese Notlagensituationen nachweisbar von mindestens 545 Mio. Euro negativ beeinflusst. Gegenzurechnen ist die oben genannte Sondertilgung im Rahmen der Bremen-/Bremerhaven-Fonds- Rücklagen in Höhe von

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2023

426 Mio. Euro.

Unter Berücksichtigung der dem Ausnahmetatbestand zugeordneten Belastungen, die nach den Regularien der Schuldenbremse kreditfinanziert werden dürfen, halten alle bremischen Haushalte die Schuldenbremse ein.

Das Land Bremen weist dabei die nach der Sanierungshilfenvereinbarung erforderliche durchschnittliche Tilgung von 80 Mio. Euro auf. Die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven schließen das Haushaltsjahr 2023 ausgeglichen ab.

3. Die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie 2023

Das Land Bremen und seine beiden Städte haben seit 2020 umfangreiche Maßnahmen initiiert, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der andauernden Corona-Pandemie abzufangen. Diese haben entsprechende finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf die Haushalte. Gleichzeitig hat der Bund die Länder und Kommunen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie in der Vergangenheit finanziell unterstützt. Im Haushaltsjahr 2023 müssen die bremischen Gebietskörperschaften aufgrund der fortgeschrittenen Pandemieentwicklung die dennoch verbleibenden nachsorgebedingten Ausgaben größtenteils eigenständig tragen. Ursprünglich wurden die nach 2022 verbliebenen Finanzierungsbedarfe über Rücklagen abgedeckt, die

aus bereits veranschlagten Notlagenkrediten gebildet worden waren, so dass kein weiterer Notlagenbeschluss für die Pandemiefolgenbekämpfung notwendig sein sollte. Diese Vorgehensweise wurde jedoch nach der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. November 2023 als unzulässig erachtet, so dass noch im Dezember 2023 ein entsprechender zweiter Nachtragshaushalt für 2023 erforderlich wurde, um die Corona-Notlage für 2023 erneut festzustellen und neue Kreditermächtigungen auszubringen. Nachfolgend wird über die Einnahmen und Ausgaben innerhalb der Bremen-/ Bremerhaven-Fonds berichtet, die zur Bekämpfung der Pandemie empfangen und getätigt wurden.

Tab. 5: Coronabedingte Einnahmen und Ausgaben des Stadtstaates (ohne Rücklagenbewegung) in Mio. Euro

Coronabedingte Einnahmen/Ausgaben	Ist 2023	Anschlag	Ist ggü. Planwert	Vorjahr	Ist ggü. Vorjahr
Steuerabhängige Einnahmen	0	0	0	0	0
Sozialleistungseinnahmen	0	0	0	0	0
konsumtive Einnahmen	7	6	2	270	-263
investive Einnahmen	0	0	0	28	-28
Mindereinnahmen	-5	-5	0	-10	5
Bereinigte Einnahmen	2	1	2	288	-286
Personalausgaben	8	8	1	12	-4
Sozialleistungen	1	1	0	5	-4
sonstige konsumtive Ausgaben	116	125	-9	514	-398
Investitionen	122	126	-3	128	-5
globale Ausgaben	0	0	0	0	0
Bereinigte Ausgaben	247	259	-12	658	-411
Saldo	-245	-258	13	-370	125

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2023

In den zuvor abgebildeten coronabedingten Gesamteinnahmen des Stadtstaates in Höhe von 2 Mio. Euro sind 5 Mio. Euro Mindereinnahmen innerhalb der Haushalte des Landes und der Stadt Bremen einberechnet, die über den Bremen-Fonds kompensiert wurden. Wohingegen die tatsächlichen Einnahmen in Bezug auf Corona im Vorjahr noch 298 Mio. Euro betragen, generierte der Stadtstaat in 2023 nur noch

7 Mio. Euro konsumtive Einnahmen. Hierunter fallen vor allem erhaltene Rückzahlungen von Zuwendungen und Fördermitteln in Höhe von 4,1 Mio. Euro und zu einem schwindenden Anteil die Zuflüsse vom Bund (2,6 Mio. Euro) für den Betrieb von Impfzentren und für das Förderprogramm für Corona-Überbrückungshilfen.

Tab. 6: Coronabedingte Effekte im Stadtstaat, in Mio. Euro

Einnahmen innerhalb des Bremen-Fonds	2,3	Ausgaben innerhalb des Bremen-Fonds	247,3
darunter:		darunter:	
Bundesmittel Betrieb Impfzentren	1,9	Verausgabung Bundesmittel Betrieb Impfzentren	1,9
Bundesmittel Überbrückungshilfen und Neustarthilfen	0,7	Verausgabung Bundesmittel Überbrückungshilfen und Neustarthilfen	0,7
Sonstige Einnahmen insbes. Rückzahlungen	4,1	Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur an Schulen und Kitas	58,6
Sonstige Einnahmen Bremerhaven	0,5	Corona-Effekte Beteiligungsgesellschaften	30,0
Mindereinnahmen	-5,0	Programm zur Stärkung der Pandemieresilienz der Krankenhäuser	21,2
		Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur der Hochschulen	20,2
		Corona-Hilfe für den ÖPNV, Tarifaussetzungen	16,5
		Bremer Familiencard	8,8
		Finanzierung öffentlicher Impfangebote im Land Bremen und Stabsstelle Impfen	8,6
		Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche	8,5
		Kurzfristige finanzielle Unterstützung der Krankenhäuser	8,2
		Arbeitsmarktpolitische Vorhaben zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie	4,4
		Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG)	4,3
		Umsetzungskosten BAB/BIS Coronahilfsprogramme	3,1
		Restart Wirtschaft-Innenstadt	3,0
		Zuschüsse zur Sicherstellung einer pandemiegerechten forensischen Behandlung	2,7
		Perspektive Arbeit für Frauen (PAF)	2,3
		Anträge SKUMS Planungsmitteltopf	2,2
		Zukunftsfonds Innenstadt - Bremen	1,6
		Stärkung der kleinräumigen Angebote in den Stadtteilen	1,6
		Förderung des Städtetourismus	1,3
		Medizinische Verorgung von nicht krankenversicherten und papierlosen Menschen	1,2
		Mehrbedarfe aufgrund der Covid 19-Pandemie im Innenressort	1,1
		Doppelbesetzung an Grundschulen Sozialstufen 4 und 5	1,1
		Investitionsoffensive Sportanlagen	1,1
		Zusätzliche Personalmehrbedarfe aufgrund der Containmentstrategie	1,1
		Finanzierungsnotwendigkeiten Digitallotse	0,9
		Aktionsplan Hauptbahnhof	0,9
		Projektbüro Innenstadt Bremen GmbH (PIB)	0,8
		Kulturelle Maßnahmen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt	0,8
		Sanierung Bäder (Vegesack; Unibad) und Mehrkosten Horn	0,7
		Verlustausgleiche private Zuwendungsempfänger Kultur	0,6
		Aktionsprogramm Aufenthalts- und Erlebnisqualität Innenstadt	0,5
		Sonstige Ausgaben innerhalb des Bremen-Fonds	7,7
		Ausgaben Bremerhaven (Bremen-Fonds, Bremerhaven-Fonds und Bundesmittel)	19,3
Saldo			-245,0

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2023

Der Stadtstaat hat nach Abschluss des 14. Monats innerhalb des Bremen-/Bremerhaven-Fonds 247 Mio. Euro Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie getätigt. Die größte Ausgabe position bilden die Kosten zur Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur an Schulen, Kindertagesstätten und Hochschulen in Höhe von insgesamt 78,8 Mio. Euro. Weitere nennenswerte Posten bilden der Ausgleich von Corona-Effekten bei den Beteiligungsgesell-

schaften in Höhe von 30 Mio. Euro, die Ausgaben im Rahmen des Programms zur Stärkung der Pandemieresilienz der Krankenhäuser (21,2 Mio. Euro) sowie die Corona-Hilfen für den ÖPNV (16,5 Mio. Euro). Die Finanzierung dieser coronabedingten Belastungen ist durch eine Kreditfinanzierung erfolgt. Die Tilgung aller im Rahmen der Pandemie aufgenommenen Kredite wird ab 2028 über die nächsten 30 Jahre erfolgen.

4. Umgang mit den Folgen des Ukraine-Krieges/der Energiekrise/Klimastrategie Nachtragshaushalt 2023

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat ungezählte Menschenleben gekostet und schwerwiegende Folgen weltweit ausgelöst. Die Preise für Energie und Lebensmittel sind sprunghaft gestiegen. Ernährungssicherheit, Beschäftigung sowie die Klimatransformation sind global gefährdet. Ausgehend von der Energiekrise kam es zu Produktionseinschränkungen, Versorgungsrisiken und allgemeinen Preis- und Kostensteigerungen.

Die Folge ist eine sich verschlechternde Einnahmen-Ausgaben-Schere, insbesondere bei privaten Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Unter Druck geraten aber auch energieintensive Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie z.B. Krankenhäuser. Die Krisenauswirkungen ziehen erhebliche Ausgabenanstiege in den Sozialhaushalten nach sich, insbesondere für Sozialleistungen wie das Wohngeld, und für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Geflüchteten. In diesem Zusammenhang entsteht auch ein erhöhter Bedarf an KiTa-Betreuungsplätzen, Vorkursen und Integration in das Schulsystem für minderjährige geflüchtete Personen.

In diesem Kontext hat der Senat dargelegt, dass auch für Bremen eine Bewältigung der multiplen Krisenlage aus Klimakrise und den Folgen des

Ukrainekrieges nur durch Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung vom Verschuldungsverbot finanziert werden kann und dass hierfür der Ausnahmetatbestand im Rahmen der Schuldenbremse geltend zu machen ist.

Aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges wurde in Verbindung mit der Energie- und Klima-Krise gemäß Art. 131a Abs. 3 der Bremischen Landesverfassung das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation festgestellt, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt. Die finanzielle Beeinträchtigung resultierend aus dieser Notlage erfolgt ausschließlich im Haushalt des Landes. Die Kosten der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zur Abmilderung und Überwindung der multiplen Krise werden durch Verrechnungen und Erstattungen über den Landeshaushalt abgedeckt.

Ursprünglich war geplant, im Haushaltsjahr 2023 500 Mio. Euro für die Bekämpfung der durch den russischen Angriffskrieg verursachten Energiekrise, 235 Mio. Euro für Maßnahmen gegen die Klimakrise in 2023 sowie weitere 2,265 Mrd. Euro für die Folgejahre bis 2027 als Rücklage zur Verfügung zu stellen.

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2023

Tab. 7: Einnahmen und Ausgaben des Landes Bremen (ohne Rücklagenbewegung) im Zusammenhang mit der Krise "Klima/Energie/Ukraine" in Mio. Euro

	Ist 2023	Anschlag	Ist ggü. Planwert	Vorjahr	Ist ggü. Vorjahr
Steuerabhängige Einnahmen	16	0	16	0	16
Sozialleistungseinnahmen	0	0	0	0	0
Sonstige Einnahmen	0	0	0	0	0
Bereinigte Einnahmen	16	0	16	0	16
Personalausgaben	0	0	0	0	0
Sozialleistungen	94	94	0	0	94
sonstige konsumtive Ausgaben	121	150	-28	0	121
Investitionen	101	98	3	0	101
globale Ausgaben	0	20	-20	0	0
Bereinigte Ausgaben	316	362	-46	0	316
Saldo	-300	-362	62	0	-300

Von dieser Vorgehensweise hat der bremische Haushaltsgesetzgeber dann in Folge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeshaushalt vom 15. November 2023 Abstand genommen. Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2023 wurden stattdessen Netto-Mehrausgaben zur Bekämpfung der multiplen Krise mit einem Betrag in Höhe von 362 Mio. Euro veranschlagt.

Im Zusammenhang mit der Klima-, Energie- und Ukraine-Krise hat das Land Bremen im Rahmen des in 2023 erlassenen Pauschalentlastungsgesetzes zur Unterstützung der Länder und Kommunen bei ihren Aufgaben im Bereich der Fluchtmigration sowie aus dem Förderprogramm Härtefallhilfen Energiekosten insgesamt 15,7 Mio. Euro vom Bund erhalten. Weitere Einnahmen konnten im Zuge der multiplen Krise im Berichtsjahr nicht generiert werden.

Nach Abschluss des 14. Monats hat das Land Bremen insgesamt 315 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Klima- und Energiekrise und zur Abmilderung der finanziellen und wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine verausgabt. Hierunter fallen konsumtive und investive Verrechnungen und

Erstattungen in Höhe von rund 112 Mio. Euro, durch die das Land die Ausgaben der beiden Stadtgemeinden ausgeglichen hat, so dass diese keine Notlage feststellen mussten.

Die größte Ausgabeposition bilden die Sozialleistungsmehrbedarfe in Höhe von rund 93,7 Mio. Euro, die aus der notwendigen Unterbringung, Versorgung und Integration der vor dem Krieg aus der Ukraine Geflüchteten resultieren.

Die nächstgrößeren Ausgaben stellen die Kosten für die Projekte aus den sogenannten Fastlanes der Klimaschutzstrategie 2038 mit insgesamt 80,1 Mio. Euro dar. Diese umfassen sowohl die energetische Gebäudesanierung, die Optimierung der öffentlichen Infrastruktur einschließlich des Personennahverkehrs als auch Maßnahmen zur Umsetzung einer klimafreundlichen Wirtschaft.

Weitere nennenswerte Positionen sind die Ausgaben für den Rettungsschirm für Kliniken zur Sicherstellung der stationären Krankenhausversorgung in der Krise (60 Mio. Euro), die weiteren Unterstützungen im Bereich der Energiemehrkosten für Zuwendungsempfänger und die

Finanz- und wirtschaftspolitische Entwicklungen 2023

Kernverwaltung (22,3 Mio. Euro) sowie die Ko-Finanzierung der Bundesmittel für die ab 2023 beschlossene bundesweite Wohngeldreform (15 Mio. Euro). Die Finanzierung dieser von der Klima-, Energie- und Ukraine Krise geprägten

Belastungen ist durch eine Kreditfinanzierung erfolgt. Die Tilgung aller im Rahmen der multiplen Krise aufgenommenen Kredite wird ab 2028 über die nächsten 30 Jahre erfolgen.



Marktplatz Bremen

TEIL A

DOPPISCHER JAHRESABSCHLUSS DES LANDES BREMEN 2023

Vermögensrechnung 2023

Aktiva

	31.12.2023 Euro	31.12.2022 Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN	2.439.629.254,84	2.251.698.130,23
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.036.284.617,83	1.067.965.716,91
1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	1.030.220.733,39	1.063.488.849,18
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.063.884,44	4.476.867,73
II. Sachanlagen	38.956.614,87	34.435.415,70
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	68.507,89	73.120,65
2. Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	34.076.504,85	29.812.324,98
3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau	4.811.602,13	4.549.970,07
III. Finanzanlagen	1.364.388.022,14	1.149.296.997,62
1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	445.743.027,38	445.784.799,17
2. Beteiligungen	2.397.711,69	2.397.711,69
3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	81.111.597,39	81.470.121,15
5. sonstige Ausleihungen	835.135.685,68	619.644.365,61
B. UMLAUFVERMÖGEN	3.932.139.928,25	5.419.324.465,75
I. Vorräte	73.867,25	73.867,25
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	868.857.001,10	1.942.870.503,89
1. Forderungen aus Steuern	256.332.000,00	211.046.000,00
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	103.668.970,18	100.883.528,44
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen	52.033.266,05	152.890.389,57
4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	150.872,58	173.445,45
5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	39.250.329,43	3.720.652,70
6. sonstige Vermögensgegenstände	417.421.562,86	1.474.156.487,73
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	3.063.209.059,90	3.476.380.094,61
C. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	206.199.356,73	124.602.611,22
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	36.407.860.434,29	30.499.633.015,78
BILANZSUMME	42.985.828.974,11	38.295.258.222,98

Passiva

	31.12.2023	31.12.2022
	Euro	Euro
A. EIGENKAPITAL	0,00	0,00
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONEN	569.915.146,65	544.574.350,03
C. RÜCKSTELLUNGEN	17.610.941.900,75	12.041.591.059,95
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17.540.844.000,00	11.973.624.000,00
II. sonstige Rückstellungen	70.097.900,75	67.967.059,95
III. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
D. VERBINDLICHKEITEN	24.748.311.141,57	25.492.029.671,36
I. Anleihen und Obligationen	17.276.500.000,00	16.628.000.000,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.400.402.039,91	2.564.416.392,46
III. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	62.133,96	194.203,16
IV. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	563.683.757,50	391.878.315,65
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	832.659.918,39	766.098.215,04
VII. Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	0,00	16.643.690,93
VIII. sonstige Verbindlichkeiten	3.675.003.291,81	5.124.798.854,12
E. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	56.660.785,14	217.063.141,64
BILANZSUMME	42.985.828.974,11	38.295.258.222,98

Erfolgsrechnung 2023

	2023 Euro	2022 Euro
1. Steuern und steuerähnliche Erträge	2.971.910.650,20	2.556.328.524,35
2. Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	1.583.393.478,08	1.755.710.669,08
3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	818.592.109,27	1.056.296.574,89
4. Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	245.890.769,75	229.502.137,20
a) Erträge aus Gebühren	73.734.154,22	72.695.279,76
b) Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern	10.336.366,67	14.466.194,43
c) Umsatzerlöse	161.820.248,86	142.340.663,01
5. Sonstige Erträge	53.515.893,13	60.396.397,38
6. Summe Erträge	5.673.302.900,43	5.658.234.302,90
7. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-2.419.982.969,61	-2.315.837.239,58
a) Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	-21.294.958,74	-21.364.938,61
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.398.688.010,87	-2.294.472.300,97
8. Personalaufwand	-6.400.265.275,27	-1.742.126.835,08
a) Entgelte	-193.430.929,83	-182.721.417,83
b) Bezüge	-330.906.069,77	-325.473.349,65
c) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-5.875.928.275,67	-1.233.932.067,60
9. Abschreibungen	-108.142.262,26	-105.157.705,04
10. Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-1.943.724.705,46	-1.877.852.822,93
11. Sonstige Aufwendungen	-121.641.161,44	-126.925.870,29
a) Sonstige Personalaufwendungen	-23.233.884,75	-20.225.533,67
b) Verluste aus Wertminderungen des Umlaufvermögens, Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	-12.547.793,98	-23.676.113,83
c) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	-63.181.649,54	-62.045.598,24
d) Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges	-22.677.833,17	-20.978.624,55
12. Summe Aufwendungen	-10.993.756.374,04	-6.167.900.472,92
13. Verwaltungsergebnis	-5.320.453.473,61	-509.666.170,02

	2023 Euro	2022 Euro
14. Erträge aus Beteiligungen	427.068,73	1.683,50
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	1.905.481,60	1.130.092,45
16. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	256.118.566,53	117.629.041,40
17. Abschreibung auf Finanzanlagen	-1.156.507,80	-22.600.832,81
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-679.013.952,15	-655.024.338,00
19. Finanzergebnis	-421.719.343,09	-558.864.353,46
20. Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit	-5.742.172.816,70	-1.068.530.523,48
21. Steuern	-7.357,96	-7.293,04
22. Jahresfehlbetrag	-5.742.180.174,66	-1.068.537.816,52

Anlagengitter

Alle Angaben in Euro	Anschaffungs- oder Herstellungskosten 01.01.2023	Kumulierte Absetzung für Abnutzung (AfA) 01.01.2023
Anlagevermögen (gesamt)	3.521.438.551,52	-1.269.740.421,29
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.176.064.598,08	-1.108.098.881,17
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	2.161.669.927,80	-1.098.181.078,62
Konzessionen, Rechte und Lizenzen	14.394.670,28	-9.917.802,55
Sachanlagevermögen	85.060.734,18	-50.625.318,48
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremdem Grund und Boden	169.093,93	-95.973,28
Bauten	169.093,93	-95.973,28
Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	80.341.670,18	-50.529.345,20
Technische Anlagen und Maschinen	16.427.270,53	-11.198.104,73
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	63.914.399,65	-39.331.240,47
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.549.970,07	0,00
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	4.549.970,07	0,00
Finanzanlagen	1.260.313.219,26	-111.016.221,64
Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	503.592.320,10	-57.807.520,93
Beteiligungen	6.880.841,48	-4.483.129,79
Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	128.682.229,03	-47.212.107,88
Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	0,00	0,00
Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen	0,00	0,00
Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	621.157.828,65	-1.513.463,04

Buchwert 01.01.2023	Wertveränderungen 2023		Buchwert 31.12.2023
A+ / A- Anpassung der Werte aus der Eröffnungsbilanz U+ / U- Umbuchungen	+ Zugänge - Abgänge U+ / U- Umbuchungen	Absetzungen für Abnutzung + Zuschreibungen	
2.251.698.130,23	303.426.087,71 -6.952.649,82 0,00	-109.298.770,06 756.456,78	2.439.629.254,84
U			
1.067.965.716,91	70.511.132,00 -193.959,29 0,00	-101.998.271,79 0,00	1.036.284.617,83
U			
1.063.488.849,18	66.862.722,85 0,00 0,00	-100.130.838,64 0,00	1.030.220.733,39
U			
4.476.867,73	3.648.409,15 -193.959,29 0,00	-1.867.433,15 0,00	6.063.884,44
U			
34.435.415,70	10.723.880,17 -58.690,53 0,00	-6.143.990,47 0,00	38.956.614,87
U			
73.120,65	1.663,03 0,00 0,00	-6.275,79 0,00	68.507,89
U			
73.120,65	1.663,03 0,00 0,00	-6.275,79 0,00	68.507,89
U			
29.812.324,98	10.445.449,28 -58.690,53 15.135,80	-6.137.714,68 0,00	34.076.504,85
U			
5.229.165,80	4.781.332,90 -10.006,30 0,00	-960.813,98 0,00	9.039.678,42
U			
24.583.159,18	5.664.116,38 -48.684,23 15.135,80	-5.176.900,70 0,00	25.036.826,43
U			
4.549.970,07	276.767,86 0,00 -15.135,80	0,00 0,00	4.811.602,13
U			
4.549.970,07	276.767,86 0,00 -15.135,80	0,00 0,00	4.811.602,13
U			
1.149.296.997,62	222.191.075,54 -6.700.000,00 0,00	-1.156.507,80 756.456,78	1.364.388.022,14
U			
445.784.799,17	0,00 0,00 0,00	-41.771,79 0,00	445.743.027,38
U			
2.397.711,69	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	2.397.711,69
U			
81.470.121,15	0,00 0,00 0,00	-1.114.736,01 756.212,25	81.111.597,39
U			
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00
U			
0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00
U			
619.644.365,61	222.191.075,54 -6.700.000,00 0,00	0,00 244,53	835.135.685,68
U			



Die Bremer Stadtmusikanten

Lagebericht – Erläuterung zur Geschäftslage des Landes Bremen 2023

Die Erstellung des doppelischen Jahresabschlusses und damit des Lageberichtes nach den Standards staatlicher Doppik ist seit Jahren fester Bestandteil des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens in Bremen. Da die Berichterstattung des doppelischen Jahresabschlusses ab 2021 und bis zur Umstellung auf das neue SAP-

System S/4HANA in einer verkürzten Form erfolgt, wird auch der Lagebericht auf das Kernstück, die Darstellung und Interpretation der Erfolgs- und Vermögensrechnung, reduziert.

Für die Erläuterung der Geschäftslage werden die Erfolgsrechnung und die Vermögensrechnung in verkürzter Form dargestellt.

Erfolgsrechnung der Freien Hansestadt Bremen 2023

	2023	2022	Veränderung ggü. Vorjahr	Veränderung ggü. Vorjahr
	Euro	Euro	Euro	%
Steuern und steuerähnliche Erträge	2.971.910.650,20	2.556.328.524,35	415.582.125,85	16,26
Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	1.583.393.478,08	1.755.710.669,08	-172.317.191,00	-9,81
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	818.592.109,27	1.056.296.574,89	-237.704.465,62	-22,50
Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	245.890.769,75	229.502.137,20	16.388.632,55	7,14
Sonstige Erträge	53.515.893,13	60.396.397,38	-6.880.504,25	-11,39
Summe Erträge	5.673.302.900,43	5.658.234.302,90	15.068.597,53	0,27
Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	-2.419.982.969,61	-2.315.837.239,58	-104.145.730,03	4,50
Personalaufwand	-6.400.265.275,27	-1.742.126.835,08	-4.658.138.440,19	267,38
Abschreibungen	-108.142.262,26	-105.157.705,04	-2.984.557,22	2,84
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-1.943.724.705,46	-1.877.852.822,93	-65.871.882,53	3,51
Sonstige Aufwendungen	-121.641.161,44	-126.925.870,29	5.284.708,85	-4,16
Summe Aufwendungen	-10.993.756.374,04	-6.167.900.472,92	-4.825.855.901,12	78,24
Verwaltungsergebnis	-5.320.453.473,61	-509.666.170,02	-4.810.787.303,59	943,91
Erträge aus Beteiligungen	427.068,73	1.683,50	425.385,23	25.267,91
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	1.905.481,60	1.130.092,45	775.389,15	68,61
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	256.118.566,53	117.629.041,40	138.489.525,13	117,73
Abschreibung auf Finanzanlagen	-1.156.507,80	-22.600.832,81	21.444.325,01	-94,88
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-679.013.952,15	-655.024.338,00	-23.989.614,15	3,66
Finanzergebnis	-421.719.343,09	-558.864.353,46	137.145.010,37	-24,54
Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit	-5.742.172.816,70	-1.068.530.523,48	-4.673.642.293,22	437,39
Steuern	-7.357,96	-7.293,04	-64,92	0,89
Jahresfehlbetrag	-5.742.180.174,66	-1.068.537.816,52	-4.673.642.358,14	437,39

Erfolgsrechnung

In der Erfolgsrechnung wird das Gesamtergebnis auf einzelne Teilergebnisse aufgeteilt. Damit wird sichtbar, wie die einzelnen Teilergebnisse den Gesamterfolg beeinflussen. Außerdem können im Zeitreihenvergleich zu den Vorperioden

Trends und Entwicklungen abgeleitet werden. Die Erfolgsrechnungen wurden 2021 für die Gebietskörperschaften Land Bremen und Stadtgemeinde Bremen erstmals getrennt ermittelt.

Lagebericht

Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis stellt die rechnerischen Auswirkungen des Verwaltungshandelns aus den Kernaufgaben auf den doppelischen Jahresabschluss dar. Es fokussiert sich dabei auf die Ressourcenverbräuche und die Erträge, die im Zusammenhang mit der originären Aufgabenerfüllung des Landes Bremen stehen. Die Aufwendungen und Erträge aus dem Finanzierungsgeschäft werden daher an dieser Stelle nicht ausgewiesen, obwohl bei der permanenten finanziellen Unterausstattung vieler Gebietskörperschaften die Finanzierungsgeschäfte einen hohen Stellenwert einnehmen.

Das Verwaltungsergebnis beläuft sich im Geschäftsjahr 2023 auf -5.320,45 Mio. Euro und liegt mit einer Veränderung um rund -4.810,79 Mio. Euro weit unter dem Vorjahreswert. Diese erhebliche Veränderung des Verwaltungsergebnisses ist in erster Linie auf zahlungsunwirksame Aufwendungen zurückzuführen. Insbesondere bedingt durch die erforderliche Berücksichtigung der tariflichen Steigerungen erhöhen sich die Aufwendungen für die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen im Jahr 2023 um 4.627,53 Mio. Euro. Insgesamt erhöht sich die im Verwaltungsergebnis enthaltene Summe der Aufwendungen um 4.825,86 Mio. Euro.

Die Erträge erhöhten sich in 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 15,07 Mio. Euro und damit um 0,27 %.

Die steuerabhängigen Erträge stellen mit 52,38 % und 2.971,91 Mio. Euro den größten Anteil an den Gesamterträgen dar. Mit einem Zuwachs von 415,58 Mio. Euro wird hier eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr sichtbar. Dazu haben vor allem die gestiegenen Gemeinschafts- und Gewerbesteuerumlagen (+494,43 Mio. Euro), insbesondere die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag

(+167,11 Mio. Euro), die Körperschaftsteuer (+163,59 Mio. Euro) sowie die Umsatzsteuer (+111,35 Mio. Euro) beigetragen. Ein Rückgang ist hingegen bei den Landessteuern (-13,18 Mio. Euro) und den Gemeindesteuern (-65,35 Mio. Euro) zu verzeichnen.

Die Erträge der Verwaltungstätigkeit bzw. Umsatzerlöse erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um 16,39 Mio. Euro. Während die in dieser Position enthaltenen Erträge aus Geldbußen um 4,13 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis zurückbleiben, erhöhen sich die Erträge aus Gebühren um 1,04 Mio. EUR und aus Umsatzerlösen um 19,48 Mio. Euro. Bei den Umsatzerlösen kommt zum Tragen, dass die Leistungsbeziehungen der Gebietskörperschaften seit 2021 in getrennten Ergebnisrechnungen abgebildet werden. Die Einnahmen des Landes von der Stadtgemeinde Bremen in Höhe von 150,45 Mio. Euro sind um 15,12 Mio. Euro gestiegen.

Bei allen anderen Ertragsgruppen ist 2023 ein Rückgang zu verzeichnen.

Den weitaus größten Rückgang an Erträgen weisen die Zuweisungen und Zuschüsse aus (-237,70 Mio. Euro, -22,50 %). Dies lässt sich in erster Linie durch die rückläufigen Bundeshilfen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erklären.

Mit 1.583,39 Mio. Euro und einem Anteil von 27,91 % bilden die Finanzausgleichsbeziehungen den zweitgrößten Ertragsposten. In 2023 sind diese Erträge allerdings rückläufig und reduzieren sich im Vergleich zum Vorjahr um -172,32 Mio. Euro. Dies lässt sich einerseits durch den gesunkenen Wert aus dem Finanzausgleich (FKA) durch die Umsatzsteuer-Umverteilung erklären und andererseits durch die ebenfalls gesunkenen Bundesergän-

zungszuweisungen (-55,21 Mio. Euro). Bestandteil der Ergänzungszuweisungen sind die Sanierungshilfen gemäß Art. 143d Abs. 4 Grundgesetz in Verbindung mit dem Sanierungshilfengesetz, die Bremen seit 2020 jährlich in Höhe von 400 Mio. Euro erhält. Im Gegenzug verpflichtet sich Bremen die Schuldenbremse einzuhalten und seine hohe Verschuldung abzubauen.

Ebenfalls rückläufig waren die sonstigen betrieblichen Erträge. Sie fielen um vergleichsweise moderate -6,88 Mio. Euro. Dazu hat vor allem beigetragen, dass die Erhöhung der Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen die Ausweisung von Aufwendungen erforderlich machte. Im Vorjahr führte ein gesunkener Wert der Pauschalwertberichtigungen noch zu der Ausweisung von Erträgen. Auf der Ertragsseite wirkt sich dieser Sachverhalt mit -6,25 Mio. Euro negativ aus.

Die Summe der Aufwendungen verzeichnet 2023 gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 4.825,86 Mio. Euro (+78,24 %) auf 10.993,76 Mio. Euro.

Mit 58,22 % und 6.400,27 Mio. Euro stellen die Personalaufwendungen 2023 den größten Aufwandsposten dar. Während bei den Bezügen und Entgelten ein mäßiger Anstieg um insgesamt 16,14 Mio. Euro verzeichnet werden kann, ist die erhebliche Veränderung in Höhe von +4.658,14 Mio. Euro insbesondere auf zahlungsunwirksame Aufwendungen zurückzuführen. Bedingt durch die erforderliche Berücksichtigung der tariflichen Steigerungen erhöhen sich die Aufwendungen für die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen im Jahr 2023 um 4.627,53 Mio. Euro.

Bei der Berechnung der Pensionen sind der angewandte Zinssatz sowie die zugrundelie-

genden Annahmen der Prognoseerstellung ausschlaggebend. Zum einen sind Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen mit dem Zinssatz zu diskontieren, der sich aus den Umlaufrenditen für börsennotierte Bundeswertpapiere mit einer Restlaufzeit von über 15 bis einschließlich 30 Jahre ergibt. Dieser errechnet sich als Durchschnitt aus den Monatsendständen der vergangenen zehn Kalenderjahre und wird vom Bundesministerium der Finanzen jährlich veröffentlicht. Sinkende Zinssätze führen bei unveränderten zukünftigen Erfüllungsbeträgen dazu, dass die Zuführung erhöht werden muss. Für 2023 hat sich der Zinssatz von 0,93 % auf 0,95 % p.a. erhöht, so dass dies bei sonst unveränderten Parametern keinen erhöhenden Effekt auf die Pensionsrückstellungen hat. Stattdessen haben insbesondere die zu berücksichtigenden tariflichen Steigerungen dazu geführt, dass sich die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen von 939,69 Mio. Euro im Vorjahr um 4.627,53 Mio. Euro auf 5.567,22 Mio. Euro in 2023 erhöhten. Die Tarife basieren sowohl auf den erfolgten Tarifabschlüssen als auch aus den daraus abgeleiteten Tarifprognosen für die Folgejahre.

Die Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit sind 2023 auf 2.419,98 Mio. Euro (+104,15 Mio. Euro) gestiegen und haben einen Anteil von 22,01 % an den Gesamtaufwendungen. Entscheidend für die Veränderung als auch für die Gesamthöhe sind die bezogenen Leistungen (Erhöhung um 104,22 Mio. Euro auf 2.398,67 Mio. Euro), die vorrangig auf die Leistungen des Landes Bremen gegenüber der Stadtgemeinde Bremen (2.164,63 Mio. Euro gesamt und +144,49 Mio. Euro) zurückzuführen sind. Ein gegenläufiger Effekt innerhalb der Aufwendungen für bezogene Leistungen ist im Bereich der sonstigen Aufwendungen für bezogene Leistungen zu verzeichnen (23,48 Mio. Euro gesamt und -20,89 Mio. Euro).

Lagebericht

Grund für diesen Rückgang sind vor allem die rückläufigen Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen. Die Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren fallen mit 21,29 Mio. Euro und einem Rückgang um 0,07 Mio. Euro weniger ins Gewicht.

Die Abschreibungen fallen mit insgesamt 108,14 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr um 2,98 Mio. Euro höher aus, insbesondere aufgrund höherer Abschreibungen auf immaterielle Sachanlagen (+2,85 Mio. Euro).

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse machen 17,68 % an den Gesamtaufwendungen aus und sind um 65,87 Mio. Euro auf 1.943,72 Mio. Euro gestiegen. Hierbei saldieren sich die Veränderungen wie folgt: +52,77 Mio. Euro bei den Renten, Unterstützungen und sonstigen Geldleistungen gegenüber natürlichen Personen, -43,77 Mio. Euro bei den übrigen nicht investiven Zuweisungen und Zuschüssen, -2,95 TEuro bei den Schuldendiensthilfen sowie +56,82 Mio. Euro bei den nicht aktivierten Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen.

In der Gruppe der Zuweisungen und Zuschüsse machen die übrigen nicht investiven Zuweisungen und Zuschüsse mit einer Höhe von 1.539,26 Mio. Euro den weitaus größten Anteil am Gesamtvolumen aus. Auffällig ist die Reduzierung um 43,77 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr, welche im Wesentlichen ein Ergebnis aus einem deutlichen Rückgang der Zuschüsse an den sonstigen inländischen Bereich (-71,27 Mio. Euro) sowie der Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (-37,56 Mio. Euro) und zugleich dem Zuwachs bei den Zuschüssen ist. Beide Effekte resultieren aus der Verringerung der unterschiedlichen staatlichen Hilfen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Die übrigen Zuweisungen und Zu-

schüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände entwickelten sich gegenläufig und erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um 48,38 Mio. Euro auf nunmehr 634,80 Mio. Euro. Das gleiche gilt für die übrigen Zuweisungen an private inländische Unternehmen, welche sich um 12,16 Mio. Euro erhöhen.

Bei der Position der sonstigen Aufwendungen ist im Vergleich zum Vorjahr eine Verringerung des Gesamtaufwandes um 5,28 Mio. Euro zu verzeichnen, hauptsächlich bei den Verlusten aus Wertminderungen des Umlaufvermögens sowie aus Abgängen des Anlagevermögens (-11,13 Mio. Euro). Die besonderen Effekte im Vorjahr, welche durch eine für die Jahre 2021 und 2022 nachgeholte Wertanpassung einer Forderung sowie höhere Verlusten aus den Abgängen des Anlagevermögens resultierten, sind in 2023 nicht mehr aufgetreten, so dass sich die Aufwendungen in diesem Bereich um 11,13 Mio. Euro reduziert haben. Gestiegen sind hingegen die Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges um 1,70 Mio. Euro sowie die Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Dienstleistungen um 1,14 Mio. Euro. Eine Steigerung ist ebenfalls bei den sonstigen Personalaufwendungen zu verzeichnen (+3,01 Mio. Euro).

Finanzergebnis

Im Finanzergebnis werden die Erträge und Aufwendungen aus Finanzgeschäften ausgewiesen. Die kreditwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die bremischen Schulden gestalteten sich auch 2023 weiterhin positiv. Der Durchschnittszinssatz für das bremische Schuldenportfolio beträgt 2,4 %. Die durchschnittliche Zinsbindung liegt bei 9,9 Jahren und der variable Anteil der fundierten Schulden des Portfolios beläuft sich auf 5 %.

Das Finanzergebnis ergibt sich aus 258,45 Mio. Euro Erträgen und 680,17 Mio. Euro Aufwendungen aus Finanzgeschäften. Diese Position weist daher mit einem Betrag in Höhe von 421,72 Mio. Euro weiterhin ein Defizit aus, welches allerdings um 137,15 Mio. Euro reduziert und somit im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert werden konnte.

Wie in den Vorjahren ist hier eine hohe Zinslast prägend, die aufgrund der vollständigen Schuldübernahme zum 01.01.2020 aus der Stadtgemeinde Bremen im Land Bremen mehrheitlich ausgewiesen wird. Wegen der allgemeinen Zinsentwicklung ist in 2023 neben einer Erhöhung der Zinsaufwendungen um 24,0 Mio. Euro allerdings mit einem Plus von 138,49 Mio. Euro auch eine sehr deutliche Erhöhung der Zinserträge zu verzeichnen. Damit nehmen die Zinserträge einen wesentlichen Einfluss auf die Verbesserung des Finanzergebnisses.

Zwar sind die Erträge aus Agio auf Wertpapiere rückläufig (-24,75 Mio. Euro), dieser Rückgang wird aber durch die Erhöhung der sonstigen Zinserträge vom inländischen Bereich (+87,47 Mio. Euro) sowie der Swaps (+77,37 Mio. Euro) mehr als kompensiert.

Die Erträge aus der Gewinnausschüttung beteiligter Unternehmen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 425,39 TEuro. Auch bei den Erträgen aus Wertpapieren und Ausleihungen aufgrund von Kreditvergaben durch das Land Bremen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen ist eine deutliche Erhöhung um 775,39 TEuro zu verzeichnen.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen belaufen sich in 2023 auf 1,16 Mio. Euro und reduzieren sich im Vergleich zum Vorjahr um

21,44 Mio. Euro.

Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit ergibt sich aus der Summe des Verwaltungs- sowie des Finanzergebnisses und weist mit 5.742,17 Mio. Euro ein im Vergleich zum Vorjahr um 4.673,64 Mio. Euro schlechteres Ergebnis aus.

Jahresergebnis 2023

Das Jahresergebnis wird ermittelt, indem vom Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit die Steuerschuld abgezogen wird. Der so ermittelte Jahresfehlbetrag beträgt 2023 5.742,18 Mio. Euro und weist im Vorjahresvergleich eine Verschlechterung um 4.673,64 Mio. Euro aus.

Durch die seit 2021 getrennte Ermittlung der doppelten Jahresergebnisse je Gebietskörperschaft werden die bis 2020 neutral betrachteten haushaltstechnischen Verrechnungen zwischen den Gebietskörperschaften in Rechnung gestellt und als Erträge und Aufwendungen in der Erfolgsrechnung ausgewiesen. Mit 0,15 Mrd. Euro Erträgen und 2,16 Mrd. Euro Aufwendungen schlägt dieser Effekt im Verwaltungs- und Jahresergebnis des Landes Bremen mit einem Minus von 2,01 Mrd. Euro zu Buche. Dem entspricht das im doppelten Jahresabschluss der Stadtgemeinde Bremen ausgewiesene Plus von 2,01 Mrd. Euro. Über beide Gebietskörperschaften gleichen sich Erträge und Aufwendungen nahezu aus.

Lagebericht

Vermögensrechnung 2023

	31.12.2023	31.12.2022	Abweichung ggü. Vorjahr	Abweichung ggü. Vorjahr
	Euro	Euro	Euro	%
Anlagevermögen	2.439.629.254,84	2.251.698.130,23	187.931.124,61	8,35
Umlaufvermögen	3.932.139.928,25	5.419.324.465,75	-1.487.184.537,50	-27,44
Aktive Rechnungsabgrenzung	206.199.356,73	124.602.611,22	81.596.745,51	65,49
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	36.407.860.434,29	30.499.633.015,78	5.908.227.418,51	19,37
Summe Aktiva	42.985.828.974,11	38.295.258.222,98	4.690.570.751,13	12,25
<hr/>				
Eigenkapital	0,00	0,00	0,00	
Sonderposten für Investitionen	569.915.146,65	544.574.350,03	25.340.796,62	4,65
Rückstellungen	17.610.941.900,75	12.041.591.059,95	5.569.350.840,80	46,25
Verbindlichkeiten	24.748.311.141,57	25.492.029.671,36	-743.718.529,79	-2,92
Passive Rechnungsabgrenzung	56.660.785,14	217.063.141,64	-160.402.356,50	-73,90
Summe Passiva	42.985.828.974,11	38.295.258.222,98	4.690.570.751,13	12,25

Aktiva

Die Bilanzsumme der Aktivseite ist 2023 im Land Bremen um 4,69 Mrd. Euro gestiegen. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr liegt bei 12,25 %.

Das Anlagevermögen erhöhte sich gegenüber dem Anfangsbestand um 187,93 Mio. Euro. Die Finanzanlagen haben daran mit einer Erhöhung um 215,09 Mio. Euro neben den Sachanlagen (+4,52 Mio. Euro) den größten Anteil.

Die Finanzanlagen beeinflussen mit einem Betrag von 1.364,39 Mio. Euro und einem prozentualen Anteil von 55,93 % die Höhe des Anlagevermögens maßgeblich. Zugänge in Höhe von 221,94 Mio. Euro bei den übrigen sonstigen Ausleihungen an Gemeinden führen zusammen mit den zu berücksichtigen planmäßigen Abschreibungen zu diesem Ergebnis.

Die Erhöhung der Sachanlagen um 13,13 % auf nunmehr 38,96 Mio. Euro ist insbesondere auf die Aktivierung von Technischen Anlagen, Maschinen, Betriebsvorrichtungen und Hardware zurückzuführen.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind hingegen rückläufig (-31,68 Mio. Euro) und betragen zum 31.12.2023 1.036,28 Mio. Euro. Rückläufige Zugänge im Geschäftsjahr sowie eine Korrektur der Wertberichtigungen des Vorjahres führten zu dem geringeren Endbestand.

Das Umlaufvermögen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahreswert um 1,49 Mrd. Euro auf 3,93 Mrd. Euro. Die größten Abweichungen ergeben sich hierbei bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von -1,07 Mrd. Euro.

Zum 31.12.2023 wiesen die Guthaben bei der Bundesbank einen um 2.137,01 Mio. Euro niedrigeren Bestand und bei den übrigen Kreditinstituten einen um 1.723,81 Mio. Euro höheren Bestand aus als zum Vorjahreszeitpunkt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich in 2023 um 81,60 Mio. Euro auf 206,20 Mio. Euro.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag ist im Geschäftsjahr 2023 um 5.908,23 Mio. Euro auf nunmehr 36.407,86 Mio. Euro gestiegen. Die Erhöhung resultiert aus dem Jahresfehlbetrag (5.742,18 Mio. Euro), der Kapitalveränderung durch Bestandsanpassungen (39,00 Mio. Euro) sowie den erforderlichen Wertkorrekturen der Eröffnungsbilanzwerte (127,25 Mio. Euro).

Passiva

Das Eigenkapital wird nach wie vor auf der Aktivseite der Vermögensrechnung als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen.

Die Sonderposten für erhaltene Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen stiegen um 25,34 Mio. Euro bzw. um 4,65 % auf 569,92 Mio. Euro.

Die Gesamtsumme der Rückstellungen ist regelmäßig durch die Bildung der Pensionsrückstellungen geprägt. Dabei wird der zukünftige Finanzmittelbedarf der Versorgungslasten, der auf den Stichtag der Vermögensrechnung abgezinst wird, als Pensionsrückstellungen dargestellt. Der Zinssatz für das Diskontieren der Rückstellungen für Pensionen wurde 2023 von 0,93 % auf 0,95 % p.a. leicht erhöht. Entscheidend für die Erhöhung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen war allerdings die erforderliche Berücksichtigung der tariflichen Steigerungen. Die berücksichtigten Tarife basieren sowohl auf den erfolgten Tarifabschlüssen als auch aus den daraus abgeleiteten Tarifprognosen für die Folgejahre.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen stiegen für das Land Bremen um 5.567,22 Mio. Euro auf 17.540,84 Mio. Euro. Wie in jedem Jahr wirkt

sich die Veränderung der Pensionsrückstellungen im Land Bremen auf das Jahresergebnis aus.

Die Verbindlichkeiten weisen einen Rückgang um 743,72 Mio. Euro aus. Die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten beträgt damit im doppelten Jahresabschluss 24.748,31 Mio. Euro. Der kamerale Begriff der fundierten Schulden umfasst die langfristigen Staatsschulden, welche regelmäßig über eine längere Laufzeit (ein Jahr und länger) zurückgezahlt werden. Der doppelte Begriff der Verbindlichkeiten ist weiter gefasst. Er umfasst die noch offenen finanziellen Verpflichtungen des Landes Bremen gegenüber Gläubigern.

Die Verringerung der Verbindlichkeiten um 743,72 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten (-1.449,80 Mio. Euro).

Eine gegenläufige Entwicklung ist in der Position Anleihen und Obligationen zu verzeichnen, zu der auch die Kapitalmarktpapiere gehören. In 2023 wurde die Ausgabe von Schatzanweisungen um 648,50 Mio. Euro auf 17.276,50 Mio. Euro erhöht. Der Bestand an mittel- und langfristigen Krediten verringerte sich um 164,01 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen erhöhten sich um 171,81 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Die Reduzierung der passiven Rechnungsabgrenzung um 160,40 Mio. Euro resultiert aus der Veränderung der passiv abzugrenzenden Agiobeträgen (-7,36 Mio. Euro) und dem Wegfall des Effektes der in 2022 erfolgten Bestandsanpassungen (-153,04 Mio. Euro).

Lagebericht

Resümee

Das Land Bremen weist im doppelten Jahresabschluss 2023 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 5,74 Mrd. Euro aus. Mit einer Veränderung um minus 4,67 Mrd. Euro liegt das Jahresergebnis 2023 deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Das Verwaltungsergebnis ist das erste Teilergebnis der Erfolgsrechnung und beträgt 2023 -5,32 Mrd. Euro. Insbesondere die gestiegenen Aufwendungen für die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen um 4,63 Mrd. Euro auf 5,57 Mrd. Euro sowie die Erfassung der Leistungsbeziehungen zwischen dem Land und der Stadtgemeinde Bremen (-2,01 Mrd. Euro) haben das Verwaltungsergebnis erheblich geprägt. Der Effekt der Leistungsbeziehungen lässt sich jedoch nur in einer gemeinsamen Betrachtung mit dem Jahresabschluss der Stadtgemeinde Bremen sinnvoll beurteilen, denn die Stadtgemeinde Bremen weist als Leistungspartner umgekehrt einen positiven Saldo von 2,01 Mrd. Euro aus. Nur über die gemeinsame Betrachtung beider Gebietskörperschaften gleicht sich der Effekt aus und bleibt in Summe ergebnisneutral.

Diese beiden Effekte summieren sich auf 6,64 Mrd. Euro. Ohne Einbeziehung dieses hohen negativen Betrages würde das Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit mit einem Plus von 1,32 Mrd. Euro abschließen.

Das Finanzergebnis ist das zweite Teilergebnis in der Erfolgsrechnung und weist 2023 ein Defizit von 421,72 Mio. Euro aus, welches allerdings um 137,15 Mio. Euro reduziert und somit im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert werden konnte. Wie in den Vorjahren wird das Finanzergebnis durch eine hohe Zinsbelastung dominiert, wobei die Zinsaufwendungen als Folge der vollständigen Schuldübernahme aus den anderen Gebietskörperschaften zum 01.01.2020 hauptsächlich im Land Bremen ausgewiesen werden. Wegen der

allgemeinen Zinsentwicklung ist in 2023 neben einer Erhöhung der Zinsaufwendungen um 24,00 Mio. Euro allerdings mit einem Plus von 138,49 Mio. Euro auch eine deutliche Erhöhung der Zinserträge zu verzeichnen. Damit nehmen die Zinserträge einen wesentlichen Einfluss auf die Verbesserung des Finanzergebnisses.

Der Jahresfehlbetrag errechnet sich aus dem Verwaltungs- und dem Finanzergebnis (zzgl. Steuern) und erreicht 2023 im Land Bremen ein Minus von 5,74 Mrd. Euro.



Mühle am Wall

IMPRESSUM

Herausgeber

Freie Hansestadt Bremen
Der Senator für Finanzen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: +49 421 361 94168

Fax: +49 421 496 94168

presse@finanzen.bremen.de
www.finanzen.bremen.de/info/bilanzberichte

Druck

Druckerei des Senators für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Gestaltung

Senator für Finanzen
Abteilung 2

Dieser Geschäftsbericht wurde - mit Ausnahme des Umschlags - auf Recyclingpapier (Image Recycled High White von Antalis) gedruckt. Es besteht zu 100 % aus Altpapier und erfüllt alle Anforderungen des Blauen Engels.

BILDNACHWEIS

Seite 1: Freie Hansestadt Bremen

Seite 4: Senatspressestelle

Seite 15: Freie Hansestadt Bremen

Seite 24: Freie Hansestadt Bremen

Seite 32: Freie Hansestadt Bremen

TEIL B

HAUSHALTSRECHNUNG DES LANDES BREMEN 2023

INHALTSÜBERSICHT

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen

	<u>Seite</u>
Gesamrechnungsnachweisung	1
Einnahmen/Ausgaben - Kapitel- und Einzelplansummen -	2
Einnahmen - Einzelplansummen -	45
Ausgaben - Einzelplansummen -	47
Erläuterungen zur Gesamrechnungsnachweisung	49
Kassenmäßiger Abschluss, Haushaltsabschluss	51
Haushaltsabschluss gemäß § 82 und § 83 Nr. 2 f LHO	52
Kontrollkonto nach § 18 b LHO	53
Anlagen zur Haushaltsrechnung	
Anlage 1 - Übersicht über erhebliche Solländerungen und erhebliche Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Beträgen	55
- Erläuterungen der Solländerungen und Abweichungen	65
- Haushaltsüberschreitungen	84
- Personalausgaben	88
Anlage 2 - Übersichten über niedergeschlagene und erlassene Beträge	89
Anlage 3 - Vermögensnachweis	91
- Übersichten über Beteiligungen, Sachanlagen, Forderungen, Rücklagen, Sondervermögen und Eigenbetriebe, Schulden und Bürgschaftsver- pflichtungen, Grundbesitz	
Anlage 4 - Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Eigenbetriebe, der Sondervermögen, der Hochschulen und der Anstalt für Versorgungsvorsorge	105
Anlage 5 - Zusammenfassung der Vermögensnachweise von Land und Stadtgemeinde Bremen, Entwicklung der fundierten Schulden der bremischen Körperschaften, Überleitungstabelle Kreditschulden kameral und Kreditschulden doppisch, Aufgliederung der unter- schiedlichen Werte für Zinsausgaben nach kameraler und doppischer Buchführung, Zusammenstellung über die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung Bremens	127
Anlage 6 - Einnahmen und Ausgaben der Sonderhaushalte	133
Anlage 7 - Anpassung Tilgungsplan	137

Gesamtrechnungsnachweisung

Die Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr **2023** enthält die Gesamtbeträge der Kapitel und die Gesamtbeträge der Einzelpläne unter Berücksichtigung der nach § 81 LHO vorgeschriebenen Gliederung.

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND) - Kapitel und Einzelplansummen in EUR -													
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	8	9		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
00				Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Europa, Bundesang., Datenschutz, Inneres, Frauen, Staatsgerichtshof									
0010				Bremische Bürgerschaft	8.934.659,43 0,00 0,00	8.934.659,43	8.911.600,00 0,00 0,00	0,00 0,00	8.911.600,00	0,00 0,00	0,00	8.911.600,00	23.059,43
0011				Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen	2.564.770,00 0,00 0,00	2.564.770,00	2.564.770,00 0,00 0,00	0,00 0,00	2.564.770,00	0,00 0,00	0,00	2.564.770,00	0,00
0012				Staatsgerichtshof	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00 0,00	0,00	0,00	0,00
0020				Senat und Senatskanzlei	4.341.969,67 0,00 0,00	4.341.969,67	4.126.460,00 0,00 0,00	0,00 0,00	4.126.460,00	96.754,88 0,00	0,00	4.223.214,88	118.754,79
0021				Entwicklungszusammenarbeit, Internationale Beziehungen	1.176.970,86 0,00 0,00	1.176.970,86	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	1.176.970,86	0,00	1.176.970,86	0,00
0025				Der Bevollmächtigte der FHB beim Bund - BgA 37 Gästehaus	30.979,49 0,00 0,00	30.979,49	5.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	5.000,00	23.097,54 0,00	0,00	28.097,54	2.881,95
0026				Der Bevollmächtigte der FHB beim Bund - BgA 51 Veranstaltungsservice	271.810,94 0,00 0,00	271.810,94	5.500,00 0,00 0,00	0,00 0,00	5.500,00	236.949,02 0,00	0,00	242.449,02	29.361,92
0027				Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Europa (Europa)	58.534,52 0,00 0,00	58.534,52	39.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	39.000,00	19.534,52 0,00	0,00	58.534,52	0,00
0028				Der Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund	115.244,87 0,00 0,00	115.244,87	227.340,00 0,00 0,00	0,00 0,00	227.340,00	112.741,20- 0,00	0,00	114.598,80	646,07

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlagn		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
	0029			Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit	80.784,78 0,00 0,00	80.784,78	0,00 0,00 0,00	56.728,19 0,00			24.056,59		
	0030			Behörde d. Sen. für Inneres	3.201.847,84 0,00 0,00	3.201.847,84	3.063.560,00 0,00 0,00	113.025,23 0,00			25.262,61		
	0031			Allgemeine Bewilligungen für Inneres	1.071.195,15 0,00 0,00	1.071.195,15	255.000,00 0,00 0,00	845.805,15 0,00			29.610,00-		
	0032			Landesamt für Verfassungsschutz	48.049,74 0,00 0,00	48.049,74	0,00 0,00 0,00	40.393,26 0,00			7.656,48		
	0034			Polizei Bremen	13.952.582,29 0,00 0,00	13.952.582,29	12.829.180,00 0,00 0,00	965.104,59 0,00			158.297,70		
	0036			Statistisches Landesamt	2.105.420,05 0,00 0,00	2.105.420,05	2.021.100,00 0,00 0,00	83.737,05 0,00			583,00		
	0037			Digitalfunk	1.282.129,03 0,00 0,00	1.282.129,03	200.460,00 0,00 0,00	1.065.961,03 0,00			15.708,00		
	0045			Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	437.675,44 0,00 0,00	437.675,44	357.950,00 0,00 0,00	86.173,15 0,00			6.447,71-		
				Summe der Einnahmen des Einzelplans 00	39.674.624,10 0,00 0,00	39.674.624,10	34.606.920,00 0,00 0,00	4.697.493,27 0,00			370.210,83		

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr		Einsparungen					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
00				Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Europa, Bundesang., Datenschutz, Inneres, Frauen, Staatsgerichtshof									
0010				Bremische Bürgerschaft	30.095.158,79 1.089.000,00 0,00	31.184.158,79	31.652.650,00 627.000,00 0,00	2.426.245,82 2.552.648,41	32.153.247,41	969.088,62-			
0011				Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen	6.024.957,03 0,00 0,00	6.024.957,03	5.984.050,00 0,00 0,00	301.168,79 41.064,62	6.244.154,17	219.197,14-			
0012				Staatsgerichtshof	45.675,12 1.698,86 0,00	47.373,98	48.110,00 169,62 0,00	4.590,22 4.862,22	48.007,62	633,64-			
0020				Senat und Senatskanzlei	23.457.650,21 482.000,00 0,00	23.939.650,21	28.425.065,00 266.500,00 0,00	1.125.847,25 1.157.050,10	28.660.362,15	4.720.711,94-			
0021				Entwicklungszusammenarbeit, Internationale Beziehungen	2.177.653,90 0,00 0,00	2.177.653,90	911.610,00 40.614,00 0,00	1.709.613,27 389.594,19	2.272.243,08	94.589,18-			
0025				Der Bevollmächtigte der FHB beim Bund - BgA 37 Gästehaus	71.332,64 0,00 0,00	71.332,64	4.280,00 0,00 0,00	104.631,93 15.034,39	93.877,54	22.544,90-			
0026				Der Bevollmächtigte der FHB beim Bund - BgA 51 Veranstaltungsservice	331.979,96 0,00 0,00	331.979,96	45.500,00 0,00 0,00	584.342,75 160.894,73	468.948,02	136.968,06-			
0027				Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Europa (Europa)	2.060.310,16 46.833,48 0,00	2.107.143,64	2.256.820,00 0,00 0,00	395.638,49 482.586,66	2.169.871,83	62.728,19-			
0028				Der Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund	4.308.479,43 80.000,00 0,00	4.388.479,43	5.072.170,00 71.000,00 0,00	277.410,39 806.737,00	4.613.843,39	225.363,96-			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5									
	0029			Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit	2.263.978,77	2.545.592,87	2.755.880,00	260.448,91	3.263.716,61	718.123,74-			
					281.614,10		317.909,88	70.522,18					
					0,00		0,00						
	0030			Behörde d. Sen. für Inneres	11.775.571,85	11.775.571,85	10.228.110,00	3.322.549,96	12.086.319,22	310.747,37-			
					0,00		12.144,08	1.476.484,82					
					0,00		0,00						
	0031			Allgemeine Bewilligungen für Inneres	68.445.506,00	68.445.506,00	66.140.480,00	5.117.918,78	69.513.388,94	1.067.882,94-			
					0,00		0,00	1.745.009,84					
					0,00		0,00						
	0032			Landesamt für Verfassungsschutz	6.062.969,61	6.062.969,61	5.419.140,00	2.135.942,45	6.179.176,79	116.207,18-			
					0,00		0,00	1.375.905,66					
					0,00		0,00						
	0034			Polizei Bremen	282.443.302,70	282.443.302,70	262.086.545,00	36.307.004,31	283.615.535,99	1.172.233,29-			
					0,00		233.090,92	15.011.104,24					
					0,00		0,00						
	0036			Statistisches Landesamt	10.113.519,56	10.713.519,56	11.601.390,00	1.070.501,78	11.669.269,91	955.750,35-			
					600.000,00		1.330.682,84	2.333.304,71					
					0,00		0,00						
	0037			Digitalfunk	2.583.532,88	2.954.582,07	3.670.360,00	1.955.928,95	4.511.085,77	1.556.503,70-			
					371.049,19		206.434,14	1.321.637,32					
					0,00		0,00						
	0045			Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	2.208.014,21	2.208.014,21	1.933.160,00	358.769,61	2.106.611,41	101.402,80			
					0,00		44.262,51	229.580,71					
					0,00		0,00						
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 00	454.469.592,82	457.421.788,45	438.235.320,00	57.458.553,66	469.669.659,85	12.247.871,40-			
					2.952.195,63		3.149.807,99	29.174.021,80					
					0,00		0,00						

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND) - Kapitel und Einzelplansummen in EUR -													
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5									
01				Justiz und Verfassung, Sport									
	0100			Behörde d. Sen. für Justiz und Verfassung	7.721,68	7.721,68	7.721,68	2.930,00	4.750,00	7.680,00	41,68		
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
	0101			Allgemeine Bewilligungen für Justiz und Verfassung	4.825.309,16	4.825.309,16	4.825.309,16	2.670.600,00	2.182.714,17	4.853.314,17	28.005,01-		
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
	0102			Soziale Dienste der Justiz	64.585,88	64.585,88	64.585,88	600,00	63.972,32	64.572,32	13,56		
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
	0110			Generalstaatsanwaltschaft Bremen	135,74	135,74	135,74	120,00	0,00	120,00	15,74		
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
	0111			Staatsanwaltschaft Bremen	8.488.744,95	8.488.744,95	8.488.744,95	6.193.270,00	2.052.869,44	8.246.139,44	242.605,51		
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
	0120			Justizvollzugsanstalt Bremen	970.760,17	970.760,17	970.760,17	477.000,00	436.740,99	913.740,99	57.019,18		
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
	0130			Hanseatisches Oberlandesgericht	1.540.786,75	1.540.786,75	1.540.786,75	693.320,00	581.130,00	1.274.450,00	266.336,75		
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
	0131			Landgericht Bremen	6.386.028,38 0,00 0,00	6.386.028,38	6.015.800,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	6.015.800,00	370.228,38		
	0132			Amtsgericht Bremen	24.003.640,89 0,00	24.003.640,89	23.503.840,00 0,00	239.304,19 0,00	23.743.144,19	260.496,70			
	0133			Amtsgericht Bremerhaven	4.770.534,80 0,00	4.770.534,80	4.442.120,00 0,00	277.058,86 0,00	4.719.178,86	51.355,94			
	0134			Amtsgericht Bremen-Blumenthal	3.319.052,69 0,00	3.319.052,69	3.305.540,00 0,00	173.234,97 0,00	3.478.774,97	159.722,28-			
	0141			Justizprüfungsamt (bis 2021)	0,00 0,00	0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00			
	0150			Landesarbeitsgericht	65.969,08 0,00	65.969,08	70.440,00 0,00	0,00 0,00	70.440,00	4.470,92-			
	0151			Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven	410.779,34 0,00	410.779,34	411.430,00 0,00	0,00 0,00	411.430,00	650,66-			
	0160			Finanzgericht	149.126,56 0,00	149.126,56	141.460,00 0,00	0,00 0,00	141.460,00	7.666,56			
	0170			Landesozialgericht Niedersachsen - Bremen	0,00 0,00	0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00			
	0171			Sozialgericht	298.474,49 0,00	298.474,49	330.740,00 0,00	0,00 0,00	330.740,00	32.265,51-			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND) - Kapitel und Einzelplansummen in EUR -													
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5									
	0180			Oberverwaltungsgericht	57.924,00 0,00 0,00	57.924,00	57.924,00	53.980,00 0,00 0,00	0,00 0,00			53.980,00	3.944,00
	0181			Verwaltungsgericht	459.143,39 0,00 0,00	459.143,39	459.143,39	344.270,00 0,00 0,00	44.820,00 0,00			389.090,00	70.053,39
				Summe der Einnahmen des Einzelplans 01	55.818.717,95 0,00 0,00	55.818.717,95	55.818.717,95	48.657.460,00 0,00 0,00	6.056.594,94 0,00			54.714.054,94	1.104.663,01

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5									
01				Justiz und Verfassung, Sport									
	0100			Behörde d. Sen. für Justiz und Verfassung	5.524.233,67 97.560,00 0,00	5.621.793,67	5.282.350,00 226.300,00 0,00	873.626,82 614.016,45		5.768.260,37	146.466,70-		
	0101			Allgemeine Bewilligungen für Justiz und Verfassung	40.810.050,15 233.820,00 0,00	41.043.870,15	38.077.350,00 321.010,00 0,00	6.495.572,91 3.726.140,05		41.167.792,86	123.922,71-		
	0102			Soziale Dienste der Justiz	2.744.002,85 13.480,00 0,00	2.757.482,85	2.650.320,00 29.670,00 0,00	347.398,81 251.109,39		2.776.279,42	18.796,57-		
	0110			Generalstaatsanwaltschaft Bremen	751.964,74 801.500,00 0,00	1.553.464,74	659.780,00 1.549.590,00 0,00	137.974,04 40.975,40		2.306.368,64	752.903,90-		
	0111			Staatsanwaltschaft Bremen	17.381.775,45 120.560,00 0,00	17.502.335,45	14.306.830,00 70.250,00 0,00	4.685.243,15 1.508.637,16		17.553.685,99	51.350,54-		
	0120			Justizvollzugsanstalt Bremen	48.607.971,05 577.900,00 0,00	49.185.871,05	44.611.290,00 817.760,00 0,00	7.082.769,57 2.819.491,29		49.692.328,28	506.457,23-		
	0130			Hanseatisches Oberlandesgericht	3.460.024,10 26.070,00 0,00	3.486.094,10	3.319.900,00 19.070,00 0,00	341.463,66 183.914,48		3.496.519,18	10.425,08-		
	0131			Landgericht Bremen	16.931.106,23 9.060,00 0,00	16.940.166,23	14.881.600,00 34.280,00 0,00	3.471.083,66 1.443.653,39		16.943.310,27	3.144,04-		
	0132			Amtsgericht Bremen	42.456.545,67 170.930,00 0,00	42.627.475,67	41.966.690,00 173.880,00 0,00	3.472.359,21 2.822.763,49		42.790.165,72	162.690,05-		

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
	0133			Amtsgericht Bremerhaven	13.491.574,23 1.830,00 0,00	13.493.404,23	13.519.580,00 19.010,00 0,00	1.379.167,94 1.414.249,34	13.503.508,60		10.104,37-		
	0134			Amtsgericht Bremen-Blumenthal	7.625.880,16 4.970,00 0,00	7.630.850,16	6.897.080,00 5.100,00 0,00	986.795,00 256.441,21	7.632.533,79		1.683,63-		
	0141			Justizprüfungsamt (bis 2021)	675,00 0,00 0,00	675,00	0,00 0,00 0,00	675,00 0,00	675,00		0,00		
	0150			Landesarbeitsgericht	593.485,77 670,00 0,00	594.155,77	522.240,00 1.860,00 0,00	115.480,99 43.148,06	596.432,93		2.277,16-		
	0151			Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven	3.967.654,43 44.900,00 0,00	4.012.554,43	4.073.670,00 29.220,00 0,00	780.379,61 857.732,75	4.025.536,86		12.982,43-		
	0160			Finanzgericht	973.679,10 2.540,00 0,00	976.219,10	859.910,00 3.520,00 0,00	129.013,95 13.679,79	978.764,16		2.545,06-		
	0170			Landesozialgericht Niedersachsen - Bremen	1.121.177,14 0,00 0,00	1.121.177,14	1.237.780,00 0,00 0,00	155.460,38 272.063,24	1.121.177,14		0,00		
	0171			Sozialgericht	3.697.694,90 21.010,00 0,00	3.718.704,90	3.330.820,00 15.420,00 0,00	1.125.008,60 749.486,12	3.721.762,48		3.057,58-		
	0180			Oberverwaltungsgericht	1.079.460,11 7.430,00 0,00	1.086.890,11	1.035.170,00 4.680,00 0,00	150.911,30 102.324,98	1.088.436,32		1.546,21-		
	0181			Verwaltungsgericht	2.473.047,63 5.600,00 0,00	2.478.647,63	2.712.770,00 430,00 0,00	215.507,65 450.059,41	2.478.648,24		0,61-		

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND) - Kapitel und Einzelplansummen in EUR -													
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5									
02				Kinder und Bildung, Kultur, Wissenschaft									
	0200			Behörde d. Sen. für Kinder und Bildung	11.801.981,79		11.801.981,79	11.778.290,00	164.051,03	11.942.341,03	140.359,24-		
					0,00		0,00	0,00	0,00				
					0,00		0,00	0,00					
	0201			Allgemeine Bewilligungen für Bildung	16.063.521,60		16.063.521,60	15.751.700,00	1.252.811,92	17.004.511,92	940.990,32-		
					0,00		0,00	0,00	0,00				
					0,00		0,00	0,00					
					0,00		0,00	0,00					
					0,00		0,00	0,00					
	0202			Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
					0,00		0,00	0,00					
					0,00		0,00	0,00					
					0,00		0,00	0,00					
	0230			Landesinstitut für Schule	632.620,38		632.620,38	131.100,00	529.994,24	661.094,24	28.473,86-		
					0,00		0,00	0,00	0,00				
					0,00		0,00	0,00					
					0,00		0,00	0,00					
					0,00		0,00	0,00					
	0240			Institut für Qualitätsentwicklung im Land Bremen	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
					0,00		0,00	0,00					
					0,00		0,00	0,00					
					0,00		0,00	0,00					
	0250			Behörde d. Sen. für Kultur	15.920,95		15.920,95	3.040,00	12.880,95	15.920,95	0,00		
					0,00		0,00	0,00	0,00				
					0,00		0,00	0,00					
					0,00		0,00	0,00					
	0251			Allgemeine Bewilligungen für Kultur	5.029.520,82		5.029.520,82	4.916.745,00	111.454,57	5.028.199,57	1.321,25		
					0,00		0,00	0,00	0,00				
					0,00		0,00	0,00					

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtstoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
	0255			Allgemeine Weiterbildung	77.280,76 0,00 0,00	77.280,76	0,00 0,00 0,00	77.280,76 0,00				77.280,76 0,00	0,00
	0256			Landesamt für Denkmalpflege	27.822,46 0,00 0,00	27.822,46	3.000,00 0,00 0,00	20.039,75 0,00				23.039,75	4.782,71
	0257			Landeszentrale für politische Bildung	166.440,78 0,00 0,00	166.440,78	20.200,00 0,00 0,00	140.637,33 0,00				160.837,33	5.603,45
	0258			Staatsarchiv	208.031,71 0,00 0,00	208.031,71	27.710,00 0,00 0,00	180.821,02 0,00				208.531,02	499,31-
	0259			Landesarchäologie	172.242,62 0,00 0,00	172.242,62	0,00 0,00 0,00	172.242,62 0,00				172.242,62	0,00
	0270			Hochschulen -Baumaßnahmen und Erstausrstattungen-	2.999.570,56 0,00 0,00	2.999.570,56	2.842.500,00 0,00 0,00	157.070,56 0,00				2.999.570,56	0,00
	0273			Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen	95.371.759,63 0,00 0,00	95.371.759,63	77.757.530,00 0,00 0,00	17.628.163,70 0,00				95.385.693,70	13.934,07-
	0274			Zuschüsse an die Hochschulen	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00				0,00	0,00
	0290			Allgemeine Bewilligungen für Forschungsförderung	18.730.436,63 0,00 0,00	18.730.436,63	28.602.080,00 0,00 0,00	9.823.375,28- 0,00				18.778.704,72	48.268,09-
	0292			EFRE-Programm (Wissenschaft)	349.773,00 0,00 0,00	349.773,00	0,00 0,00 0,00	349.773,00 0,00				349.773,00	0,00

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
02				Kinder und Bildung, Kultur, Wissenschaft									
0200				Behörde d. Sen. für Kinder und Bildung	19.241.901,58 0,00 0,00	19.241.901,58	14.990.950,00 0,00 0,00	7.644.963,58 3.185.724,73	19.450.188,85	208.287,27-			
0201				Allgemeine Bewilligungen für Bildung	900.827.607,03 100.572,29 0,00	900.928.179,32	865.243.180,00 0,00 0,00	71.932.087,27 36.529.540,27	900.645.727,00	282.452,32			
0202				Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung	55.192.764,21 0,00 0,00	55.192.764,21	44.486.900,00 8.339.090,29 0,00	11.647.880,25 9.281.106,33	55.192.764,21	0,00			
0230				Landesinstitut für Schule	20.772.185,61 18.041,07 0,00	20.790.226,68	20.026.960,00 33.614,90 0,00	2.946.342,66 2.042.811,63	20.964.105,93	173.879,25-			
0240				Institut für Qualitätsentwicklung im Land Bremen	1.166.231,08 0,00 0,00	1.166.231,08	1.118.650,00 0,00 0,00	761.831,11 707.909,23	1.172.571,88	6.340,80-			
0250				Behörde d. Sen. für Kultur	3.976.838,27 0,00 0,00	3.976.838,27	4.030.300,00 0,00 0,00	413.784,28 417.047,53	4.027.036,75	50.198,48-			
0251				Allgemeine Bewilligungen für Kultur	3.878.022,36 15.084,54 0,00	3.893.106,90	3.232.605,00 36.030,08 0,00	1.284.323,53 659.832,27	3.893.126,34	19,44-			
0255				Allgemeine Weiterbildung	2.385.853,90 0,00 0,00	2.385.853,90	2.375.425,00 0,00 0,00	290.593,51 135.017,75	2.531.000,76	145.146,86-			
0256				Landesamt für Denkmalpflege	1.096.868,77 0,00 0,00	1.096.868,77	1.032.570,00 0,00 0,00	132.833,70 41.907,00	1.123.496,70	26.627,93-			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
	0257			Landeszentrale für politische Bildung	1.330.999,50 3.810,10 0,00	1.334.809,60	1.281.570,00 0,00 0,00	381.296,11 211.794,07	1.451.072,04	116.262,44-			
	0258			Staatsarchiv	2.247.780,01 0,00 0,00	2.247.780,01	1.649.040,00 0,00 0,00	713.582,95 112.685,83	2.249.937,12	2.157,11-			
	0259			Landesarchäologie	1.063.523,65 21.601,01 0,00	1.085.124,66	839.280,00 5.669,83 0,00	421.591,37 166.894,78	1.099.646,42	14.521,76-			
	0270			Hochschulen -Baumaßnahmen und Erstausrstattungen-	46.970.614,55 0,00 0,00	46.970.614,55	45.606.320,00 0,00 0,00	4.999.570,56 3.542.500,00	47.063.390,56	92.776,01-			
	0273			Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen	131.917.606,32 99.898,17 0,00	132.017.504,49	110.998.220,00 195.822,33 0,00	120.712.148,24 99.764.971,16	132.141.219,41	123.714,92-			
	0274			Zuschüsse an die Hochschulen	306.029.453,83 0,00 0,00	306.029.453,83	297.198.960,00 19.500,00 0,00	11.649.126,78 2.838.132,95	306.029.453,83	0,00			
	0290			Allgemeine Bewilligungen für Forschungsförderung	84.711.961,12 3.139.763,55 0,00	87.851.724,67	102.274.450,00 3.673.408,17 0,00	27.310.922,57 43.714.111,20	89.544.669,54	1.692.944,87-			
	0291			Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung	11.607.084,56 0,00 0,00	11.607.084,56	10.583.650,00 0,00 0,00	1.404.984,37 381.538,67	11.607.095,70	11,14-			
	0292			EFRE-Programm (Wissenschaft)	6.299.587,43 0,00 0,00	6.299.587,43	3.038.200,00 50.000,00 0,00	9.308.699,55 4.568.605,18	7.828.294,37	1.528.706,94-			
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 02	1.600.716.883,78 3.398.770,73 0,00	1.604.115.654,51	1.530.007.230,00 12.353.135,60 0,00	273.956.562,39 208.302.130,58	1.608.014.797,41	3.899.142,90-			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
03				Arbeit, Versorgung und Integration									
0300				Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Europa (Arbeit)	1.174.452,35 0,00 0,00	1.174.452,35	0,00 0,00 0,00	1.165.443,15 0,00	1.165.443,15		9.009,20		
0301				Allgemeine Bewilligungen für Arbeit	6.267.859,98 0,00 0,00	6.267.859,98	1.527.240,00 0,00 0,00	4.738.648,98 0,00	6.265.888,98		1.971,00		
0304				Ausgleichsabgaben	10.493.521,62 0,00 0,00	10.493.521,62	8.573.580,00 0,00 0,00	1.919.941,62 0,00	10.493.521,62		0,00		
0305				Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)	292.564,75 0,00 0,00 0,00 0,00	292.564,75	0,00 0,00 0,00 0,00 0,00	286.513,60 0,00	286.513,60		6.051,15		
0306				Arbeitsförderung im Land Bremen		0,00			0,00		0,00		
0307				Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG, ZDG und OEG	1.295.069,49 0,00 0,00	1.295.069,49	1.553.510,00 0,00 0,00	0,00 0,00	1.553.510,00		258.440,51-		
0308				Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)	35.384.028,73 0,00 0,00	35.384.028,73	8.560.000,00 0,00 0,00	30.900.000,00 0,00	39.460.000,00		4.075.971,27-		

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND) - Kapitel und Einzelplansummen in EUR -													
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5									
	0331			Amt für Versorgung und Integration Bremen	1.561.311,54 0,00 0,00	1.561.311,54	1.561.311,54	1.669.830,00 0,00 0,00	51.222,95 0,00	1.721.052,95	159.741,41-		
				Summe der Einnahmen des Einzelplans 03	56.468.808,46 0,00 0,00	56.468.808,46	56.468.808,46	21.884.160,00 0,00 0,00	39.061.770,30 0,00	60.945.930,30	4.477.121,84-		

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
03				Arbeit, Versorgung und Integration									
0300				Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Europa (Arbeit)	5.359.038,57 0,00 0,00	5.359.038,57	3.844.525,00 0,00 0,00	2.425.143,69 848.890,60	5.420.778,09	61.739,52-			
0301				Allgemeine Bewilligungen für Arbeit	8.824.089,15 34.309,77 0,00	8.858.398,92	3.143.810,00 595.381,25 0,00	10.100.360,64 4.857.045,10	8.982.506,79	124.107,87-			
0304				Ausgleichsabgaben	10.413.376,90 0,00 0,00	10.413.376,90	8.573.580,00 0,00 0,00	21.201.078,56 19.281.136,94	10.493.521,62	80.144,72-			
0305				Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)	30.556.404,85 4.644.561,56 0,00	35.200.966,41	30.245.860,00 5.367.445,16 0,00	12.240.223,07 12.415.797,97	35.437.730,26	236.763,85-			
0306				Arbeitsförderung im Land Bremen	0,00 0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00			
0307				Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG, ZDG und OEG	2.904.277,17 0,00 0,00	2.904.277,17	3.294.940,00 0,00 0,00	245.696,61 355.696,61	3.184.940,00	280.662,83-			
0308				Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)	44.782.200,78 43.706,73 0,00	44.825.907,51	8.560.000,00 5.265.907,51 0,00	31.328.156,95 328.156,95	44.825.907,51	0,00			
0311				Klimastrategie Arbeit	24.136,18 0,00 0,00	24.136,18	1.100.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	1.100.000,00	1.075.863,82-			
0331				Amt für Versorgung und Integration Bremen	11.623.570,17 290,96 0,00	11.623.861,13	11.926.800,00 145,48 0,00	774.052,13 1.016.288,86	11.684.708,75	60.847,62-			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND) - Kapitel und Einzelplansummen in EUR -													
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5									
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 03		114.487.093,77 4.722.869,02 0,00	119.209.962,79	70.689.515,00 11.228.879,40 0,00		78.314.711,65 39.103.013,03	121.130.093,02	1.920.130,23-	

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr		Einsparungen					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
04				Jugend und Soziales, Ausländerintegration									
0400				Behörde d. Sen. für Soziales, Jugend, Integration und Sport	7.611.280,88 0,00 0,00	7.611.280,88	7.289.070,00 0,00 0,00	322.210,88 0,00	7.611.280,88	0,00	0,00	7.611.280,88	0,00
0401				Allgemeine Bewilligungen für Soziales	330.433,01 0,00 0,00	330.433,01	302.000,00 0,00 0,00	112.233,49 0,00	414.233,49	0,00	0,00	414.233,49	83.800,48-
0402				Allgemeine Bewilligungen für Jugend	1.410.528,19 0,00 0,00	1.410.528,19	128.210,00 0,00 0,00	1.281.659,73 0,00	1.409.869,73	0,00	0,00	1.409.869,73	658,46
0408				Sonstige Sozialleistungen	367.200.922,06 0,00 0,00	367.200.922,06	336.520.790,00 0,00 0,00	27.273.588,73 0,00	363.794.378,73	0,00	0,00	363.794.378,73	3.406.543,33
0410				Sozialhilfeleistungen	247.368,00 0,00 0,00	247.368,00	466.170,00 0,00 0,00	0,00 0,00	466.170,00	0,00	0,00	466.170,00	218.802,00-
0411				Leistungen für Asylbewerber in betreuten Aufnahmeeinrichtungen	1.392.727,36 0,00 0,00	1.392.727,36	94.360,00 0,00 0,00	0,00 0,00	94.360,00	0,00	0,00	94.360,00	1.298.367,36
0451				Allgemeine Bewilligungen für Integration	450.968,82 0,00 0,00	450.968,82	2.120,00 0,00 0,00	448.848,82 0,00	450.968,82	0,00	0,00	450.968,82	0,00

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
04				Jugend und Soziales, Ausländerintegration									
0400				Behörde d. Sen. für Soziales, Jugend, Integration und Sport	26.135.365,37 910.483,17 0,00	27.045.848,54	23.075.210,00 514.247,62 0,00	10.498.855,74 6.860.275,79	27.228.037,57	182.189,03-			
0401				Allgemeine Bewilligungen für Soziales	31.723.295,06 0,00 0,00	31.723.295,06	26.430.955,00 0,00 0,00	9.602.353,26 4.134.542,68	31.898.765,58	175.470,52-			
0402				Allgemeine Bewilligungen für Jugend	4.833.578,60 27.973,01 0,00	4.861.551,61	3.854.265,00 63.146,66 0,00	3.928.405,06 2.864.299,10	4.981.517,62	119.966,01-			
0408				Sonstige Sozialleistungen	556.221.352,00 0,00 0,00	556.221.352,00	498.317.030,00 0,00 0,00	86.169.746,10 24.792.126,51	559.694.649,59	3.473.297,59-			
0410				Sozialhilfeleistungen	307.891.847,55 0,00 0,00	307.891.847,55	278.047.700,00 0,00 0,00	168.742.582,12 141.552.410,73	305.237.871,39	2.653.976,16			
0411				Leistungen für Asylbewerber in betreuten Aufnahmeeinrichtungen	48.431.354,14 0,00 0,00	48.431.354,14	18.304.990,00 0,00 0,00	55.456.193,92 25.329.752,78	48.431.431,14	77,00-			
0451				Allgemeine Bewilligungen für Integration	1.154.082,98 182.651,73 0,00	1.336.734,71	954.360,00 0,00 0,00	475.277,97 92.903,26	1.336.734,71	0,00			
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 04	976.390.875,70 1.121.107,91 0,00	977.511.983,61	848.984.510,00 577.394,28 0,00	334.873.414,17 205.626.310,85	978.809.007,60	1.297.023,99-			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
05				Gesundheit und Verbraucherschutz									
0500				Behörde d. Sen. für Gesundheit und Verbraucherschutz	1.093.911,45 0,00 0,00	1.093.911,45	678.650,00 0,00 0,00	248.252,67 0,00	926.902,67	167.008,78			
0501				Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit	13.344.382,13 0,00 0,00	13.344.382,13	2.187.075,00	11.057.620,19 0,00	13.244.695,19	99.686,94			
0515				Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen	10.349.300,72 0,00 0,00	10.349.300,72	8.901.250,00	2.341.955,45 0,00	11.243.205,45	893.904,73-			
0516				Landesuntersuchungsamt (LUA)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
0517				Gewerbeaufsichtsamt des Landes Bremen	1.012.220,71 0,00 0,00	1.012.220,71	1.050.420,00	129.264,90 0,00	1.179.684,90	167.464,19-			
0518				Eichamt des Landes Bremen	866.743,37 0,00 0,00	866.743,37	778.730,00	0,00 0,00	778.730,00	88.013,37			
0519				Brem. Eichbehörde (BgA)	165.642,05 0,00 0,00	165.642,05	0,00	0,00	0,00	165.642,05			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND) - Kapitel und Einzelplansummen in EUR -													
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5									
	0520			Krankenhausfinanzierung	37.040.349,41 0,00 0,00	37.040.349,41	37.040.349,41	406.325,00 0,00 0,00	36.634.019,81 0,00			37.040.344,81	4,60
	0530			Ausgleichsfonds Pflegeberufausbildung	46.300.851,78 0,00 0,00	46.300.851,78	46.300.851,78	0,00 0,00 0,00	46.300.851,78 0,00			46.300.851,78	0,00
				Summe der Einnahmen des Einzelplans 05	110.173.401,62 0,00 0,00	110.173.401,62	110.173.401,62	14.002.450,00 0,00 0,00	96.711.964,80 0,00			110.714.414,80	541.013,18-

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlagn		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
05				Gesundheit und Verbraucherschutz									
0500				Behörde d. Sen. für Gesundheit und Verbraucherschutz	12.619.153,72 1.806.598,12 0,00	14.425.751,84	12.498.780,00 1.822.313,99 0,00	5.055.971,25 4.589.889,74	14.787.175,50	361.423,66-			
0501				Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit	53.614.908,80 543.341,72 0,00	54.158.250,52	47.905.890,00 1.045.719,83 0,00	26.386.173,62 17.343.699,78	57.994.083,67	3.835.833,15-			
0515				Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen	10.012.720,12 2.115.943,46 0,00	12.128.663,58	9.291.390,00 800.210,76 0,00	6.075.700,62 3.484.592,12	12.682.709,26	554.045,68-			
0516				Landesuntersuchungsamt (LUA)	0,00 0,00 0,00 0,00	0,00	0,00 0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00			
0517				Gewerbeaufsichtsamt des Landes Bremen	4.555.735,69 60.200,98 0,00	4.615.936,67	4.502.610,00 230.678,30 0,00	991.453,38 1.067.121,05	4.657.620,63	41.683,96-			
0518				Eichamt des Landes Bremen	748.237,33 0,00 0,00 0,00	748.237,33	950.240,00 0,00 0,00	114.952,07 257.586,49	807.605,58	59.368,25-			
0519				Brem. Eichbehörde (BgA)	29.302,99 0,00 0,00	29.302,99	0,00 0,00 0,00	35.620,69 4.088,92	31.531,77	2.228,78-			
0520				Krankenhausfinanzierung	155.644.546,28 0,00 0,00	155.644.546,28	126.712.620,00 0,00 0,00	65.136.074,08 25.886.637,77	165.962.056,31	10.317.510,03-			
0530				Ausgleichsfonds Pflegeberufausbildung	46.300.851,78 0,00 0,00	46.300.851,78	0,00 0,00 0,00	91.639.380,84 45.338.529,06	46.300.851,78	0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -													
Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)													
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5									
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 05		283.525.456,71 4.526.084,28 0,00	288.051.540,99	201.861.530,00 3.898.922,88 0,00	195.435.326,55 97.972.144,93	303.223.634,50	15.172.093,51-		

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND) - Kapitel und Einzelplansummen in EUR -											
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
06				Bau, Umwelt und Verkehr							
0601				Allgemeine Bewilligungen für Umwelt	645.083,20 0,00 0,00	645.083,20	1.288.500,00 0,00 0,00	651.025,56- 0,00	637.474,44	7.608,76	
0610				Handlungsfeld Klimaschutz	11.159.995,06 0,00 0,00	11.159.995,06	0,00 0,00 0,00	11.154.120,14 0,00	11.154.120,14	5.874,92	
0627				Umwelt- und Hochwasserschutz	12.735.796,21 0,00 0,00	12.735.796,21	8.106.000,00 0,00 0,00	4.646.921,98 0,00	12.752.921,98	17.125,77-	
0628				Abwasserabgabe	2.677.686,87 0,00 0,00	2.677.686,87	2.620.000,00 0,00 0,00	57.686,87 0,00	2.677.686,87	0,00	
0629				Wasserentnahmegebühr	6.216.337,07 0,00 0,00	6.216.337,07	4.774.500,00 0,00 0,00	1.441.837,07 0,00	6.216.337,07	0,00	
0680				Behörde d. Sen. für Klimaschutz,Umwelt,Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau	19.540.671,64 0,00 0,00	19.540.671,64	15.872.270,00 0,00 0,00	4.004.805,94 0,00	19.877.075,94	336.404,30-	
0681				Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr	10.611.680,66 0,00 0,00	10.611.680,66	2.590.000,00 0,00 0,00	8.021.680,66 0,00	10.611.680,66	0,00	

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
	0682			Landesamt für GeoInformation	5.898.814,28 0,00 0,00	5.898.814,28	5.499.000,00 0,00 0,00	153.077,25 0,00	5.652.077,25	246.737,03			
	0683			GeoInformation (BgA) Vermessung	96.912,50 0,00 0,00	96.912,50	141.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	141.000,00	44.087,50-			
	0684			GeoInformation (BgA) Gutachterausschuss	160.836,61 0,00 0,00	160.836,61	141.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	141.000,00	19.836,61			
	0685			GeoInformation (BgA) Informationssysteme	11.801,22 0,00 0,00	11.801,22	15.000,00 0,00 0,00	0,00 0,00	15.000,00	3.198,78-			
	0687			Oberste Landesstraßenbaubehörde	80.922.936,08 0,00 0,00	80.922.936,08	26.376.000,00 0,00 0,00	54.548.936,08 0,00	80.924.936,08	2.000,00-			
	0696			Städtebauförderung	4.809.573,00 0,00 0,00	4.809.573,00	7.080.000,00 0,00 0,00	2.270.427,00- 0,00	4.809.573,00	0,00			
	0697			Wohnungswesen	42.530.857,75 0,00 0,00	42.530.857,75	14.979.000,00 0,00 0,00	27.555.224,24 0,00	42.534.224,24	3.366,49-			
				Summe der Einnahmen des Einzelplans 06	198.018.982,15 0,00 0,00	198.018.982,15	89.482.270,00 0,00 0,00	108.662.837,67 0,00	198.145.107,67	126.125,52-			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
06				Bau, Umwelt und Verkehr									
0601				Allgemeine Bewilligungen für Umwelt	12.769.380,08 666.075,55 0,00	13.435.455,63	34.978.540,00 1.642.139,49 0,00	17.863.248,69 38.448.977,67	16.034.950,51	2.599.494,88-			
0610				Handlungsfeld Klimaschutz	16.932.191,10 0,00 0,00 0,00 0,00 0,00	16.932.191,10	0,00	21.165.557,47 3.048.466,57	18.117.090,90	1.184.899,80-			
0620						0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
0627				Umwelt- und Hochwasserschutz	21.723.960,65 1.472.129,59 0,00	23.196.090,24	20.290.000,00 3.349.240,08 0,00	29.772.311,06 27.090.452,19	26.321.098,95	3.125.008,71-			
0628				Abwasserabgabe	2.677.686,87 0,00 0,00	2.677.686,87	2.620.000,00 0,00 0,00	5.050.185,65 4.992.498,78	2.677.686,87	0,00			
0629				Wasserentnahmegebühr	6.210.660,31 0,00 0,00	6.210.660,31	4.774.500,00 0,00 0,00	12.700.598,99 11.253.085,16	6.222.013,83	11.353,52-			
0640						0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
0680				Behörde d. Sen. für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau	75.118.958,11 595.258,26 0,00	75.714.216,37	71.591.130,00 1.173.080,18 0,00	13.949.731,48 9.756.878,83	76.957.062,83	1.242.846,46-			
0681				Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr	36.037.052,00 2.682.295,97 0,00	38.719.347,97	26.221.810,00 5.029.055,62 0,00	19.959.532,43 4.355.478,08	46.854.919,97	8.135.572,00-			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5									
	0682			Landesamt für Geoinformation	9.257.639,28 736.734,74 0,00	9.994.374,02	9.533.240,00 439.208,42 0,00	3.078.910,08 2.842.073,91	10.209.284,59		214.910,57-		
	0683			Geoinformation (BgA) Vermessung	79.358,20 0,00 0,00	79.358,20	52.000,00 0,00 0,00	65.994,20 38.636,00	79.358,20		0,00		
	0684			Geoinformation (BgA) Gutachterausschuss	121.631,61 0,00 0,00	121.631,61	37.000,00 0,00 0,00	113.699,90 29.068,29	121.631,61		0,00		
	0685			Geoinformation (BgA) Informationssysteme	10.961,00 0,00 0,00	10.961,00	14.000,00 0,00 0,00	10.961,00 14.000,00	10.961,00		0,00		
	0687			Oberste Landesstraßenbaubehörde	98.940.379,75 0,00 0,00	98.940.379,75	48.303.600,00 52.911,51 0,00	121.308.383,24 70.084.360,16	99.580.534,59		640.154,84-		
	0696			Städtebauförderung	6.891.676,37 505.292,76 0,00	7.396.969,13	11.597.000,00 741.944,18 0,00	7.825.249,00 9.793.063,00	10.371.130,18		2.974.161,05-		
	0697			Wohnungswesen	69.160.452,89 3.518.664,81 0,00	72.679.117,70	39.968.000,00 5.931.069,10 0,00	49.958.728,00 22.570.503,76	73.287.293,34		608.175,64-		
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 06	355.931.988,22 10.176.451,68 0,00	366.108.439,90	269.980.820,00 18.358.648,58 0,00	302.823.091,19 204.317.542,40	386.845.017,37		20.736.577,47-		

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND) - Kapitel und Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	8	9	Einsparungen		
07				Wirtschaft									
0700				Behörde des Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Europa	3.521.917,86		3.521.917,86	1.361.030,00		2.164.073,86		3.525.103,86	3.186,00-
					0,00		0,00	0,00		0,00			
					0,00		0,00	0,00					
0703				Wirtschaftsförderung für Innovation/Technologie	1.928,70		1.928,70	0,00		1.928,70		1.928,70	0,00
					0,00		0,00	0,00		0,00			
					0,00		0,00	0,00					
0704				Wirtschaftsförderung für Mittelstand/Industrie/ Außenhandel	2.886.564,53		2.886.564,53	1.704.975,00		936.421,33		2.641.396,33	245.168,20
					0,00		0,00	0,00		0,00			
					0,00		0,00	0,00					
0706				Wirtschaftsförderung für Bremerhaven (bis 2019)	0,00		0,00	0,00		0,00		0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		0,00			
0709				Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung	85.223.641,44		85.223.641,44	62.425.640,00		38.323.484,18		100.749.124,18	15.525.482,74-
					0,00		0,00	0,00		0,00			
					0,00		0,00	0,00					
0715				Erschließungs- und Schwerpunktprojekte (AIP)	0,00		0,00	0,00		0,00		0,00	0,00
					0,00		0,00	0,00		0,00			
0754				Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren	2.244,00		2.244,00	2.240,00		0,00		2.240,00	4,00
					0,00		0,00	0,00		0,00			
					0,00		0,00	0,00					

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
07				Wirtschaft									
0700				Behörde des Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Europa	15.841.449,38	15.841.449,38	12.711.545,00	7.047.443,88	16.536.286,15	694.836,77-			
					0,00	0,00	147.697,54	3.370.400,27					
					0,00	0,00	0,00						
0701				Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft	5.996.719,74	5.996.719,74	5.039.840,00	1.053.544,81	6.045.495,70	48.775,96-			
					0,00	0,00	0,00	47.889,11					
					0,00	0,00	0,00						
0703				Wirtschaftsförderung für Innovation/Technologie	8.053.152,55	8.053.152,55	5.544.200,00	6.295.652,92	8.665.426,59	612.274,04-			
					0,00	0,00	821.049,18	3.995.475,51					
					0,00	0,00	0,00						
0704				Wirtschaftsförderung für Mittelstand/Industrie/Außenhandel	6.108.454,63	6.108.454,63	4.079.580,00	3.199.780,50	6.774.168,70	665.714,07-			
					0,00	0,00	0,00	505.191,80					
					0,00	0,00	0,00						
0706				Wirtschaftsförderung für Bremerhaven (bis 2019)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
					0,00	0,00	0,00	0,00					
					0,00	0,00	0,00						
0709				Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung	74.505.156,56	74.505.156,56	75.843.450,00	63.745.334,30	74.505.156,81	0,25-			
					0,00	0,00	0,00	65.083.627,49					
					0,00	0,00	0,00						
0710				EFRE-Programm 21-27	822.330,41	822.330,41	0,00	957.171,27	822.330,41	0,00			
					0,00	0,00	0,00	134.840,86					
					0,00	0,00	0,00						
0711				Klimastrategie Wirtschaft	360.000,00	360.000,00	3.523.000,00	0,00	3.523.000,00	3.163.000,00-			
					0,00	0,00	0,00	0,00					
					0,00	0,00	0,00						
0715				Erschließungs- und Schwerpunktprojekte (AIP)	511.504,34	511.504,34	516.000,00	10.000,00	521.505,00	10.000,66-			
					0,00	0,00	0,00	4.495,00					
					0,00	0,00	0,00						

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

- Kapitel und Einzelplansummen in EUR -													
Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)													
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5									
	0717			Dienstleistungs- und Technologieprojekte (AIP)		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0754			Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren		7.611.187,21	7.611.187,21	8.653.595,00	1.096.529,44	1.096.529,44	7.998.490,51	387.303,30-	
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 07		119.809.954,82	119.809.954,82	115.911.210,00	83.405.457,12	83.405.457,12	125.391.859,87	5.581.905,05-	
						0,00	968.746,72	968.746,72	74.893.553,97	74.893.553,97			
						0,00	0,00	0,00					

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND) - Kapitel und Einzelplansummen in EUR -													
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	8	Einsparungen	9		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
08				Häfen									
	0800			Behörde d. Sen. für Wissenschaft und Häfen (Häfen)	3.336.872,43 0,00 0,00	3.336.872,43	2.215.480,00 0,00 0,00	1.121.392,43 0,00	3.336.872,43	0,00	0,00	3.336.872,43	0,00
	0801			Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde	16.840.787,08 0,00 0,00	16.840.787,08	13.560.630,00 0,00 0,00	3.130.489,71 0,00	16.691.119,71	0,00	0,00	16.691.119,71	149.667,37
				Summe der Einnahmen des Einzelplans 08	20.177.659,51 0,00 0,00	20.177.659,51	15.776.110,00 0,00 0,00	4.251.882,14 0,00	20.027.992,14	0,00	0,00	20.027.992,14	149.667,37

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
08				Häfen									
0800				Behörde d. Sen. für Wissenschaft und Häfen (Häfen)	10.528.974,99 125.498,84 0,00	10.654.473,83	7.826.270,00 215.848,48 0,00	5.423.037,40 2.797.859,34	10.667.296,54	12.822,71-			
0801				Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde	145.166.032,11 0,00 0,00	145.166.032,11	112.829.700,00 4.169,00 0,00	63.700.290,99 30.039.683,93	146.494.476,06	1.328.443,95-			
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 08	155.695.007,10 125.498,84 0,00	155.820.505,94	120.655.970,00 220.017,48 0,00	69.123.328,39 32.837.543,27	157.161.772,60	1.341.266,66-			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen (LAND) - Kapitel und Einzelplansummen in EUR -													
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	8	9		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
09				Finanzen									
0900				Behörde d. Sen. für Finanzen	63.368.012,88	63.368.012,88	43.504.000,00	19.750.388,87	63.254.388,87			113.624,01	
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
0901				Allgemeine Bewilligungen für Finanzen und Personal	2.892.628,96	2.892.628,96	1.986.770,00	650.366,35	2.637.136,35			255.492,61	
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
0910				Landeshauptkasse Bremen	1.367.665,52	1.367.665,52	1.080.000,00	0,00	1.080.000,00			287.665,52	
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
0922				Zentrale Aus-, Fort- und Weiterbildung	508.747,21	508.747,21	0,00	503.896,93	503.896,93			4.850,28	
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
0923				Verwaltungsschule	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			0,00	
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
0926				Aus- und Fortbildungszentrum	30.203,28	30.203,28	5.300,00	26.603,28	31.903,28			1.700,00-	
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
0927				Hochschule für Öffentliche Verwaltung	484.766,15	484.766,15	144.200,00	170.888,15	315.088,15			169.678,00	
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00				

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtstoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	7	8	9	10	11		
	0950			IT - Budget	34.934.531,91	34.934.531,91	34.934.531,91	252.500,00	34.540.080,30	34.792.580,30	141.951,61		
	0954			Finanzamt Bremen-Nord (bis 30.04.2017)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
	0955			Finanzamt Bremerhaven	2.922.409,15	2.922.409,15	2.922.409,15	2.410.000,00	157.091,74	2.567.091,74	355.317,41		
	0957			Finanzamt für Außenprüfung Bremen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00		
	0958			Finanzamt Bremen	13.426.620,40	13.426.620,40	13.426.620,40	10.817.600,00	1.808.500,00	12.626.100,00	800.520,40		
	0970			Steuern	2.913.575.991,24	2.913.575.991,24	2.913.575.991,24	3.527.100.070,00	29.596.761,68	3.556.696.831,68	643.120.840,44		
	0972			Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden	28.478.335,34	28.478.335,34	28.478.335,34	0,00	0,00	0,00	28.478.335,34		
	0973			Bundes- und Länderfinanzausgleich	1.529.753.785,54	1.529.753.785,54	1.529.753.785,54	870.031.410,00	42.724.609,36	912.756.019,36	616.997.766,18		
	0980			Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen	1.343.767.675,51	1.343.767.675,51	1.343.767.675,51	1.637.819.805,00	24.573.929,89	1.662.393.734,89	318.626.059,38		
	0986			Wirtschaftliche Unternehmen	427.279,73	427.279,73	427.279,73	1.680,00	425.388,73	427.068,73	211,00		
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a. d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
	0987			Zuweisungen/Honorare an Immobilien Bremen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	0988			Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik	4.586.477,60	4.586.477,60	4.586.477,60	4.632.000,00	0,00	0,00	4.632.000,00	45.522,40-	
	0990			Zentral veranschlagte Personalausgaben	32.595.558,16	32.595.558,16	32.595.558,16	30.820.480,00	9.881.226,95	0,00	40.701.706,95	8.106.148,79-	
	0992			Haftpflichtschäden	72.276,61	72.276,61	72.276,61	0,00	72.276,61	0,00	72.276,61	0,00	
	0994			Bremen Fonds	229.966.969,74	229.966.969,74	229.966.969,74	229.966.970,00	0,00	0,00	229.966.970,00	0,26-	
	0995			Allgemeines	72.313.693,50	72.313.693,50	72.313.693,50	58.324.330,00	13.737.760,12	0,00	72.062.090,12	251.603,38	
	0998			Kommunalinvestitionsförderungsfonds	5.638.288,44	5.638.288,44	5.638.288,44	0,00	5.638.288,44	0,00	5.638.288,44	0,00	
	0999			Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise	15.650.000,00	15.650.000,00	15.650.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15.650.000,00	
				Summe der Einnahmen des Einzelplans 09	6.296.761.916,87	6.296.761.916,87	6.296.761.916,87	6.418.905.115,00	184.258.057,40	0,00	6.603.163.172,40	306.401.255,53-	
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	8	9		
1	2	3	4	5	6	7	7	8	9	10	11		
09				Finanzen									
0900				Behörde d. Sen. für Finanzen	71.824.367,97 3.882.906,41 0,00	75.707.274,38	75.707.274,38	47.106.070,00 5.210.125,76 0,00	57.801.970,00 30.707.500,48		79.410.665,28	3.703.390,90-	
0901				Allgemeine Bewilligungen für Finanzen und Personal	65.839.464,31 2.399,16 0,00	65.841.863,47	65.841.863,47	65.996.900,00 344.005,96 0,00	7.325.419,98 5.170.775,61		68.495.550,33	2.653.686,86-	
0910				Landeshauptkasse Bremen	8.950.456,09 17.667,30 0,00	8.968.123,39	8.968.123,39	9.023.490,00 0,00 0,00	986.876,68 757.982,88		9.252.383,80	284.260,41-	
0922				Zentrale Aus-, Fort- und Weiterbildung	18.985.094,72 332.445,10 0,00	19.317.539,82	19.317.539,82	16.156.820,00 282.864,69 0,00	9.275.925,64 6.370.975,89		19.344.634,44	27.094,62-	
0923				Verwaltungsschule	1.359.328,88 17.020,40 0,00	1.376.349,28	1.376.349,28	1.238.750,00 78.550,64 0,00	381.986,30 320.876,30		1.378.410,64	2.061,36-	
0926				Aus- und Fortbildungszentrum	6.670.689,61 107.381,20 0,00	6.778.070,81	6.778.070,81	4.950.490,00 118.068,44 0,00	3.725.606,81 850.189,42		7.943.975,83	1.165.905,02-	
0927				Hochschule für Öffentliche Verwaltung	3.270.363,14 218.777,20 0,00	3.489.140,34	3.489.140,34	3.045.240,00 250.370,57 0,00	891.911,38 667.103,23		3.520.418,72	31.278,38-	
0950				IT - Budget	104.540.384,84 4.126.478,47 0,00	108.666.863,31	108.666.863,31	80.435.490,00 2.569.743,26 0,00	53.402.065,43 18.413.776,29		117.993.522,40	9.326.659,09-	
0954				Finanzamt Bremen-Nord (bis 30.04.2017)	0,00 0,00 0,00 0,00	0,00	0,00	0,00 0,00 0,00 0,00	0,00 0,00		0,00	0,00	

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlagn Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6			7	8		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
	0955			Finanzamt Bremerhaven	11.666.213,13 67.355,15 0,00	11.733.568,28	10.857.040,00 23.217,00 0,00	1.600.366,26 621.514,52	11.859.108,74	125.540,46-		
	0957			Finanzamt für Außenprüfung Bremen	7.647.676,49 156.091,74 0,00	7.803.768,23	9.460.030,00 131.942,00 0,00	480.404,08 1.742.844,30	8.329.531,78	525.763,55-		
	0958			Finanzamt Bremen	17.564.627,73 198.051,51 0,00	17.762.679,24	18.273.980,00 66.539,78 0,00	3.005.398,43 2.531.255,43	18.814.662,78	1.051.983,54-		
	0970			Steuern	5.407.131,68 0,00 0,00	5.407.131,68	3.681.370,00 0,00 0,00	6.725.807,51 5.000.045,83	5.407.131,68	0,00		
	0972			Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden	876.166.019,36 0,00 0,00	876.166.019,36	839.680.410,00 0,00 0,00	41.222.431,42 4.736.822,06	876.166.019,36	0,00		
	0980			Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen	1.824.237.607,90 0,00 0,00	1.824.237.607,90	2.056.483.790,00 0,00 0,00	202.897.502,14 175.463.110,04	2.083.918.182,10	259.680.574,20-		
	0986			Wirtschaftliche Unternehmen	170.757,67 0,00 0,00	170.757,67	113.510,00 0,00 0,00	430.308,99 5.339,41	538.479,58	367.721,91-		
	0987			Zuweisungen/Honorare an Immobilien Bremen	7.531.670,00 0,00 0,00	7.531.670,00	7.531.670,00 0,00 0,00	90.000,00 90.000,00	7.531.670,00	0,00		
	0988			Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik	55.295.723,42 0,00 0,00	55.295.723,42	59.533.360,00 0,00 0,00	0,00 4.192.114,18	55.341.245,82	45.522,40-		
	0990			Zentral veranschlagte Personalausgaben	19.290.038,86 182.252,15 0,00	19.472.291,01	88.638.360,00 498.920,12 0,00	24.853.785,79 89.011.683,87	24.979.382,04	5.507.091,03-		

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	bzw. Vorgriffe		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
	0991			Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	0992			Haftpflichtschäden	49.972,28	49.972,28	24.000,00	72.276,61	96.276,61	46.304,33-			
	0994			Bremen Fonds	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	0995			Allgemeines	12.196.827,38	12.256.509,06	8.229.980,00	70.791.840,66	21.706.788,40-	33.963.297,46			
	0998			Kommunalinvestitionsförderungsfonds	59.681,68	5.638.288,44	2.567.053,81	103.295.662,87	5.638.288,44	0,00			
	0999			Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise	0,00	0,00	0,00	6.992.320,38	1.354.031,94	0,00			
				Summe der Ausgaben des Einzelplans 09	3.124.302.703,90	3.133.671.211,37	3.399.173.750,00	492.954.204,49	3.419.134.399,63	285.463.188,26-			
					9.368.507,47		12.141.402,03	485.134.956,89					
					0,00		0,00						

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Einnahmen/Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND) - Kapitel und Einzelplansummen in EUR -													
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5									
				Summe der Einnahmen 0	7.399.021.559,20 0,00 0,00	7.399.021.559,20	7.399.021.559,20	7.195.444.985,00 0,00 0,00	525.538.896,41 0,00	7.720.983.881,41	321.962.322,21-		
				Summe der Ausgaben 0	7.399.021.559,20 38.531.315,56 0,00	7.437.552.874,76	7.437.552.874,76	7.195.444.985,00 66.218.004,96 0,00	1.920.290.541,86 1.394.931.103,72	7.787.022.428,10	349.469.553,34-		

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

EPL Kapitel		Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlagn		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8	9	10		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11			
00				Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Europa, Bundesang., Datenschutz, Inneres, Frauen, Staatsgerichtshof	39.674.624,10 0,00 0,00	39.674.624,10	34.606.920,00 0,00 0,00	4.697.493,27 0,00	39.304.413,27	370.210,83			
01				Justiz und Verfassung, Sport	55.818.717,95 0,00 0,00	55.818.717,95	48.657.460,00 0,00 0,00	6.056.594,94 0,00	54.714.054,94	1.104.663,01			
02				Kinder und Bildung, Kultur, Wissenschaft	151.646.923,69 0,00 0,00	151.646.923,69	141.833.895,00 0,00 0,00	10.973.846,17 0,00	152.807.741,17	1.160.817,48			
03				Arbeit, Versorgung und Integration	56.468.808,46 0,00 0,00	56.468.808,46	21.884.160,00 0,00 0,00	39.061.770,30 0,00	60.945.930,30	4.477.121,84			
04				Jugend und Soziales, Ausländerintegration	378.644.228,32 0,00 0,00	378.644.228,32	344.802.720,00 0,00 0,00	29.438.541,65 0,00	374.241.261,65	4.402.966,67			
05				Gesundheit und Verbraucherschutz	110.173.401,62 0,00 0,00	110.173.401,62	14.002.450,00 0,00 0,00	96.711.964,80 0,00	110.714.414,80	541.013,18			
06				Bau, Umwelt und Verkehr	198.018.982,15 0,00 0,00	198.018.982,15	89.482.270,00 0,00 0,00	108.662.837,67 0,00	198.145.107,67	126.125,52			
07				Wirtschaft	91.636.296,53 0,00 0,00	91.636.296,53	65.493.885,00 0,00 0,00	41.425.908,07 0,00	106.919.793,07	15.283.496,54			
08				Häfen	20.177.659,51 0,00 0,00	20.177.659,51	15.776.110,00 0,00 0,00	4.251.882,14 0,00	20.027.992,14	149.667,37			
09				Finanzen	6.296.761.916,87 0,00 0,00	6.296.761.916,87	6.418.905.115,00 0,00 0,00	184.258.057,40 0,00	6.603.163.172,40	306.401.255,53			

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

- Einzelplansummen in EUR -											
Einnahmen/Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)											
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		7	8		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
				Summe der Einnahmen 0	7.399.021.559,20 0,00 0,00	7.399.021.559,20	7.195.444.985,00 0,00 0,00	525.538.896,41 0,00	7.720.983.881,41	321.962.322,21-	

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)

- Einzelplansummen in EUR -

EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Nachbewilligungen		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	8	9	Einsparungen		
1	2	3	4	5			7						
00				Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Europa, Bundesang., Datenschutz, Inneres, Frauen, Staatsgerichtshof	454.469.592,82 2.952.195,63 0,00	457.421.788,45	438.235.320,00 3.149.807,99 0,00	57.458.553,66 29.174.021,80			469.669.659,85	12.247.871,40-	
01				Justiz und Verfassung, Sport	213.692.002,38 2.139.830,00 0,00	215.831.832,38	199.945.130,00 3.321.050,00 0,00	31.945.892,25 17.569.886,00			217.642.186,25	1.810.353,87-	
02				Kinder und Bildung, Kultur, Wissenschaft	1.600.716.883,78 3.398.770,73 0,00	1.604.115.654,51	1.530.007.230,00 12.353.135,60 0,00	273.956.562,39 208.302.130,58			1.608.014.797,41	3.899.142,90-	
03				Arbeit, Versorgung und Integration	114.487.093,77 4.722.869,02 0,00	119.209.962,79	70.689.515,00 11.228.879,40 0,00	78.314.711,65 39.103.013,03			121.130.093,02	1.920.130,23-	
04				Jugend und Soziales, Ausländerintegration	976.390.875,70 1.121.107,91 0,00	977.511.983,61	848.984.510,00 577.394,28 0,00	334.873.414,17 205.626.310,85			978.809.007,60	1.297.023,99-	
05				Gesundheit und Verbraucherschutz	283.525.456,71 4.526.084,28 0,00	288.051.540,99	201.861.530,00 3.898.922,88 0,00	195.435.326,55 97.972.144,93			303.223.634,50	15.172.093,51-	
06				Bau, Umwelt und Verkehr	355.931.988,22 10.176.451,68 0,00	366.108.439,90	269.980.820,00 18.358.648,58 0,00	302.823.091,19 204.317.542,40			386.845.017,37	20.736.577,47-	
07				Wirtschaft	119.809.954,82 0,00 0,00	119.809.954,82	115.911.210,00 968.746,72 0,00	83.405.457,12 74.893.553,97			125.391.859,87	5.581.905,05-	
08				Häfen	155.695.007,10 125.498,84 0,00	155.820.505,94	120.655.970,00 220.017,48 0,00	69.123.328,39 32.837.543,27			157.161.772,60	1.341.266,66-	
09				Finanzen	3.124.302.703,90 9.368.507,47 0,00	3.133.671.211,37	3.399.173.750,00 12.141.402,03 0,00	492.954.204,49 485.134.956,89			3.419.134.399,63	285.463.188,26-	

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

- Einzelplansummen in EUR -												
Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen (LAND)												
EPL	Kapitel	Titel	X/ A/ B*)	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST		Summe aus Spalte 6	Haushaltsanschlag		Gesamtsoll (Spalten 8 u. 9)	Ggü. Spalte 10 beträgt Spalte 7 mehr/weniger	
					verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	6		Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	8			Nachbewilligungen
			4									
				Summe der Ausgaben 0		7.399.021.559,20 38.531.315,56 0,00	7.437.552.874,76	7.195.444.985,00 66.218.004,96 0,00	1.920.290.541,86 1.394.931.103,72	7.787.022.428,10	349.469.553,34-	

*) X = Haushaltsvermerk, A = Außerplanmäßige Finanzposition, B = Änderung im Dispositiv

Erläuterungen und Hinweise zur vorstehenden Gesamrechnungsnachweisung

Die Gliederung der Gesamrechnungsnachweisung richtet sich nach den Vorgaben des § 81 Landeshaushaltsordnung (LHO).

Die Spalten 6 bis 11 werden hier näher erläutert:

Spalte 6

1. Zeile: Ist-Einnahmen bzw. Ist-Ausgaben.
2. Zeile: Nach Ausgleich evtl. Mindereinnahmen/Mehrausgaben verbliebene Ausgabereste unter Berücksichtigung der Ist-Ergebnisse **2023**, die nach **2024** übertragen wurden.
3. Zeile: Vorgriffe in **2023** gem. § 37 Abs. 5 LHO, die nach **2024** übertragen wurden.
Hinweis: Vorgriffe werden regelmäßig durch Minderausgaben an anderer Stelle noch im Entstehungsjahr ausgeglichen.

Spalte 7

Summe der Ist-Einnahmen bzw. der Ist-Ausgaben einschließlich der übertragenen Ausgabereste abzüglich der Vorgriffe.

Spalte 8

1. Zeile: Haushaltsanschlüsse **2023**.
2. Zeile: Aus **2022** übertragene Ausgabereste.
3. Zeile: Aus **2022** übertragene Vorgriffe (vgl. Hinweis zu Spalte 6, 3. Zeile).

Spalte 9

1. Zeile: **Einnahmen:**

Haushaltstechnisch bedingte Sollveränderungen (Allgemeine Rückgaben aufgrund von Haushaltsvermerksbeziehungen, Bereitstellung von Einnahmeverfügungsmitteln) sowie die Heranziehung von Mehreinnahmen zur Deckung von Nachbewilligungen im Ausgabebereich werden als Nachbewilligung ausgewiesen.

Ausgaben:

Es werden sowohl Nachbewilligungen im Sinne des § 37 LHO als auch technisch bedingte Sollveränderungen (Bereitstellung von Einnahmeverfügungsmitteln, Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeitsbeziehungen) als Nachbewilligung ausgewiesen.

2. Zeile: **Ausgaben:**

Der Wert Einsparung beinhaltet sowohl die mit Nachbewilligungen im Sinne des § 37 LHO verbundenen Einsparungen als auch haushaltstechnisch bedingte Veränderungen (Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeitsbeziehungen, Sondersperren, Allgemeine Rückgaben aufgrund von Haushaltsvermerksbeziehungen).

Spalte 10

Gesamtsoll aus Haushaltsanschlügen und Resten (Spalte 8) sowie Nachbewilligungen und Einsparungen (Spalte 9).

Spalte 11

Differenz zwischen dem Gesamtsoll (Spalte 10) und den tatsächlichen Einnahmen bzw. Ausgaben einschließlich der Reste (Spalte 7).

Einzelplan 09 –Ausgaben–

Das Gesamtsoll des Einzelplans ist reduziert um die im Gesamthaushalt am Jahresende beschlossenen Rücklagenzuführungen (vgl. Anlage 1 – Erläuterungen zur Übersicht über erhebliche Sollveränderungen [...], Nr. 187 im Haushalt der Freien Hansestadt Bremen). Ohne Berücksichtigung dieser technisch erforderlichen Einsparung in Höhe von 37.412.856,21 Euro ergibt sich ein Gesamtsoll (Spalte 10) in Höhe von 3.456.547.255,84 Euro und damit in Spalte 11 eine Differenz in Höhe von – 322.876.044,47 Euro.

Abschluss des Haushalts für das Haushaltsjahr 2023 Freie Hansestadt Bremen

Kassenmäßiger Abschluss nach § 82 LHO

1. a) Summe der Ist-Einnahmen	7.399.021.559,20 €
b) Summe der Ist-Ausgaben	7.399.021.559,20 €
c) Kassenmäßiges Jahresergebnis	0,00 €
d) Kassenmäßiges Ergebnis aus Vorjahren	0,00 €
e) Kassenmäßiges Gesamtergebnis	0,00 €

Haushaltsabschluss nach § 83 LHO

1. a) Kassenmäßiges Jahresergebnis	0,00 €
b) Kassenmäßiges Gesamtergebnis	0,00 €
2. a) Aus dem Haushaltsjahr 2022 übertragene	
Einnahmereste	0,00 €
Ausgabereste	66.218.004,96 €
	-66.218.004,96 €
b) In das Haushaltsjahr 2024 übertragene	
Einnahmereste	0,00 €
Ausgabereste	38.531.315,56 €
	-38.531.315,56 €
c) Unterschied aus a) und b)	27.686.689,40 €
d) Rechnungsmäßiges Jahresergebnis aus Nummer 1 a) und Nummer 2 c)	27.686.689,40 €
e) Rechnungsmäßiges Gesamtergebnis aus Nummer 1 b) und Nummer 2 b)	-38.531.315,56 €

Haushaltsabschluss gemäß § 82 und § 83 Nr. 2 f LHO für das Haushaltsjahr 2023

Kennzahl	Land HB	Stadtstaat
	Euro	
KERNHAUSHALT		
Steuerabhängige Einnahmen	4.043.329.776,78	5.435.869.828,31
- Steuern	3.680.985.278,43	5.073.525.329,96
- Länderfinanzausgleich (LFA)	0,00	0,00
- Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	362.344.498,35	362.344.498,35
- Schlüsselzuweisungen		
Sanierungshilfen	400.000.000,00	400.000.000,00
Sonstige konsumtive Einnahmen	1.069.437.932,26	1.378.280.235,25
Investive Einnahmen	148.006.946,07	152.920.476,89
- Vermögensveräußerungen	85.318,81	395.698,34
Bereinigte Einnahmen	5.660.774.655,11	7.367.070.540,45
Personalausgaben	846.921.921,52	2.162.998.202,72
Personalkostenzuschüsse	1.163.177.918,58	820.354.255,18
Sozialleistungsausgaben	912.571.801,91	1.552.461.946,56
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.953.747.429,50	1.758.452.153,30
Investitionsausgaben	562.823.448,82	881.855.584,84
Zinsausgaben	525.209.619,01	526.614.441,06
Bereinigte Ausgaben	5.964.452.139,34	7.702.736.583,66
Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen	74.326,98	5.880.245,59
Finanzierungssaldo	-303.603.157,25	-329.785.797,62
Rücklagen (Entnahme abzgl. Zuführung)	232.258.161,22	484.011.819,42
- Ex-ante Konjunkturbereinigung (Stabilitätsrückl.)	-17.410.524,90	-29.161.390,31
- Sonstige Rücklagen	249.668.686,12	513.173.209,73
Nettokredittilgung	-71.344.996,03	154.226.021,80
STRUKTURELLER HAUSHALT		
Finanzielle Transaktionen	22.827.057,41	21.065.872,99
Bereinigung der steuerabhängigen Einnahmen	-55.549.567,00	-213.349.872,24
- Ex-ante Konjunkturbereinigung (statt Rücklage)		
- Abweichungskomponente	38.919.437,50	-55.121.011,97
- Steuerrechtsänderungen	-94.469.004,50	-158.228.860,27
Strukturelle Nettokredittilgung	-104.067.505,62	-38.057.977,45
zulässiger struktureller Abschluss	0,00	0,00
Über-/Unterschreitung	-104.067.505,62	-38.057.977,45
Ausnahmetatbestand		
Sondertilgung aufgrund der Corona-Pandemie	-230.635.969,74	-426.921.573,73
Belastung des Haushalts für die Corona-Pandemie	115.144.692,99	244.976.788,12
Belastungen des Haushalts für Klima, Energie und Ukraine	300.003.128,71	300.003.128,71
Über-/Unterschreitung nach Ausnahmetatbestand *	80.444.346,34	80.000.365,65

* 80 Millionen Euro Überschuss beim Land sind erforderlich zur Einhaltung der Sanierungshilfenvereinbarung.

Kontrollkonto nach § 18 b LHO der Freien Hansestadt Bremen
--

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Kontrollkonto	240.000.000,04	80.444.346,34	320.444.346,38
	240.000.000,04	80.444.346,34	320.444.346,38

Übersicht

über erhebliche *Solländerungen* und
Abweichungen der Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben
gegenüber dem Einnahme- bzw. dem Ausgabesoll (ab 2,5 Mio. Euro)
und Begründungen zu den Abweichungen – ohne Steuereinnahmen -

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 11.03.2024 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2023	Seite: 2 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Änderung		Mehr	
0020		Senat und Senatskanzlei				
	531 02-9	Ausgaben in Zusammenhang mit der Einführung der Bremer Familiencard (BF Nr. 1)	12.738.200,00 0,00	8.427.825,45	0,00 4.310.374,55	1
0034		Polizei Bremen				
	422 03-6	Anwärterbezüge der Beamten auf Widerruf	6.049.200,00 3.104.012,52	9.153.212,52	0,00 0,00	2
	428 11-5	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Polizeivollzug)	2.559.220,00 4.557.266,85	7.116.486,85	0,00 0,00	3
	432 01-5	Versorgungsbezüge der Beamten	67.531.550,00 6.263.919,93	73.795.469,93	0,00 0,00	4
0200		Behörde d. Sen. für Kinder und Bildung				
	428 01-3	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6.570.350,00 3.014.850,35	9.425.212,38	0,00 159.987,97	5
0201		Allgemeine Bewilligungen für Bildung				
	684 20-0	Zuschüsse an Privatschulen	29.518.720,00 3.607.000,36	33.025.148,07	0,00 100.572,29	6
	984 20-3	An Hst. 3239.384 20-9, Kostenerstattung für Personalausgaben der Lehrkräfte	565.988.340,00 20.870.490,00	586.858.830,00	0,00 0,00	7
	984 79-3	An Hst. 3239/384 72-1 Maßnahme zur Sprachförderung für ukrainische geflüchtete Kinder und Jugendliche	0,00 4.204.000,00	4.204.000,00	0,00 0,00	8
	984 98-0	An Hst. 3239.384 98-5 für Energiemehrkosten Kernverwaltung SKB (L)	0,00 3.650.470,00	3.650.470,00	0,00 0,00	9
	985 20-0	An Hst. 6205.385 01, Kostenerstattung für Personalausgaben der Schulen	146.799.060,00 4.933.255,00-	141.865.805,00	0,00 0,00	10
0273		Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen				
	231 11-0	Vom Bund für die Durchführung des BAföG - Zuschüsse Sekundarbereich-	8.400.000,00 2.872.740,72-	5.527.259,28	0,00 0,00	11
	231 13-7	Vom Bund für die Durchführung des BAföG - Zuschüsse Tertiärbereich -	19.400.000,00 5.498.651,50	24.898.651,50	0,00 0,00	12
	331 11-5	Vom Bund für die Durchführung des BAföG (Darlehen Tertiärbereich)	19.200.000,00 4.819.191,81	24.019.191,81	0,00 0,00	13
	359 03-6	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 6.634.725,81	6.634.725,81	0,00 0,00	14
	681 64-7	Zahlungen nach dem BAföG -Zuschüsse Sekundarbereich-	8.400.000,00 2.875.040,72-	5.527.703,36	2.744,08 0,00	15
	681 65-5	Zahlungen nach dem BAföG (Zuschüsse Tertiärbereich)	19.400.000,00 5.624.658,55	24.898.651,50	0,00 126.007,05	16
	685 05-7	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen bei Energiemehrkosten (Wissenschaft)	0,00 6.967.228,84	6.967.228,84	0,00 0,00	17
	863 11-7	Zahlungen nach dem BAföG (Darlehen Tertiärbereich)	19.200.000,00 4.693.184,76	24.019.191,81	126.007,05 0,00	18
0274		Zuschüsse an die Hochschulen				
	685 10-7	Zuschuss zu den Personalausgaben der Universität	125.378.320,00 4.426.866,46	129.805.186,46	0,00 0,00	19
	685 12-3	Zuschüsse an die Universität für Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfänger	28.485.310,00 2.577.016,64	31.062.326,64	0,00 0,00	20
0290		Allgemeine Bewilligungen für Forschungsförderung				
	331 02-1	Bundeszuschuss für den Neubau ZMT	8.000.000,00 8.000.000,00-	0,00	0,00 0,00	21

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 11.03.2024 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2023	Seite: 3 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Änderung		Mehr	
0290		Allgemeine Bewilligungen für Forschungsförderung				
	893 35-6	Investitionszuschuss an das ZMT für Neubau	9.200.000,00 8.000.000,00-	1.200.000,00	0,00 0,00	22
0292		EFRE-Programm (Wissenschaft)				
	893 71-0	Investitionszuschuss a. d. Fraunhofer IWES für Hallenneubau für segmentierte Rotorblattprüfung EFRE-Programm Bremen 2014-2020	0,00 2.528.435,42	2.528.435,42	0,00 0,00	23
0301		Allgemeine Bewilligungen für Arbeit				
	231 68-7	Vom Bund für die Durchführung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes	1.527.240,00 4.531.548,17	6.058.788,17	0,00 0,00	24
	686 68-4	Zahlungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes	1.958.000,00 5.785.005,27	7.711.800,50	0,00 31.204,77	25
0305		Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)				
	681 10-5	Zahlungen der Bremischen Aufstiegsfortbildungs-Prämie	2.100.000,00 4.256.000,00	4.056.000,00	0,00 2.300.000,00	26
0308		Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)				
	272 70-2	Von der EU für das ESF-Programm 2021-2027	8.560.000,00 7.300.000,00	11.767.541,41	0,00 4.092.458,59	27
	272 99-0	Von der EU für das ESF-Programm 2014-2020	0,00 23.600.000,00	23.616.487,32	16.487,32 0,00	28
	686 53-1	EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel)	0,00 30.538.748,13	29.492.541,28	0,00 1.046.206,85	29
	686 70-1	EU-Zuschüsse ESF 2021-2027 (Programmmittel)	8.000.000,00 5.642.291,29	12.916.260,70	0,00 726.030,59	30
0401		Allgemeine Bewilligungen für Soziales				
	984 99-2	An Hst. 3401/384 99-4 für investive Ausgaben zur Herstellung von Unterbringungsmöglichkeiten	0,00 4.904.464,00	4.904.464,00	0,00 0,00	31
0408		Sonstige Sozialleistungen				
	231 35-3	Zuweisungen vom Bund für Ausgaben durch Einführung des Grundsicherungsgesetzes	117.712.190,00 25.664.780,30	143.376.970,30	0,00 0,00	32
	984 10-6	An Hst. 3472/384 10-3, 3474/384 10-0 u. 12-7 Bundesanteil für Kosten der Unterkunft	170.414.060,00 3.370.212,23-	167.043.847,77	0,00 0,00	33
	984 19-0	An Hst. 3434/384 19-1 für die Kostenerstattung §89d UMA (Kosten ab 01.11.15 ohne §42a)	28.431.750,00 24.811.276,39	53.243.026,39	0,00 0,00	34
	984 20-3	An Hst. 3408/384 20-5, Zuweisungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	21.448.000,00 5.351.521,18	26.799.521,18	0,00 0,00	35
	984 35-1	An Hst. 3413/384 35-3 für Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB XII	97.983.420,00 21.145.127,37	119.128.547,37	0,00 0,00	36
	985 10-2	An Hst. 6440/385 10, Bundesanteil für Kosten der Unterkunft	31.911.010,00 4.099.061,11	36.010.071,11	0,00 0,00	37
	985 38-2	An Hst. 6411/385 01 u. a., Erstattung d. anteiligen Bundesanteils der Grundsicherung nach dem SGB XII	19.728.770,00 4.519.652,93	24.248.422,93	0,00 0,00	38
0410		Sozialhilfeleistungen				
	984 20-2	An Hst. 3420/384 20-2 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.02.01	93.730.000,00 3.707.760,00	97.437.760,00	0,00 0,00	39

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 11.03.2024 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2023	Seite: 4 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr	
0410		Sozialhilfeleistungen				
	984 21-0	An Hst. 3420/384 21-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.07.02	36.885.910,00 4.482.310,00	41.368.220,00	0,00 0,00	40
	984 22-9	An Hst. 3418/384 22-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.04.02	43.051.000,00 1.839.069,16-	43.898.920,00	2.686.989,16 0,00	41
	984 26-1	An Hst. 3418/384 26-2 Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach BremAG SGB XII für Leistungen für unter 18-jährige geistig mehrfach Behinderte	33.055.720,00 16.689.390,00	49.745.110,00	0,00 0,00	42
	985 56-0	An Hst. 6430/385 03, Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach BremAG SGB IX für Leistungen für unter 18-jährige geistig mehrfach Behinderte	7.518.870,00 4.298.429,83	11.817.299,83	0,00 0,00	43
0411		Leistungen für Asylbewerber in betreuten Aufnahmeeinrichtungen				
	517 11-0	Bewachung der Grundstücke und Gebäude	2.683.580,00 4.769.375,80	7.353.112,06	0,00 99.843,74	44
	518 11-6	Miete Flüchtlingsunterkünfte	3.980.830,00 6.037.194,26	8.760.024,26	0,00 1.258.000,00	45
	681 20-3	Grundleistungen: Vollverpflegung	2.863.180,00 6.460.739,32	9.323.919,32	0,00 0,00	46
0501		Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit				
	359 03-3	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 8.145.871,11	8.145.871,11	0,00 0,00	47
	531 55-3	Finanzierung der Pflegeausbildung	10.723.440,00 9.476.238,77-	105.955,70	0,00 1.141.245,53	48
	919 03-9	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 10.364.795,38	10.364.795,38	0,00 0,00	49
	981 10-9	An Hst. 0530/381 10-2 Umlagebetrag des Landes für die Finanzierung der Ausbildung in Pflegeberufen	0,00 3.570.063,03	3.570.063,03	0,00 0,00	50
0520		Krankenhausfinanzierung				
	231 25-0	Vom Bund für die Energiekostenhilfen Krankenhäuser	0,00 29.636.128,77	29.636.128,77	0,00 0,00	51
	331 11-5	Vom Bund für den Krankenhausstrukturfonds II	0,00 6.818.891,04	6.818.891,04	0,00 0,00	52
	682 25-2	Zuschüsse Energiekostenhilfen an kommunale Kliniken	0,00 17.905.065,45	17.905.065,44	0,00 0,01	53
	683 25-9	Zuschüsse Energiekostenhilfen an private und gemeinnützige Kliniken	0,00 11.731.063,32	11.731.063,32	0,00 0,00	54
	891 51-0	Krankenhausstrukturfonds II	0,00 9.648.728,09	0,00	0,00 9.648.728,09	55
	891 80-3	Sonderinvestitionsprogramm zur Stärkung der Pandemieresilienz - Zuschüsse an kommunale Kliniken	15.336.335,00 7.288.945,35-	8.047.389,65	0,00 0,00	56
	892 80-0	Sonderinvestitionsprogramm zur Stärkung der Pandemieresilienz - Zuschüsse an freigemeinnützige und private Kliniken	3.063.665,00 7.288.945,35	10.352.610,35	0,00 0,00	57
0530		Ausgleichsfonds Pflegeberufausbildung				
	282 00-7	Umlagebetrag von der Pflegeeinrichtung und Krankenhäuser für die Finanzierung der Ausbildung in Pflegeberufen	0,00 41.293.918,80	41.293.918,80	0,00 0,00	58

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 11.03.2024 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2023	Seite: 5 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr	
0530		Ausgleichsfonds Pflegeberufausbildung				
	381 10-2	Von Hst. 0501/981 10-9 Umlagebetrag des Landes für die Finanzierung der Ausbildung in Pflegeberufen	0,00 3.570.063,03	3.570.063,03	0,00 0,00	59
	684 00-8	Zuschuss an soziale oder ähnliche Einrichtungen zur Finanzierung der Kosten der praktischen Ausbildung	0,00 45.066.477,75	45.088.429,75	21.952,00 0,00	60
0601		Allgemeine Bewilligungen für Umwelt				
	971 12-7	Globale Mehrausgaben Handlungsfeld Klimaschutz	20.000.000,00 19.929.164,57-	0,00	0,00 70.835,43	61
0610		Handlungsfeld Klimaschutz				
	359 10-8	Entnahme aus der Sonderrücklage Handlungsfeld Klimaschutz (Land)	0,00 9.040.502,61	9.040.502,61	0,00 0,00	62
	984 12-6	An Hst. 3610/384 12-8 Handlungsfeld Klimaschutz	0,00 8.184.216,00	8.184.216,00	0,00 0,00	63
	985 32-7	An Hst. 6925.385 01 - Energetische Teilsanierung Schule am Leher Markt - Handlungsfeld Klimaschutz Nr. 59	0,00 2.838.000,00	2.837.999,00	0,00 1,00	64
0627		Umwelt- und Hochwasserschutz				
	331 10-0	Vom Bund für den Generalplan Küstenschutz	7.000.000,00 4.109.862,46	11.109.862,46	0,00 0,00	65
	884 02-8	Zuweisungen für Investitionen an Sondervermögen Infrastruktur für den Generalplan Küstenschutz	10.036.000,00 3.280.000,00	12.616.000,00	0,00 700.000,00	66
0681		Allgemeine Bewilligungen für Bau und Verkehr				
	359 01-0	Entnahme aus der Budgetrücklage	0,00 3.714.008,69	3.714.008,69	0,00 0,00	67
	359 03-6	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 4.597.671,97	4.597.671,97	0,00 0,00	68
	671 12-9	Erstattung der Fahrgeldausfälle durch das Land nach § 148 SGB IX	0,00 3.200.000,00	0,00	0,00 3.200.000,00	69
	682 10-4	Ausgleich gemäß § 231 SGB IX (an öffentliche Unternehmen)	5.072.000,00 818.136,29	693.226,12	0,00 5.196.910,17	70
	682 40-6	Zuschuss JugendTicket an den VBN	0,00 6.088.910,04	6.088.910,04	0,00 0,00	71
	919 03-1	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 9.206.773,01	9.206.773,01	0,00 0,00	72
0687		Oberste Landesstraßenbaubehörde				
	231 25-2	Vom Bund für Ausgaben Deutschlandticket/BremÖPNVG (konsumtiv)	0,00 20.300.000,00	20.300.000,00	0,00 0,00	73
	331 20-6	Vom Bund für Ausgaben gemäß BremÖPNVG	16.681.000,00 7.407.029,57	24.088.029,57	0,00 0,00	74
	381 40-8	Von Hst. 0801/981 40-2 für Baukosten Cherbourger Straße	0,00 22.840.000,00	22.840.000,00	0,00 0,00	75
	682 25-4	Ausgaben zum Deutschlandticket gegenüber dem ÖPNV	0,00 10.653.757,84	10.653.757,84	0,00 0,00	76
	730 16-0	A 281 (alt AIP)	6.814.000,00 5.000.000,00-	1.814.000,00	0,00 0,00	77
	891 20-1	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gemäß BremÖPNVG (investiv) / Bremen	16.681.000,00 5.691.827,43-	10.932.261,04	0,00 56.911,53	78
	891 21-0	An öffentliche Unternehmen, Ausgaben gem. BremÖPNV Fahrzeugbeschaffung	4.332.600,00 10.267.400,00	14.600.000,00	0,00 0,00	79

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 11.03.2024 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2023	Seite: 6 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Änderung		Mehr	
0687		Oberste Landesstraßenbaubehörde				
	891 40-6	Baukosten Cherbourger Straße	0,00 22.840.000,00	22.840.000,00	0,00 0,00	80
	919 10-6	Zuführung an die Sonderrücklage Deutschlandticket	0,00 16.146.242,16	16.146.242,16	0,00 0,00	81
0697		Wohnungswesen				
	231 02-1	Vom Bund für Wohngeld	6.900.000,00 13.607.201,91	20.507.201,91	0,00 0,00	82
	231 10-2	Vom Bund für Heizkostenzuschüsse	0,00 4.149.697,00	4.149.697,00	0,00 0,00	83
	231 20-0	Vom Bund für sozialen Wohnungsraum	4.401.000,00 9.555.761,00	13.956.761,00	0,00 0,00	84
	681 83-3	Heizkostenzuschuss für Empfänger von allgemeinem Wohngeld in Bremen	0,00 3.213.357,00	3.212.867,00	0,00 490,00	85
	681 98-1	Allgemeines Wohngeld an Empfänger in Bremen	11.200.000,00 14.896.597,58	22.578.422,77	0,00 3.518.174,81	86
	681 99-0	Allgemeines Wohngeld an Empfänger in Bremerhaven	2.600.000,00 4.868.362,76	7.468.362,76	0,00 0,00	87
	683 11-9	Zuschüsse zur sozialen Wohnraumförderung	7.588.000,00 9.555.761,00	17.143.761,00	0,00 0,00	88
0703		Wirtschaftsförderung für Innovation/Technologie				
	891 20-9	Investitionszuschüsse für Innovations- förderung	0,00 2.835.653,28	2.835.653,28	0,00 0,00	89
0709		Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung				
	331 10-8	Vom Bund für Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur (GRW)	8.954.000,00 4.061.816,00-	4.892.184,00	0,00 0,00	90
	346 57-1	Von der EU für das Programm EFRE 2021-2027	5.815.320,00 0,00	0,00	0,00 5.815.320,00	91
	346 90-3	Von der EU für das Programm EFRE-REACT	5.824.000,00 0,00	1.956.621,35	0,00 3.867.378,65	92
	359 56-8	Entnahme aus der Sonderrücklage EFRE 2014 - 2020	0,00 35.433.398,00	35.433.398,00	0,00 0,00	93
	359 57-6	Entnahme aus der Sonderrücklage EFRE 2021 - 2027	0,00 2.800.000,00	2.800.000,00	0,00 0,00	94
	686 56-9	EU-Programm EFRE 2014-2020 -konsumtiv-	4.580.000,00 4.579.999,93-	0,00	0,00 0,07	95
	686 57-7	EU-Programm EFRE 2021-2027 -konsumtiv-	4.960.000,00 4.960.000,00-	0,00	0,00 0,00	96
	686 90-9	EU-Programm EFRE-REACT -konsumtiv-	1.456.000,00 3.951.884,21	5.407.884,21	0,00 0,00	97
	891 70-7	GRW-Maßnahmen (BAB)	11.640.000,00 4.712.783,00-	6.927.217,00	0,00 0,00	98
	893 56-4	EU-Programm EFRE 2014-2020 -investiv-	8.161.000,00 7.195.216,73-	965.783,26	0,00 0,01	99
	893 57-2	EU-Prgramm EFRE 2021-2027 -investiv-	11.415.320,00 10.790.320,00-	625.000,00	0,00 0,00	100
	893 90-4	EU-Programm EFRE-REACT -investiv-	5.824.000,00 5.230.247,95	11.054.247,95	0,00 0,00	101
	919 56-3	Zuführung an die Sonderrücklage EFRE 2014 - 2020	0,00 5.300.000,00	5.300.000,00	0,00 0,00	102
	919 57-1	Zuführung an die Sonderrücklage EFRE 2021 - 2027	0,00 15.077.989,59	15.077.989,59	0,00 0,00	103

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 11.03.2024 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2023	Seite: 7 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Änderung		Mehr	
0801		Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde				
	682 12-0	Zuwendung zwecks Ausgleich der krisenbedingten Verluste/Unterstützung FBG (Globalmittel Ukraine- Krieg/Energiekrise)	0,00 3.541.201,64	3.541.201,64	0,00 0,00	104
	891 15-2	Klimahaus Bremerhaven Ausstellungsbereich "Wetterextreme"	0,00 5.000.000,00	5.000.000,00	0,00 0,00	105
	981 40-2	An Hst. 0687/381 40-8, für Baukosten Cherbourger Straße	0,00 22.840.000,00	22.840.000,00	0,00 0,00	106
0900		Behörde d. Sen. für Finanzen				
	281 21-8	Sachkostenerstattung KoSIT	3.100.000,00 5.410.109,98	8.510.109,98	0,00 0,00	107
	359 05-5	Entnahme aus der Sonderrücklage "S/4 HANA/HKR 4.0 (Land)"	0,00 4.313.288,00	4.313.288,00	0,00 0,00	108
	511 70-1	Sachkosten KoSIT (refinanziert)	3.100.000,00 7.022.244,94	8.369.516,24	0,00 1.752.728,70	109
	526 40-7	Kosten für Sachverständige (Bundesbau) - refinanziert -	8.622.500,00 2.305.080,85-	3.235.100,79	0,00 3.082.318,36	110
	632 40-1	Ausgaben für die Wahrnehmung von Bauaufgaben durch Dritte (refinanziert)	0,00 3.480.803,27	3.480.803,27	0,00 0,00	111
	812 11-6	Erneuerung von ADV-Verfahren im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen	0,00 2.898.166,05	2.882.861,97	0,00 15.304,08	112
0922		Zentrale Aus-, Fort- und Weiterbildung				
	428 03-4	Ausbildungsvergütungen der versicherungs- pflichtigen Auszubildenden (bedarfsbezogen)	2.631.120,00 3.402.891,81	6.034.011,81	0,00 0,00	113
0950		IT - Budget				
	281 17-0	Kostenerstattung vom Bund für Projekte zur Stär- kung der digitalen Souveränität (Zweckgebunden)	0,00 21.371.685,98	21.371.685,98	0,00 0,00	114
	359 03-0	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0,00 9.997.664,25	9.997.664,26	0,01 0,00	115
	511 00-1	Sachausgaben für IT-Zentral	11.036.750,00 789.196,65-	6.467.079,77	0,00 3.780.473,58	116
	511 48-6	Ausgaben für Projekte zur Stärkung der digitalen Souveränität	0,00 21.371.685,98	20.796.200,00	0,00 575.485,98	117
	539 97-6	Ausgaben Umsatzsteuer AöR Dataport (L)	6.000.000,00 5.999.999,65-	0,00	0,00 0,35	118
	812 05-2	IT-Fachaufgaben (SF)	1.100.000,00 2.540.467,57	3.038.457,59	0,00 602.009,98	119
	812 21-4	VIS-Einheitsmandant - Maßnahme	0,00 2.910.180,70	2.548.047,75	0,00 362.132,95	120
	919 03-5	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0,00 7.600.861,91	7.600.861,91	0,00 0,00	121
0970		Steuern				
	011 01-3	Lohnsteuer	2.786.628.850,00 0,00	2.585.785.096,59	0,00 200.843.753,41	122
	011 02-1	Bundesanteil an der Lohnsteuer	1.184.317.260,00- 0,00	1.098.958.666,16-	85.358.593,84 0,00	123
	011 03-0	Gemeindeanteil Bremens an der Lohnsteuer	362.122.820,00- 0,00	336.023.148,07-	26.099.671,93 0,00	124
	011 04-8	Gemeindeanteil Bremerhavens an der Lohnsteuer	55.871.500,00- 0,00	51.844.616,20-	4.026.883,80 0,00	125

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 11.03.2024 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2023	Seite: 8 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr	
0970		Steuern				
	011 05-6	Lohnsteuererlegungsanteile (Land und Gemeinden)	427.882.700,00- 0,00	401.045.022,33-	26.837.677,67 0,00	126
	011 06-4	Gemeindeanteil Bremens an der Lohnsteuererlegung	96.701.600,00 0,00	90.636.276,18	0,00 6.065.323,82	127
	011 08-0	Anteil des Landes an Bundeszahlungen im Familienleistungsausgleich	270.421.580,00- 0,00	255.559.704,69-	14.861.875,31 0,00	128
	011 09-9	Gemeindeanteil Bremens an den Bundeszahlungen im Familienleistungsausgleich	61.115.340,00 0,00	57.756.557,68	0,00 3.358.782,32	129
	011 14-5	An den Bund, Mitfinanzierungsanteil Bremens an den Altersvorsorgezulagen nach § 83 EStG	0,00	5.113.940,93-	0,00	130
	012 01-0	Veranlagte Einkommensteuer	574.426.550,00 0,00	560.944.617,25	0,00 13.481.932,75	131
	012 02-8	Bundesanteil an der veranlagten Einkommensteuer	244.131.280,00- 0,00	238.401.462,24-	5.729.817,76 0,00	132
	013 01-6	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	174.163.480,00 27.871.000,00	517.636.926,14	315.602.446,14 0,00	133
	013 02-4	Bundesanteil an den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	87.081.740,00- 0,00	258.818.463,07-	0,00 171.736.723,07	134
	014 01-2	Körperschaftsteuer	436.995.030,00 0,00	540.026.504,77	103.031.474,77 0,00	135
	014 02-0	Bundesanteil an der Körperschaftsteuer	218.497.510,00- 0,00	270.013.252,38-	0,00 51.515.742,38	136
	014 05-5	Körperschaftsteuererlegungsanteil	0,00	40.721.740,50	40.721.740,50 0,00	137
	015 09-4	Landesanteil an der Umsatzsteuer	1.530.080.680,00 0,00	819.141.388,75	0,00 710.939.291,25	138
	015 10-8	Umsatzsteuer-Aufkommen für Gemeindeanteile	92.593.690,00 0,00	66.910.405,89	0,00 25.683.284,11	139
	015 11-6	Gemeindeanteil Bremens an der Umsatzsteuer	79.299.780,00- 0,00	56.165.269,21-	23.134.510,79 0,00	140
	015 12-4	Gemeindeanteil Bremerhavens an der Umsatzsteuer	13.293.910,00- 0,00	9.415.609,83-	3.878.300,17 0,00	141
	015 15-9	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer-Umverteilung lt. Festbetrag gem. Par.1 Abs.2 FAG	0,00	27.142.828,80	27.142.828,80 0,00	142
	015 16-7	Gemeindeanteil Bremens an der Umsatzsteuer lt. Festbetrag gem. Par.1 Abs.2 FAG	0,00	23.245.865,40-	0,00 23.245.865,40	143
	015 17-5	Gemeindeanteil Bremerhavens an der Umsatzsteuer lt. Festbetrag gem. Par.1 Abs.2 FAG	0,00	3.896.963,40-	0,00 3.896.963,40	144
	016 01-5	Landesanteil an der Einfuhrumsatzsteuer	480.230.010,00 0,00	288.359.473,95	0,00 191.870.536,05	145
	016 15-5	Landesanteil an der Einfuhrumsatzsteuer lt. Festbetrag gem. Par.1 Abs.2 und 5 FAG	0,00	106.094.422,90	106.094.422,90 0,00	146
	017 01-1	Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	31.995.880,00 0,00	36.665.826,43	4.669.946,43 0,00	147
	018 01-8	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	47.071.970,00 0,00	9.844.625,05	0,00 37.227.344,95	148
	018 02-6	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (Bundesanteil)	20.711.670,00- 0,00	4.331.635,01-	16.380.034,99 0,00	149
	018 03-4	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (Gemeindeanteil Bremens)	4.893.610,00- 0,00	1.023.448,41-	3.870.161,59 0,00	150
	018 05-0	Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge (Land + Gemeinden)	0,00	19.854.728,65	19.854.728,65 0,00	151

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 11.03.2024 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2023	Seite: 9 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr	
0970		Steuern				
	018 06-9	Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Ver- äußerungserträge (Gemeindeanteil Bremens)	0,00 0,00	3.685.892,67-	0,00 3.685.892,67	152
	052 01-1	Erbschaftsteuer	65.100.000,00 0,00	81.681.348,82	16.581.348,82 0,00	153
	053 01-8	Grunderwerbsteuer	145.000.000,00 0,00	100.728.947,66	0,00 44.271.052,34	154
0972		Zuweisungen und Zuschüsse an Gemeinden				
	386 01-4	Von Hst. 3972/986 01-0 für die Wahrnehmung von Gemeindeaufgaben	0,00 0,00	28.478.335,34	28.478.335,34 0,00	155
	981 01-0	An 0999.381 01-4 für ukrainie-bedingte Bundesentlastung (Pauschalentlastungsgesetz)	0,00 15.650.000,00	15.650.000,00	0,00 0,00	156
	984 07-8	An Hst. 3972/384 01-0, Schlüsselzuweisungen	659.977.820,00 4.736.822,06-	655.240.997,94	0,00 0,00	157
	984 11-6	An Hst. 3972/384 11-8, Sonderzuweisung im Zusam- menhang mit der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen	0,00 9.611.000,00	9.611.000,00	0,00 0,00	158
	985 01-5	An Hst. 6961/385 01, Schlüsselzuweisungen	176.821.590,00 13.351.431,42	190.173.021,42	0,00 0,00	159
	985 11-2	An Hst. 6961/385 11, Sonderzuweisung im Zusammen- hang mit der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen	0,00 2.610.000,00	2.610.000,00	0,00 0,00	160
0973		Bundes- und Länderfinanzausgleich				
	015 01-0	Finanzkraftausgleich durch die Umsatzsteuer- Umverteilung	0,00 42.724.609,36	767.409.287,19	724.684.677,83 0,00	161
	211 01-3	Bundesergänzungszuweisungen	470.031.410,00 0,00	362.344.498,35	0,00 107.686.911,65	162
0980		Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen				
	325 30-0	Kreditmarktmittel und Anleihen	1.631.628.785,00 0,00	1.317.659.348,59	0,00 313.969.436,41	163
	359 80-8	Entnahme aus der Zentralen Stabilitätsrücklage	3.655.320,00 24.588.000,31	24.588.000,31	0,00 3.655.320,00	164
	571 11-4	Zinsen für Kassenkredite innerhalb des DKR	0,00 0,00	70.256.791,80-	0,00 70.256.791,80	165
	575 01-2	Zinsen an sonstigen Kreditmarkt	258.291.000,00 44.232.338,47	303.248.935,89	725.597,42 0,00	166
	575 02-0	Disagio	20.000.000,00 76.878.948,15	98.785.920,00	1.906.971,85 0,00	167
	575 03-9	Derivatzahlungen	271.664.910,00 127.328.466,88-	190.186.693,82	45.850.250,70 0,00	168
	575 08-0	Zinsen auf Besicherung von Derivaten	0,00 0,00	3.084.670,02	3.084.670,02 0,00	169
	595 01-3	Tilgung an sonstigen Kreditmarkt	1.487.122.380,00 0,00	1.246.314.352,56	0,00 240.808.027,44	170
	919 85-4	Zuführung an die Sonderrücklage zur Finanzierung von umsatzsteuerfinanzierten Maßnahmen	0,00 30.000.000,00	30.000.000,00	0,00 0,00	171
	919 88-9	Zuführung an die Sonderrücklage für Finanzierungsbedarfe Hochschulen/Forschung	0,00 4.110.000,00	4.110.000,00	0,00 0,00	172

Liste der Soll-Ist-Abweichungen Beträge in EUR		Stand: 11.03.2024 Finanzkreis: 1200	Finanzstelle: FHB Geschäftsjahr: 2023	Seite: 10 Bereich: Land		
Kapitel	Titel	Bezeichnung/Zweckbestimmung	Anschlag	Ist	Soll-Ist Abweich.	Erl. Nr.
			Soll-Anderung		Mehr	
0988		Zuweisungen an Sondervermögen Immobilien und Technik				
	884 20-0	An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen	16.905.500,00 4.092.114,18-	12.813.385,82	0,00 0,00	173
0990		Zentral veranschlagte Personalausgaben				
	232 11-3	Erstattung von Ländern gemäß Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag	0,00 5.825.540,49	5.825.540,49	0,00 0,00	174
	359 01-6	Entnahme aus der Budgetrücklage	8.134.000,00 1.580.000,00	1.580.000,00	0,00 8.134.000,00	175
	461 01-5	Globale Mehrausgaben (Tarif- und Besoldungsvorsorge)	37.985.270,00 37.804.305,77-	0,00	0,00 180.964,23	176
	461 02-3	Globale Mehrausgaben (Ausbildungsmittel für zukünftige Ausbildungsjahrgänge)	14.625.090,00 10.068.638,23-	0,00	0,00 4.556.451,77	177
	461 03-1	Globale Mehrausgaben (sonstige personalwirtschaftliche Verpflichtungen und Risiken)	3.555.010,00 3.498.941,90-	0,00	0,00 56.068,10	178
	461 06-6	Globale Mehrausgaben (Vorsorge für Versorgungsanpassungen)	20.609.720,00 20.216.335,77-	0,00	0,00 393.384,23	179
	632 11-1	Zahlungen an Länder gemäß Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag	0,00 4.246.379,17	4.246.379,17	0,00 0,00	180
0995		Allgemeines				
	093 01-4	Spielbankabgabe	1.000.000,00 3.199.556,00	1.313.827,95	0,00 2.885.728,05	181
	099 10-1	Sonstige Einnahmen von der Spielbank	0,00 0,00	4.041.483,31	4.041.483,31 0,00	182
	359 05-7	Entnahme aus der Sonderrücklage Ausbau des Schul- und Kinderbetreuungsbereichs (Land)	509.230,00 8.769.000,00	8.769.000,00	0,00 509.230,00	183
	548 11-9	Globale Mehrausgaben für Personalkostenzuschüsse (Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsvorsorge)	17.747.320,00 15.200.639,16-	0,00	0,00 2.546.680,84	184
	799 15-4	Wiederbereitstellung investiver Mittelbedarfe zur Ausfinanzierung von Maßnahmen aus 2022	50.000.000,00 50.000.000,00-	0,00	0,00 0,00	185
	972 10-7	Globale Minderausgaben	70.009.260,00 70.009.260,00	0,00	0,00 0,00	186
	972 99-9	Technische Ausgleichsposition für Nachbewilligung mit offener Deckung	0,00 37.412.856,21-	0,00	37.412.856,21 0,00	187
0998		Kommunalinvestitionsförderungsfonds				
	331 03-0	Vom Bund für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG II) für Infrastrukturmaßnahmen	0,00 5.074.459,60	5.074.459,60	0,00 0,00	188
	984 03-3	An Hst. 3998/384 03-5 für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz II für Infrastrukturmaßnahmen	0,00 4.284.256,50	4.284.256,50	0,00 0,00	189
0999		Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise				
	381 01-4	Von 0972/981 01-0 für ukraine-bedingte Bundesentlastung (Pauschalentlastungsgesetz)	0,00 0,00	15.650.000,00	15.650.000,00 0,00	190
	548 01-6	Globalmittel zur Unterstützung insbesondere von Zuwendungsempfangenden bei Energiemehrkosten	48.713.000,00 18.588.400,70-	0,00	0,00 30.124.599,30	191
	971 01-6	Globalmittel zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges und der Energiekrise	20.000.000,00 15.242.951,64-	0,00	0,00 4.757.048,36	192

Erläuterungen der Solländerungen und Abweichungen

- 1) **0020/531 02-9**
Um eine Zahlungsfähigkeit für den Fall der vollständigen Ausnutzung der FreiKarten gewährleisten zu können, war eine Mittelverschiebung gemäß Senatsbeschluss vom 13.10.2023 notwendig, auch wenn davon auszugehen war, dass diese nicht in Gänze benötigt wird. Dies geschah aufgrund eines zu kurzen Zeitraums zwischen Ankunft der Karten und ihrem Gültigkeitsdatum. Zusätzlich wurden einige Auszahlungen aufgrund der Schließung des Haushaltsjahres 2023 erst im Jahr 2024 umgesetzt.
- 2) **0034/422 03-6**
Nachbewilligungen aus dem Produktplan 92 – Allgemeine Finanzen – für Ausbildungskosten, die bei Haushalts-Aufstellung nicht in voller Höhe analog der Ausbildungsplanung des Senats im Produktplan 07 – Inneres – veranschlagt wurden.
- 3) **0034/428 11-5**
Im Deckungskreis verfügt mit Ausgleich durch Haushaltsstelle 0034/42211-7. Bei Haushalts-Aufstellung kann regelmäßig nicht prognostiziert werden, ob es sich bei Personalveränderungen (Fluktuation, Neueinstellungen etc.) um Beamt:innen oder Angestellte handeln wird. Vor diesem Hintergrund sind die Ausgabe-Haushaltsstellen im Personalbereich für Beamt:innen und für Angestellte in einem Deckungskreis. Im Haushaltsjahr 2023 waren mehr Angestellte als Beamt:innen in der betroffenen Produktgruppe gebucht. Vor diesem Hintergrund haben die Einsparungen bei den Beamt:innen die Mehrkosten bei den Angestellten ausgeglichen (im Deckungskreis verfügt).
- 4) **0034/432 01-5**
Sämtliche Versorgungshaushaltsstellen des Landes befinden sich in einem Deckungskreis. Ein Teil der Versorgungsausgaben wird aus Zinserträgen der Anstalt für Versorgungsvorsorge refinanziert. Um dies zu ermöglichen, wird im Haushaltsaufstellungsverfahren der Anschlag der Haushaltsstelle 0034/432 01-5 in Höhe der geplanten Abführungen abgesenkt. Im Haushaltsvollzug werden die Mittel auf der Haushaltsstelle 0990/432 02-3 (Produktgruppe 92.02.01) bereitgestellt und per Deckungskreisausgleich weitergeleitet.
- 5) **0200/428 01-3**
Die Solländerung (3.014.850,35 Euro) resultiert aus in Anspruch genommenen Deckungsfähigkeitsbeziehungen (130.880,35 Euro) und drei Nachbewilligungen (2.883.970,00 Euro). Die Nachbewilligungen resultieren insbesondere aus der Vorlage des Haushalts- und Finanzausschusses vom 19.12.2023 „Ausgleich von Mehrausgaben im Ressort Kinder und Bildung (Produktplan 21 – Kinder und Bildung) für 2023“ (VL 21/1089, 2.700.000,00 Euro).
- 6) **0201/684 20-0**
Die Solländerung (3.607.000,36 Euro) resultiert aus in Anspruch genommenen Deckungsfähigkeitsbeziehungen (22.000,36 Euro), einer Einsparung (- 88.000 Euro)

und drei Nachbewilligungen (3.673.000,00 Euro). Die Nachbewilligungen resultieren insbesondere aus den Vorlagen des Haushalts- und Finanzausschusses vom 10.11.2023 „Ausgleich von Mehrausgaben bei 0201/684 20-0 ‚Zuschüsse an Privatschulen‘ durch Deckung von Minderausgaben bei 0201/985 20-0 ‚An Hst. 6205/385 01, Kostenerstattungen für Personalausgaben der Schulen‘ in Höhe von 2.000.000,00 Euro (VL 21/576) und vom 19.12.2023 „Ausgleich von Mehrausgaben im Ressort Kinder und Bildung (Produktplan 21 – Kinder und Bildung) für 2023“ (VL 21/1089, 1.573.000,00 Euro).

- 7) **0201/984 20-3**
Die Solländerung (20.870.490,00 Euro) resultiert aus vier Nachbewilligungen für Tarife und sonstige Leistungen für Lehrkräfte.
- 8) **0201/984 79-3**
Die Solländerung (4.204.000,00 Euro) resultiert aus einer Nachbewilligung aufgrund der Vorlage des Haushalts- und Finanzausschusses vom 19.12.2023 „Umgang mit den Folgen des Ukraine-Krieges - Gasmangellage, Energiepreiskrise und weitere Folgen des Krieges - Bedarfe des Ressortbereichs Kinder und Bildung für Bremen und Bremerhaven“ (VL 21/1092).
- 9) **0201/984 98-0**
Die Solländerung (3.650.470,00 Euro) resultiert aus einer Nachbewilligungen aufgrund der Vorlage des Haushalts- und Finanzausschusses vom 19.12.2023 „Globalmittel zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs und der Energiekrise - Unterstützung insbesondere von Zuwendungsempfängenden bei Energiemehrkosten: Ausgleichsverfahren Kernverwaltung; hier: Beschlussfassung für Produktplan 21 – Kinder und Bildung“ (VL 21/1093).
- 10) **0201/985 20-0**
Die Solländerung (- 4.933.255,00 Euro) resultiert aus in Anspruch genommenen Deckungsfähigkeitsbeziehungen (- 1.240.855,00 Euro) und zwei Einsparungen (in Höhe von - 2.000.000,00 Euro, siehe zu Haushaltsstelle 0201/684 20-0 und in Höhe von - 1.692.400,00 Euro gemäß Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 19.12.2023 zur Vorlage „Fortführung von Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungssystems in der Stadtgemeinde Bremerhaven“ [VL 21/1086]).
- 11) **0273/231 11-0**
Die Einnahmen aus der Haushaltsstelle sind zweckgebunden und werden in gleicher Höhe bei Haushaltsstelle 0273/681 64-7 verausgabt. Den Mindereinnahmen stehen entsprechende Minderausgaben gegenüber, die durch die Buchung und Erstattung von Rückforderungen abweichen können.
- 12) **0273/231 13-7**
Die zweckgebundenen Einnahmen aus der Haushaltsstelle werden als Einnahmeverfügungsmittel in gleicher Höhe bei Haushaltsstelle 0273/681 65-5 verausgabt. Den Mindereinnahmen stehen Minderausgaben in gleicher Höhe gegenüber. Eine Abweichung in Höhe von 126.007,05 Euro wird durch eine fehlerhafte Zuordnung von Einnahmeverfügungsmitteln zu den Ausgaben verursacht, die im Deckungsring ausgeglichen wird (siehe Nr. 16 und Nr. 18).

- 13) **0273/331 11-5**
Die Einnahmen aus der Haushaltsstelle werden als Einnahmeverfügungsmittel in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 0273/863 11-7 verausgabt. Den Mindereinnahmen stehen entsprechende Minderausgaben gegenüber.
- 14) **0273/359 03-6**
Solländerung (6.634.725,81 Euro) durch Nachbewilligung zur Entnahme der investiven Rücklagen aus der investiven Budgetrücklage.
- 15) **0273/681 64-7**
Die Einnahmen aus der Haushaltsstelle 0273/231 11-0 sind zweckgebunden und werden in gleicher Höhe bei Haushaltsstelle 0273/681 64-7 verausgabt. Den Mindereinnahmen stehen entsprechende Minderausgaben gegenüber, die durch die Buchung und Erstattung von Rückforderungen abweichen können.
- 16) **0273/681 65-5**
Siehe zu Haushaltsstelle 0273/231 13-7 (Nr. 12). Die Soll-Ist Abweichungen gleichen sich im Deckungsring mit Haushaltsstelle 0273/863 11-7 (Nr. 18) aus.
- 17) **0273/685 05-7**
Der Ausgleich der dezentral eingerichteten Haushaltsstellen zum Ausgleich der Energiemehrkosten bei Zuwendungsempfängenden auf Grundlage der jeweiligen Förderrichtlinien erfolgte aus Globalmitteln im Deckungsring bei der Produktgruppe 99.03.01, Produktplan 99 – Klimastrategie, Ukraine/Energie.
- 18) **0273/863 11-7**
Die Einnahmen aus der Haushaltsstelle 0273/331 11-5 werden als Einnahmeverfügungsmittel in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 0273/863 11-7 verausgabt. Den Mindereinnahmen stehen entsprechende Minderausgaben gegenüber.

Die Soll-Ist Abweichungen gleichen sich im Deckungsring mit Haushaltsstelle 0273/681 65-6 (Nr. 16) aus.
- 19) **0274/685 10-7**
Solländerung durch Nachbewilligungen von Personalkostenzuschüssen für Tarifanpassungen (4.168.420,00 Euro) und im Rahmen der Spitzabrechnung (238.946,46 Euro) sowie Verwendung von Ausgaberesten aus dem Vorjahr (19.500,00 Euro).
- 20) **0274/685 12-3**
Solländerung durch Nachbewilligungen für Tarifanpassungen (797.590,00 Euro) und im Rahmen der Spitzabrechnung (1.779.426,64 Euro).
- 21) **0290/331 02-1**
Mindereinnahme durch Verschiebung von Bundeszuschüssen. Aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung der Maßnahme werden die Mittel bedarfsgerecht in Folgejahren bereitgestellt.
- 22) **0290/893 35-6**
Minderausgabe entsprechend der Mindereinnahme bei Haushaltsstelle 0290/331 02-1 (siehe Nr. 21).

- 23) **0292/893 71-0**
Nachbewilligungen durch Auskehrung aus der investiven Rücklage in Höhe von 1.389.651,16 Euro und der Nachbewilligung aus dem Produktplan 71 – Wirtschaft – in Höhe von 1.138.784,26 Euro.
- 24) **0301/231 68-7**
Es handelt um eine bundesgesetzliche Leistung, bei der der Bund einen Anteil von 78% der Kosten übernimmt.
Die Solländerung (4.531.548,17 Euro) als Saldo ergibt sich daraus, dass die Ausweitung des Berechtigtenkreises im Projekt infolge des 4. AFBGÄndG deutlich angestiegen ist und somit höhere Einnahmen generiert werden konnten als veranschlagt. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2024/2025 wurde der Anschlag angehoben.
- 25) **0301/686 68-4**
Die Solländerung (5.785.005,27 Euro) als Saldo ergibt sich aus übertragenen Resten aus Vorjahren, Deckungskreisbeziehungen und einer Nachbewilligung. Sie ist auf die bislang erfolgreiche Umsetzung des Projektes infolge des 4. AFBGÄndG zurückzuführen. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2024/2025 wurde der Anschlag angehoben.
- 26) **0305/681 10-5**
Die Solländerung (4.256.000,00 Euro) als Saldo ergibt sich aus übertragenen Resten aus Vorjahren, Deckungskreisbeziehungen und einer Nachbewilligung.
Die Soll-Ist Abweichung (2.300.000,00 Euro) ist auf die bislang erfolgreiche Umsetzung des Projektes zurückzuführen. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2024/2025 wurde der Anschlag angehoben.
- 27) **0308/272 70-2**
Die Solländerung (7.300.000,00 Euro) als Saldo ergibt sich aus einer Nachbewilligung.
Im Wesentlichen ist die Solländerung dadurch begründet, dass im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2022/2023 für das Jahr 2022 lediglich 17 Millionen Euro für die neue Prioritätsachse EU-React als Einnahmen und Ausgaben saldenneutral veranschlagt worden sind. Danach erfolgte eine Erhöhung dieser Mittel auf rd. 52 Millionen Euro (Einnahmen und Ausgaben bis 2027), die in der Haushaltsaufstellung 2022/2023 nicht mehr berücksichtigt werden konnten.
Die Soll-Ist Abweichung (4.092.458,59 Euro) ist darauf zurückzuführen, dass die Einnahmen gegenüber der Prognose des Arbeitsressorts für die ESF-Programme 2023 niedriger ausgefallen sind.
- 28) **0308/272 99-0**
Die Solländerung (23.600.000,00 Euro) als Saldo ergibt sich aus einer Nachbewilligung.
Im Wesentlichen ist die Solländerung dadurch begründet, dass im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2022/2023 für das Jahr 2022 lediglich 17 Millionen Euro für die neue Prioritätsachse EU-React als Einnahmen und Ausgaben saldenneutral veranschlagt worden sind. Danach erfolgte eine Erhöhung dieser Mittel auf rd. 52 Millionen Euro (Einnahmen und Ausgaben bis 2027), die in der Haushaltsaufstellung 2022/2023 nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

- 29) **0308/686 53-1**
Die Solländerung (30.538.748,13 Euro) als Saldo ergibt sich aus übertragenen Resten aus Vorjahren, Deckungskreisbeziehungen und einer Nachbewilligung. Im Wesentlichen ist die Solländerung dadurch begründet, dass im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2022/2023 für das Jahr 2022 lediglich 17 Millionen Euro für die neue Prioritätsachse EU-React als Einnahmen und Ausgaben saldenneutral veranschlagt worden sind. Danach erfolgte eine Erhöhung dieser Mittel auf rd. 52 Millionen Euro (Einnahmen und Ausgaben bis 2027), die in der Haushaltsaufstellung 2022/2023 nicht mehr berücksichtigt werden konnten.
- 30) **0308/686 70-1**
Die Solländerung (5.642.291,29 Euro) als Saldo ergibt sich aus übertragenen Resten aus Vorjahren, Deckungskreisbeziehungen und einer Nachbewilligung. Im Wesentlichen ist die Solländerung dadurch begründet, dass im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2022/2023 für das Jahr 2022 lediglich 17 Millionen Euro für die neue Prioritätsachse EU-React als Einnahmen und Ausgaben saldenneutral veranschlagt worden sind. Danach erfolgte eine Erhöhung dieser Mittel auf rd. 52 Millionen Euro (Einnahmen und Ausgaben bis 2027), die in der Haushaltsaufstellung 2022/2023 nicht mehr berücksichtigt werden konnten.
- 31) **0401/984 99-2**
Die Zahlung des Landes erfolgt nur aufgrund der abrechnungsfähigen Ansprüche, die seitens der Stadtgemeinde vorgelegt werden und in der entsprechenden Höhe.
- 32) **0408/231 35-3**
Die Zuweisungen des Bundes basieren auf den tatsächlich entstandenen abrechnungsfähigen Ansprüchen der Leistungsempfänger.
- 33) **0408/984 10-6**
Weiterleitung von Bundesmitteln basierend auf den tatsächlich entstandenen abrechnungsfähigen Ansprüchen der Leistungsempfänger.
- 34) **0408/984 19-0**
Die Zahlung des Landes erfolgt nur aufgrund der abrechnungsfähigen Ansprüche, die seitens der Stadtgemeinde vorgelegt werden und in der entsprechenden Höhe.
- 35) **0408/984 20-3**
Die Zahlung des Landes erfolgt nur aufgrund der abrechnungsfähigen Ansprüche, die seitens der Stadtgemeinde vorgelegt werden und in der entsprechenden Höhe.
- 36) **0408/984 35-1**
Die Zahlung des Landes erfolgt nur aufgrund der abrechnungsfähigen Ansprüche, die seitens der Stadtgemeinde vorgelegt werden und in der entsprechenden Höhe.
- 37) **0408/985 10-2**
Weiterleitung von Bundesmitteln basierend auf den tatsächlich entstandenen abrechnungsfähigen Ansprüchen der Leistungsempfänger.
- 38) **0408/985 38-2**
Weiterleitung von Bundesmitteln basierend auf den tatsächlich entstandenen abrechnungsfähigen Ansprüchen der Leistungsempfänger.

- 39) **0410/984 20-2**
Die Abweichung resultiert aus Deckungsfähigkeitsbeziehungen mit anderen Haushaltsstellen (u. a. 0410/984 22-9) und den tatsächlich entstandenen Kosten und Weiterleitung an die örtlichen Sozialhilfeträger.
- 40) **0410/984 21-0**
Die Abweichung resultiert aus Deckungsfähigkeitsbeziehungen mit anderen Haushaltsstellen und den tatsächlich entstandenen Kosten und Weiterleitung an die örtlichen Sozialhilfeträger.
- 41) **0410/984 22-9**
Die Abweichung resultiert aus Deckungsfähigkeitsbeziehungen mit anderen Haushaltsstellen (u. a. 0410/984 20-2) und den tatsächlich entstandenen Kosten und Weiterleitung an die örtlichen Sozialhilfeträger.
- 42) **0410/984 26-1**
Die Abweichung resultiert aus Deckungsfähigkeitsbeziehungen mit anderen Haushaltsstellen und den tatsächlich entstandenen Kosten und Weiterleitung an die örtlichen Sozialhilfeträger.
- 43) **0410/985 56-0**
Die Abweichung resultiert aus Deckungsfähigkeitsbeziehungen mit anderen Haushaltsstellen und den tatsächlich entstandenen Kosten und Weiterleitung an die örtlichen Sozialhilfeträger.
- 44) **0411/517 11-0**
Im Zuge von nicht vorhersehbaren Flüchtlingsbewegungen kommt es bei Sozialleistungsausgaben zu Fluktuation von Ausgaben innerhalb der jeweiligen Kapitel.
- 45) **0411/518 11-6**
Im Zuge von nicht vorhersehbaren Flüchtlingsbewegungen kommt es bei Sozialleistungsausgaben zu Fluktuation von Ausgaben innerhalb der jeweiligen Kapitel.
- 46) **0411/681 20-3**
Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg, die im Rahmen des Jahresabschlusses innerhalb des neutralen Ausgleichs von Sozialleistungen und zentraler Mittel abgedeckt werden.
- 47) **0501/359 03-3**
Rückführung der Investiven Rücklage im Zuge der Mittelübertragung des Jahres 2022.
- 48) **0501/531 55-3**
Abweichung und Anpassungen aufgrund Verpflichtungen des Landes und der tatsächlichen Bedarfe im Zuge der Pflegeausbildung.
- 49) **0501/919 03-9**
Im Zuge des Jahresabschlusses festgestellter Betrag für die festgelegte Zuführung zur Rücklage.

- 50) **0501/981 10-9**
Anteil des Landes am Ausbildungsfonds für die generalistische Pflegeausbildung.
- 51) **0520/231 25-0**
Mehreinnahmen aus Bundesmitteln für Krankenhäuser im Zuge der Energiekrise als Energiekostenhilfe.
- 52) **0520/331 11-5**
Mehreinnahmen aufgrund von Zuschüssen des Bundes zum Krankenhausstrukturfonds II.
- 53) **0520/682 25-2**
Zuschüsse des Landes an die kommunalen Krankenhäuser im Zuge der Energiekrise als Energiekostenhilfe.
- 54) **0520/683 25-9**
Zuschüsse des Landes an die freien und gemeinnützigen Krankenhäuser im Zuge der Energiekrise als Energiekostenhilfe.
- 55) **0520/891 51-0**
Im Zuge der projektbasierten Anträge kommt es zu Umsetzungsverzögerungen. Die Mittel werden in den Folgejahren zur weiteren Umsetzung benötigt.
- 56) **0520/891 80-3**
Bereitgestellte Mittel zur Stärkung der Pandemieresilienz im Zuge der Corona-Pandemie, die nicht in vollem Umfang von den Krankenhäusern abgerufen wurden.
- 57) **0520/892 80-0**
Bereitgestellte Mittel zur Stärkung der Pandemieresilienz im Zuge der Corona-Pandemie, die aufgrund veränderter Projektumsetzung im höheren Umfang von den Krankenhäusern abgerufen wurden.
- 58) **0530/282 00-7**
Mehreinnahmen aufgrund des Ausbildungsfonds für die generalistische Pflegeausbildung von den beteiligten Einrichtungen.
- 59) **0530/381 10-2**
Mehreinnahmen aufgrund der Zahlungen des Landesanteils am Ausbildungsfonds für die generalistische Pflegeausbildung.
- 60) **0530/684 00-8**
Abweichung und Änderungen im Zuge der berechtigten Ansprüche von Einrichtungen zur Umsetzung des praktischen Teils der generalistischen Pflegeausbildung.
- 61) **0601/971 12-7**
Mit dem Handlungsfeld Klimaschutz wurde eine globale Ausgabeermächtigung über 20.000.000,00 Euro in 2023 im Haushalt des Landes des Produktplans 68 – Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau – eingestellt.

Diese Mittel sind bis zur Vorlage konkreter antragsbegründender Unterlagen gesperrt. Die Mittelfreigabe im Vollzug erfolgte auf Basis von Sammelvorlagen unter der Federführung der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau durch den Senat und den Haushalts- und Finanzausschuss.

Die Verteilung dieser 20.000.000,00 Euro für Klimaschutzprojekte ist entsprechend im Haushaltsvollzug durch Nachbewilligung (Sollverlagerung) vorgenommen worden. Hierin ist die Sollreduzierung in Höhe von 19.929.164,57 Euro begründet. Die Ausgabehaushaltsstellen wurden grundsätzlich in den jeweiligen Fachkapiteln der Ressorts angelegt und die Bewirtschaftung den jeweiligen Fachressorts zugeordnet. Der Mittelabfluss erfolgte ebenfalls bei den maßnahmenbezogenen Haushaltsstellen, sodass bei der Haushaltsstelle 0601/971 12-7 keine Ist-Ausgaben gebucht wurden.

62) 0610/359 10-8

Im Zuge der Abrechnung der Haushalte 2022 wurden mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 28.02.2023 im Land Bremen Rücklagenzuführungen innerhalb des Handlungsfelds Klimaschutz, das haushaltstechnisch im Produktplans 68 – Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau – verortet ist, in Höhe von 9.040.502,61 Euro vorgenommen. Diese resultieren aus bereits bewilligten Mitteln für konkrete Klimaschutz-Maßnahmen, die insbesondere aufgrund von Projektverzögerungen in 2022 nicht vollständig abgeflossen sind und zweckgebunden im Folgejahr zur Ausfinanzierung der Maßnahmen benötigt werden. Diese Sonderrücklage in Höhe von 9.040.502,61 Euro wurde im Jahr 2023 vollständig ausgekehrt und zweckgebunden wiederbereitgestellt.

63) 0610/984 12-6

Hierbei handelt es sich um eine Landeszahlung an die Stadtgemeinde Bremen für im Vollzug durch den Senat und Haushalts- und Finanzausschuss beschlossene städtische Projekte in Höhe von 8.184.216,00 Euro im Rahmen des Handlungsfelds Klimaschutz. Die Solländerung bezieht sich hierbei auf Nachbewilligungen, die zunächst auf diese Haushaltsstelle vorgenommen wurden, um im nächsten Schritt die Verrechnungszahlung zu tätigen.

64) 0610/985 32-7

Die Solländerung von 2.838.000,00 Euro resultiert aus einer Nachbewilligung für dieses Projekt aus Mitteln des Handlungsfelds Klimaschutz (Land) (siehe Nr. 61). Diese Mittel wurden vollständig nach Bremerhaven zur Umsetzung des Projekts weitergeleitet.

65) 0627/331 10-0

Die Solländerung in Höhe von 4.109.862,46 Euro resultiert im Wesentlichen aus zusätzlichen Einnahmen des Bundes für Maßnahmen zum Generalplan Küstenschutz für anstehende Küstenschutzmaßnahmen. Diese Mittel konnten durch Rückgaben anderer Bundesländer zusätzlich eingeworben werden.

66) 0627/884 02-8

Die Solländerung in Höhe von 3.280.000,00 Euro resultiert im Wesentlichen aus den Einnahmeverfügunngsmitteln für Investitionen aus den Mitteln vom Bund für den Generalplan Küstenschutz (siehe Nr. 65).

- 67) **0681/359 01-0**
Im Rahmen der Auflösung der globalen Minderausgabe I und II hat die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau einen Teilbetrag von 3.714.008,69 Euro für ihren Kürzungsbeitrag (Umlageverfahren) aus der allgemeinen Budgetrücklage erbracht. Diese Mittel wurden entsprechend ausgekehrt in 2023.
- 68) **0681/359 03-6**
Im Zuge der Abrechnung der Haushalte 2022 wurden mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 28.02.2023 im Land Bremen Rücklagenzuführungen zur investiven Budgetrücklage Produktplan 68 – Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau – in Höhe von rd. 21,4 Millionen Euro vorgenommen - insbesondere aufgrund von Projektverzögerungen in 2022, so dass investive Mittel nicht vollständig abgeflossen sind und zweckgebunden übertragen wurden. Unterjährig erfolgten bedarfsgerechte Auskehrungen auf Antrag vom Ressort über den Senator für Finanzen. Für 2023 belief sich diese Summe auf 4.597.671,97 Euro, die per Nachbewilligung auf die entsprechenden Ausgabefinanzpositionen weitergeleitet wurde.
- 69) **0681/671 12-9**
Die Solländerung von 3.200.000,00 Euro resultiert im Wesentlichen aus Haushaltsresten aus dem Vorjahr 2022 und der über Haushaltsvermerkbeziehungen zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Einnahmen aus den ÖPNVG-Mitteln finanzierten Schülerbeförderungsmittel als Einnahmeverfüugungsmittel Schülerbeförderung (2.300.000,00 Euro). Im Rahmen des vorhandenen Deckungskreises wurden diese Mittel technisch dieser Haushaltstelle zu geordnet. Aufgrund von bestehenden Haushaltsresten aus Vorjahren im Deckungskreis auf den anderen Haushaltsstellen wurden diese Mittel nicht verfügt.
- 70) **0681/682 10-4**
Die Soll-Ist Abweichung von 5.196.910,17 Euro ist darin begründet, dass insbesondere der Ausgleichsbetrag gemäß § 231 SGB IX gegenüber öffentlichen Unternehmen entsprechend geringer ausgefallen ist.
- 71) **0681/682 40-6**
Die Solländerung in Höhe von 6.088.910,04 Euro resultiert im Wesentlichen aus Nachbewilligungen in gleicher Höhe – basierend auf dem Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 06.05.2022 zur „Finanzierung des VBN-JugendTickets ab 01.08.2022“.
- 72) **0681/919 03-1**
Im Zuge der Abrechnung der Haushalte 2023 wurden mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 01.03.2024 im Land Bremen Rücklagenzuführungen an die investive Budgetrücklage im Produktplan 68 – Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau – in Höhe von 9.206.773,01 Euro vorgenommen. Diese resultieren aus bereits bewilligten Mitteln für konkrete Investitionsmaßnahmen, die insbesondere aufgrund von Projektverzögerungen in 2023 nicht vollständig abgeflossen sind und zweckgebunden im Folgejahr zur Ausfinanzierung der Maßnahmen benötigt werden.

- 73) **0687/231 25-2**
Die Solländerung in Höhe von 20.300.000,00 Euro resultiert aus zusätzlichen Zahlungen des Bundes für das Deutschlandticket (Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 17.03.2023).
- 74) **0687/331 20-6**
Die Solländerung in Höhe von 7.407.029,57 Euro resultiert im Wesentlichen aus erforderlichen vorgezogenen Mittelabrufen zur Finanzierung der Neufahrzeuge für das Expresskreuz Bremen/Niedersachsen im Land Bremen.
- 75) **0687/381 40-8**
Die Solländerung in Höhe von 22.840.000,00 Euro resultiert aus zusätzlichen Zahlungen der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation für Baukosten der Cherbourger Straße.
- 76) **0687/682 25-4**
Die Solländerung in Höhe von 10.653.757,84 Euro resultiert aus aufgrund über Haushaltsvermerksbeziehungen zur Verfügung gestellte zweckgebundene Einnahmeverfügungsmittel des Bundes für das Deutschlandticket (20.300.000,00 Euro), über die Aufstockung der globalen Minderausgabe bereitgestellte Mittel (6.500.000,00 Euro) sowie der Zuführung zur Sonderrücklage Deutschlandticket (- 16.146.242,16 Euro) aufgrund nicht verausgabter Mittel.
- 77) **0687/730 16-0**
Die Solländerung resultiert im Wesentlichen aus der Bereitstellung des Kürzungsbeitrags im Rahmen der Auflösung der globalen Minderausgabe I und II. Hier wurde ein Teil aus dieser Haushaltsstelle erbracht.
- 78) **0687/891 20-1**
Die Solländerung in Höhe von 5.691.827,43 Euro resultiert im Wesentlichen aus Einnahmeverfügungsmitteln vom Bund für Ausgaben gemäß BremÖPNV (24.088.029,57 Euro), der Inanspruchnahme in Rahmen der Deckungsringbeziehungen (- 12.698.857,00 Euro) sowie abzüglich haushaltstechnisch bedingter Sollveränderungen (Allgemeine Rückgaben aufgrund von Haushaltsvermerkbeziehungen von 16.681.000,00 Euro).
- 79) **0687/891 21-0**
Die Solländerung in Höhe von 10.267.400,00 Euro resultiert im Wesentlichen aus der Inanspruchnahme im Rahmen der Deckungsringbeziehungen (13.206.857,00 Euro) sowie abzüglich der Bereitstellung des Kürzungsbeitrags im Rahmen der Auflösung der globalen Minderausgabe I. Hier wurde ein Teil (3.039.457,00 Euro) aus dieser Haushaltsstelle aus dem bremischen Anteil erbracht.
- 80) **0687/891 40-6**
Die Solländerung in Höhe von 22.840.000,00 Euro resultiert aus aufgrund über Haushaltsvermerksbeziehungen zur Verfügung gestellte zweckgebundene Einnahmeverfügungsmittel der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation für Baukosten der Cherbourger Straße (siehe Nr. 75).

- 81) **0687/919 10-6**
Im Zuge der Abrechnung der Haushalte 2023 wurden im Land Bremen Rücklagenzuführungen zur Sonderrücklage Deutschlandticket im Produktplan 68 – Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau – in Höhe von 16.146.242,16 Euro vorgenommen. Diese resultieren aus bereits bewilligten Mitteln, die insbesondere aufgrund von Verzögerungen in 2023 nicht vollständig abgeflossen sind (siehe Nr. 76).
- 82) **0697/231 02-1**
Die Solländerung in Höhe von 13.607.201,91 Euro resultiert aus zusätzlichen Zahlungen des Bundes für das Wohngeld vor dem Hintergrund der Wohngeldreform 2023.
- 83) **0697/231 10-2**
Die Solländerung in Höhe von 4.149.697,00 Euro resultiert aus zusätzlichen Zahlungen des Bundes für Heizkostenzuschüsse vor dem Hintergrund des Heizkostenzuschussgesetzes.
- 84) **0697/231 20-0**
Die Solländerung in Höhe von 9.555.761 Euro resultiert aus zusätzlichen Zahlungen des Bundes für sozialen Wohnraum. Jedes Jahr wird hierzu eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen. Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung lagen die Verwaltungsvereinbarungen zur Sozialen Wohnraumförderung für 2022/2023 noch nicht vor und wurden in den Einnahmen nicht berücksichtigt.
- 85) **0697/681 83-3**
Die Solländerung in Höhe von 3.213.357,00 Euro resultiert aus der Inanspruchnahme im Rahmen der Deckungsringbeziehungen (3.213.357,00 Euro) – zusätzliche Zahlungen von Heizkostenzuschüssen vor dem Hintergrund des Heizkostenzuschussgesetzes; es handelt sich um einen durchlaufenden Posten.
- 86) **0697/681 98-1**
Die Solländerung in Höhe von 14.896.597,58 Euro resultiert im Wesentlichen aus aufgrund über Haushaltsvermerksbeziehungen zur Verfügung gestellte zusätzliche zweckgebundene Einnahmeverfügungsmittel für das Wohngeld vor dem Hintergrund der Wohngeldreform 2023 (siehe Nr. 82).

Die Minderausgaben betragen 3.518.174,81 Euro. Hierbei handelt es sich Haushaltsreste aus den Vorjahren.
- 87) **0697/681 99-0**
Die Solländerung in Höhe von 4.868.362,76 Euro resultiert im Wesentlichen aus der Inanspruchnahme im Rahmen der Deckungsringbeziehungen für das Wohngeld vor dem Hintergrund der Wohngeldreform 2023 (siehe Nr. 82).
- 88) **0697/683 11-9**
Die Solländerung in Höhe von 9.555.761,00 Euro resultiert im Wesentlichen aufgrund über Haushaltsvermerkbeziehungen zur Verfügung gestellte zusätzliche zweckgebundene Einnahmeverfügungsmittel für die Soziale Wohnraumförderung (siehe Nr. 84).

- 89) **0703/891 20-9**
Es handelt sich hierbei um EFRE-14-20-Mittel. Diese wurden im Deckungskreis zur Finanzierung spezifischer Ausgaben eingesetzt.
- 90) **0709/331 10-8**
2023 wurden weniger Maßnahmen umgesetzt, sodass weniger Mittel abgerechnet werden konnten.
- 91) **0709/346 57-1**
2023 wurde kein Zahlungsantrag gestellt, sodass keine Mittel eingegangen sind.
- 92) **0709/346 90-3**
2023 wurde kein Zahlungsantrag in entsprechender Höhe gestellt, sodass weniger Mittel eingegangen sind.
- 93) **0709/359 56-8**
Mittel der Sonderrücklage mussten zur Finanzierung von EFRE-spezifischen Ausgaben sowie zur Finanzierung von Ausgaben des Produktplans 81 – Häfen – (Cherbourger Straße) herangezogen werden.
- 94) **0709/359 57-6**
Mittel der Sonderrücklage mussten zur Finanzierung von Ausgaben des Produktplans 81 – Häfen – (Cherbourger Straße) herangezogen werden.
- 95) **0709/686 56-9**
EFRE-14-20-Mittel wurden im Deckungskreis zur Finanzierung spezifischer Ausgaben eingesetzt.
- 96) **0709/686 57-7**
Die Förderperiode EFRE 2021-2027 ist nur schleppend angelaufen, sodass aktuell keine Ausgaben gebucht werden.
- 97) **0709/686 90-9**
Mehrausgaben sind aus Rücklagen finanziert worden.
- 98) **0709/891 70-7**
Aufgrund von Projektverzögerungen wurden 2023 weniger Maßnahmen umgesetzt.
- 99) **0709/893 56-4**
EFRE-14-20-Mittel wurden im Deckungskreis zur Finanzierung spezifischer Ausgaben eingesetzt.
- 100) **0709/893 57-2**
Die Förderperiode EFRE 2021-2027 ist nur schleppend angelaufen, sodass aktuell wenige Ausgaben gebucht werden.
- 101) **0709/893 90-4**
Mehrausgaben sind aus Rücklagen finanziert worden.

- 102) **0709/919 56-3**
Die Mittel sollten als Liquiditätsunterstützung dem Produktplan 31 – Arbeit – zur Verfügung gestellt werden. Schlussendlich konnten sie am Jahresende wieder zugeführt werden.
- 103) **0709/919 57-1**
Die Förderperiode EFRE 2021-2027 ist nur schleppend angelaufen, sodass aktuell keine Ausgaben gebucht werden. Schlussendlich konnten die übrigen Mittel am Jahresende der Sonderrücklage zugeführt werden.
- 104) **0801/682 12-0**
Solländerung (3.541.201,64 Euro) resultierend aus einer Umbewilligung zu Lasten des Produktplans 99 – Klimastrategie, Energie-/ Ukrainekrise.
- 105) **0801/891 15-2**
Solländerung (5.000.000,00 Euro) resultierend aus einer Umbewilligung zu Lasten des Produktplans 68 – Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau.
- 106) **0801/981 40-2**
Solländerung (22.840.000,00 Euro) resultierend aus der Bereitstellung von Mitteln aus dem Produktplan 71 – Wirtschaft –, eine Rückführung ist erforderlich (siehe hierzu auch die Nr. 93 und 94).
- 107) **0900/281 21-8**
Solländerung (5.410.109,98 Euro) siehe Haushaltsstelle 0900/511 70-1 (Nr. 109). Hier handelt es sich um Einnahmeverfüugungsmittel, die die jahresübergreifenden Ausgaben der KoSIT decken.
- 108) **0900/359 05-5**
Solländerung (4.313.288,00 Euro) durch die vom Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss beschlossene Entnahme aus der Sonderrücklage "S/4 HANA/HKR 4.0 (Land)" zur Finanzierung des Programms „HKR 4.0“ – Zukunftsorientiertes Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (siehe Haushaltsstelle 0900.812 11-6 Nr.112).
- 109) **0900/511 70-1**
Die Solländerung (7.022.244,94 Euro) resultiert aufgrund über Haushaltsvermerksbeziehungen zur Verfügung gestellte zweckgebundene Einnahmeverfüugungsmittel (siehe Nr. 107).
- 110) **0900/526 40-7**
Die Soll-Ist Abweichung (3.082.318,36 Euro) ist darin begründet, dass die aufgrund der Haushaltsvermerksbeziehungen zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Einnahmeverfüugungsmittel (0900/231 40-7) von 10.933.736,35 Euro zuzüglich der Vorjahresreste von 1.758.231,17 Euro und abzüglich der durch die Deckungskreisinanspruchnahme von gesamt 6.374.548,37 Euro abzusetzenden Beträge zu einer Solländerung auf 6.317.419,15 Euro geführt haben.
- 111) **0900/632 40-1**
Die Solländerung (3.480.803,27 Euro) resultiert im Wesentlichen aus der Inanspruchnahme von Deckungskreisbeziehungen für die Wahrnehmung von Bauaufgaben des Bundes.

- 112) **0900/812 11-6**
Solländerung (2.898.166,05 Euro) durch Nachbewilligung mit Deckung durch Entnahme aus der Sonderrücklage "S/4 HANA/HKR 4.0 (Land)" zur Finanzierung des Programms „HKR 4.0“ – Zukunftsorientiertes Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen. (siehe 0900/359 05-5 Nr.108).
- 113) **0922/428 03-4**
Es handelt sich um eine Ausbildungshaushaltsstelle. Die Ausbildungsjahrgänge 2022 und 2023 waren nicht im Haushalt 2023 des Produktplans 91 – Finanzen/Personal – veranschlagt, sondern in den zentralen Mitteln des Produktplans 92 – Allgemeine Finanzen. Bei Aufstellung der Doppelhaushalte 2022/2023 konnten die Mittel nicht bei der Veranschlagung im Produktplan 91 – Finanzen/Personal – berücksichtigt werden, da die Ausbildungsplanungen noch nicht beschlossen waren. Daher wurden die erforderlichen Mittel im Vollzug 2023 nachbewilligt.
- 114) **0950/281 17-0**
Solländerung (21.371.685,98 Euro) durch Einnahmeverfügun gsmittel zur Deckung von Kosten für Projekte zur Stärkung der digitalen Souveränität. Siehe auch Bereitstellung der Einnahmeverfügun gsmittel bei der Haushaltstelle 0950/511 48-6.
- 115) **0950/359 03-0**
Solländerung (9.997.664,25 Euro) durch Nachbewilligung zur Entnahme der investiven Rücklagen aus der investiven Budgetrücklage aufgrund der Umsetzung der Beschlüsse aus der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2023.
- 116) **0950/511 00-1**
Die Soll-Ist Abweichung (- 3.780.473,58 Euro) ergibt sich im Wesentlichen aus Projektverzögerungen, die zu zeitversetzten Folgekosten bei den zentralen IT-Sachausgaben führten.
- 117) **0950/511 48-6**
Solländerung (21.371.685,98 Euro) durch Einnahmeverfügun gsmittel zur Deckung von Ausgaben für Projekte zur Stärkung der digitalen Souveränität. Siehe auch Entstehung der Einnahmeverfügun gsmittel bei Haushaltstelle 0950/281 17-0.
- 118) **0950/539 97-6**
Solländerung (- 5.999.999,65 Euro) aufgrund Nachbewilligung zur Auflösung der im Haushalt des Landes veranschlagten globalen Minderausgaben im Haushaltsvollzug 2023. Die veranschlagten Mittel sind für das Lösungskonzept 2023 zur Verfügung gestellt worden.
- 119) **0950/812 05-2**
Solländerung (2.540.467,57 Euro) durch Nachbewilligungen zur Deckung von Ausgaben im Rahmen von ZEBRA 2.0 und des Online-Antragsportals in Höhe von 1.510.000,00 Euro und zur Deckung von Ausgaben der Umzugskosten zum Tabakquartier in Höhe von 1.030.467,57 Euro.
- 120) **0950/812 21-4**
Solländerung (2.910.180,70 Euro) durch die vom Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss beschlossene Nachbewilligung zur Deckung von Ausgaben für

den Aufbau eines VIS-Einheitsmandanten in Höhe von 1.214.200,00 Euro sowie in Anspruch genommenen investiven Rücklagen (1.695.980,70 Euro).

- 121) **0950/919 03-5**
Solländerung (7.600.861,91 Euro) durch Nachbewilligung aufgrund der Umsetzung der Beschlüsse aus der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2023 (hier: Bildung einer investiven Budgetrücklage).

122 – 154) Steuern

- 155) **0972/386 01-4**
Solländerung (28.478.335,34 Euro) resultierend aus Umbewilligung. Korrespondiert entsprechend mit 3972/986 01-0. Festgestellte Mehrausgaben wurden im Rahmen der Liquidität im Produktplan 93 – Zentrale Finanzen – und innerhalb des Deckungsringes ausgeglichen.
- 156) **0972/981 01-0**
Solländerung (15.650.000,00 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/Einsparung.
- 157) **0972/984 07-8**
Solländerung (-4.736.822,06 Euro) resultierend aus der sich im Abrechnungszeitraum von der Steuerschätzung abweichenden Entwicklung des originären Steueraufkommens und korrespondieren entsprechend mit 3972/384 01-0. Festgestellte Minderausgaben wurden im Rahmen der Liquidität im Produktplan 93 – Zentrale Finanzen – und innerhalb des Deckungsringes ausgeglichen.
- 158) **0972/984 11-6**
Solländerung (9.611.000,00 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/Einsparung und korrespondiert entsprechend mit 3972/384 11-8.
- 159) **0972/985 01-5**
Solländerung (13.351.431,42 Euro) resultierend aus Umbewilligung im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit. Festgestellte Mehrausgaben wurden im Rahmen der Liquidität im Produktplan 93 – Zentrale Finanzen – und innerhalb des Deckungsringes ausgeglichen.
- 160) **0972/985 11-2**
Solländerung (2.610.000,00 Euro) resultierend aus Nachbewilligung/Einsparung.
- 161) **0973/015 01-0**
Hierbei handelt es sich um den Finanzkraftausgleich durch die Umsatzsteuer-Umverteilung (siehe auch Kapitel 0970 – Steuern).
- 162) **0973/211 01-3**
Die Mindereinnahmen (107.686.911,65 Euro) resultieren aus der sich im Abrechnungszeitraum von der Steuerschätzung abweichenden Entwicklung des originären Steueraufkommens.

- 163) **0980/325 30-0**
Im Saldo aus Krediteinnahmen und –ausgaben zur Schuldentilgung wurden Kredite entsprechend dem tatsächlichen Kreditbedarf vereinnahmt.
- 164) **0980/359 80-8**
Die Mindereinnahmen (3.655.320,00 Euro) resultieren aus der Nichtinanspruchnahme der Zentralen Sonderrücklage. Die Solländerung (24.588.000,31 Euro) ist auf die umgesetzten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 01.03.2024 zurückzuführen.
- 165) **0980/571 11-4**
Umbuchungen von Zinsverbindlichkeiten öffentlicher Unternehmen. Soll-Ist Abweichung im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminderausgaben.
- 166) **0980/575 01-2**
Solländerungen im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminderausgaben.
- 167) **0980/575 02-0**
Solländerungen im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminderausgaben.
- 168) **0980/575 03-9**
Solländerungen im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminderausgaben.
- 169) **0980/575 08-0**
Soll-Ist Abweichung im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Zinsausgaben bzw. Zinsminderausgaben.
- 170) **0980/595 01-3**
Tilgungsausgaben in Höhe des tatsächlichen Bedarfes im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Tilgungsausgaben.
Soll-Ist Abweichung im Rahmen gegenseitiger Deckungsfähigkeit der Tilgungsausgaben bzw. Tilgungsminderausgaben.
- 171) **0980/919 85-4**
Die Abweichung ist auf die umgesetzten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 01.03.2024 zurückzuführen.
- 172) **0980/919 88-9**
Die Abweichung ist auf die umgesetzten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 01.03.2024 zurückzuführen.
- 173) **0988/884 20-0**
Einsparung in Höhe von 240.000,00 Euro zugunsten einer Nachbewilligung des Produktplans 22 – Kultur – der Haushaltsstelle 0258/700 10-4 „Planungskosten Erweiterung Staatsarchiv“ (Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 08.12.2023). Globale Minderausgabe Oktober 2023 in Höhe von

3.847.330,18 Euro und Globale Minderausgabe Dezember 2023 in Höhe von 4.784,00 Euro.

- 174) **0990/232 11-3**
Die Einnahmen und Ausgaben aus dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag sind nicht planbar und werden nicht veranschlagt. Unterjährig erfolgen Einnahmen und Ausgaben von bzw. an andere Dienstherren. Die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben wird an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt bzw. von dieser erstattet. Ggf. werden Reste ins Folgejahr übertragen.
- 175) **0990/359 01-6**
Die Soll-Ist Abweichung beruht auf einer nicht erfolgten Rücklagenentnahme in Höhe von 8.134.000,00 Euro. Die Entnahme wurde im ersten Nachtragshaushalt 2023 veranschlagt, um die Bereitstellung investiver Mittel aus dem Jahr 2023 zu gewährleisten. Die entstandene Mindereinnahme wurde im 14. Monat durch Minderausgaben an anderer Stelle im Produktplan 92 – Allgemeine Finanzen – ausgeglichen.
- 176) **0990/461 01-5**
Zentrale Mittel für Tarifeffekte. Diese werden aus dem Haushalts-Soll dezentralisiert. Die Ist-Ausgaben erfolgen dezentral in den Ressorts. Die verbleibenden Minderausgaben von 180.964,23 Euro wurden zur anteiligen Deckung von Mindereinnahmen bei Haushaltsstelle 0990/359 01-6 (siehe Nr. 175) genutzt.
- 177) **0990/461 02-3**
Zentrale Mittel für die Ausbildungsjahrgänge 2022/2023. Die Ist-Ausgaben erfolgen dezentral in den Ressorts. Nicht verbrauchtes Ausbildungsbudget der Ressorts wurde am Jahresende auf dieser Haushaltsstelle gepoolt. Die Minderausgaben in Höhe von 4.556.451,77 Euro wurden gestrichen.
- 178) **0990/461 03-1**
Zentrale Mittel für personalwirtschaftliche Risiken. Die Ist-Ausgaben erfolgen dezentral in den Ressorts. Bis zum Jahresende erfolgte u.a. eine Absicherung von Mindereinnahmen bei der Gewinnabschöpfung (Produktplan 11 – Justiz). Da das Risiko nicht in voller Höhe eintrat, verbleiben Minderausgaben. Die Minderausgaben in Höhe von 56.068,10 Euro wurden gestrichen.
- 179) **0990/461 06-6**
Zentrale Mittel für Versorgungserhöhungen. Diese werden aus dem Haushalts-Soll dezentralisiert. Die Minderausgaben in Höhe von 393.384,23 Euro wurden gestrichen.
- 180) **0990/632 11-1**
Die Einnahmen und Ausgaben aus dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag sind nicht planbar und werden nicht veranschlagt. Unterjährig erfolgen Einnahmen und Ausgaben von bzw. an andere Dienstherren. Die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben wird an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt bzw. von dieser erstattet. Ggf. werden Reste ins Folgejahr übertragen.
- 181) **0995/093 01-4**
Die Abweichung ist auf die umgesetzten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 01.03.2024 zurückzuführen.

- 182) **0995/099 10-1**
Die Abweichung ist auf die Bereinigung der Spielbankabgabe für die Spielbanken-
aufsicht zurückzuführen.
- 183) **0995/359 05-7**
Die Solländerung (8.769.000,00 Euro) resultiert aus Rücklagenentnahmen und
Heranziehung von diesen Mehreinnahmen gemäß Vorlage des Haushalts- und Fi-
nanzausschusses vom 02.07.2021 „Entnahme aus der Sonderrücklage für den
Ausbau des Schul- und Kinderbetreuungsbereichs zu Gunsten der Stadtgemeinde
Bremerhaven“ (Vorlage VL 20/4005, 2.400.000,00 Euro) und vom 19.12.2023
„Ausgleich von Mehrausgaben im Ressort Kinder und Bildung (Produktplan 21 –
Kinder und Bildung) für 2023“ (VL 21/1089, 6.369.000,00 Euro).
- 184) **0995/548 11-9**
Zentrale Mittel für Tarifeffekte in Ausgliederungen. Diese werden aus dem Haus-
halts-Soll dezentralisiert. Die Ist-Ausgaben erfolgen dezentral in den Ausgliede-
rungen. Die verbleibenden Minderausgaben von 2.546.680,84 Euro wurden zur
Deckung von Mindereinnahmen bei Haushaltsstelle 0990/359 01-6 (siehe Nr. 175)
genutzt.
- 185) **0995/799 15-4**
Sollabweichung resultierend aus der Abforderung des tatsächlichen Bedarfes. Die
Mittel sind der zentralen Stabilitätsrücklage zugeführt worden.
- 186) **0995/972 10-7**
Globale Minderausgaben sind veranschlagte Beträge, die abweichend vom
Grundsatz der Einzelveranschlagung einen möglicherweise entstehenden, aber im
Detail noch nicht zuzuordnenden Minderbedarf darstellen sollen. Die Realisierung
wurde vollständig erreicht.
- 187) **0995/972 99-9**
Die aus technischen Einsparungen resultierende Solländerung in Höhe von
- 37.412.856,21 Euro beruht auf der bei dieser Haushaltsstelle aus Vereinfachungs-
gründen vorgenommenen Deckung derjenigen Beträge, die im Rahmen
der Abrechnung 2023 der einzelnen Produktpläne den jeweiligen Budgetrücklagen
zugeführt worden sind und für die (ohne Solländerung bei den einzelnen produkt-
planbezogenen Deckungshaushaltsstellen) der konkrete haushaltsstellengerechte
Nachweis der Deckung durch die hierfür maßgebenden Abrechnungsunterlagen
geführt wurde.
- 188) **0998/331 03-0**
Solländerung (5.074.459,60 Euro) resultierend aus der Abforderung des tatsächlichen
Bedarfes.
- 189) **0998/984 03-3**
Solländerung (4.284.256,50 Euro) resultierend aus der Abforderung des tatsächlichen
Bedarfes und korrespondiert entsprechend mit 3998/384 03-5.
- 190) **0999/381 01-4**
Am 17.11.2023 wurde das Gesetz zur Einführung einer langfristigen Pauschalent-
lastung der Länder im Zusammenhang mit Fluchtmigration und zur Änderung des

Mauergrundstücksgesetzes (Pauschalentlastungsgesetz) verkündet. Eine Beschlussfassung zur Mittelverwendung nach dem Pauschalentlastungsgesetz erfolgte im Haushalts- und Finanzausschuss am 08.12.2023. Eine Veranschlagung dieser Einnahmen im Rahmen des zweiten Nachtragshaushalts 2023, welcher im Senat am 05.12.2023 beschlossen und zur Beratung an die Bürgerschaft überstellt wurde, war daher zeitlich nicht möglich. Somit steht den auf der Haushaltsstelle 0999/381 01-4 „Von 0927/981 01-0 für ukraine-bedingte Bundesentlastung (Pauschalentlastungsgesetz)“ erfolgten Einnahmen in Höhe von 15.650.000,00 Euro ein Anschlag von 0,00 Euro gegenüber. Die Mehreinnahmen wurden genutzt, um die notwendige notlagenbedingte Kreditaufnahme für den Produktplan 99 – Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise – in 2023 um einen entsprechenden Betrag zu reduzieren.

191)

0999/548 01-6

Die Bürgerschaft hat in zweiter Lesung am 20.12.2023 den zweiten Nachtragshaushalt 2023 beschlossen, der zuvor im Senat am 05.12.2023 beraten und an die Bürgerschaft überstellt worden ist. Die haushaltsstellenscharfe Veranschlagung im Produktplan 99 – Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise – basiert auf den durch die Fachressorts geprüften und aktualisierten Mittelabfluss-Prognosen. Für die Unterstützung insbesondere von Zuwendungsempfängenden bei Energiemehrkosten wurden hierbei Globalmittel auf der Haushaltsstelle 0999/548 01-6 in Höhe von insgesamt 48.713.000,00 Euro veranschlagt. Diese Mittel standen insbesondere für Zuwendungsempfängende nach durch die Ressorts bereits spezifizierten Richtlinien zur Verfügung. Das Potenzial der zu erwartenden Anträge der Zuwendungsempfängenden war zum Zeitpunkt der Veranschlagung weder in ihrer Höhe noch in ihrer Anzahl seitens der Ressorts abschließend abschätzbar. Im Sinne der Gleichbehandlung sollte die Auszahlung der Ansprüche in jedem Fall bis zum letzten Tag der möglichen Inanspruchnahme abgesichert sein, weshalb viele Ressorts sich – auch noch kurz vor Jahresende – für eine zurückhaltende Absenkung bzw. Beibehaltung ihres erwarteten Mittelabflusses entschieden haben. Der tatsächliche Mittelabfluss blieb jedoch mit 18.588.400,70 Euro deutlich unterhalb dieser Einschätzung, woraus sich eine Abweichung von 30.124.599,70 Euro zwischen Soll und Ist ergibt. Die Minderausgaben führten zu einer entsprechenden Reduzierung der notlagenbedingt erforderlichen Kreditaufnahme.

192)

0999/971 01-6

Die Bürgerschaft hat in zweiter Lesung am 20.12.2023 den zweiten Nachtragshaushalt 2023 beschlossen, der zuvor im Senat am 05.12.2023 beraten und an die Bürgerschaft überstellt worden ist. Die haushaltsstellenscharfe Veranschlagung im Produktplan 99 – Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise – basiert auf den durch die Fachressorts geprüften und aktualisierten Mittelabfluss-Prognosen. Zum Zeitpunkt dieser Veranschlagung befanden sich allerdings noch Maßnahmenbeschlüsse in Vorbereitung. Um die nötige Mittelbereitstellung für diese potenziellen Maßnahmen im Produktplan 99 – Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise – abzusichern, wurden auf der Haushaltsstelle 0999/971 01-6 „Globalmittel zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges und der Energiekrise“ 20.000.000,00 Euro veranschlagt. Im weiteren Vollzug wurden hiervon nach entsprechenden Gremienbeschlüssen insgesamt 15.242.951,64 Euro maßnahmenbezogen bei den jeweiligen Auszahlungshaushaltsstellen per Sollverlagerung bereitgestellt. Es verblieb eine Minderausgabe in Höhe von 4.757.048,36 Euro, da die veranschlagten Mittel u.a. aufgrund von Betragskonkretisierungen nicht vollständig in Anspruch genommen werden mussten. Die Minderausgaben führten zu einer entsprechenden Reduzierung der notlagenbedingt erforderlichen Kreditaufnahme.

Haushaltsüberschreitungen

Der Senator für Finanzen hat haushaltsstellenscharf bzw. deckungskreisbezogen die IST-Ausgaben 2023 (Stand 14. Monat) den zur Verfügung stehenden Ausgabemitteln im Haushalt des Landes gegenübergestellt. Über die bestehende Ausgabeermächtigung hinaus geleistete Ausgaben können ggf. einen Verstoß gegen das parlamentarische Bewilligungsrecht (Haushaltsverstoß) darstellen.

Die festgestellten Überschreitungsfälle 2023 im Haushalt des Landes sind in der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zusammengefasst. Die Überschreitungsfälle sind von betroffenen Ressorts analysiert und mit einer entsprechenden Stellungnahme hinterlegt worden.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl der festgestellten Überschreitungen 2023 im Haushalt des Landes von 6 auf 20 erhöht. Das Volumen hat sich von 0,353 Millionen Euro auf 9 Millionen Euro erhöht.

Sämtliche Überschreitungen im Haushalt des Landes wurden rechnerisch durch verringerte Reste- bzw. Rücklagenbildung im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2023 ausgeglichen.

Haushaltsüberschreitungen 2023 - Haushalt des LANDES*											
Senator für Finanzen											
Nr.	PPL	PGR	Aggregat	Haushaltsstelle / Deckungskreis-Nr.	Zweckbestimmung	Anschlag	Haushaltssoll	IST Gesamt	Überschreitung	rechnerisch ausgeglichen	Anmerkung/Stellungnahme des Ressorts
1.	07	07.01.01	AUSG.KONSU	0034.53900-6	Auslagen für Nordverbund Studiengang "Polizeimanagement"	0,00	7.223,00	55.643,00	-48.420,00	x	Haushaltstechnischer Fehler: Bei der Verrechnung im 13. Monat wurde versehentlich die Sender- und Empfängerhaushaltsstelle verwechselt. Dadurch hat sich die Überschreitung verdoppelt; obwohl eigentlich Deckung gegeben war.
2.	11	11.03.02	AUSG.INVES	0111.81200-4	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	16.000,00	250,00	4.681,67	-4.431,67	x	Aufgrund der Verfügung in Sachen EncroChat (A-Antrag vom 14.12.2023) wurde bei den von S.J.V zur Abodeckung der Ausgaben bei der HH-Stelle 0131/884.05-2 (EncroChat-Verfahren) zur Einsparung angebotenen 13 HH-Stellen u.a. auch die HH-Stelle 0111/812.00-4 mit einer Einsparung in Höhe von 9.600 € angegeben. Da aber der Anschlag auf dieser HH-Stelle nicht ausreichend war, führte die umgesetzte versehentliche Einsparung zu einer Überschreitung in Höhe von - 4.431,67.
3.	95	95.01.01	AUSG.VERK1	0201.98567-0	An Hst. 6205/385 26 für Doppelbesetzung an Grundschulen Sozialstufen 4 und 5 (Corona-Pandemie) (BF Nr. 3)	0,00	0,00	291.000,00	-291.000,00		Gemäß HaFA-Beschluss vom 18.03.2022 wurden 357T € (81T in 2022 und 276T in 2023) für die Doppelbesetzung in BHV beschlossen. In 2022 wurden Mittel iHv 50T verausgabt, sodass zum Jahresende 2022 noch Mittel iHv 307T € zur Verfügung standen (die Mittel für 2023 wurden im Rahmen des NTHH 2022 vorgezogen und im HH-Soll in 2022 bereitgestellt).
4.	68	68.03.01	AUSG.PERS	0610.42805-3	Entgelt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Klimavorbereitung - Handlungsfeld Klimaschutz Nr. 5	0,00	30.170,65	36.310,23	-6.139,58	x	Im Rahmen der Abrechnung des Produktplans 2022 wurden, auf Grundlage von Ressorlangaben, die Mittel iHv 307T vollständig gestrichen. SKB hat diese Mittel jedoch irrtümlich streichen lassen, da diese Mittel für Ausgaben in 2023 vorgesehen waren. Aufgrund von Unklarheiten hat SKB in 2023 trotz fehlender Liquidität bei dieser Haushaltsstelle Auszahlungen an BHV geleistet, sodass es zu einer Überschreitung gekommen ist.
5.	68	68.03.01	AUSG.PERS	0610.42823-1	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - Klimaschutz im Alltag - HF Klimaschutz Nr. 128	0,00	123.000,00	123.708,15	-708,15	x	HF Klimaschutz; es wurden über Verfügungen zu hohe Einsparung zu Gunsten des Projektes Wetterextreme im Januar 2024 erbracht.
6.	68	68.03.01	AUSG.VERK1	0610.98548-3	An Hst. 6502/385 17 - Schaffung einer Stelle für Klimaschutzmanagement - HF Klimaschutz Nr. 96	0,00	20.818,00	37.253,00	-16.435,00	x	HF Klimaschutz; es wurden über Verfügungen zu hohe Einsparung zu Gunsten des Projektes Wetterextreme im Januar 2024 erbracht.
7.	91	91.90.02	AUSG.RUECK	0900.91906-9	Zuführungen an sonstige Rücklagen "Bundesbau Bremen (Land)"	0,00	0,00	1.800.000,00	-1.800.000,00	x	Die Verfügung für den 14. Monat 2023 (Abrechnung der Produktplanhaushalte, Rücklagenzuführungen) nicht richtig umgesetzt
8.	97	97.98.01	AUSG.RUECK	0988.91910-1	Zuführungen an die Sonderrücklagen EU- Programm EFRE 2021-2027 (SF-PPL97)	0,00	0,00	1.203.837,60	-1.203.837,60	x	Die Verfügung für den 14. Monat 2023 (Abrechnung der Produktplanhaushalte, Rücklagenzuführungen) nicht richtig umgesetzt
9.	07	07.90.04	AUSG.PERS	200064 bei der Hst. 0030.42201-5	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	7.657.170,00	9.489.861,64	9.489.869,05	-7,41	x	Eine am 11.01.2024 vorgenommene Umbuchung war um 7,41 EUR zu niedrig.

Haushaltsüberschreitungen 2023 - Haushalt des LANDES*										Senator für Finanzen	
Nr.	PPL	PGR	Aggregat	Haushaltsstelle / Deckungskreis-Nr.	Zweckbestimmung	Anschlag	Haushaltssoll	IST Gesamt	Überschreitung	rechnerisch ausgeglichen	Anmerkung/Stellungnahme des Ressorts
10.	07	07.90.04	AUSG.KONSU	200066 bei der Hst. 0030.51100-0	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattungs- /Ausrüstungs-/sonst. Gebrauchsgegenstände	958.320,00	478.517,61	478.842,74	-325,13	x	Am 20.12.2023 wurde eine Rechnung in Höhe von 326,07 EUR irrtümlich noch in die Periode 12.2023 und gebucht (letzte Buchung des Jahres auf 0030.51100-0). Bei Buchung der Rechnung erst in 2024 hätte keine Überschreitung in 2023 vorgelegen.
11.	08	08.01.01	AUSG.KONSU	200117 bei der Hst. 0045.53125-2	Ausgaben für das Projekt "Be ok"	0,00	20.042,51	123.960,48	-103.917,97	x	Die Vereinnahmung erwarteter Mittel konnte in 2023 nicht mehr rechtzeitig erfolgen. Der Ausgleich erfolgte über den PPL 51.
12.	08	08.01.01	AUSG.KONSU	200119 bei der Hst. 0045.53124-4	Ausgaben für das Projekt "Be ok" gem. § 48 SGB III	0,00	69.673,15	88.750,87	-19.077,72	x	Die Vereinnahmung erwarteter Mittel konnte in 2023 nicht mehr rechtzeitig erfolgen. Der Ausgleich erfolgte über den PPL 51.
13.	08	08.01.01	AUSG.PERS	200121 bei der Hst. 0045.42801-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.291.790,00	1.311.369,76	1.331.868,79	-20.499,03	x	Die Vereinnahmung erwarteter Mittel für eine dreimittelfinanzierte Stelle konnte in 2023 nicht mehr rechtzeitig erfolgen. Der Ausgleich erfolgte über den PPL 51.
14.	21	21.04.03	AUSG.KONSU	200236 bei den Hst. 0201.68167-7 und 0201.68313-0	Kosten für Teilnahme und Preise für Schilfenwettkämpfe; Zuschüsse zu Maßnahmen der außerbetriebl. und überbetriebl. Berufsausbildung	431.000,00	241.000,00	317.139,78	-76.139,78	x	Laut SAP Monat 1 bis 14 stehen im DKR noch 2.390,22 € zur Verfügung und dementsprechend wurde von SKB keine Überschreitung festgestellt, da das "hoch verfügbar" betrachtet wurde. Anhand von Soll-Ist-Vergleich ist die Überschreitung korrekt. Wäre die Überschreitung festgestellt worden, wäre selbstverständlich eine §3-Anzeige erstellt worden. Ursächlich ist hier eine Storno-Buchung in 2023, die jedoch erst in 2024 verrechnet wurde.
15.	24	24.04.02	AUSG.KONSU	200291 bei den Hst. 0273.68164-7, 0273.68166-3 und 0273.68167-1	Zahlungen nach dem BAföG -Zuschüsse Sekundarbereich-; Zahlungen nach dem BAföG Heizkostenzuschuss Zuschüsse Sekundarbereich; Zahlungen nach dem BAföG Heizkostenzuschuss Zuschüsse Tertiärbereich	8.400.000,00	7.546.544,28	7.546.988,36	-444,08	x	Bei dem Betrag handelt es sich um eine im 13. Monat erfolgte Korrekturbuchung zum Ausgleich von ehemals verwendeten Haushaltsstellen bei SKB für BAföG-Altfälle.
16.	41	41.21.01	AUSG.VERK2	200395 bei den Hst. 0408.98412-2, 0410.98422-9, 0410.98423-7, 0410.98424-5 und 0410.98427-0	An Hst. 3473/384 12-3: Sofortzuschlag für Kinder und Jugendliche nach § 145 SGB XII; An Hst. 3418/384 22-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.04.02; An Hst. 3418/384 23-8 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.06.01; An Hst. 3418/384 24-6 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen der Produktgruppe 41.04.03 (Blindenhilfe); An Hst. 3418/384 27-0 Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach Brem/AG SGB XII für Leistungen des Personalkreises nach § 67 SGB XII	336.440.980,00	383.598.716,14	387.096.025,48	-3.497.309,34	x	Diese Abweichung ist lediglich entstanden, da die zum Ausgleich erstellte Nachbewilligung im 13. Monat aus technischen Gründen zum damaligen Zeitpunkt nicht umgesetzt werden konnte. Die fehlende Deckung stand und steht bei den Haushaltsstellen 0408.68118-9 i. H. v. 1.002.309,34 Euro und 0408.68119-7 i. H. v. 2.495.000,00 Euro zur Verfügung. Folglich liegt keine echte Überschreitung vor.

Haushaltsüberschreitungen 2023 - Haushalt des LANDES*											
Senator für Finanzen											
Nr.	PPL	PGR	Aggregat	Haushaltsstelle / Deckungskreis-Nr.	Zweckbestimmung	Anschlag	Haushaltssoll	IST Gesamt	Überschreitung	rechnerisch ausgeglichen	Anmerkung/Stellungnahme des Ressorts
17.	95	95.01.01	AUSG.KONSU	200754 bei der Hst. 0201.53180-2	Programm "Aufholen nach Corona - Abbau von Lernrückständen" (Corona-Pandemie)	6.190.765,00	6.190.765,00	7.125.798,03	-935.033,03		Mit dem Bundesprogramm "Aufholen nach Corona" hat der Bund auf Grundlage einer entsprechenden Verwaltungsvereinbarung im Wege der Umsatzsteuerverteilung insgesamt 12,149 Mio. € zur Verwendung im Bereich SKB zur Verfügung gestellt. Der mit den Beschlüssen des HaFA vom 10.09.2021 und 06.05.2022 bereitgestellte Mittelrahmen wurde effektiv um rund 1,8 Mio. € überschritten. Die Mehrausgaben hätten bei rechtzeitiger Feststellung aus den Bremen-Fonds-finanzierten Maßnahmen "Doppelbesetzung in Grundschulen" und "Personelle Aufstockung an den ReBÜZ" (HaFA-Beschluss vom 18.03.2022) geleistet werden können, die entsprechende Überschneidungen mit dem Bundesprogramm "Aufholen nach Corona" bzw. dem darauf basierenden Landesprogramm "Schüler:innen stärken" aufweisen. Eine fristgerechte Umbuchung innerhalb des Maßnahmenbündels wurde allerdings versäumt, so dass es im Jahresabschluss bei der Überschreitung blieb. Minderausgaben stehen den Mehrausgaben gegenüber.
18.	95	95.01.01	AUSG.VERK1	200759 bei der Hst. 0201.98586-2	An Hst. 6205.385 25 Programm „Aufholen nach Corona - Schulsozialarbeit“ (Corona-Pandemie)	202.265,00	202.265,00	1.089.089,18	-886.824,18	x	siehe Nr. 17
19.	07	07.01.01	AUSG.PERS und AUSG.KONSU	200783 bei der Hst. 0034.42281-8 und 0034.63481-5	Bezüge planmäßiger Beamter (Projekt Polizei 2020) - refinanziert -; Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge (Projekt Polizei 2020) - refinanziert	137.600,00	85.973,36	111.078,92	-25.105,56	x	Haushaltstechnischer Fehler: Bei der Verrechnung im 13. Monat wurde versehentlich die Sender- und Empfängerhaushaltsstelle verwechselt. Dadurch hat sich die Überschreitung verdoppelt, obwohl eigentlich Deckung gegeben war.
20.	99	99.03.01	AUSG.VERK2 und AUSG.VER12	200891 bei der Hst. 0401.98455-0 und 0401.98456-9	An 3401/384 55-2 für Materialausstattung zur Vorsorge im Katastrophenschutzbereich Sozial- und Betreuungswesen; An 3401/384 56-0 für Materialausstattung zur Vorsorge im Katastrophenschutzbereich Sozial- und Betreuungswesen - investiv -	1.665.470,00	1.665.470,00	1.739.200,00	-73.730,00	x	Die Abweichung (Überschreitung) resultiert aus den Überführungsarbeiten der bisherigen PPL 95 bzw. PPL 99 in den neuen NTH PPL 99 nach dem Urteil des BVerfG im Zeitraum Dez./13. Monat 2023. Aufgrund sehr hoher Anforderungen für verschiedene parallele Aufgabenwahrnehmungen, zeitlicher Erge und tlw. unklarer Datenlage, konnten Abweichungen bedauerlicherweise nicht vorher bereinigt werden. Auch konnten zur Korrektur angestrebte Verrechnungsanordnungen aufgrund haushaltstechnischer Belange tlw. nicht umgesetzt werden bzw. wurden wieder aufgehoben. Letztlich wurden aber alle Abweichungen durch das Bereitstellen (Streichung) von Budget (hier im PPL 99) rechnerisch vollständig ausgeglichen.
Zwischensumme Haushaltsüberschreitungen Land									-9.009.385,23		

*) Ohne Überschreitungen durch:
LAND: Technische Ausgleichsposition (bei Hst. 0995.97299-9)

Personalausgaben 2023

Personalausgaben (HGr. 4) 2023 - Land -			
	Anschlag -€-	Soll -€-	Ist -€-
Aufwendungen für Abgeordnete (Grp. 411)	11.717.130,00	10.884.869,48	10.749.466,39
Bezüge der Bürgermeister, Senatoren und sonstiger Amtsträger (Grp. 421)	1.577.130,00	1.586.461,90	1.570.784,87
Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter (Grp. 422)	332.235.970,00	344.708.747,70	336.641.057,13
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Grp. 428)	179.155.460,00	228.149.898,45	221.902.626,19
Versorgungsbezüge und dgl. (OGrp. 43)	219.438.800,00	225.996.501,24	225.867.400,27
Beihilfen, Unterstützungen und dgl. (OGrp. 44)	40.695.000,00	45.245.986,56	45.294.458,62
Übrige	82.107.810,00	10.878.714,48	4.896.128,05
insgesamt:	866.927.300,00	867.451.179,81	846.921.921,52

Personalausgaben (HGr. 4) 2023 - Stadt -			
	Anschlag -€-	Soll -€-	Ist -€-
Aufwendungen für Abgeordnete (Grp. 411)	0,00	0,00	0,00
Bezüge der Bürgermeister, Senatoren und sonstiger Amtsträger (Grp. 421)	1.080.000,00	1.028.567,96	1.028.567,96
Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter (Grp. 422)	369.947.100,00	381.089.056,88	378.162.128,66
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Grp. 428)	216.411.665,00	228.497.172,98	225.711.650,72
Versorgungsbezüge und dgl. (OGrp. 43)	265.315.740,00	268.561.271,84	267.117.099,99
Beihilfen, Unterstützungen und dgl. (OGrp. 44)	42.896.890,00	52.081.760,58	52.018.863,85
Übrige	23.581.580,00	9.788.390,14	1.879.378,39
insgesamt:	919.232.975,00	941.046.220,38	925.917.689,57

Personalausgaben (HGr. 4) 2023 - Land und Stadtgemeinde Bremen -			
	Anschlag -€-	Soll -€-	Ist -€-
Aufwendungen für Abgeordnete (Grp. 411)	11.717.130,00	10.884.869,48	10.749.466,39
Bezüge der Bürgermeister, Senatoren und sonstiger Amtsträger (Grp. 421)	2.657.130,00	2.615.029,86	2.599.352,83
Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter (Grp. 422)	702.183.070,00	725.797.804,58	714.803.185,79
Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Grp. 428)	395.567.125,00	456.647.071,43	447.614.276,91
Versorgungsbezüge und dgl. (OGrp. 43)	484.754.540,00	494.557.773,08	492.984.500,26
Beihilfen, Unterstützungen und dgl. (OGrp. 44)	83.591.890,00	97.327.747,14	97.313.322,47
Übrige	105.689.390,00	20.667.104,62	6.775.506,44
insgesamt:	1.786.160.275,00	1.808.497.400,19	1.772.839.611,09

Übersicht

über den Gesamtbetrag der bei den jeweiligen Einzelplänen aufgrund gesetzlicher Bestimmung oder mit gesetzlicher Ermächtigung niedergeschlagenen Beträge

EPL	Forderungen nach Bereichen	Niedergeschlagene Beträge 2022 in Euro	Niedergeschlagene Beträge 2023 in Euro
00	Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Europa, Bundesangelegenheiten, Datenschutz, Inneres, Frauen, Staatsgerichtshof	17.301,81	185.821,24
01	Justiz und Verfassung	2.005.523,64	2.146.663,35
02	Kinder und Bildung, Kultur, Wissenschaft,	97.026,98	108.796,60
03	Arbeit, Versorgung und Integration	357.226,83	280.756,67
04	Jugend, Soziales, Integration	13.911,13	577,09
05	Gesundheit und Verbraucherschutz	102.187,88	42.837,91
06	Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau	34.596,97	31.953,46
07	Wirtschaft	915.344,82	18.660,16
08	Häfen	434,00	602,00
09	Finanzen (ohne Steuern)	105.361,79	125.078,90
	Landes- und Gemeinschaftsteuern	38.595.285,71	37.172.428,57
	Summe:	42.244.201,56	40.114.175,95

Übersicht

über den Gesamtbetrag der bei den jeweiligen Einzelplänen aufgrund gesetzlicher Bestimmung oder mit gesetzlicher Ermächtigung erlassenen Beträge

EPL	Forderungen nach Bereichen	Erlassene Beträge 2022 in Euro	Erlassene Beträge 2023 in Euro
00	Bürgerschaft, Rechnungshof, Senat, Europa, Bundesangelegenheiten, Datenschutz, Inneres, Frauen, Staatsgerichtshof	200,00	-
01	Justiz und Verfassung	-	310,00
02	Kinder und Bildung, Kultur, Wissenschaft,	9.213,17	6.054,08
03	Arbeit, Versorgung und Integration	-	-
04	Jugend, Soziales, Integration	-	-
05	Gesundheit und Verbraucherschutz	-	1.053,50
06	Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau	-	-
07	Wirtschaft	-	-
08	Häfen	-	-
09	Finanzen (ohne Steuern)	217,55	3,00
	Landes- und Gemeinschaftsteuern	5.436.000,00	4.341.000,00
	Summe:	5.445.630,72	4.348.420,58

Vermögensnachweis der Freien Hansestadt Bremen
zum 31.12.2023

Pos.	Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
1	Beteiligungen	239.315.165,98	15.007.401,86	254.322.567,84
2	Sachanlagevermögen	29.885.445,63	4.259.567,11	34.145.012,74
3	Forderungen			
3a	Allgemeine Darlehen	2.355.557.000,00	195.605.000,00	2.551.162.000,00
3c	Sonstige Forderungen	113.539.306,83	-9.999.292,80	103.540.014,03
4	Rücklagen	728.404.289,80	-232.258.161,22	496.146.128,58
5	Sondervermögen			
5a	Treuhandvermögen	171.987.093,88	10.738.847,06	182.725.940,94
5b	Sondervermögen	81.470.121,15	-358.523,76	81.111.597,39
5c	Eigenbetriebe	9.127.931,95	-928.166,02	8.199.765,93
6	Schulden			
6a	Schuldscheindarlehen	22.159.716.392,46	457.985.647,45	22.617.702.039,91
6b	Wohnungsbaudarlehen	69.201.708,86	-2.253.819,14	66.947.889,72
6c	Sonstige Verpflichtungen	1.493.637,40	0,00	1.493.637,40
7	Bürgschafts- und Eventualverpflichtungen	1.469.300.615,41	-128.545.083,48	1.340.755.531,93

Vermögensnachweis Land

Position 1

Haushaltsjahr 2023

Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmen:	Grund-/Stamm- Kapital	brem. Anteil Stammkapital	brem. Anteil	Eigenkapital	brem. Anteil Eigenkapital
	EUR	EUR	%	EUR	EUR
Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung	0,00	0,00	8,00	0,00	0,00)*
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH	25.000,00	12.500,00	50,00	94.878,96	47.439,48
Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS), Brhv.	30.000,00	20.000,00	66,67	9.834.641,70	6.556.755,62
470.700,00	64.000,00	13,60	5.355.868,84	728.398,16	
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts, Altenholz	51.000.000,00	3.000.000,00	5,88	101.199.711,33	5.950.543,03
DEGES, Berlin	62.600,00	3.700,00	5,91	160.400,00	9.479,64
Dt. Zentrum für Hochschul- und Wissenschafts- forschung GmbH, Hannover	27.000,00	500,00	1,85	102.052,79	1.887,98
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG), Bremerhaven	256.000,00	256.000,00	100,00	333.005,30	333.005,30
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, gGmbH, Grünwald	163.613,40	10.225,84	6,25	3.415.677,41	213.479,84
Governikus GmbH & Co. KG, Bremen	8.000.000,00	3.592.000,00	44,90	16.516.736,29	7.416.014,59
InphA GmbH, Bremen	38.400,00	6.400,00	16,67	1.778.175,18	296.421,80
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	3.750.000.000,00	12.400.000,00	0,33	31.977.000.000,00	105.524.100,00)**
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	41.925,93	1.022,58	2,44	41.925,93	1.022,99
Länderzentrum für Niederdeutsch gemeinnützige GmbH	25.000,00	6.250,00	25,00	25.000,00	6.250,00
LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH, Hannover	52.000,00	2.600,00	5,00	109.576,99	5.478,85
nordmedia, Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH, Hannover	660.000,00	100.300,00	15,20	1.443.537,06	219.417,63
Performa Nord GmbH	25.000,00	25.000,00	100,00	92.280,86	92.280,86
PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH, Berlin	2.004.000,00	20.000,00	1,00	45.348.466,26	453.484,66
WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH	102.250.000,00	94.347.826,09	92,27	137.062.000,00	126.467.107,40
Gesamt:		113.868.324,51			254.322.567,84
Vorjahresbestand :					239.315.165,98
Veränderung:					15.007.401,86

)* Das Stiftungskapital beim Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung ist variabel und kann daher nicht angegeben werden

)** Wert nur gerundet vorliegend

Vermögensnachweis Land

Zu Position 1

Haushaltsjahr 2023

Nachrichtlich: Nicht eingezahlte Teilbeträge des Stammkapitals

Unternehmen:	Ausstehendes Stammkapital am 31.12.2023
	EUR
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt	1.493.637,40
Gesamt:	1.493.637,40

Unterbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Land)¹

	Kapital EUR	Anteil %
1 Unterbeteiligungen der WFB²:		
Ansgaritor Grundstücksverwaltungs-GmbH	25.000,00	100,00
Bürgschaftsbank Bremen GmbH (gehalten von der WFB)	3.300.000,00	1,35
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Bremen mbH	5.113.000,00	100,00
Bremer Aufbau-Bank GmbH	110.000.000,00	100,00
BAB Beteiligungs- und Managementgesellschaft Bremen mbH	100.000,00	100,00
Bürgschaftsbank Bremen GmbH (gehalten von der BAB)	3.300.000,00	34,65
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Bremen mbH	5.113.000,00	100,00
Galintis GmbH & Co. KG (AIRBUS Beteiligung), Frankfurt am Main	13.445.000,00	9,09
H.A.G.E.-Grundstücksverwaltungs-GmbH	26.000,00	100,00
Treuhandbeteiligungen der WFB:		
GVZ Entwicklungsgesellschaft Bremen mbH	163.000,00	26,47
HIBEG Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	2.482.000,00	100,00
Tradeasset Beteiligungsgesellschaft mbH	26.000,00	100,00
SWG Grundstücks GmbH & Co.	486.000,00	100,00
SWG Grundstücksverwaltungs-GmbH	26.000,00	100,00
2 Unterbeteiligungen der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH:		
Bremerhavener Eiswerk GmbH, Bremerhaven	160.000,00	37,50
Theater im Fischereihafen GmbH, Bremerhaven	26.000,00	25,00
3 Unterbeteiligungen der Bremer Toto und Lotto GmbH:		
Bremer Spielcasino GmbH & Co. KG	5.250.000,00	100,00
Spielbank Bremen Verwaltungs GmbH	25.000,00	100,00

¹ Es sind alle mittelbaren Beteiligungen im Sinne von § 65 Abs. 3 LHO aufgeführt, sofern sie von Mehrheitsbeteiligungen gehalten werden

² Das Land hält 92,27 % der Anteile an der WFB

Sachanlagevermögen der Freien Hansestadt Bremen

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Sachanlagevermögen	29.885.445,63	4.259.567,11	34.145.012,74
	29.885.445,63	4.259.567,11	34.145.012,74

Allgemeine Darlehen der Freien Hansestadt Bremen

Allgemeine Darlehen

Haushaltsstelle	Saldo lt. Einzelblatt EUR	Wertberich- tigung %	Wertberich- tigung EUR	Gerundetes Ergebnis EUR
0980/181 01-4	1.499.873,82	0,06	-873,82	1.499.000,00
0980/182 01-0	0,00	0,00	0,00	0,00
0980/182 12-6	0,00	0,00	0,00	0,00
0980/182 13-4	2.192,34	8,77	-192,34	2.000,00
0980/595 01-3 (Stadtgemeinde Bremen)	693.117.075,54	0,00	-75,54	693.117.000,00
0980/595 01-3 (Stadtgemeinde Bremerhaven)	56.544.000,00	0,00	0,00	56.544.000,00
0980/595 01-3 (Land Bremen)	1.800.000.000,00	0,00	0,00	1.800.000.000,00
Gesamt:	2.551.163.141,70	8,83	-1.141,70	2.551.162.000,00

Vorjahresbestand:	2.355.557.000,00
Veränderung:	195.605.000,00

Sonstige Forderungen der Freien Hansestadt Bremen

sonstige Forderungen

Dienststelle und ggf. Zweck	Saldo lt. Einzelblatt EUR	Wertberich- tigung %	Wertberich- tigung EUR	Ergebnis EUR
Amt für Versorgung und Integration Bremen				
Darlehen Schwerbehindertengesetz (Ausgleichsabgabe)	29.554,53	0,00	0,00	29.554,53
Kriegsopferfürsorgedarlehen	0,00	0,00	0,00	0,00)*
Sf Finanzen				
Ford. Anstalt Versorgungsvorsorge	103.190.902,07	0,00	0,00	103.190.902,07
Sf Wirtschaft				
Tilgung auf Darlehen	319.557,43	0,00	0,00	319.557,43
Gesamt:	103.540.014,03	0,00	0,00	103.540.014,03
Vorjahresbestand :				113.539.306,83
Veränderung:				-9.999.292,80

)* Es wurde vom Amt für Versorgung und Integration Fehlanzeige gemeldet

Rücklagen der Freien Hansestadt Bremen

Buchungs- stelle	Bezeichnung	Bestand	+ Zugänge	Bestand*
		01.01. des Jahres EUR	- Abgänge EUR	31.12. des Jahres EUR
2611.30980-8	Zentrale Stabilitätstrücklage PPL 93 Zentrale Finanzen	265.788.574,69	-7.177.500,31	258.611.074,38
2611.36000-5	Arbeitnehmerbeiträge nach dem bremischen Ruhelohngesetz	5.509.440,85	543.757,92	6.053.198,77
2611.36100-1	Sonderrücklage Ausgleichsfonds Pflegeberufausbildung	20.451.630,48	940.370,72	21.392.001,20
2611.38100-2	Erneuerungsrücklage Fischereihafen- Betriebs- und Entwicklungsgesells. Brhv.	293.445,67	0,00	293.445,67
2611.38300-5	Ausgleichsabgaben- Rücklage nach dem Schwerbehindertengesetz	8.491.386,14	-818.625,71	7.672.760,43
2611.38400-1	Abwasserabgabe-Rücklage	4.787.820,05	627.948,61	5.415.768,66
2611.38500-8	Wasserentnahmegebühr-Rücklage	3.946.254,59	2.337.269,91	6.283.524,50
2611.38610-1	Sonderrücklage Handlungsfeld Klimaschutz	9.040.502,61	-9.040.502,61	0,00
2611.38613-6	Sonderrücklage Projekt "Wetterextreme"	0,00	2.066.125,52	2.066.125,52
2611.38800-7	Ausgleichsabgaben-Rücklage für Eingriffe in Natur und Landschaft	1.343,42	0,00	1.343,42
2611.39203-9	Sonderrücklage "Deichschutz Bremerhaven"	6.543.041,53	39.028,50	6.582.070,03
2611.39207-1	Mehreinnahmen EFRE-Programm 2014-2020 (Wissenschaft)	349.773,00	-349.773,00	0,00
2611.39208-0	Sonderrücklagen EFRE-Programm 2007-2013 (Wissenschaft)	0,01	0,00	0,01
2611.39209-8	Sonderrücklagen EMFF 2014-2020	2.280.286,73	209.834,01	2.490.120,74
2611.39210-1	Sonderrücklage GRW (Wirtschaft-PPL71)	1.674.532,28	0,00	1.674.532,28
2611.39214-4	Sonderrücklage Brexit	0,00	556.800,00	556.800,00
2611.39216-0	Sonderrücklage EU-Programme EFRE 2021-2027 (SF-PPL97, Land)	0,00	1.203.837,60	1.203.837,60
2611.39256-0	Sonderrücklage EFRE 2014 - 2020 (Wirtschaft)	43.559.392,17	-30.133.398,00	13.425.994,17
2611.39257-8	Sonderrücklage EFRE 2021 - 2027 (Wirtschaft)	2.800.000,00	12.277.989,59	15.077.989,59
2611.39290-0	Sonderrücklage EFRE-REACT (Wirtschaft)	2.161.769,72	-1.859.620,00	302.149,72
2611.39300-0	Sonderrücklage für den Ausbau des Schul- und Kinderbetreuungsbereichs	9.346.344,00	-8.769.000,00	577.344,00
2611.39330-2	Sonderrücklage für S/4 HANA/HKR 4.0 (Land)	4.672.408,00	-4.313.288,00	359.120,00
2611.39400-7	Sonderrücklage Bundesbau Bremen	0,00	1.800.000,00	1.800.000,00
2611.39500-3	Sonderrücklage Kriegsofopferfürsorge	2.169.789,80	170.171,88	2.339.961,68
2611.39600-0	Sonderrücklage Digitale Dividende II (investiv)	625.095,38	-416.073,96	209.021,42
2611.39610-7	Sonderrücklage für Finanzierungsbedarfe Hochschulen/Forschung	0,00	4.110.000,00	4.110.000,00
2611.39611-5	Sonderrücklage zur Finanzierung von umsatzsteuerfinanzierten Maßnahmen	0,00	30.000.000,00	30.000.000,00
2611.39901-7	Sonderrücklage Mehrausgaben im Projekt RDZ TKÜ	2.859.991,31	-2.308.736,00	551.255,31
2611.39920-3	Sonderrücklage Deutschlandticket	0,00	16.146.242,16	16.146.242,16
2611.39990-4	Sonderrücklage Bremen-Fonds	229.966.969,74	-229.966.969,74	0,00
2611.80010-2	Budgetrücklage Bremische Bürgerschaft (investiv)	357.000,00	680.000,00	1.037.000,00
2611.80020-0	Budgetrücklage Senat und Senatskanzlei (investiv)	58.568,58	9.422,40	67.990,98
2611.80028-5	Budgetrücklage Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen beim Bund (investiv)	73.382,00	-42.424,00	30.958,00
2611.80029-3	Budgetrücklage Landesbeauftragter für den Datenschutz (investiv)	58.421,81	10.000,00	68.421,81
2611.80031-5	Budgetrücklage Inneres (investiv)	549.000,00	1.073.635,33	1.622.635,33
2611.80045-5	Budgetrücklage Zentralstelle f. d. Verwirklichung d. Gleichberechtigung d. Frau (investiv)	1.321,94	0,00	1.321,94
2611.80101-0	Budgetrücklage Justiz und Verfassung (investiv)	325.511,00	-196.660,00	128.851,00
2611.80251-2	Budgetrücklage Kultur (investiv)	109.191,93	-86.811,20	22.380,73
2611.80273-3	Budgetrücklage Wissenschaft (investiv)	7.965.663,97	-4.199.460,12	3.766.203,85
2611.80301-2	Budgetrücklage Arbeit (investiv)	17.980,07	-9.875,00	8.105,07
2611.80401-9	Budgetrücklage Europa (investiv)	0,00	15.470,46	15.470,46
2611.80501-5	Budgetrücklage Gesundheit (investiv)	14.819.370,71	2.218.924,27	17.038.294,98
2611.80681-0	Budgetrücklage Bau (investiv)	21.436.711,69	4.609.101,04	26.045.812,73
2611.80709-3	Budgetrücklage Wirtschaft (WAP) (investiv)	2.992.374,07	-737.071,17	2.255.302,90
2611.80801-4	Budgetrücklage Häfen (investiv)	75.529,74	566.665,69	642.195,43
2611.80900-2	Budgetrücklage Finanzverwaltung (investiv)	946.945,39	1.579.623,72	2.526.569,11
2611.80950-9	Budgetrücklage IT-Ausgaben (investiv)	12.939.206,83	-2.396.802,35	10.542.404,48
2611.80988-6	Budgetrücklage PPL 97 Immobilienwirtschaft und -management (investiv)	8.710,71	0,00	8.710,71
2611.80995-9	Budgetrücklage Allgemeine Finanzen (investiv)	553.130,60	-369.885,21	183.245,39
2611.80999-1	Budgetrücklage PPL 93 Zentrale Finanzen (investiv)	756.483,59	-563.828,84	192.654,75
2611.90010-7	Budgetrücklage Bremische Bürgerschaft	448.731,05	0,00	448.731,05
2611.90011-5	Budgetrücklage Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen	753.067,67	0,00	753.067,67
2611.90012-3	Budgetrücklage Staatsgerichtshof	252,66	0,00	252,66
2611.90028-0	Budgetrücklage Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen beim Bund	385.863,47	0,00	385.863,47
2611.90029-8	Budgetrücklage Landesbeauftragter für den Datenschutz	2.595,90	0,00	2.595,90
2611.90045-0	Budgetrücklage Zentralstelle f. d. Verwirklichung d. Gleichberechtigung der Frau	153.444,77	0,00	153.444,77
2611.90101-4	Budgetrücklage Justiz und Verfassung	9.331.921,11	-3.298.000,00	6.033.921,11
2611.90251-7	Budgetrücklage Kultur	22.827,60	0,00	22.827,60
2611.90273-8	Budgetrücklage Wissenschaft	1.173.881,02	-1.173.881,02	0,00
2611.90301-7	Budgetrücklage Arbeit	59.683,06	0,00	59.683,06
2611.90402-1	Budgetrücklage Europa	6.688,44	0,00	6.688,44
2611.90501-0	Budgetrücklage Gesundheit	1.664.253,14	-1.660.000,00	4.253,14
2611.90681-4	Budgetrücklage Bauwesen	3.714.008,69	-3.714.008,69	0,00
2611.90709-8	Budgetrücklage Wirtschaft (WAP)	624.758,63	0,00	624.758,63
2611.90801-9	Budgetrücklage Häfen	76.459,54	0,00	76.459,54
2611.90900-7	Budgetrücklage Finanzverwaltung	68.185,62	-68.185,62	0,00
2611.90950-3	Budgetrücklage IT-Budget der Freien Hansestadt Bremen	0,41	0,00	0,41
2611.90990-2	Budgetrücklage zentral veranschlagte Personalausgaben	16.169.121,69	-1.580.000,00	14.589.121,69
2611.90995-3	Budgetrücklage Allgemeine Finanzen	2.384.248,53	-800.000,00	1.584.248,53
Gesamt		728.404.289,80	-232.258.161,22	496.146.128,58

* Die Werte beziehen sich auf den Stand des 14. Monats

Treuhandvermögen der Freien Hansestadt Bremen

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
BAB: Treuhandschulden	-12.735,00	7.027,75	-5.707,25
BAB: Treuhandvermögen	171.673.651,76	10.711.393,60	182.385.045,36
BAB: Treuhandvermögen Bürgschaften	326.177,12	20.425,71	346.602,83
WFB: Treuhandschulden	-49.262.197,83	3.278.840,97	-45.983.356,86
WFB: Treuhandvermögen	49.262.197,83	-3.278.840,97	45.983.356,86
Gesamt	171.987.093,88	10.738.847,06	182.725.940,94

Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
SV Fischereihafen Eigenkapital	40.553.823,28	0,00	40.553.823,28)*
SV Gewerbeflächen Eigenkapital	13.722.457,93	-358.523,76	13.363.934,17
SV Immobilien & Technik Eigenkapital	27.193.839,94	0,00	27.193.839,94)*
Gesamt	81.470.121,15	-358.523,76	81.111.597,39

)* Jahresabschluss 2023 lag bei Erstellung nicht vor, es werden die Vorjahreswerte aus dem Jahresabschluss 2022 ausgewiesen

Eigenbetriebe der Freien Hansestadt Bremen
--

Bezeichnung	Bestand 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Performa Nord Eigenkapital	9.127.931,95	-928.166,02	8.199.765,93
	9.127.931,95	-928.166,02	8.199.765,93

Allgemeine Darlehen der Freien Hansestadt Bremen

Allgemeine Schuldscheindarlehen und
Landesschatzanweisungen

Haushaltsstelle	Restschuld 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Tigungen EUR	Restschuld 31.12. des Jahres EUR
0980/591 01-8	0,00	0,00	0,00	0,00
0980/595 01-3	22.154.716.392,46	457.985.647,45	0,00	22.612.702.039,91
0980/596 01-0	5.000.000,00	0,00	0,00	5.000.000,00
Gesamt:	22.159.716.392,46	457.985.647,45	0,00	22.617.702.039,91

Wohnungsbaudarlehen

Haushaltsstelle	Restschuld 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Tigungen EUR	Restschuld 31.12. des Jahres EUR
0697/581 10-3	69.201.708,86	0,00	2.253.819,14	66.947.889,72
Gesamt:	69.201.708,86	0,00	2.253.819,14	66.947.889,72

Nachrichtlich: Schulden der Eigenbetriebe und Sondervermögen

Haushaltsstelle	Restschuld 01.01. des Jahres EUR	+ Zugänge - Abgänge EUR	Tigungen EUR	Restschuld 31.12. des Jahres EUR
2529/595 01-0	0,00	0,00	0,00	0,00
2551/810 93-6	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamt:	0,00	0,00	0,00	0,00

<h2>Sonstige Verpflichtungen</h2>

Bezeichnung	Bestand 01.01.des Jahres EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main Nicht eingezahltes Gesellschaftskapital	1.493.637,40	1.493.637,40)*
	<u>1.493.637,40</u>	<u>1.493.637,40</u>

)* Siehe § 1 Abs 3 Satz 4 Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau

Bürgschaften der Freien Hansestadt Bremen

Art	Bestand 01.01. des Jahres EUR	Bestand 31.12. des Jahres EUR
Bürgschaften für Vereine / Sport	19.551.185,18	18.380.516,62
Garantien für Kultur / -leihgaben	11.360.348,44	11.360.348,44
Schiffbau Bürgschaften	0,00	0,00
Wirtschafts Bürgschaften	722.093.657,17	577.156.907,23
)* davon Bürgschaften der BBB	17.999.281,21	18.945.987,77
Wohnungsbau Bürgschaften	20.520.849,24	15.665.519,28
Wohnungsbau Rückbürgschaften	-10.260.424,62	-7.832.759,64
Bremer Aufbaubank	706.035.000,00	726.025.000,00
Bremer Bürgschaftsbank (BBB)	0,00)*	0,00)*
Gesamt	1.469.300.615,41	1.340.755.531,93
Veränderung		-128.545.083,48

)* Die Bürgschaften der BBB sind bereits in den Wirtschaftsbürgschaften enthalten und werden deshalb nicht mehr explizit aufgeführt

**Grundbesitz des Landes und der Stadtgemeinde Bremen
innerhalb des bremischen Staatsgebietes
(Ausweis mit Bestand zum 31.12.2023)**

L a n d

Nutzung	
Gebäude- und Freifläche ¹⁾	1.002.838 m ²
Erholungsfläche ²⁾	684.855 m ²
Verkehrsfläche	1.719.165 m ²
Landwirtschaftsfläche	3.577.925 m ²
Waldfläche	119.594 m ²
Wasserfläche	2.183.742 m ²
Flächen anderer Nutzung ³⁾	3.361.420 m ²
Summe:	12.649.540 m ²

S t a d t g e m e i n d e

Nutzung	
Gebäude- und Freifläche ¹⁾	5.050.962 m ²
Erholungsfläche ²⁾	19.569.417 m ²
Verkehrsfläche	24.447.303 m ²
Landwirtschaftsfläche	28.226.179 m ²
Waldfläche	4.465.483 m ²
Wasserfläche	9.239.708 m ²
Flächen anderer Nutzung ³⁾	12.470.086 m ²
Summe:	103.469.139 m ²

¹⁾ Alle öffentliche Gebäude, Schulen usw.

²⁾ Sportplätze, Parks, Grünanlagen

³⁾ Friedhöfe u. a.

Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen
der Eigenbetriebe, der Sondervermögen, der Hochschulen und der Anstalt für
Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

1. Performa Nord
2. Sondervermögen Immobilien und Technik –Land–¹
3. Sondervermögen Gewerbeflächen –Land–
4. Sondervermögen Fischereihafen¹
5. Universität Bremen
6. Hochschule Bremen
7. Hochschule für Künste
8. Hochschule Bremerhaven
9. Staats- und Universitätsbibliothek
10. Anstalt für Versorgungsvorsorge

¹ Zum Zeitpunkt der Erstellung der Haushaltsrechnung lag der Jahresabschluss 2023 noch nicht vor.

Performa Nord Eigenbetrieb
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Bilanz

	31.12.2023	31.12.2022		31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR		EUR	EUR
<u>AKTIVA</u>			<u>PASSIVA</u>		
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Stammkapital	4.000.000,00	4.000.000,00
EDV-Programme	90.873,83	60.113,68	II. Rücklagen		
II. Sachanlagen			Allgemeine Rücklage	1.471.254,95	1.471.254,95
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	2.131.519,23	2.228.983,23	III. Andere Gewinnrücklagen	170.000,00	170.000,00
einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	778.790,43	776.371,92	IV. Gewinnvortrag	3.486.677,00	2.171.180,11
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.910.309,66	3.005.355,15	V. Jahresfehlbetrag (Vj.-überschuss)	-928.166,02	1.315.496,89
III. Finanzanlagen				8.199.765,93	9.127.931,95
Beteiligungen	25.000,00	25.000,00	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	73.492,84	44.046,90
	3.026.183,49	3.090.468,83			
B. Umlaufvermögen			C. Rückstellungen		
I. Vorräte	155.289,34	45.561,25	1. Sonstige Rückstellungen	3.760.017,02	2.916.189,24
Betriebsstoffe				3.760.017,02	2.916.189,24
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			D. Verbindlichkeiten		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.993.004,24	4.077.688,39	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.815.918,14	1.223.011,94
2. Forderungen gegen das Land Bremen	6.973.276,25	7.518.740,91	2. Verbindlichkeiten gegenüber FHB	2.261.256,74	1.798.259,27
3. Forderungen gegen Performa Nord GmbH	393.986,69	506.694,87	3. Sonstige Verbindlichkeiten	383.604,36	789.004,40
4. Sonstige Vermögensgegenstände	628.673,31	467.700,10		4.460.779,24	3.810.275,61
III. Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand	13.144.229,83	12.616.385,52			
	52.532,03	28.966,98	E. Rechnungsabgrenzungsposten	15.513,03	15.813,03
	13.196.761,86	12.645.352,50		16.509.568,06	15.914.256,73
C. Rechnungsabgrenzungsposten	286.622,71	178.435,40		16.509.568,06	15.914.256,73
	16.509.568,06	15.914.256,73			

Performa Nord Eigenbetrieb
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023
Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
1. Umsatzerlöse	42.113.004,14	42.045.758,93
2. Sonstige betriebliche Erträge	779.823,46	888.835,90
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	102.531,95	90.341,39
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.814.074,60	8.910.641,13
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	22.733.894,66	20.325.862,11
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	6.538.110,83	6.278.196,03
5. Abschreibungen	463.755,09	491.171,61
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.171.824,49	5.347.125,55
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	126.189,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	122.533,00	175.302,12
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-927.708,02	1.315.954,89
10. Sonstige Steuern	458,00	458,00
11. Jahresfehlbetrag (Vj. -überschuss)	-928.166,02	1.315.496,89

Sonstiges Sondervermögen Immobilien und Technik des Landes Bremen, Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2022

A K T I V A		P A S S I V A			
	EUR	31.12.2022 EUR	Vorjahr EUR	31.12.2022 EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN					
I. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	87.201.883,67		79.071.478,31		
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00		0,00		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	420.682,00				
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11.039.001,20				
		98.661.566,87			
B. UMLAUFVERMÖGEN					
I. Vorräte					
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		25.458,75		7.000,00	363.500,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	97.349,86				
2. Forderungen gegen die FHB	0,00				
3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00				
		97.349,86			
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
		0,00			
		98.784.375,48			
		<u>98.784.375,48</u>			
A. EIGENKAPITAL					
I. Dotationskapital					
			30.785.150,22		30.823.918,48
II. Verlustvortrag			-3.438.307,35		-3.105.299,34
III. Gewinn / Verlust			-153.002,93		-333.008,01
			<u>27.193.839,94</u>		<u>27.385.611,13</u>
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN					
				66.762.982,45	67.934.211,75
C. SONDERPOSTEN FÜR BAUERHALTUNG					
				59.056,79	197.749,78
D. RÜCKSTELLUNGEN					
1. Sonstige Rückstellungen				7.000,00	363.500,00
E. VERBINDLICHKEITEN					
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				1.679.939,77	1.429.632,53
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen				167.020,54	165.571,59
3. Verbindlichkeiten gegenüber der FHB				1.615.194,22	1.354.461,34
4. Sonstige Verbindlichkeiten				8.644,18	8.494,18
				<u>3.470.798,71</u>	<u>2.958.159,64</u>
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
				1.290.697,59	1.466.238,80
				<u>98.784.375,48</u>	<u>100.305.471,10</u>

Sonstiges Sondervermögen Immobilien und Technik des Landes Bremen, Bremen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	Berichtsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse (Mieten und Pachten sowie Nutzungsentgelte)	27.490.989,93		19.565.222,51
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	8.739,82		5.420,51
3. Sonstige betriebliche Erträge	4.007.812,31		2.135.397,58
		31.507.542,06	21.706.040,60
4. Materialaufwand			
a) Mietaufwendungen	-16.482.730,99		-12.751.455,17
b) Aufwendungen für Bauunterhaltung	-1.922.351,07		-1.582.748,25
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-4.680.504,65		-473.846,22
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-4.008.157,50		-2.526.903,43
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-398.600,68		-341.844,35
		-27.492.344,89	-17.676.797,42
Betriebsergebnis		4.015.197,17	4.029.243,18
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 0,00 (Vj.: TEUR 0)		0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
davon an verbundene Unternehmen EUR 288,83 (Vj.: TEUR 1)		-288,83	-678,38
Ergebnis nach Steuern		4.014.908,34	4.028.564,80
9. Sonstige Steuern		0,00	0,00
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		4.014.908,34	4.028.564,80
10. Minderung des Dotationskapitals durch Abschreibungen auf die eingebrachten Sachanlagen (darunter Altbestand)		298.169,26	335.617,64
11. Minderung des Dotationskapitals durch Buchwertabgänge		0,00	112.916,97
12. Erhöhung/Minderung des Sonderpostens für Bauunterhaltung		138.692,99	-197.749,78
13. Gewinnabführung Eigenkapitalverzinsung		-4.604.773,52	-4.612.357,64
Gewinn/Verlust (-)		-153.002,93	-333.008,01

Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen des Landes Bremen (SV Gewerbe), Bremen

Bilanz zum 31. Dezember 2023

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	26.317.760,33	27.260.609,33
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	34.616,00	20.452,00
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	44.316,84	0,00
	<u>26.396.693,17</u>	<u>27.281.061,33</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	36.700,00	26.300,00
2. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	2.415.257,67	2.415.257,67
	<u>2.451.957,67</u>	<u>2.441.557,67</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26.398,47	65.235,96
2. Forderungen gegen andere SV der Freien Hansestadt Bremen	303.138,41	239.104,90
3. Forderungen gegen die Freie Hansestadt Bremen	14.640.999,54	15.304.626,36
4. sonstige Vermögensgegenstände	107.428,98	92.159,73
	<u>15.077.965,40</u>	<u>15.701.126,95</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	619.830,99	317.245,01
	<u>18.149.754,06</u>	<u>18.459.929,63</u>
	0,00	535,50
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>44.546.447,23</u>	<u>45.741.526,46</u>
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Dotationskapital	36.416.554,18	35.651.999,25
II. Verlustvortrag	-21.929.541,32	-18.879.302,77
III. Jahresfehlbetrag	-1.123.078,69	-3.050.238,55
	<u>13.363.934,17</u>	<u>13.722.457,93</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	5.829.255,00	5.966.683,05
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	1.543.239,17	2.260.544,68
2. sonstige Rückstellungen	11.160,96	18.318,85
	<u>1.554.400,13</u>	<u>2.278.863,53</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	26.677,99	21.965,23
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	145.133,16	141.895,87
3. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)	0,00	1.874,25
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Freien Hansestadt Bremen	23.485.932,60	23.486.262,94
5. sonstige Verbindlichkeiten	128.981,57	117.587,01
	<u>23.786.725,32</u>	<u>23.769.585,30</u>
	12.132,61	3.936,65
E. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>44.546.447,23</u>	<u>45.741.526,46</u>

**Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen des Landes Bremen (SV Gewerbe),
Bremen**

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

	01.01. - 31.12.2023 EUR	01.01. - 31.12.2022 EUR
1. Umsatzerlöse	1.861.241,12	1.752.441,99
2. Minderung/Erhöhung an zum Verkauf bestimmten Grundstücken sowie des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	10.400,00	-300,00
3. sonstige betriebliche Erträge	<u>218.941,43</u>	<u>152.257,74</u>
	2.090.582,55	1.904.399,73
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-274.397,76	-239.165,87
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-1.027.971,08</u>	<u>-1.251.258,28</u>
	-1.302.368,84	-1.490.424,15
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	-984.648,43	-989.057,61
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-873.878,94</u>	<u>-453.246,85</u>
	-1.070.313,66	-1.028.328,88
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,04	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.969,07	-2,90
9. Ergebnis nach Steuern	<u>-1.074.282,69</u>	<u>-1.028.331,78</u>
10. sonstige Steuern	<u>-48.796,00</u>	<u>-2.021.906,77</u>
11. Jahresfehlbetrag	<u><u>-1.123.078,69</u></u>	<u><u>-3.050.238,55</u></u>

Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen des Landes Bremen, Bremen

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	2022	2021
	€	€
1. Umsatzerlöse	963.859,84	928.952,76
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.752.359,04	4.722.942,90
	2.716.218,88	5.651.895,66
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	635.957,75	165.419,74
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	10.103.655,21	9.757.625,94
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.288.324,78	4.699.186,85
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.163.236,73	465.633,41
7. Ergebnis nach Steuern	-14.474.955,59	-9.435.970,28
8. Sonstige Steuern	450.067,07	455.820,31
9. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	-14.925.022,66	-9.891.790,59

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	26.744.671,96	23.816.830,67
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	326.501,75	40.436,37
3. Sonstige betriebliche Erträge	425.829.350,53	410.614.889,87
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-37.881.772,42	-16.794.471,90
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-30.898.491,34	-24.612.502,85
	-68.780.263,76	-41.406.974,75
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-204.993.611,56	-195.544.402,89
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung 39.674.596,71 EUR (Vorjahr 40.003.682,35 EUR)	-74.042.983,98	-72.344.407,07
	-279.036.595,54	-267.888.809,96
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-30.881.766,85	-30.781.517,76
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-51.194.631,01	-52.355.358,23
8. Erträge aus Beteiligungen	15.206,03	11.086,40
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.200.168,48	15,67
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9.168,16	-6.908,94
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-900,85	2.202,18
12. Ergebnis nach Steuern	26.212.572,58	42.045.891,52
13. Sonstige Steuern	-16.407,69	-15.854,36
14. Jahresüberschuss	26.196.164,89	42.030.037,16
15. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	14.561.794,62	-18.029.441,91
16. Einstellungen in das Dotationskapital	-21.868.003,20	-25.232.980,19
17. Entnahmen aus dem Dotationskapital	14.839.385,55	15.794.179,56
18. Bilanzgewinn	33.729.341,86	14.561.794,62

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	7.141.290,30	6.496.566,16
2. Sonstige betriebliche Erträge	82.761.236,63	76.283.909,02
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-5.152.725,73	-2.396.655,32
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-11.170.503,73	-9.192.439,18
	<u>-16.323.229,46</u>	<u>-11.589.094,50</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-42.845.352,59	-40.483.127,32
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
davon für Altersversorgung 11.660.943,92 EUR (Vorjahr 11.656.827,01 EUR)	<u>-18.302.666,08</u>	<u>-17.657.788,26</u>
	<u>-61.148.018,67</u>	<u>-58.140.915,58</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-5.131.319,04	-4.781.518,33
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.755.212,61	-10.682.349,95
7. Erträge aus Beteiligungen	5.595,44	20.118,27
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	407.839,93	303,12
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-299,18	-3.602,06
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.490,69	-5.306,64
11. Ergebnis nach Steuern	<u>-3.043.607,35</u>	<u>-2.401.890,49</u>
12. Sonstige Steuern	-239,53	-239,53
13. Jahresfehlbetrag	<u>-3.043.846,88</u>	<u>-2.402.130,02</u>
14. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-4.392.247,37	-3.242.054,48
15. Einstellungen in das Dotationskapital	-731.289,61	-1.300.340,46
16. Entnahmen aus dem Dotationskapital	<u>2.855.399,30</u>	<u>2.552.277,59</u>
17. Bilanzverlust	<u>-5.311.984,56</u>	<u>-4.392.247,37</u>

Bilanz zum 31. Dezember 2023

	A k t i v e i t e		P a s s i v e i t e	
	EUR	Vorjahr EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	185.432,72	213.166,35	27.779.609,35	27.984.878,10
II. Sachanlagen			2.372.689,83	2.376.349,68
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	25.923.548,68	26.128.817,43	30.152.299,18	30.361.227,78
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.070.947,65	1.105.400,83	3.467.112,91	3.324.177,95
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.192.888,25	1.991.728,43		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	17.844,29	13.882,34	503.269,12	458.488,07
III. Finanzanlagen				
Beteiligungen	4.828,76	4.828,76	602.496,02	684.052,40
B. Umlaufvermögen			1.666,00	0,00
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			3.209.857,03	3.092.070,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	312.858,82	214.915,37		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	8.176.848,79	8.210.761,20	3.814.019,05	3.776.122,40
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	8.489.707,61	8.425.676,57	24.195,00	24.525,00
	20.866,64	17.467,97		
	8.510.574,25	8.443.144,54		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	54.830,66	43.572,52		
	37.960.895,26	37.944.541,20	37.960.895,26	37.944.541,20
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
2. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht				
3. Sonstige Verbindlichkeiten				
davon aus Steuern 3.861,79 EUR (Vorjahr 3.797,64 EUR)				
E. Rechnungsabgrenzungsposten				

**Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023**

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	410.330,07	344.990,29
2. Sonstige betriebliche Erträge	24.664.414,51	22.852.364,03
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-959.788,15	-675.921,50
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.502.306,28	-2.750.181,56
	<u>-4.462.094,43</u>	<u>-3.426.103,06</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-11.106.969,15	-10.629.761,70
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung 2.387.744,28 EUR (Vorjahr 2.284.179,69 EUR)	-4.120.428,18	-3.804.892,06
	<u>-15.227.397,33</u>	<u>-14.434.653,76</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.656.783,45	-1.547.840,29
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.099.800,44	-3.596.608,64
7. Erträge aus Beteiligungen	20.653,36	20.118,27
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	142.464,61	0,03
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-3.183,72
10. Ergebnis nach Steuern	-208.213,10	209.083,15
11. Sonstige Steuern	-715,50	-641,50
12. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-208.928,60	208.441,65
13. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	2.376.349,68	1.970.129,51
14. Einstellungen in das Dotationskapital	-478.097,93	-472.776,79
15. Entnahmen aus dem Dotationskapital	683.366,68	670.555,31
16. Bilanzgewinn	2.372.689,83	2.376.349,68

Bilanz zum 31. Dezember 2023

	A k t i v s e i t e		P a s s i v s e i t e	
	EUR	Vorjahr EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Dotationskapital	38.720.121,87
Eingetragene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		104.754,00	II. Bilanzgewinn	160.114,59
II. Sachanlagen				38.880.236,46
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	39.004.270,46	39.623.103,26	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	5.927.672,62
2. Technische Anlagen und Maschinen	334.317,00	375.088,00	C. Rückstellungen	8.850,36
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.310.859,68	4.949.555,78	1. Steuerrückstellungen	1.857.207,82
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	205.880,94	377.883,17	2. Sonstige Rückstellungen	1.866.068,18
III. Finanzanlagen			D. Verbindlichkeiten	729.347,42
1. Beteiligungen	4.500,00	4.500,00	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.569.678,80
2. Sonstige Ausleihungen (Genossenschaftsanteile)	5.000,00	5.000,00	2. Sonstige Verbindlichkeiten	7.299.026,22
B. Umlaufvermögen			E. Rechnungsabgrenzungsposten	118.746,92
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	651.352,54	462.068,26		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	8.456.448,25	11.950.514,05		
II. Kassenbestand	9.107.800,79	12.412.582,31		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.429,24	951,85		
	9.109.230,03	12.413.534,16		
	41.067,29	104.600,62		
	54.091.740,40	57.958.018,99		

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	1.011.246,99	921.611,48
2. Sonstige betriebliche Erträge	34.286.146,04	30.081.482,77
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-2.194.394,97	-1.369.500,78
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-5.622.508,83</u>	<u>-3.820.557,19</u>
	-7.816.903,80	-5.190.057,97
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-17.090.251,10	-15.604.988,19
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
davon für Altersversorgung 3.446.335,02 EUR (Vorjahr 3.245.748,06 EUR)	<u>-5.762.064,02</u>	<u>-5.297.799,42</u>
	-22.852.315,12	-20.902.787,61
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-3.382.029,97	-3.030.482,64
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.273.416,00	-5.195.272,57
7. Erträge aus Beteiligungen	20.653,36	20.118,27
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	169.425,41	4.226,37
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-1.044,47
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-242,42</u>	<u>-19.022,92</u>
11. Ergebnis nach Steuern	<u>-3.837.435,51</u>	<u>-3.311.229,29</u>
12. Sonstige Steuern	-1.394,17	-1.412,27
13. Jahresfehlbetrag	<u>-3.838.829,68</u>	<u>-3.312.641,56</u>
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	3.380.111,47	5.570.189,67
15. Einstellungen in das Dotationskapital	-889.386,71	-333.059,57
16. Entnahmen aus dem Dotationskapital	<u>1.508.219,51</u>	<u>1.455.622,93</u>
17. Bilanzgewinn	<u>160.114,59</u>	<u>3.380.111,47</u>

Bilanz zum 31. Dezember 2023

A k t i v s e i t e	V o r j a h r		P a s s i v s e i t e	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Dotationskapital	395.344,72
1. Englich erworbenene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.979.181,92	3.645.236,88	II. Bilanzgewinn	5.649.932,84
2. Geleistete Anzahlungen	183.744,36	21.157,34		6.245.277,56
	4.162.926,28	3.666.394,22	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	63.222.914,17
II. Sachanlagen			C. Rückstellungen	
1. Technische Anlagen und Maschinen	172.195,07	226.484,61	Sonstige Rückstellungen	591.966,85
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	58.887.792,82	60.272.932,62	D. Verbindlichkeiten	
	59.059.987,89	60.499.417,23	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	296.269,14
B. Umlaufvermögen			2. Sonstige Verbindlichkeiten	1.152.549,30
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1.448.818,44
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	24.364,31	27.571,41		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	5.351.982,91	4.146.341,80		
	5.376.347,22	4.173.913,21		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.909.715,63	3.538.334,66		
	71.508.977,02	71.878.059,32		71.508.977,02
				71.878.059,32

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	Vorjahr	
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	253.017,43	203.774,51
2. Sonstige betriebliche Erträge	22.569.262,21	20.925.432,58
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-4.132.203,49	-3.363.450,77
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-627.162,92</u>	<u>-730.488,09</u>
	-4.759.366,41	-4.093.938,86
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-6.988.323,66	-6.752.064,47
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
davon für Altersversorgung 1.507.708,30 EUR (Vorjahr 1.560.997,02 EUR)	<u>-2.964.422,96</u>	<u>-3.043.048,41</u>
	-9.952.746,62	-9.795.112,88
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-3.957.600,40	-4.299.257,78
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.870.298,43	-4.385.247,96
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>157.607,85</u>	<u>0,00</u>
8. Ergebnis nach Steuern	439.875,63	-1.444.350,39
9. Sonstige Steuern	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
10. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	439.875,63	-1.444.350,39
11. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	5.410.057,21	6.854.407,60
12. Bilanzgewinn	<u>5.849.932,84</u>	<u>5.410.057,21</u>

**Anstalt für Versorgungsvorsorge
Bilanz 2023**

A K T I V A	
=====	
A. Anlagevermögen	
=====	
15800000 Wertpapiere Land	31.761.985,72 €
15800000 Wertpapiere Stadt	113.980.169,36 €
Summe Anlagevermögen	145.742.155,08 €
=====	
B. Umlaufvermögen	
=====	
22530000 Bank LHK Land	70.902.981,18 €
22530000 Bank LHK Stadt	184.208.236,51 €
28750500 Business Girokonto Nord/LB Land	20.432,79 €
28750500 Business Girokonto Nord/LB Stadt	143.815,32 €
25600000 Forderungen gegenüber LHK und Banken Land	505.502,38 €
25600000 Forderungen gegenüber LHK und Banken Stadt	1.674.834,58 €
Summe Umlaufvermögen	257.455.802,76 €
=====	
Summe A K T I V A	403.197.957,84 €
=====	

P A S S I V A	
=====	
C. Eigenkapital	
=====	
	0,00 €
Summe Eigenkapital	0,00 €
=====	
D. Verbindlichkeiten	
=====	
48100000 Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Bremen	74.164.478,02 €
48300000 Verbindl. gegenüber Stadtgemeinde Bremen	259.425.509,58 €
48005000 Verbindl. Versorgungslasten Staatsvertrag (Land)	5.736.511,93 €
48005010 Verbindl. Versorgungslasten Staatsvertrag (Stadt)	7.690.856,31 €
48005200 Verbindl. aus vermind. Versorgungsbezügen (Land)	10.257.818,51 €
48005210 Verbindl. aus vermind. Versorgungsbezügen (Stadt)	6.521.838,55 €
43180000 Verbindl. aus Altersteilzeit (Land)	12.773.930,03 €
43220000 Verbindl. aus Altersteilzeit (Stadt)	23.837.500,47 €
48105000 Verbindl. aus Sabbatical (Land)	153.441,58 €
48315000 Verbindl. aus Sabbatical (Stadt)	24.710,86 €
48005100 Verbindlichkeiten aus VBL (Land)	104.722,00 €
48005110 Verbindlichkeiten aus VBL (Stadt)	2.506.640,00 €
Summe Verbindlichkeiten	403.197.957,84 €
=====	
Summe P A S S I V A	403.197.957,84 €
=====	

GuV 2023

AUFWENDUNGEN	
=====	
69200000 Sonstige betriebliche Aufwendungen (gegenüber SF)	236.102,55 €
69110000 Gebühren	198,06 €
71050000 Aufwand aus Kapitalüberlassung	9.185.272,03 €
71400010 Zinsen Versorgungslasten Staatsvertrag	413.353,66 €
Summe AUFWENDUNGEN	9.834.926,30 €
=====	

ERTRÄGE	
=====	
55000000 Zinsen und ähnliche Erträge	9.834.926,30 €
Summe ERTRÄGE	9.834.926,30 €
=====	

Gewinn aus GuV	0,00 €
=====	

Zusammenfassung der Vermögensnachweise von Land und Stadtgemeinde Bremen

Übersichten über die Entwicklung der fundierten Schulden der bremischen Körperschaften und die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen)

Überleitungstabelle Kreditschulden kameral und doppisch

Aufgliederung der unterschiedlichen Werte für Zinsausgaben nach kameraler und doppischer Buchführung

Die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde)

Summenzusammenfassung der Vermögensnachweise von Land und Stadtgemeinde Bremen zum 31.12.2023

Vorbemerkung: Die ausgewiesenen Vermögenswerte enthalten inzwischen teilweise die Werte von Grundstücken und des sonstigen Sachvermögens der bremischen Körperschaften. Diese Werte werden weiterhin sukzessive ermittelt und in die Vermögensnachweise aufgenommen. Bürgschaften und Eventualverpflichtungen sind in den unten aufgeführten Werten nicht enthalten.

Körperschaft : **Land Bremen**

Art	Bestand 01.01.2023 EUR	Zugang / Abgang EUR	Bestand 31.12.2023 EUR
Forderungen (Pos. 1 - 5)	3.729.286.355,22	-17.933.327,77	3.711.353.027,45
Verbindlichkeiten (Pos. 6)	-22.230.411.738,72	-455.731.828,31	-22.686.143.567,03

Nettovermögen : -18.501.125.383,50 -18.974.790.539,58

Körperschaft : **Stadtgemeinde Bremen**

Art	Bestand 01.01.2023 EUR	Zugang / Abgang EUR	Bestand 31.12.2023 EUR
Forderungen (Pos. 1 - 5)	4.617.492.927,77	-281.317.442,77	4.336.175.485,00
Verbindlichkeiten (Pos. 6)	-501.913.923,92	-193.673.293,62	-695.587.217,54

Nettovermögen : 4.115.579.003,85 3.640.588.267,46

Nettovermögen gesamt: **-14.385.546.379,65** **-15.334.202.272,12**

Die Entwicklung der fundierten Schulden der bremischen Kernhaushalte und Sondervermögen in 2023

	Stand am 31.12.2022 EUR	Veränderung 2023 EUR	Stand am 31.12.2023 EUR
I. Kernhaushalte			
Land Bremen	21.728.918.101,32	262.614.752,77	21.991.532.854,09
Stadtgemeinde Bremen	500.000.000,00	193.117.075,54	693.117.075,54
I. Summe	22.228.918.101,32	455.731.828,31	22.684.649.929,63
Innerbremische Verschuldung (hierbei handelt es sich um die gemeinsame Kreditaufnahme gemäß § 2 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes des Landes) der Stadtgemeinde Bremen beim Land Bremen	-500.000.000,00	-193.117.075,54	-693.117.075,54
<i>nachrichtlich:</i>			
II. Sondervermögen			
SV Hafen	0,00	0,00	0,00
SVIT Land	0,00	0,00	0,00
SVIT Stadt	0,00	0,00	0,00
SV Gewerbeflächen	0,00	0,00	0,00
II. Summe	0,00	0,00	0,00

Hinweis: Die innere Verschuldung wurde zwischen der Stadtgemeinde Bremen und dem Land Bremen nicht berücksichtigt. Die Schulden aus gemeinsamer Kreditaufnahme wurden dementsprechend auch nur beim Enddarlehensnehmer ausgewiesen. Die Schulden der Eigenbetriebe werden in deren Bilanzen separat ausgewiesen. Die Verschuldung der Stadt Bremerhaven einschließlich BEAN, Entsorgungsbetriebe Bremerhaven und Seestadt Immobilien (Höhe: 99.244.000,00 EUR) wurde in dieser Übersicht nicht berücksichtigt.

Überleitungstabelle Kreditschulden kameral und Kreditschulden doppisch

		Doppischer Jahresabschluss	Kamerale Haushaltsrechnung
		Verbindlichkeiten	fundierte Schulden
I	Anleihen und Obligationen	17.276.500.000,00 €	17.276.500.000,00 €
II	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten insgesamt	2.400.402.039,91 €	2.400.402.039,91 €
	- davon kurzfristige Kredite (Laufzeit bis 1 Jahr)	0,00 €	
	- davon mittelfristige Kredite (Laufzeit 1 - 5 Jahre)	0,00 €	
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre)	2.400.402.039,91 €	2.400.402.039,91 €
VI	Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	62.133,96 €	
VII	Verbindlichkeiten verbundener Unternehmen und Einrichtungen	563.683.757,50 €	
IX	Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	832.659.918,39 €	
X	Verbindlichkeiten Steuerverteilung und Finanzausgleich	0,00 €	
XI	sonstige Verbindlichkeiten insgesamt	3.675.003.291,81 €	
	1. Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden	424.658,69 €	
	2. Verbindlichkeiten aus Krediten insgesamt	3.043.596.701,21 €	
	- davon kurzfristige Kredite (Laufzeit bis 1 Jahr) Bund	33.793.276,09 €	
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre) Bund	66.947.889,72 €	66.947.889,72 €
	- davon kurzfristige Kredite (Laufzeit bis 1 Jahr) inländischer Bereich	2.055.535,40 €	
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre) inländischer Bereich	2.935.800.000,00 €	2.935.800.000,00 €
	- davon mittelfristige Kredite (Laufzeit 1 - 5 Jahre) ausländischer Bereich	0,00 €	
	- davon langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre) ausländischer Bereich	5.000.000,00 €	5.000.000,00 €
	3. übrige Verbindlichkeiten	630.981.931,91 €	
	Summe	24.748.311.141,57 €	22.684.649.929,63 €

nachrichtlich:

Innerbremische Verschuldung (hierbei handelt es sich um die gemeinsame Kreditaufnahme gemäß § 2 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes des Landes)	0,00 €	693.117.075,54 €
--	--------	------------------

Aufgliederung der unterschiedlichen Werte für Zinsausgaben nach kameraler und doppischer Buchführung - Stand zum 31.12.2023

Aufgrund der im Haushaltsplan angebrachten Haushaltsvermerke erfolgt kameral eine Saldierung von Einnahmen und Ausgaben. Im doppischen Rechnungswesen erfolgt eine Trennung von Einnahmen und Ausgaben auf unterschiedlichen Sachkonten.

In der nachfolgenden Übersicht ist dargestellt, wie sich die kamerale Summen zum 31.12.2023 auf die doppischen Sachkonten aufteilen.

	Doppischer Jahresabschluss	Kamerale Haushaltsrechnung
Haushaltsstelle 0980.57503-9 (Derivatzahlungen)	Einzelausweis	Saldierung
Einnahmen (Konto: 57100000; 58001000)	134.425.071,82 €	--
Ausgaben (Konto: 77400000)	-324.611.765,64 €	-190.186.693,82 €
Zwischensumme	-190.186.693,82 €	-190.186.693,82 €
Haushaltsstelle 0980.57504-7 (Prämien aus Derivatverträgen)		
Einnahmen (Konto: 57100000)	--	--
Ausgaben (Konto: 77400000)	--	--
Summe	-190.186.693,82 €	-190.186.693,82 €

	Doppischer Jahresabschluss	Kamerale Haushaltsrechnung
Haushaltsstelle 0980.57502-0 (Disagio)	Einzelausweis	Saldierung
Einnahmen (Konto: 49000000)	-5.815.000,00 €	--
Ausgaben (Konto: 29000000)	-92.970.920,00 €	-98.785.920,00 €
Summe	-98.785.920,00 €	-98.785.920,00 €

	Doppischer Jahresabschluss	Kamerale Haushaltsrechnung
Haushaltsstelle 0980.57501-2 (Zinsen an sonstigen Kreditmarkt)	Einzelausweis	Saldierung
Einnahmen (Konten: 58002060; 58005000)	850.481,60 €	--
Ausgaben (Konten: 17150000; 77426000)	-304.099.417,49 €	-303.248.935,89 €
Summe	-303.248.935,89 €	-303.248.935,89 €

	Doppischer Jahresabschluss	Kamerale Haushaltsrechnung
Haushaltsstelle 0980.57508-0 (Zinsen auf Besicherung von Derivaten)	Einzelausweis	Saldierung
Einnahmen (Konten: 57100000)	20.815.985,22 €	--
Ausgaben (Konten: 77426000)	-23.900.655,24 €	-3.084.670,02 €
Summe	-3.084.670,02 €	-3.084.670,02 €

	Doppischer Jahresabschluss	Kamerale Haushaltsrechnung
Haushaltsstelle 0980.57110-6 bzw. 0980.57111-4 (Zinsen für Kassenkredite)	Einzelausweis	Saldierung
Einnahmen (Konten: 55900000)	90.830.949,58 €	70.256.791,80 €
Ausgaben (Konten: 71500000)	-20.566.186,96 €	--
Summe	70.264.762,62 €	70.256.791,80 €
Doppischer Ertrag 2023, Zahlung in 2024	-7.853,07 €	--
Ausgaben (Konten: 67600000) (kameral versehentlich falsche Fipo gewählt)	--	117,75 €
Vergleichswert	70.256.909,55 €	70.256.909,55 €

Die Schulden der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde)

Bei den hier aufgeführten Schulden der Gesellschaften handelt es sich um keine direkten Schulden Bremens. Bremen haftet lediglich mit dem durch Bürgschaft abgesicherten Betrag. Um eine einheitliche Datenmenge zu gewährleisten, wurden nur **Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr in die Erhebung aufgenommen**. Nicht enthalten ist die Bremer Aufbau Bank GmbH, für die es als Bank Geschäftsinhalt ist, Kredite zu refinanzieren.

Stand 31.12.2023 in T€						
Beteiligungsgesellschaften (Mehrheitiges.)	FR	Anteil Bremens an der Gesellschaft in % ⁽¹⁾	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber der FHB	sonstige Verbindlichkeiten	davon verbürgt
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH	SASJI	100,00	0	1.385	11	0
BLG Logistics Group AG & Co. KG ^{(2) (3)}	SWHT	100,00	151.856	284.166	283.227	0
bremenports Beteiligungs GmbH	SWHT	100,00	0	0	4.801	0
Bremer Bäder GmbH	SIS	100,00	2.059	0	0	2.059
Bremer Toto und Lotto GmbH	SF	66,66	8.500	0	381	0
Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	SF	100,00	36.000	71.481	0	28.800
BREBAU GmbH	SBMS	100,00	117.106	0	0	0
BREPARK GmbH	SBMS	100,00	7.313	0	0	0
BSAG	SBMS	100,00	272.253	255	0	272.253
Facility Management Bremen GmbH	SF	100,00	0	748	366	0
Fähren Bremen-Stedingen GmbH	SWHT	55,00	4.220	0	0	1.447
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG)	SWHT	100,00	6.798	0	0	1.317
Flughafen Bremen GmbH ⁽³⁾	SWHT	100,00	4.347	0	352	0
Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen	SGFV	100,00	61.225	10.000	54.000	109.651
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co KG	SBMS	100,00	4.000	0	297	0
Governikus Bremen GmbH	SF	100,00	0	0	19	0
Governikus GmbH & Co KG	SF	100,00	0	158	1.260	0
Hanseatische Naturentwicklung GmbH	SUKW	100,00	0	0	4.677	0
Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs- Gesellschaft mbH (HAWOBEG)	SF	80,00	140.381	0	0	126.525
GEWOBA AG Wohnen und Bauen, Bremen	SBMS	75,10	878.980	0	186	0
GEWOBA Energie GmbH	SBMS	75,10	17.121	0	0	0
GEWOBA Wohnen GmbH	SBMS	74,95	14.899	0	0	0
M3B GmbH	SWHT	100,00	1.500	0	0	0
Projektbüro Innenstadt Bremen GmbH	SK	100,00	0	1.026	0	0
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (ohne Treuhandbeteiligungen ohne gegenseitige gruppeninterne Kreditverbindlichkeiten)	SWHT	99,22	33.674	56.001	0	22.000
H.A.G.E. Grundstücksverwaltungs- gesellschaft mbH	SWHT	99,22	41.978	0	0	33.582
Verbindlichkeiten Gesamt			1.804.210	425.220	349.577	597.634

⁽¹⁾ unmittelbare und mittelbare Anteile Bremens an der Gesellschaft sind summiert

⁽²⁾ Die Freie Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) ist alleinige, 100%ige Kommanditistin der BLG LOGISTICS GROUP AG & CO. KG. Für die hier ausgewiesenen Finanzverbindlichkeiten per 31.12.2023 der BLG LOGISTICS GROUP AG & CO. KG ist die Haftung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) beschränkt auf ihre Rolle als Kommanditistin. Das Risiko der Inanspruchnahme aus dieser Haftung droht jetzt als auch in absehbare Zukunft nicht.

⁽³⁾ Konzern

Einnahmen und Ausgaben
der Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen
- Einzelplan 25 -

Gesamtrechnungsnachweisung der Landeshauptkasse Bremen

zugleich Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen		- Kapitel- und Einzelplansummen in EURO -										
		EPL	Kapitel	X/ A/ B*)	4	5	6	7	8		9	10
		1	2	3	Bezeichnung/Zweckbestimmung	IST verbliebene Haushaltsreste bzw. Vorgriffe	5	Summe aus Spalte 5	Haushaltsanschlag Haushaltsreste bzw. Vorgriffe a.d. Vorjahr	Einsparungen	Gesamtssoll (Spalten 7 u. 8)	Ggü. Spalte 9 beträgt Spalte 6 mehr/weniger
25					Sonderhaushalte der Freien Hansestadt Bremen							
	2525				Landesuntersuchungsamt für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin	5.849.207,56 0,00 0,00	5.849.207,56	5.849.207,56 0,00 0,00	5.188.090,00 0,00 0,00	0,00 0,00	5.188.090,00	661.117,56
	2526				Versorgungsrücklage des Landes Bremen	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	2528				Bremer Kapitaldienstfonds (Zwischenfinanzierungen)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	2529				Bremer Kapitaldienstfonds (Kapitaldienstfinanzierungen)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
	2530				Bremer Kapitaldienstfonds (Sondervermögen-Fremdverwaltung)	0,00 0,00 0,00	0,00	0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00	0,00	0,00
					Summe der Ausgaben	5.849.207,56 0,00 0,00	5.849.207,56 0,00 0,00	5.849.207,56 0,00 0,00	5.188.090,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00	5.188.090,00 0,00 0,00	661.117,56

*) X=Haushaltsvermerk, A=Außerplanmäßige Finanzposition, B=Änderung im Dispositiv

Tilgungsplan nach Anlage 2 zum Haushaltsgesetz 2023 der Freien Hansestadt Bremen Land

Das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen Land sah für das Haushaltsjahr 2023 eine krisenbedingte Kreditaufnahme unter Geltendmachung des Ausnahmetatbestandes von der Schuldenbremse gemäß Art. 131a Abs. 3 Satz 1 Bremische Landesverfassung in Höhe von 481.457.445,00 Euro vor.

Diese veranschlagte krisenbedingte Kreditaufnahme wurde im Haushaltsvollzug 2023 im Haushalt des Landes nicht vollständig ausgeschöpft.

Der Senator für Finanzen ist nach § 16 Absatz 3 Haushaltsgesetz zur Anpassung des Tilgungsplans gemäß § 18c LHO sowie zur Verkürzung der Laufzeit und vorzeitigen Tilgungsleistungen ermächtigt. Die erfolgten Anpassungen sind dem Haushalts- und Finanzausschuss mit der jeweiligen Abrechnung der Produktplanhaushalte zur Kenntnis zu geben.

Der Senator für Finanzen hat dem Haushalts- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 01.03.2024 im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2023 die erforderliche Anpassung des Tilgungsplans für den Haushalt des Landes zur Kenntnisnahme vorgelegt. Es wurde eine Anpassung der Tilgungssumme von 481.457.445,00 Euro um minus 66.309.623,30 Euro auf 415.147.821,70 Euro vorgenommen.

Die krisenbedingte Kreditaufnahme in 2023 ist beginnend im Jahr 2028 über den Zeitraum von 29 Jahren mit einer Rate in Höhe von 13.838.000,00 p.a. sowie einer Schlussrate in Höhe von 13.845.821,70 Euro im letzten Jahr zu tilgen. Der jeweilige Betrag der Jahrest tranchen im Tilgungsplan wurde entsprechend reduziert.



Freie
Hansestadt
Bremen

TEIL C

**ABSCHLUSSBERICHT
PRODUKTGRUPPENHAUSHALT
DES LANDES BREMEN 2023**



Der Senator für Finanzen

Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt

Inhaltsverzeichnis

01. Bürgerschaft.....	1
02. Rechnungshof.....	5
03. Senat, Senatskanzlei.....	9
04. Europa, Entwicklungszusammenarbeit.....	13
05. Bundesangelegenheiten.....	19
06. Datenschutz und Informationsfreiheit.....	25
07. Inneres.....	31
08. Gleichberechtigung der Frau.....	39
09. Staatsgerichtshof.....	45
11. Justiz.....	51
12. Sport.....	67
21. Kinder und Bildung.....	71
22. Kultur.....	79
24. Hochschulen und Forschung.....	83
31. Arbeit.....	91
41. Jugend und Soziales.....	99
51. Gesundheit und Verbraucherschutz.....	105
68. Klima, Umw., Mobil, Stadtentw. u. Whgbau.....	111
71. Wirtschaft.....	117
81. Häfen.....	123
91. Finanzen / Personal.....	129
92. Allgemeine Finanzen.....	135
93. Zentrale Finanzen.....	139
95. Bremen-Fonds.....	143
96. IT-Budget der FHB.....	155
97. Immobilienwirtschaft und -management.....	161
99. Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise.....	167
Rücklagen und Verlustvorträge.....	178

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung

Das Jahresergebnis 2023 des staatlichen Haushaltes weist im Saldo aus Haushalts-verbesserungen und - verschlechterungen eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 1,402 Mio. € aus. Die Haushaltsverbesserung resultiert aus Mehreinnahmen (0,023 Mio. €), Personalminderausgaben (0,164 Mio. €) sowie konsumtiven und investiven Minderausgaben (1,215 Mio. €).

Im Rahmen des Jahresabschlusses hat das Ressort eine Resteübertragung bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 1,089 Mio. € sowie eine investive Rücklagenzuführung in Höhe von 0,680 Mio. € beantragt. Nicht verausgabte Personalausgaben in Höhe von 0,164 Mio. € wurden im Rahmen des Abschlusses zugunsten des Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" gestrichen.

Finanzierungssaldo

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen unterschritten.

PERSONALDATEN

Über den gesamten Jahresverlauf war erkennbar, dass der Produktplan am Jahresende ausgeglichen sein bzw. geringe Minderausgaben haben wird.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	117	94	23	24,55 %	94	94	117	23	94
Investive Einnahmen			0					0	
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	8.818	8.818	0	0,00 %	8.818	8.818	8.818	0	8.818
- Land, Stadtgem. u. intern	8.818	8.818	0	0,00 %	8.818	8.818	8.818	0	8.818
- von Bremerhaven			0					0	
Entnahme Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0
budgetierte Einnahmen	8.935	8.912	23	0,26 %	8.912	8.912	8.935	23	8.912
Personalausgaben	16.619	17.448	-829	-4,75 %	16.783	16.783	16.619	-164	17.448
Sonst. konsumtive Ausgaben	11.175	11.836	-661	-5,59 %	12.343	12.344	11.175	-1.169	11.836
Zinsausgaben	0	0	0		0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	234	960	-726	-75,64 %	960	280	234	-46	960
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	0	0	0	∞ %	0	0	0	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0	∞ %	0	0	0	0	0
- an Bremerhaven			0					0	
Zuführung Rücklage	680	0	680	∞ %	680	680	680	0	0
budgetierte Ausgaben	28.708	30.245	-1.537	-5,08 %	30.766	30.087	28.708	-1.379	30.245
Saldo	-19.773	-21.333	1.560	7,31 %	-21.855	-21.175	-19.773	1.402	-21.333

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	650	650	650	17.550
investiv	0	2.180	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	627
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	1.089
Allgemeine Budgetrücklage	449
Investive Budgetrücklage	1.037

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				5.790	5.817	-27	5.790	5.817	-27
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				5.790	5.817	-27	5.790	5.817	-27
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				10.829	10.966	-137	10.829	10.966	-137
Insgesamt				16.619	16.783	-164	16.619	16.783	-164
dar.: Beihilfe / Nachvers.				65	65	0	65	65	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				76,9	77,2	-0,3	76,9	77,2	-0,3
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				76,9	77,2	-0,3	76,9	77,2	-0,3
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				76,9		76,9	76,9		76,9
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				76,9		76,9	76,9		76,9
nachr.: Abwesende				1,5		1,5	1,5		1,5

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	10,6	22,5	13,9
Beschäftigte über 55 Jahre	34,1	17,5	32,6
Frauenquote	70,6	50,0	72,1
Teilzeitquote	30,6	35,0	24,4
Schwerbehindertenquote	5,8	6,0	5,8

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Diese weisen zum Haushaltssoll sowie zum Anschlag eine Mehreinnahme i. H. v. rd. TEUR 23 aus. Diese resultiert im Wesentlichen aus Rückzahlungen von Betriebskostenabrechnungen aus den Haushaltsjahren 2020 und 2021.

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

Diese sind sowohl zum Haushaltssoll als auch zum Anschlag ausgeglichen.

Personalausgaben

Diese weisen zum Haushaltssoll eine Minderausgabe i. H. v. rd. TEUR 164 sowie zum Anschlag i. H. v. rd. TEUR 829 aus. Diese resultiert aus Stellenbesetzungsverfahren und den daraus resultierenden Vakanzen. Daneben wurden rd. TEUR 350 zu Gunsten anderer Ausgaben sowie rd. TEUR 655 zur Auflösung der Globalen Minderausgabe und rd. TEUR 196 zur Auflösung der Globalen Minderausgabe II im Rahmen von Nachbewilligungsverfahren eingespart.

Es wurden Mittel in Höhe von rd. TEUR 164 zu Gunsten des PPL 92 gestrichen.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Diese weisen zum Haushaltssoll eine Minderausgabe i. H. v. rd. TEUR 1.169 und zum Anschlag i. H. v. rd. TEUR 661 aus. Dies resultiert aus Haushaltsresten des Vorjahres sowie Minderausgaben im Bereich Geschäftsbedarf, Kosten im Rahmen politischer Verpflichtungen, IT-Querschnitt konsumtiv, Umzugs- und Verlegungskosten und Abweichungen diverser anderer Finanzpositionen.

Im Rahmen des Abschlusses 2023 wurde eine Resteübertragung in Höhe von TEUR 1.089 beantragt, insbesondere wegen inflationsbedingter Mehrkosten (steigende Mietnebenkosten, Dienstleisterkosten etc.), Kosten für verschiedene Klageverfahren, Projekte Einführung e-Personalakte und VIS, Erweiterte Schulung externer Dritter zur Rechtsextremismusprävention, Umsetzung der Anmietung des Börsenhofs C.

Investive Ausgaben

Diese weisen zum Haushaltssoll eine Minderausgabe i. H. v. rd. TEUR 46 sowie zum Anschlag i. H. v. rd. TEUR 726 aus. Dies liegt daran, dass beträchtliche Investitionen zum politisch gewollten Umbau des Börsenhofs C sowie zur Modernisierung der Technik in den genutzten Anmietungen noch nicht wie geplant in diesem Jahr anfielen. Die investiven Mittel in Höhe von rd. TEUR 680 werden daher der Budgetrücklage zugeführt.

Verrechnungen / Erstattungen (Ausg.)

Diese sind sowohl zum Haushaltssoll als auch zum Anschlag ausgeglichen.

Zuführung Rücklage

Der investiven Budgetrücklage werden insgesamt rd. TEUR 680 zugeführt. Diese resultiert daraus, dass beträchtliche Investitionen zum politisch gewollten Umbau des Börsenhofs C sowie zur Modernisierung der Technik in den genutzten Anmietungen noch nicht wie geplant in diesem Jahr umgesetzt werden konnten.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo Land (Höhe, der mit Liquidität hinterlegten Haushaltsmittel) wurde eingehalten.

Einhaltung Budget

Die Gesamtbudgetunterschreitung zum Jahresende beträgt rd. TEUR 1.402. Diese resultiert aus nicht abgeflossenen Personalmitteln (rd. TEUR 164), konsumtiven Minderausgaben (rd. TEUR 1.169), investiven Minderausgaben (rd. TEUR 46) und Mehreinnahmen (rd. TEUR 23).

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung

Das Jahresergebnis 2023 des staatlichen Haushaltes weist im Saldo aus Haushaltsverbesserungen und -verschlechterungen eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 0,219 Mio. € aus. Die Haushaltsverbesserung resultiert aus Personalminderausgaben (0,170 Mio. €) sowie konsumtiven und investiven Minderausgaben (0,049 Mio. €).

Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden keine Reste zur Übertragung beantragt. Nicht verausgabte Personalausgaben in Höhe von 0,170 Mio. € wurden im Rahmen des Abschlusses zugunsten des Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" gestrichen.

Finanzierungssaldo

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen unterschritten.

PERSONALDATEN

Über den gesamten Jahresverlauf war erkennbar, dass der Produktplan am Jahresende ausgeglichen sein bzw. geringe Minderausgaben haben wird.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	0	0	0		0			0	0
Investive Einnahmen			0					0	
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	2.565	2.565	0	0,00 %	2.565	2.565	2.565	0	2.565
- Land, Stadtgem. u. intern	2.565	2.565	0	0,00 %	2.565	2.565	2.565	0	2.565
- von Bremerhaven			0					0	
Entnahme Rücklage	0	0	0		0			0	0
budgetierte Einnahmen	2.565	2.565	0	0,00 %	2.565	2.565	2.565	0	2.565
Personalausgaben	3.244	3.274	-30	-0,93 %	3.414	3.414	3.244	-170	3.274
Sonst. konsumtive Ausgaben	228	274	-46	-16,87 %	274	274	228	-46	274
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	7	10	-3	-30,13 %	10	10	7	-3	10
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	0	0	0		0			0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0			0	0
- an Bremerhaven			0					0	
Zuführung Rücklage	0	0	0		0			0	0
budgetierte Ausgaben	3.479	3.558	-80	-2,24 %	3.698	3.698	3.479	-219	3.558
Saldo	-914	-994	80	8,02 %	-1.133	-1.133	-914	219	-994

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabereste	0
Ausgabereste im Übertrag nach 2024	0
Allgemeine Budgetrücklage	753
Investive Budgetrücklage	0

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				3.121	3.289	-169	3.121	3.289	-169
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				3.121	3.289	-169	3.121	3.289	-169
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				123	124	-1	123	124	-1
Insgesamt				3.244	3.414	-170	3.244	3.414	-170
dar.: Beihilfe / Nachvers.				123	123	0	123	123	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				39,3	42,4	-3,1	39,3	42,4	-3,1
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				39,3	42,4	-3,1	39,3	42,4	-3,1
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				39,3		39,3	39,3		39,3
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				39,3		39,3	39,3		39,3
nachr.: Abwesende				0,3		0,3	0,3		0,3

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,0	22,5	7,0
Beschäftigte über 55 Jahre	32,6	17,5	27,9
Frauenquote	58,1	50,0	60,5
Teilzeitquote	32,6	35,0	37,2
Schwerbehindertenquote	9,3	6,0	9,3

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Personalausgaben

Aufgrund des nicht vollständig ausgeschöpften Stellenvolumens sind im Berichtszeitraum geringere Personalausgaben angefallen als geplant. Im HH-Soll sind Nachbewilligungen (+125 T€), erwartete Mehrausgaben für Beihilfen und Nachversicherungen (+30 T€) sowie die Realisierung der globalen Minderausgabe (-15 T€) berücksichtigt. Es wurden Mittel in Höhe von 169.662,99 Euro zu Gunsten des PPL 92 gestrichen.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Im Berichtszeitraum sind vor allem für Bewirtschaftungskosten, Fortbildung und Reisekosten geringere Ausgaben notwendig gewesen.

Investive Ausgaben

Im Berichtszeitraum wurde der verfügbare Betrag nicht in vollem Umfang benötigt.

Finanzierungssaldo

Der zulässige Finanzierungssaldo ist eingehalten.

Einhaltung Budget

Es wird eine Budgetunterschreitung zum Jahresende in Höhe von 219 T€ ausgewiesen. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurde keine Bildung von Resten oder Rücklagen beantragt.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Einhaltung Budget:

Der PPL 03 - Senatskanzlei - hat sein Budget entgegen der Ausweisung der Senatskanzlei im Jahresergebnis um rd. 0,868 Mio. € unterschritten.

Finanzierungssaldo:

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde am Jahresende unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen (0,139 Mio. €) entgegen der Berechnung der Senatskanzlei um rd. 0,596 Mio. € unterschritten.

PERSONALDATEN

Über den gesamten Jahresverlauf war erkennbar, dass der Produktplan am Jahresende ausgeglichen sein bzw. geringe Minderausgaben haben wird.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	1.329	73	1.257	1.728,05 %	1.301	1.301	1.329	28	73
Investive Einnahmen			0					0	
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	4.144	4.054	90	2,23 %	4.054	4.054	4.144	90	4.054
- Land, Stadtgem. u. intern	4.139	4.054	86	2,11 %	4.054	4.054	4.139	85	4.054
- von Bremerhaven	5	0	5	∞ %	0		5	5	0
Entnahme Rücklage	46	0	46	∞ %	46	46	46	0	0
budgetierte Einnahmen	5.519	4.126	1.392	33,75 %	5.400	5.401	5.519	118	4.126
Personalausgaben	7.587	7.504	83	1,10 %	7.789	7.753	7.586	-167	7.504
Sonst. konsumtive Ausgaben	3.700	2.876	824	28,64 %	4.282	4.282	3.699	-583	2.876
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	263	288	-25	-8,85 %	318	263	263	0	288
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	740	740	0	0,00 %	740	740	740	0	740
- Land, Stadtgem. u. intern	740	740	0	0,00 %	740	740	740	0	740
- an Bremerhaven	0	0	0		0			0	0
Zuführung Rücklage	55	0	55	∞ %	55	55	55	0	0
budgetierte Ausgaben	12.344	11.408	936	8,20 %	13.184	13.093	12.343	-750	11.408
Saldo	-6.825	-7.282	457	6,27 %	-7.784	-7.692	-6.824	868	-7.282

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	168	168	168	785
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabereste	307
Ausgabereste im Übertrag nach 2024	482
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	68

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				5.522	5.706	-185	5.522	5.706	-185
Temporäre Personalmittel				81	81	0	81	81	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				5.603	5.788	-185	5.603	5.788	-185
Refinanzierte				258	267	-10	258	267	-10
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				1.727	1.734	-8	1.727	1.734	-8
Insgesamt				7.587	7.789	-202	7.587	7.789	-202
dar.: Beihilfe / Nachvers.				122	122	0	122	122	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				70,8	71,5	-0,6	70,8	71,5	-0,6
Temporäre Personalmittel				1,2	1,0	0,2	1,2	1,0	0,2
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				72,0	72,5	-0,4	72,0	72,5	-0,4
Refinanzierte				3,4		3,4	3,4		3,4
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				75,4		75,4	75,4		75,4
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				75,4		75,4	75,4		75,4
nachr.: Abwesende				2,6		2,6	2,6		2,6

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	12,5	22,5	12,7
Beschäftigte über 55 Jahre	30,6	17,5	26,8
Frauenquote	70,8	50,0	69,0
Teilzeitquote	34,7	35,0	36,6
Schwerbehindertenquote	8,1	6,0	8,2

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Der Planwert um 73 TEUR überschritten. Hier fallen Einnahmen von Veröffentlichungskosten und Veranstaltungen von Dritten sowie aus Mittelanforderungen für Projektmittel im Bereich Entwicklungszusammenarbeit an.

Im Jahresergebnis wurden insgesamt Mehreinnahmen von 28 TEUR erzielt. Diese wurden bei der Abrechnung des Produktplanhaushaltes der allgemeinen Budgetrücklage zugeführt.

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

Gebucht werden hier die Wahrnehmung von Gemeindeaufgaben sowie die Gebührenerstattung zwischen Behörden. Das voraussichtliche HH-Soll wurde im Jahresergebnis gegenüber dem voraussichtlichen IST um 90 TEUR überschritten. Die Mehreinnahmen wurden bei der Abrechnung des Produktplanhaushaltes der allgemeinen Budgetrücklage zugeführt.

Entnahme Rücklage

Die Rücklage wurde aufgelöst.

Personalausgaben

Das voraussichtliche HH-Soll bei den Personalausgaben wurde im Jahresergebnis gegenüber dem voraussichtlichen IST um 167 TEUR unterschritten.

Nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes wurden 8 TEUR zu Gunsten des PPL 92 und 194 TEUR übertragbare Reste gestrichen.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Der Planwert der konsumtiven Ausgaben wurde um 824 TEUR überschritten.

Hierbei handelt es sich um Einnahmeverfügungsmittel aus Zuwendungen von Dritten für Partnerschaften und Preisgelder. Das voraussichtliche HH-Soll wird im Jahresergebnis gegenüber dem voraussichtlichen IST um 583 TEUR unterschritten.

Nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes wurden 482 TEUR als zu übertragende Reste angemeldet und gleichzeitig 101 TEUR gestrichen.

Investive Ausgaben

Der Planwert bei den investiven Ausgaben wurde um 25 TEUR unterschritten.

Im Jahresergebnis wurde das voraussichtliche HH-SOLL gegenüber dem voraussichtlichen IST um 55 TEUR unterschritten, welches nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes als zu übertragende Rücklagen angemeldet wurden.

Verrechnungen / Erstattungen (Ausg.)

Gebucht wurden hier die Wahrnehmung von Landesaufgaben.

Das voraussichtliche HH-Soll ist im Jahresergebnis gegenüber dem voraussichtlichen IST ausgeglichen.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo wurde zum Jahresende um 652 TEUR unterschritten.

Einhaltung Budget

Das Budget wurde zum Jahresende um 923 TEUR unterschritten.

Hier wurden nach Abrechnung des Produktplanhaushaltes 8 TEUR an den PPL 92 abgeführt, 194 TEUR übertragbare

Personalausgaben gestrichen, 482 TEUR konsumtive Reste übertragen, 101 TEUR konsumtive Reste gestrichen, 55 TEUR investive Rücklagen angemeldet sowie 118 TEUR Mehreinnahmen der allgemeinen Budgetrücklage zugeführt.

Die veranschlagten Einnahmen wurden erreicht.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Der Finanzierungssaldo und das Budget werden eingehalten. Zum Jahresende wird das Budget um 95 Tsd. € unterschritten. Die zur Auflösung der globalen Minderausgabe zu erbringenden Umlagebeträge wurden berücksichtigt, wobei die 5%ige Planungsreserve vollständig ausgeschöpft wurde.

Einnahmen

Die Einnahmenvorgabe wird eingehalten. Es handelt sich um Einnahmen von der EU für Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem EuropaPunkt Bremen. Zum Jahresende sind konsumtive Ist-Einnahmen von rd. 59 Tsd. € erzielt worden, welche den Anschlag um 20 Tsd. € übertreffen.

Ausgaben (ohne Personal)

Das Budget wurde nicht vollständig ausgeschöpft. Die Reste werden benötigt und ins nächste Jahr übertragen.

PERSONALDATEN

Über den gesamten Jahresverlauf war erkennbar, dass der Produktplan am Jahresende ausgeglichen sein bzw. geringe Minderausgaben haben wird.

LEISTUNGSDATEN

STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN

Seit der Festlegung der Leistungskennzahlen und der entsprechenden Zielzahlen vor ca. 4 Jahren hat sich lt. Europaressort das Aufgabenprofil und die Arbeitsweise verändert: Es wurde eine Erasmus-Koordinierungsstelle mit 3 Mitarbeiter:innen neu geschaffen. Die Öffentlichkeitsarbeit hat sich verändert. So wird bspw. Social Media stärker genutzt.

Die Europaabteilung gibt an, dass vor diesem Hintergrund eine Überarbeitung aller Leistungskennzahlen sowie eine Anpassung der Zielzahlen diskutiert wird.

Europapolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit u. Präsentation Bremens als europäischer Akteur

Die hohe prozentuale Abweichung bei der Anzahl der europapolitischen Stellungnahmen im Bundesrat wie auch der Vorlagen für die Gremien sind nicht steuerbar.

Mitwirkung an der Verbesserung der Europafähigkeit der Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen

Im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen (Mai 2023) haben weniger Veranstaltungen in Brüssel stattgefunden (-20 %). Da die Besucherzahl auch von der Anzahl der großen Veranstaltungen abhängt, hat diese abgenommen (-20 %).

Die Europaabteilung gibt an, die nun verbreitete Durchführung von Veranstaltungen und Meetings in virtueller Form erlaube eine erhöhte Teilnahme der Mitarbeiter:innen, daher die hohe Zahl von Sitzungen in Gremien. Auch die Zahl der Mitarbeiter:innen sei gestiegen (Erasmus-Stelle). Die Zielzahl sollte angepasst werden.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	IST	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HHSoll	vorHH-Soll	vor.Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. Euro		%		Tsd. Euro	Tsd. Euro			
Konsumtive Einnahmen	59	39	20	51,28%	59	59	59	-	39
investive Einnahmen	-	-	-		-	-	-	-	-
Relevante Verrech./Erstatt.				#DIV/0!					
- Land, Stadtgem. und intern				#DIV/0!					
- von Bremerhaven				#DIV/0!					
Entnahme aus der Rücklage		-	-						-
Gesamteinnahmen	59	39	20	51,28%	59	59	59	-	39
Personalausgaben	1.574	1.694	- 120	-7,08%	1.621	1.621	1.574	-47	1.694
sonst. Kons. Ausgaben	469	545	- 76	-13,94%	516	516	469	-47	545
Zinsausgaben	-	-	-		0	0	-	0	-
Tilgungsausgaben	-	-	-		0	0	-	0	-
investive Ausgaben	2	18	- 16	-88,89%	18	3	2	-1	18
Relevante Verrech./Erstatt.	-	-	-		0	0	-	0	-
- Land, Stadtgem. und intern	-	-	-		0	0	-	0	-
- an Bremerhaven	-	-	-		0	0	-	0	-
Zuführung an die Rücklage	15	-	15		15	15	15	0	-
Gesamtausgaben	2.060	2.257	- 197	-8,73%	2.170	2.155	2.060	- 95	2.257
Saldo	- 2.001	- 2.218	217	-9,78%	- 2.111	- 2.096	- 2.001	95	- 2.218

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabereste	0
Ausgabereste im Übertrag nach 2024	0
Allgemeine Budgetrücklage	7
Investive Budgetrücklage	15

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				1.482	1.508	-26	1.482	1.508	-26
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				1.482	1.508	-26	1.482	1.508	-26
Refinanzierte				18	21	-3	18	21	-3
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				74	93	-19	74	93	-19
Insgesamt				1.574	1.621	-47	1.574	1.621	-47
dar.: Beihilfe / Nachvers.				23	23	0	23	23	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				15,9	15,8	0,2	15,9	15,8	0,2
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				15,9	15,8	0,2	15,9	15,8	0,2
Refinanzierte				0,3		0,3	0,3		0,3
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				16,2		16,2	16,2		16,2
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				16,2		16,2	16,2		16,2
nachr.: Abwesende				2,8		2,8	2,8		2,8

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	38,1	22,5	31,8
Beschäftigte über 55 Jahre	19,1	17,5	22,7
Frauenquote	90,5	50,0	86,4
Teilzeitquote	28,6	35,0	27,3
Schwerbehindertenquote	14,3	6,0	13,6

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Europapolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit u. Präsentation Bremens als europäischer Akteur

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301608(L) Vorlagen für Gremien [Anz.]	269,000	300,000	-31,000	-10,33 %	300,00		
301609(L) Europapol. Stellungnahmen im Bundesrat [Anz.]	97,000	88,000	9,000	10,23 %	88,00		

301608(L):

Vorbemerkung: Seit der Festlegung der Leistungskennzahlen und der entsprechenden Zielzahlen vor ca. 4 Jahren haben sich das Aufgabenprofil und die Arbeitsweise der Europaabteilung verändert (neu geschaffene Erasmus-Koordinierungsstelle mit 3 Mitarbeiter:innen, stärkere Nutzung von Social Media-Angeboten, veränderte Öffentlichkeitsarbeit). Vor diesem Hintergrund ist eine Überarbeitung der Leistungskennzahlen als auch eine Anpassung der Zielzahlen zu diskutieren.

301609(L):

Die Zahl der europapolitischen Stellungnahmen im Bundesrat ist nicht von der Europaabteilung steuerbar.

Mitwirkung an der Verbesserung der Europafähigkeit der Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301610(L) Veranstaltungen in Brüssel [Anz.]	64,000	80,000	-16,000	-20,00 %	80,00		
301611(L) BesucherInnen Brüssel [Anz.]	800,000	1.000,000	-200,000	-20,00 %	1000,00		
301612(L) Sitzungen in Gremien [Anz.]	1.365,000	400,000	965,000	241,25 %	400,00		

301610(L):

Im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen (Mai 2023) haben weniger Veranstaltungen stattgefunden.

301611(L):

Die Besucherzahl hängt auch von der Anzahl der großen Veranstaltungen ab.

301612(L):

Die nun verbreitete Durchführung von Veranstaltungen und Meetings in virtueller Form erlaubt eine erhöhte Teilnahme der Mitarbeiter:innen, daher die hohe Zahl von Sitzungen in Gremien. Auch die Zahl der Mitarbeiter:innen ist gestiegen (Erasmus-Stelle). Die Zielzahl sollte angepasst werden.

Nutzung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Freien Hansestadt Bremen nach Art. 23 GG

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301613(L) Veranstaltungen in Bremen [Anz.]	90,000	100,000	-10,000	-10,00 %	100,00		
301614(L) Veröffentlichungen in Bremen (inkl. Soci [Anz.]	117,000	60,000	57,000	95,00 %	60,00		
301615(L) BesucherInnen (HB / EuropaPunktBremen) [Anz.]	3.800,000	6.000,000	-2.200,000	-36,67 %	6000,00		

301614(L):

Die Verwendung von Online-Medien, sozialen Medien für Veröffentlichungen wird immer geläufiger; Zielzahl sollte demnächst angepasst werden.

301615(L):
 Die Besucherzahl hängt auch von der Anzahl der großen Veranstaltungen ab.

Wahrnehmung bremischer Interessen und Präsentation Bremens bei den europäischen Institutionen

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301616(L) Veranstaltete/unterstützte Fortbildungen [Anz.]	6,000	8,000	-2,000	-25,00 %	8,00		
301617(L) Hospitationen [Anz.]	16,000	16,000	0,000	0,00 %	16,00		

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo wird eingehalten. Die zur Auflösung der globalen Minderausgabe zu erbringenden Umlagebeträge wurden berücksichtigt, wobei die 5%ige Planungsreserve vollständig ausgeschöpft wurde.

Einhaltung Budget

Einnahmen

Die Einnahmen erreichen das vorgegebene Haushaltssoll. Es handelt sich hauptsächlich um Einnahmen der EU für Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem EuropaPunkt Bremen.

Personal

Der Personalhaushalt des Produktplanes 04 Europa wies zum Jahresende 2023 insgesamt Minderausgaben in Höhe von rd. 47,2 Tsd. Euro aus. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Minderausgaben im Kernbereich von rd. 26,0 Tsd. Euro, im Bereich des refinanzierten Personals von rd. 2,7 Tsd. Euro und im Bereich der Nebentitel von rd. 18,5 Tsd. Euro.

Ausgaben (ohne Personal)

Das Budget wurde nicht vollständig ausgeschöpft. Die Reste werden benötigt und ins nächste Jahr übertragen.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung:

Das Jahresergebnis 2023 des Produktplans 05 weist im Saldo eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 0,499 Mio. € aus. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

Konsumtive Mehreinnahmen	+0,033 Mio. €
Personalminderausgaben	+0,117 Mio. €
Konsumtive Minderausgaben	+0,327 Mio. €
Investive Minderausgaben	+0,022 Mio. €
Gesamt	+0,499 Mio. €

Positives mit +

Negatives mit -

Konsumtive Minderausgaben

Die Minderausgaben entstehen insbesondere aufgrund noch nicht vorliegender Projektabrechnungen im Bereich der Gebäudeunterhaltung.

Im Rahmen des Jahresabschlusses hat das Ressort eine Resteübertragung bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 0,080 Mio. € beantragt.

Die im Rahmen des Handlungsfeldes Klimaschutz nicht verausgabten Mittel in Höhe von 0,026 Mio. € wurden im Rahmen des Jahresabschlusses für die Sonderrücklage „Klimaextreme“ an den PPL81 übertragen. Nicht verausgabte Personalausgaben in Höhe von 0,117 Mio. € wurden im Rahmen des Abschlusses zugunsten des PPL92 „Allgemeine Finanzen“ gestrichen.

Finanzierungssaldo:

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen um 0,427 Mio. € unterschritten.

Einhaltung Budget:

Das Budget wird um rd. 0,499 Mio. € unterschritten. Darin sind Reste aus 2022 (0,071 Mio. €) enthalten.

PERSONALDATEN

Über den gesamten Jahresverlauf war erkennbar, dass der Produktplan am Jahresende ausgeglichen sein bzw. geringe Minderausgaben haben wird.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	376	238	138	57,93 %	343	343	376	33	238
Investive Einnahmen			0					0	
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	0	0	0		0			0	0
-Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0			0	0
- von Bremerhaven			0					0	
Entnahme Rücklage	42	0	42	∞ %	42	42	42	0	0
budgetierte Einnahmen	418	238	180	75,76 %	385	385	418	33	238
Personalausgaben	1.792	1.948	-156	-8,01 %	1.909	1.909	1.792	-117	1.948
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.700	1.831	-130	-7,12 %	2.027	2.027	1.700	-327	1.831
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	100	60	40	66,37 %	122	122	100	-22	60
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	0	0	0		0			0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0			0	0
- an Bremerhaven			0					0	
Zuführung Rücklage	0	0	0		0			0	0
budgetierte Ausgaben	3.593	3.839	-246	-6,42 %	4.058	4.058	3.592	-466	3.839
Saldo	-3.175	-3.602	427	11,84 %	-3.673	-3.673	-3.174	499	-3.602

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabereste	71
Ausgabereste im Übertrag nach 2024	80
Allgemeine Budgetrücklage	386
Investive Budgetrücklage	31

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				1.736	1.850	-114	1.736	1.850	-114
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				1.736	1.850	-114	1.736	1.850	-114
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				57	59	-2	57	59	-2
Insgesamt				1.793	1.909	-116	1.793	1.909	-116
dar.: Beihilfe / Nachvers.				24	23	0	24	23	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				23,3	25,4	-2,1	23,3	25,4	-2,1
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				23,3	25,4	-2,1	23,3	25,4	-2,1
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				23,3		23,3	23,3		23,3
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				23,3		23,3	23,3		23,3
nachr.: Abwesende				0,0		0,0	0,0		0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	0,0	22,5	8,7
Beschäftigte über 55 Jahre	20,8	17,5	21,7
Frauenquote	50,0	50,0	47,8
Teilzeitquote	20,8	35,0	30,4
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen liegen im Berichtszeitraum über dem Planwert.

Einerseits liegt dies an einer sukzessiven Rückkehr in der Auslastung in den Betrieben gewerblicher Art (BgA Gästehaus und BgA Veranstaltungsservice) auf ein Niveau vor der Corona-Pandemie. Andererseits wird der Planwert so deutlich überschritten, da die Umsatzerwartungen in den neu eingerichteten Kapiteln der BgA bei der Haushaltsaufstellung 2022/2023 zu vorsichtig geschätzt wurden.

Entnahme Rücklage

Die Entnahme aus der investiven Rücklage in Höhe von 42 Tsd. EUR dient zur finanziellen Absicherung von Instandhaltungsmaßnahmen im Betrieb des Veranstaltungsservice (4 Tsd. EUR) und zur Auflösung der unabweisbaren zentral zu lösenden dezentralen Budgetrisiken im Rahmen der Realisierung von globalen Minderausgaben 2023 Teil II (38 Tsd. EUR).

Die Entnahme ist erfolgt.

Personalausgaben

Die Personalausgaben liegen im Berichtszeitraum unter dem Planwert.

Diese Unterschreitung resultiert aus teilweise vakanten Stellen. Nachbesetzungen konnten zum März (eine Stelle), zum April (zwei Stellen) und zum August (eine Stelle) erfolgen. Eine Vakanz besteht seit Jahresbeginn und eine Vakanz ergibt sich aufgrund der Versetzung einer Person in den Ruhestand. Seit Oktober gibt es zudem eine weitere Vakanz. Die Nachbesetzungen befinden sich derzeit im Verfahren.

Der zentral nachbewilligte Mittelzufluss zwecks der Tarif- und Besoldungsanpassung 2023 in der Gesamtsumme von ca. 56 Tsd. EUR ist berücksichtigt.

Der Beitrag für die globalen Minderausgaben 2023 (Stufe 1) in Höhe von ca. 92 Tsd. EUR (konsumtiv) wurde im Personalhaushalt eingespargt und ist berücksichtigt worden.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben liegen im Berichtszeitraum unter dem Planwert.

Im Bereich der Gebäudeunterhaltung fehlt es bei einigen Maßnahmen noch an kassenwirksamen Projektabrechnungen. Anfang August ist im Untergeschoss des Dienstgebäudes ein Wasserschaden entstanden. Bei Straßenarbeiten vor der Landesvertretung kam es im September zu einem Schaden an einem Kabel. Dies führte zu einer Spannungsspitze. Im Nachgang kam es zu Schäden an elektrischen Bauteilen des Gebäudes. Zu beiden Fällen wurde die Prüfung zur Kostenübernahme möglicher Schäden mit der Gebäudeversicherung bzw. der ausführlichen Baufirma angestoßen.

Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben liegen im Berichtszeitraum über dem Planwert.

Zu den Ausgaben zählen unter anderem investive Projektmaßnahmen aus dem Handlungsfeld Klimaschutz, insbesondere die Erneuerung der Kälteanlage, deren Installation während der parlamentarischen Sommerpause des Bundestages erfolgt ist. Zur Herstellung der vollen Funktionalität des Kälteverbundsystems wurden weitere Arbeiten durchgeführt. Aufgrund der Teilabrechnung der Kälteanlage liegt der Produktplan im Berichtszeitraum über dem Planwert. Gleichzeitig konnte zur Aufrechterhaltung der Gebäudesicherung und Absicherung von Brandschutzmaßnahmen das Projekt zur Instandsetzung und Erneuerung des Brandmeldesystems sowie der Alarmanlage zeitlich wie geplant in 2023 abgeschlossen werden.

Mehrbedarfe ergaben sich zudem z. B. durch Austausch nicht mehr verwendbarer Betriebsausstattung im Veranstaltungsbereich (Rednerpult). Des Weiteren wurde das Küchenbeleuchtungssystem im Zuge des Handlungsfeldes Klimaschutz auf LED umgestellt. Die anteilige Haushaltskürzung im Rahmen der globalen Minderausgaben 2023 (Teil I) in Höhe von ca. 9 Tsd. EUR (investiv) ist berücksichtigt. Der Beitrag zur Auflösung der unabweisbaren zentral zu lösenden dezentralen Budgetrisiken i. R. der Realisierung von globalen Minderausgaben 2023 Teil II (38 Tsd. EUR) ist durch die Auskehrung von investiven Rücklagen gedeckt worden.

PPL: 05 Bundesangelegenheiten
Version: 01-14/23 21.03.24
Verantw.: Dr. Joachim

Einhaltung Finanzdaten: Land ●
Einhaltung Personaldaten: Land ●
Einhaltung strategische Ziele: Land ●

Finanzierungssaldo

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde um ca. 427 Tsd. EUR unterschritten. Dabei wirken sich budgeterhöhend Zuführungen aus dem PPI 92 in Höhe von 56 Tsd. EUR für Tarif- und Besoldungsanpassung und Weihnachtsgeldzahlung 2023, sowie 86 Tsd. EUR aus dem Handlungsfeld Klimaschutz aus. Mindernd wirkten sich die globalen Minderausgaben 2023 Teil I und II (138 Tsd. EUR) aus.

Einhaltung Budget

Das Budget des PPI 05 wurde um rd. 499 Tsd. EUR unterschritten. Darin sind noch Reste aus 2022 (71 Tsd. Euro) enthalten.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung:

Das Jahresergebnis 2023 des Produktplans 06 weist im Saldo eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe 1,014 Mio. € aus. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

Konsumtive Mehreinnahmen	+0,024 Mio. €
Personalminderausgaben	+0,392 Mio. €
Konsumtive Minderausgaben	+0,598 Mio. €
Gesamt	+1,014 Mio. €

Positives mit +
Negatives mit -

Konsumtive Minderausgaben

Die konsumtiven Minderausgaben entstehen durch Verzögerungen bei größeren finanziellen Vorhaben im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Dienststelle. Es konnten zwar Neuanmietungen von Räumlichkeiten und damit verbundene Büroeinrichtungen verzeichnet werden, allerdings nicht in dem geplanten Umfang. Im Rahmen des Jahresabschlusses hat das Ressort daher eine Resteübertragung bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 0,282 Mio. € beantragt.

Nicht verausgabte Personalausgaben in Höhe von 0,392 Mio. € wurden im Rahmen des Abschlusses zugunsten des PPL92 „Allgemeine Finanzen“ gestrichen. Im Rahmen des Jahresabschlusses hat das Ressort eine Zuführung zur investiven Budgetrücklage in Höhe von 0,010 Mio. € beantragt.

Finanzierungssaldo

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (0,123 Mio. €) um 0,696 Mio. € unterschritten. Das Ressort spricht hier irrtümlicherweise von 0,706 Mio.€. Die Differenz i. H. v. rd. 0,318 Mio. € zwischen der Budgetunterschreitung und der Unterschreitung des Finanzierungssaldos entspricht den übertragenen Resten aus 2022.

Einhaltung Budget:

Das Budget wird um rd. 1,014 Mio. € unterschritten. Darin sind Reste aus 2022 (0,318 Mio. €) enthalten.

PERSONALDATEN

Über den gesamten Jahresverlauf war erkennbar, dass der Produktplan am Jahresende ausgeglichen sein bzw. geringe Minderausgaben haben wird.

LEISTUNGSDATEN

Leistungsdaten

Der Planwert bei der Kennzahl „Anlassunabhängige Kontrolltätigkeiten“ wurde leicht überschritten (+4,29 %).

Der Planwert bei der Kennzahl „Beschwerdebearbeitung“ wurde leicht unterschritten (-7,54%). Es liegt keine signifikante Veränderung zum Jahr 2022 vor.

Der Planwert bei der Kennzahl „Erfüllung sonst. anlassbez. Aufgaben“ wurde wie im vorherigen Jahr überschritten (+3,25%).

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR				
Konsumtive Einnahmen	81	0	81	∞ %	57	57	81	24	0	
Investive Einnahmen			0					0		
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)			0					0		
-Land, Stadtgem. u. intern			0					0		
- von Bremerhaven			0					0		
Entnahme Rücklage	0	0	0		0			0	0	
budgetierte Einnahmen	81	0	81	∞ %	57	57	81	24	0	
Personalausgaben	1.772	1.982	-210	-10,60 %	2.164	2.164	1.772	-392	1.982	
Sonst. konsumtive Ausgaben	182	464	-282	-60,69 %	780	780	182	-598	464	
Zinsausgaben			0					0		
Tilgungsausgaben			0					0		
Investive Ausgaben	0	10	-10	-100,00 %	10	0	0	0	10	
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	0	0	0		0			0	0	
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0			0	0	
- an Bremerhaven			0					0		
Zuführung Rücklage	10	0	10	∞ %	10	10	10	0	0	
budgetierte Ausgaben	1.964	2.456	-492	-20,02 %	2.964	2.954	1.964	-990	2.456	
Saldo	-1.884	-2.456	573	23,31 %	-2.907	-2.897	-1.883	1.014	-2.456	

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabereste	318
Ausgabereste im Übertrag nach 2024	282
Allgemeine Budgetrücklage	3
Investive Budgetrücklage	68

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				1.624	2.016	-392	1.624	2.016	-392
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				1.624	2.016	-392	1.624	2.016	-392
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				148	148	-0	148	148	-0
Insgesamt				1.772	2.164	-392	1.772	2.164	-392
dar.: Beihilfe / Nachvers.				148	148	0	148	148	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				21,9	28,1	-6,2	21,9	28,1	-6,2
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				21,9	28,1	-6,2	21,9	28,1	-6,2
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				21,9		21,9	21,9		21,9
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				21,9		21,9	21,9		21,9
nachr.: Abwesende				0,2		0,2	0,2		0,2

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	19,2	22,5	25,0
Beschäftigte über 55 Jahre	23,1	17,5	25,0
Frauenquote	61,5	50,0	62,5
Teilzeitquote	38,5	35,0	33,3
Schwerbehindertenquote	7,7	6,0	8,7

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Sicherstellung der Ausstattung der LfDI mit den personellen, technischen und finanziellen Ressourcen, Räumlichkeiten und Infrastrukturen, die sie benötigt, um ihre Aufgaben und Befugnisse effektiv wahrnehmen zu können gemäß Art 52 Abs. 4 DSGVO

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301510(L) Anlassunabhängige Aufsichtstätigkeit [%]	9,29	5,00	4,29		5,00		
301511(L) Beschwerdebearbeitung [%]	62,46	70,00	-7,54		70,00		
301512(L) Erfüllung sonst. anlassbez. Aufgaben [%]	28,25	25,00	3,25		25,00		

301510(L):

Bei den anlassunabhängigen Aufsichtstätigkeiten handelt es sich um Tätigkeiten, die ohne eine konkrete vorherige Veranlassung, zum Beispiel durch eine Beschwerde, durchgeführt werden. Insbesondere der Zuwachs an Mitarbeitenden bei der LfDI hat dazu geführt, dass der Planwert eingehalten und sogar überschritten wurde.

301511(L):

Die LfDI überwacht als Aufsichtsbehörde die Anwendung der Datenschutzgrundverordnung bei den öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen im Lande Bremen. Zu den vordringlichen Aufgaben gehört die Bearbeitung von Beschwerden, die bei ihr eingereicht werden. Die Datenschutzgrundverordnung verpflichtet die Aufsichtsbehörden, bei jedem festgestellten Verstoß über die Einleitung eines Verfahrens zur Festsetzung einer Geldbuße zu entscheiden. Die umfangreiche und fristgerechte Bearbeitung von Beschwerden hat daher ein herausragendes Gewicht bei der Aufgabenwahrnehmung der LfDI. Entsprechend der Zunahme des Anteils der anlassunabhängigen Aufsichtstätigkeiten ist der Anteil der anlassbezogenen Beschwerdebearbeitung an der Gesamttätigkeit der Behörde im abgelaufenen Jahr etwas gesunken.

301512(L):

Bei der Erfüllung sonstiger anlassbezogener Aufgaben ist die Abweichung vom Planwert im Berichtsjahr insbesondere auf die fortwährenden zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Behörde der LfDI notwendigen innerorganisatorischen Prozesse zurückzuführen, die mit erheblichem Aufwand verbunden sind. Die Erhöhung der Beschäftigtenzahl hat im Vergleich zum Vorjahr auch bei dieser Kennzahl zu einer Verringerung des Anteils an der Gesamttätigkeit, die auch weiterhin Ziel der Behörde ist, und somit zu einer weiteren Annäherung an den Planwert geführt.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Bei den konsumtiven Einnahmen konnten im Berichtszeitraum insbesondere durch die Verhängung von Geldbußen ca. 81 Tsd. Euro verreinnahmt werden. Einnahmen waren für das Haushaltsjahr 2023 nicht veranschlagt worden.

Personalausgaben

Im Jahr 2023 wurden für Personalausgaben ca. 1.772 Tsd. Euro und somit ca. 392 Tsd. Euro weniger als das abschließende HH-Soll von ca. 2.164 Tsd. Euro beträgt verausgabt. Die Unterschreitung des HH-Solls ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass notwendige Einstellungen neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im abgelaufenen Jahr nicht wie geplant durchgeführt beziehungsweise freie Stellen nicht wie vorgesehen besetzt werden konnten. Die nicht verausgabten Mittel in Höhe von ca. 392 Tsd. Euro wurden zu Gunsten des PPL 92 gestrichen.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben ist der Mittelbedarf im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren weiter gestiegen. Verbucht wurden Ausgaben in Höhe von ca. 182 Tsd. Euro. Der Anstieg ist insbesondere auf die Neuanmietung von Räumlichkeiten und damit in Verbindung stehende höhere Mietkosten sowie anderweitige Kostensteigerungen zurückzuführen. Die verbliebenen Mittel wurden zum Teil in das Jahr 2024 übertragen.

Investive Ausgaben

Bei den investiven Ausgaben wurden 2023 keine Mittel verausgabt. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass Vorhaben, die mit einem erheblichen Mittelbedarf verbunden sind und eine Investition darstellen, im abgelaufenen Jahr nicht begonnen werden konnten. Der nicht verausgabte Betrag wurde der investiven Budgetrücklage des Produktplans zugeführt.

Finanzierungssaldo

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird um ca. 706 Tsd. Euro unterschritten.

Einhaltung Budget

Das Budget wird um ca. 1.014 Tsd. Euro unterschritten.

3.2 PERSONALDATEN

Personalvolumina

Die abschließende Beschäftigtenzahl im Dezember 2023 betrug 22,6 und im Durchschnitt der Monate Januar bis Dezember 2023 lag sie bei 21,9, während im Haushalt 2023 eine Beschäftigtenzielzahl von 28,1 mit einer entsprechenden Mittelausstattung vorgesehen war. Da die Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht wie beabsichtigt erfolgen konnte, wurde die Zielzahl erheblich unterschritten.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung Land:

Das Jahresergebnis 2023 des staatlichen Haushaltes weist im Saldo aus Haushaltsverbesserungen und –verschlechterungen eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 3,286 Mio. € aus. Diese resultiert wie folgt:

Konsumtive Mehreinnahmen	+0,220 Mio. €
Mindereinnahmen Verrechnungen	-0,002 Mio. €
Personalminderausgaben	+1,565 Mio. €
Konsumtive Minderausgaben	+1,421 Mio. €
Investive Minderausgaben	+0,066 Mio. €
Minderausgaben Verrechnungen	+0,016 Mio. €
Gesamt	+3,286 Mio. €

Positives mit +
Negatives mit –

Konsumtive Minderausgaben (1,421 Mio. €)

Die konsumtiven Minderausgaben resultieren hauptsächlich aus der Verschiebung des Zensus (1,143 Mio. €). Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden für den Zensus entsprechende Reste (0,600 Mio. €) in das Jahr 2024 übertragen.

Im Rahmen des Jahresabschlusses hat das Ressort eine Resteübertragung bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 0,971 Mio. € sowie eine investive Rücklagenzuführung in Höhe von 1,623 Mio. € beantragt.

Die im Rahmen des Handlungsfeldes Klimaschutz nicht verausgabten Mittel in Höhe von 0,074 Mio. € wurden für die Sonderrücklage „Klimaextreme“ an den PPL 81 übertragen. Nicht verausgabte Personalausgaben in Höhe von 0,962 Mio. € wurden im Rahmen des Abschlusses zugunsten des PPL92 „Allgemeine Finanzen“ gestrichen.

Finanzierungssaldo Land:

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (12,505 Mio. €) um rd. 1,503 Mio. € unterschritten.

Die Differenz i. H. v. 1,783 Mio. € zwischen der Budgetunterschreitung und der Unterschreitung des Finanzierungssaldos wird laut Ressort mit übertragenen Haushaltsresten aus 2022 erläutert. Diese betragen rd. 1,782 Mio. €.

PERSONALDATEN

Der Produktplan hat Mittel beim refinanzierten Personal in Höhe von rd. 1 Mio. € übrig. Zum Ausgleich von Ausgaben in den Bereichen Encrochat und Gewinnabschöpfung, die im Kernbereich und dem Flexibilisierungskonto anfielen, wurden rd. 2,8 Mio. € aus dem Produktplan 92 verlagert (HAFA 08.12.23)

LEISTUNGSDATEN

Anzahl der Verkehrsunfälle gesamt: Die Anzahl der Verkehrsunfälle ist auch in 2023 erfreulicherweise weiterhin unterhalb des Planwertes geblieben, was laut Ressort weiterhin auf ein seit Corona verändertes Verkehrsverhalten zurückzuführen ist.

Anzahl strafrechtlicher Ermittlungsverfahren: Die Anzahl der straf. Ermittlungsverfahren liegt rd. 21 % über dem Planwert, was laut Ressort auf eine vermehrte Abarbeitung von Rückständen in der Kriminalitätssachbearbeitung zurückzuführen ist.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	13.965	12.036	1.929	16,03 %	13.746	13.745	13.965	220	12.036
Investive Einnahmen	521	0	521	∞ %	521	521	521	0	0
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	6.602	6.269	333	5,31 %	6.604	6.604	6.602	-2	6.269
-Land, Stadtgem. u. intern	6.573	6.239	334	5,35 %	6.573	6.573	6.573	0	6.239
- von Bremerhaven	29	30	-1	-2,70 %	31	31	29	-2	30
Entnahme Rücklage	549	0	549	∞ %	549	549	549	0	0
budgetierte Einnahmen	21.637	18.305	3.332	18,20 %	21.419	21.419	21.637	218	18.305
Personalausgaben	185.879	173.486	12.394	7,14 %	187.443	187.444	185.879	-1.565	173.486
Sonst. konsumtive Ausgaben	34.894	34.830	64	0,18 %	36.315	36.315	34.894	-1.421	34.830
Zinsausgaben	0	0	0		0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	4.783	5.595	-812	-14,52 %	6.472	4.849	4.783	-66	5.595
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	53.692	52.628	1.065	2,02 %	53.709	53.710	53.694	-16	52.628
- Land, Stadtgem. u. intern	516	449	67	14,95 %	516	516	516	0	449
- an Bremerhaven	53.177	52.179	998	1,91 %	53.193	53.194	53.178	-16	52.179
Zuführung Rücklage	1.623	0	1.623	∞ %	1.623	1.623	1.623	0	0
budgetierte Ausgaben	280.871	266.539	14.333	5,38 %	285.562	283.941	280.873	-3.068	266.539
Saldo	-259.234	-248.233	-11.001	-4,43 %	-264.143	-262.522	-259.236	3.286	-248.233

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	5.303	5.213	5.050	83.760
investiv	0	75	75	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	1.782
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	971
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	1.623
Verlustvortrag	1.189

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				162.597	162.671	-74	162.597	162.671	-74
Temporäre Personalmittel				2.282	2.573	-290	2.282	2.573	-290
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				2.590	2.711	-122	2.590	2.711	-122
Zwischensumme				167.469	167.955	-486	167.469	167.955	-486
Refinanzierte				1.767	2.828	-1.061	1.767	2.828	-1.061
Ausbildung				9.153	9.153	0	9.153	9.153	0
Nebentitel				7.490	7.507	-17	7.490	7.507	-17
Insgesamt				185.879	187.443	-1.564	185.879	187.443	-1.564
dar.: Beihilfe / Nachvers.				7.455	7.455	0	7.455	7.455	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				2.872,7	2.915,4	-42,7	2.872,7	2.915,4	-42,7
Temporäre Personalmittel				38,9	50,9	-12,0	38,9	50,9	-12,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				26,9	39,8	-12,9	26,9	39,8	-12,9
Zwischensumme				2.938,6	3.006,1	-67,6	2.938,6	3.006,1	-67,6
Refinanzierte				30,7		30,7	30,7		30,7
Ausbildung				493,5	537,1	-43,6	493,5	537,1	-43,6
Insgesamt				3.462,8		3.462,8	3.462,8		3.462,8
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				3.462,8		3.462,8	3.462,8		3.462,8
nachr.: Abwesende				102,0		102,0	102,0		102,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	26,1	22,5	24,4
Beschäftigte über 55 Jahre	18,1	17,5	17,4
Frauenquote	34,4	50,0	33,1
Teilzeitquote	19,0	35,0	16,6
Schwerbehindertenquote	2,2	6,0	2,3

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
VUGES(L) Anz. der Verkehrsunfälle gesamt [Anz.]	20.800,000	24.000,000	-3.200,000	-13,33 %	24000,00		
300078(L) Erreichen des 8-Minuten-Standards [%]	84,12	80,00	4,12		80,00		

VUGES(L) :

Die Zahl der Verkehrsunfälle liegt seit 2020 aufgrund der Pandemie und das hierdurch veränderte Verkehrsverhalten auch im Jahr 2023 weiterhin unterhalb des Planwerts, so dass diese Abweichung positiv zu werten ist. Auch die Anzahl der bei Verkehrsunfällen Verunglückten liegt mit 3.525 unter dem langjährigen Mittel.

Kriminalitätsbekämpfung

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300596(L) Anzahl straf. Ermittlungsverf. -gesamt- [Anz.]	97.043,000	80.000,000	17.043,000	21,30 %	80000,00		
300242(L) Aufklärungsquote [%]	47,80	49,00	-1,20		49,00		

300596(L):

In der Polizei Bremen ist seit dem 2. HJ 2022 ein Anstieg von Kriminalitätsvorgängen in der Tatzeitstatistik zu verzeichnen, der sich weiterhin fortsetzt und nunmehr sukzessive in die PKS einfließt. Weiterhin führt die aktuelle Schwerpunktsetzung der Polizei Bremen in der Abarbeitung der Rückstände in der Kriminalitätssachbearbeitung zu einem maßgeblichen Anstieg der PKS Fälle (die eine Ausgangsstatistik von bearbeiteten Fällen ist).

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Personalausgaben

Der Produktplan schließt die Periode 14/2023 mit Minderausgaben in Höhe von insgesamt 1.565 T€ ab. Die in 2023 realisierten Überschreitungen einzelner Personalausgabehaushaltsstellen konnten produktplanintern ausgeglichen werden.

Die Minderausgaben teilen sich auf die verschiedenen Produktbereiche wie folgt auf:

Produktbereich	Ergebnis in T€
07.01 (Polizei)	-723
07.04 (Statistisches Landesamt)	-370
07.90 (Sonstiges Inneres)	-472
Ergebnis Land	-1.565

Der Produktbereich 0701 (Polizei) schließt das Haushaltsjahr 2023 mit Minderausgaben in Höhe von 723 T€ ab, die vorwiegend durch spät oder nicht realisierte Stellenbesetzungen im Bereich des Nichtvollzugs zu begründen sind. Im Bereich des Polizeivollzugsdienstes ist im Jahr 2023 eine sehr hohe altersbedingte Fluktuation zu verzeichnen gewesen, die durch die Übernahmen aus der Ausbildung nur teilweise kompensiert werden konnte.

Der Produktbereich 0704 (Statistisches Landesamt) schließt die Periode mit einer Unterschreitung in Höhe von 370 T€ ab, da Stellenbesetzungen nicht realisiert werden konnten.

Der Produktbereich 0790 (Sonstiges) konnte innerhalb des Produktplans ausgeglichen werden und schließt die 14. Periode mit einer Unterschreitung in Höhe von 472 T€ ab.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Das Jahresergebnis weist konsumtive Minderausgaben in Höhe von 1.421 T€ aus.

Mit 1.143 T€ ergeben sich die Minderausgaben vorwiegend aus dem Produktbereich 0704 (Statistisches Landesamt) und sind den zweckgebundenen Ausgabenresten für den (coronabedingt) in den Vorjahren verschobenen Zensus zuzuordnen. Dieser befindet sich in der Auswertungsphase, die kostenintensiven Erhebungsarbeiten sind abgeschlossen. Da die veranschlagten Mittel im Haushaltsentwurf 2024 für die Auswertungsarbeiten aber nicht auskömmlich sind, werden 600 T€ im Rahmen des kameraleen Jahresabschlusses als Reste nach 2024 übertragen.

Finanzierungssaldo

In die Berechnung des Finanzierungssaldos fließen folgende produktplanübergreifende Nachbewilligungen / Einsparungen ein:

Von PPL 92 für §4 Haushaltsgesetz	6.365 T€
Von PPL 68 für Auskehrung Sonderrücklage Klimaschutz	492 T€
Von PPL 92 für Weihnachtsgeldanpassungen	869 T€
Von PPL 92 für Nachbewilligung Whistleblower	83 T€
Von PPL 92 für Umsetzung Ausbildungsplanung	4.270 T€
An PPL 96 für Ausgaben Zensus	-100 T€
Von PPL 92 für Bezüge planmäßiger Beamter HF Bürgerservice	16 T€
An PPL 92 Einsparung globale Minderausgabe 2023	-2.548 T€
Von PPL 92 Nachbewilligung TVöD 2023	20 T€
An PPL 92 Nachbewilligung Verbeamtungseffekte 2023	-44 T€
Von PPL 92 für Ausgleich für Dienstleistungen an Performa Nord	166 T€
An PPL 96 Verlagerung von PPL 07	-970 T€
Von PPL 92 für Gewinnabschöpfung	351 T€
Von PPL 11 für Gewinnabschöpfung	809 T€
Von PPL 92 für Encrochat	112 T€
Von PPL 92 für Versorgungsanpassungen	2.564 T€
An PPL 68 für Wetterextreme	-67 T€
An PPL 92 für Ausgleich Anwärterbezüge	-457 T€
An PPL 92 für Ausgleich Beihilfen und Nachversicherung	575 T€
Summe interne Korrekturen/Verrechnungen	12.505T€

Unter Berücksichtigung dieser produktplanübergreifenden Verlagerungen wird der Finanzierungssaldo auf Basis der vorliegenden Zahlen um 1.502 T€ unterschritten.

Die Abweichung zwischen dem Finanzierungssaldo und der Einhaltung des Budgets resultiert aus Resten, die im Rahmen des vorherigen Jahresabschlusses von 2022 nach 2023 übertragen wurden.

PPL: 07 Inneres
Version: 01-14/23 21.03.24
Verantw.: Bull

Einhaltung Finanzdaten: Land
Einhaltung Personaldaten: Land
Einhaltung strategische Ziele: Land ●

Einhaltung Budget

Im Jahresergebnis wird das Budget um 3.286 T€ unterschritten. Die Unterschreitung ergibt sich vorwiegend aus Personalminderausgaben sowie konsumtiven und investiven Minderausgaben.

Im Rahmen des kameraleen Jahresabschlusses 2023 (Senatsbeschluss vom 27.02.2024) werden 971 T€ konsumtive Reste nach 2024 übertragen sowie 1.623 T€ der investiven Rücklage zugeführt.

Mittel in Höhe von 74 T€ werden für die Sonderrücklage „Klimaextreme“ an den PPL 81 übertragen und 962 T€ gestrichene Personalmittel zu Gunsten des PPL 92 verlagert.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Das Jahresergebnis weist eine Budgetüberschreitung i.H.v. rd. 0,1 Mio. € aus, die sich v.a. aus konsumtiven Mehrausgaben zusammensetzt.

Unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen i.H.v. rd. 0,027 Mio. € ergibt sich eine Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos v. rd. 0,15 Mio. €. Die Differenz resultiert daraus, dass erwartete Mittel v. rd. 108 Tsd. € in 2023 nicht vereinnahmt werden konnten sowie rd. 44 Tsd. € an Haushaltsresten in Anspruch genommen wurden. Der Ausgleich erfolgte insgesamt über den PPL 51, wie bereits im Jahresabschluss dargestellt.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 wurden keine Ausgabereste (konsumtiv sowie investiv) übertragen.

PERSONALDATEN

Der Produktplan war zum Ende des 13. Monats nicht in SAP ausgeglichen.

LEISTUNGSDATEN

Insgesamt wurden die strategischen Ziele und Kennzahlen des Produktplans laut Ressort einschätzung eingehalten und z.T. auch positiv überschritten.

MASSNAHMEN-/STEUERUNGSVORSCHLAG

Keine.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR				
Konsumtive Einnahmen	72	9	63	694,79 %	79	79	72	-7	9	
Investive Einnahmen			0			0	0	0		
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	365	349	17	4,73 %	365	366	366	0	349	
- Land, Stadtgem. u. intern	305	289	17	5,71 %	305	306	306	0	289	
- von Bremerhaven	60	60	0	0,00 %	60	60	60	0	60	
Entnahme Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0	
budgetierte Einnahmen	438	358	80	22,27 %	444	445	438	-7	358	
Personalausgaben	1.340	1.301	39	2,98 %	1.325	1.325	1.340	15	1.301	
Sonst. konsumtive Ausgaben	607	383	224	58,62 %	517	517	607	90	383	
Zinsausgaben			0					0		
Tilgungsausgaben			0					0		
Investive Ausgaben	0	4	-4	-100,00 %	4	4	0	-4	4	
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	0	0	0		0	0	0	0	0	
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0	0	0	0	0	
- an Bremerhaven			0			0	0	0		
Zuführung Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0	
budgetierte Ausgaben	1.947	1.688	259	15,35 %	1.846	1.846	1.947	101	1.688	
Saldo	-1.509	-1.330	-179	-13,49 %	-1.402	-1.401	-1.509	-108	-1.330	

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	31	176	176	163	1.675
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	44
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	0
Allgemeine Budgetrücklage	153
Investive Budgetrücklage	1

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				1.332	1.311	20	1.332	1.311	20
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				1.332	1.311	20	1.332	1.311	20
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				8	13	-5	8	13	-5
Insgesamt				1.340	1.325	15	1.340	1.325	15
dar.: Beihilfe / Nachvers.				6	6	0	6	6	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				16,4	16,9	-0,5	16,4	16,9	-0,5
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				16,4	16,9	-0,5	16,4	16,9	-0,5
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				16,4		16,4	16,4		16,4
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				16,4		16,4	16,4		16,4
nachr.: Abwesende				0,0		0,0	0,0		0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	5,3	22,5	10,0
Beschäftigte über 55 Jahre	21,1	17,5	15,0
Frauenquote	94,7	50,0	95,0
Teilzeitquote	68,4	35,0	70,0
Schwerbehindertenquote	5,0	6,0	4,8

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: nicht gefährdet im Toleranzbereich gefährdet

Die ZGF arbeitet im Schwerpunkt zu den Themen Gewalt (Umsetzung der Istanbul-Konvention), Arbeitsmarkt u. Wirtschaft, Gesundheit, Berufsorientierung u. Mädchenarbeit. Der Bereich Digitalisierung wird in 2020/2021 als weiterer Schwerpunkt begleitet.

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301559(L) Leitung von Arbeitskreisen [Anz.]	41,000	13,000	28,000	215,38 %	13,00		
301560(L) Vorträge und Fortbildungen [Anz.]	29,000	44,000	-15,000	-34,09 %	44,00		

301559(L):

Die ZGF hat in 2023 vermehrt diverse Arbeitskreise im Rahmen des Landesaktionsplans geleitet. Zudem konnten alle Arbeitskreise, welche die ZGF geleitet hat, wieder aufgenommen werden.

301560(L):

Vorträge und Fortbildungen z. B. in den Bereichen Digitalisierung, Wissenschaft, Diversität, Gesundheit oder Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt haben stattgefunden. Darüber hinaus haben Vorträge in den oben aufgeführten Arbeitskreisen für Fachpublikum stattgefunden. Diese wurden hier nicht extra gezählt.

Die ZGF schärft die Wahrnehmung für Geschlechtergerechtigkeit und schafft Raum für neue Denkansätze. Sie setzt zentrale Impulse und informiert über gleichstellungsrelevante Themen.

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
VERAN3(L) Veranstaltungen [Anz.]	33,000	12,000	21,000	175,00 %	12,00		
VERÖF1(L) Veröffentlichungen [Anz.]	15,000	4,000	11,000	275,00 %	4,00		

VERAN3(L):

Folgende Veranstaltungen konnten u.a. (z.T. in Kooperation) durchgeführt werden:

LAP, One Billion Rising, Projektstage im Bereich der Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees“, #Error Digitalisierung, Fachtag Arbeitsmarktintegration, Hauptsache das Kind ist gesund, NIPT

VERÖF1(L):

Pressearbeit zu dem Bereich Arbeitsmarktintegration von Frauen von Migrations- und Fluchtbiografie

Die ZGF steht anderen Behörden und Organisationen beratend und unterstützend mit ihrer Expertise zur Seite. Die ZGF nimmt Stellung zu Senatsvorhaben, prüft die Umsetzung von Beschlüssen und Empfehlungen.

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301557(L) Anfragen von Behörden und Institutionen [Anz.]	127,000	28,000	99,000	353,57 %	28,00		

301557(L):

Die Exertise der ZGF zu diversen Themen wird vermehrt von diversen Behörden und Institutionen angefragt. Folglich ist ein Anstieg von Stellungnahmen, Prüfungen und Beratungen, auch in der Umsetzung von Beschlüssen zu verzeichnen.

Frauen und Mädchen sowie Organisationen wenden sich an die ZGF in ihrer Funktion als Anlauf- und Beschwerdestelle.



	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301556(L) Allgemeine Anfragen [Anz.]	107,000	210,000	-103,000	-49,05 %	210,00		
301558(L) Anfragen zu Diskriminierung [Anz.]	32,000	60,000	-28,000	-46,67 %	70,00		

301556(L):

Allgemeine Anfragen:

- Politische Beratung
- Frauenförderung
- Elternzeit
- TV-L/Beamtenrecht/BEM
- Sexistische Werbung

Infolge einer Vakanz konnte die Beschwerdestelle nicht bedient werden. Daher wurden die geplanten Zielzahlen nicht erreicht.

301558(L):

Die Beschwerdestelle konnte infolge von Vakanz nicht bedient werden. Hieraus resultiert die Differenz zu den Planwerten.

Die ZGF unterstützt die Frauenbeauftragten und die Dienststellen der Freien Hansestadt Bremen (FHB) sowie die Frauenbeauftragten in den Mehrheitsgesellschaften bei der Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG).



	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301709(L) Veranstaltungen/Fortbildungen [Anz.]	21,000	10,000	11,000	110,00 %	10,00		
301710(L) Anfragen [Anz.]	178,000	200,000	-22,000	-11,00 %	200,00		
301711(L) Veröffentlichungen (LGG) [Anz.]	11,000	1,000	10,000	1.000,00 %	1,00		

301709(L):

U.a. haben vermehrt Veranstaltungen/Fortbildungen im Rahmen des Landesaktionsplans stattgefunden. In Vorbereitung auf die Wahlen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im Jahr 2024 fanden insgesamt acht von der ZGF durchgeführte und über das Aus- und Fortbildungszentrum angebotene Schulungen sowie eine Inhouse-Veranstaltung der ZGF statt.

301710(L):

Es gab weniger Anfragen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, da viele Fragen durch die neue Homepage, spezielle Veröffentlichungen sowie einen FAQ-Katalog beantwortet wurden.

301711(L):

Neuerlass des Landesgleichstellungsgesetzes befindet sich in der Umsetzung.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Das HH-Soll beträgt bei den kons. Einnahmen rd. 79 Tsd. €, davon entfallen rd. 46 Tsd. € auf Zuwendungen für das Projekt "Be oK". Hierbei handelt es sich um zweckbestimmte Zuwendungen, welche für die Durchführung des Projektes benötigt werden. Die Differenz von rd. 6 Tsd. € ist darauf zurückzuführen, dass die ZGF nur zweckgebundene Zuwendungen für Projekte und den Weltfrauentag erhält.

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

Die im HH-Soll veranschlagten Einnahmen für die Verrechnung der ZGF Bremerhaven und der Wahrnehmung der Aufgaben Stadt /Land wurden in 2023 in veranschlagter Höhe vereinnahmt. Zudem erfolgt eine interne Verrechnung mit SGFV bzgl. der Durchführung des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

- Land bzw. Stadtgemeinde haushaltsintern

Die Mittel sind in veranschlagter Höhe vereinnahmt worden.

- von Bremerhaven

Die Mittel sind in veranschlagter Höhe vereinnahmt worden.

Personalausgaben

Gemäß HH-Soll stehen 1.325 Tsd. € für Personal zur Verfügung. Das IST liegt bei 1.340 Tsd. €. Vakante Stellen konnten zum Teil noch in 2023 besetzt werden. Gleichzeitig wurde die Globale Minderausgabe in Höhe von rund 20 Tsd. Euro aus den Personalmitteln erbracht.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Bei den kons. Ausgaben beträgt das HH-Soll rd. 517 Tsd. €. Diesem steht ein IST 607 Tsd. € gegenüber. Die Vereinnahmung erwarteter Mittel konnte in 2023 nicht erfolgen. Der Ausgleich erfolgte über den PPL 51.

Investive Ausgaben

Das HH-Soll beträgt rd. 4 Tsd. €. Im Rahmen der Abrechnung des Produktplanhaushaltes 2022 wurde der investiven Rücklage im Haushalt des Landes Bremen ein Betrag i.H.v. 1,3 € zugeführt. Diese Mittel wurden nicht verausgabt, da die Anschaffung der notwendigen Technik für den Besprechungsraum deutlich mehr Kosten verursacht. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 wurde keine weitere Zuführung in die investive Rücklage beantragt.

Finanzierungssaldo

Die saldierten Ausgaben im IST belaufen sich auf rd. 1.509 Tsd., so dass im Vergleich zum zulässigen Finanzierungssaldo v. 1.357 Tsd. € eine Überschreitung von rd. 151 Tsd. € vorliegt. Die Differenz resultiert daraus, dass erwartete Mittel v. rd. 108 Tsd. € in 2023 nicht vereinnahmt werden konnten sowie rd. 44 Tsd. € an Haushaltsresten in Anspruch genommen wurden. Der Ausgleich erfolgte insgesamt über den PPL 51.

Einhaltung Budget

Das Budget wird im Landeshaushalt überschritten. Das HH-Soll beläuft sich im Saldo auf rd. 1.401 Tsd. €. Diesem steht ein IST von rd. 1.509 Tsd. € gegenüber. Das Budget wird somit um rd. 108 Tsd. € überschritten. Die Budgetüberschreitung ist auf nicht erzielte erwartete Mehreinnahmen zurückzuführen. Der Ausgleich erfolgte über den PPL 51.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung Land

Zum Jahresende wird das Budget eingehalten und der Finanzierungssaldo um 0,002 Mio. € unterschritten. Der Soll-/Ist-Vergleich ergibt im Jahresergebnis eine Unterschreitung von 2 Tsd. €. Das der Berechnung zugrundeliegende Haushalts-Soll basiert auf HH-Anschlägen sowie produktplaninterner Verlagerung von 4 Tsd. € (Personalausgaben).

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben liegen zum Jahresende 2.000 € über dem Planwert. Verantwortlich für die Überschreitung des Planwertes seien u.a. erforderliche Neuanschaffungen an Literatur und laufende Kosten für Ergänzungslieferungen für Gesetzestexte. Die Mehrausgaben wurden innerhalb der Produktgruppe durch die Minderausgaben bei den Personalausgaben ausgeglichen.

PERSONALDATEN

Über den gesamten Jahresverlauf war erkennbar, dass der Produktplan am Jahresende ausgeglichen sein bzw. geringe Minderausgaben haben wird.

LEISTUNGSDATEN

Ziele und Kennzahlen

Anzahl Verfahren:

Es sind 19 Verfahren eingegangen. Der Planwert (3 Verfahren) wurde überschritten.

Die Anzahl der Verfahren sowie der Zeitpunkt des Eingangs der Verfahren sind nicht steuerbar.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	0	0	0		0	0	0	0	0
Investive Einnahmen			0			0	0	0	
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)			0					0	
-Land, Stadtgem. u. intern			0					0	
- von Bremerhaven			0					0	
Entnahme Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0
budgetierte Einnahmen	0	0	0		0	0	0	0	0
Personalausgaben	38	43	-5	-11,50 %	38	38	38	0	43
Sonst. konsumtive Ausgaben	8	5	2	45,42 %	10	10	8	-2	5
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben			0					0	
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)			0					0	
- Land, Stadtgem. u. intern			0					0	
- an Bremerhaven			0					0	
Zuführung Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0
budgetierte Ausgaben	46	48	-2	-5,06 %	48	48	46	-2	48
Saldo	-46	-48	2	5,06 %	-48	-48	-46	2	-48

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabereste	0
Ausgabereste im Übertrag nach 2024	2
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	0

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				0	0	0	0	0	0
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				0	0	0	0	0	0
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				38	38	-1	38	38	-1
Insgesamt				38	38	-1	38	38	-1
dar.: Beihilfe / Nachvers.				0	0	0	0	0	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Abwesende				0,0		0,0	0,0		0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Wahrnehmung der unter Kurzbeschreibung beschriebenen Aufgabe ●

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
VERFAH(L) Anzahl Verfahren [Anz.]	19,000	3,000	16,000	533,33 %	3,00		

VERFAH(L):
 Es sind 19 Verfahren eingegangen.

Der Planwert (3 Verfahren) wurde überschritten.
 Die Anzahl der Verfahren sowie der Zeitpunkt des Eingangs der Verfahren sind nicht steuerbar.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Personalausgaben

Die Personalausgaben liegen zum Jahresende 5 Tsd. Euro unter dem Planwert. (Die tatsächliche Unterschreitung des Planwertes beträgt 4.905,64 €.)

Dieses ist begründet durch die nicht erforderliche Heranziehung von Ersatzmitgliedern des Staatsgerichtshofs. (Bei anhängigen Verfahren müssen gelegentlich auch Ersatzmitglieder tätig werden, die dann eine Vergütung erhalten.)

Das Jahresziel wurde erreicht.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben liegen zum Jahresende 2 Tsd. Euro über dem Planwert.

(Die tatsächlichen Mehrausgaben betragen 2.470,76 €.)

Verantwortlich für die Überschreitung des Planwertes sind u.a. erforderliche Neuanschaffungen an Literatur, laufende Kosten für Ergänzungslieferungen für Gesetzestexte und Reisekosten für die Mitglieder des Staatsgerichtshofs.

Die Mehrausgaben wurden innerhalb der Produktgruppe durch die Minderausgaben bei den Personalausgaben ausgeglichen.

Finanzierungssaldo

Der eckwertrelevante Finanzierungssaldo wurde eingehalten.

Der Soll-/Ist-Vergleich (ohne Verrechnungen und Erstattungen) ergibt im Jahresergebnis eine Unterschreitung von 2 Tsd. Euro. (Der tatsächliche Wert beträgt 2.434,88 €.)

Das der Berechnung zugrundeliegende Haushalts-Soll basiert auf HH-Anschlägen sowie produktplaninterner Verlagerung von 4 Tsd. Euro (Personalausgaben).

Einhaltung Budget

Das Jahresergebnis stellt sich für den Berichtszeitraum Januar bis Dezember 2023 insgesamt wie folgt dar:

Das Budget wurde eingehalten.

Im Saldo von

- Personalminderausgaben von 5 Tsd. Euro (tatsächlich 4.905,64 €)

- konsumtiven Mehrausgaben von 2 Tsd. Euro (tatsächlich 2.470,76 €)

errechnet sich eine Budgetunterschreitung in Höhe von rund 2 Tsd. Euro (tatsächlich 2.434,88 €).

Die Personalminderausgaben in Höhe von 633,64 Euro wurden in den PPL 92 verlagert.

Es wurden insgesamt Haushaltsausgabereste in Höhe von 1.698,86 € gebildet.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Zum Jahresende wird das Budget um 4,95 Mio. € unterschritten.

Diese Unterschreitung ergibt sich wie folgt:

Budgeteinhaltung Land	in Mio. Euro
Reste aus Vorjahr (ohne Liquidität)	3,32
Konsumtive Mehreinnahmen	1,09
Investive Mehreinnahmen	0,02
Mindereinnahmen bei den Verrechnungen / Erstattungen	0,00
Personalminderausgaben (nach Abzug von Vorjahresresten)	0,01
Konsumtive Minderausgaben (nach Abzug von Vorjahresresten)	0,49
Investive Minderausgaben (nach Abzug von Vorjahresresten)	0,03
Resteverzehr bei Verr./Erstatt	0,00
Entnahme Rücklage	0,00
Gesamt	4,95

Die Budgetunterschreitung resultiert aus erwarteten Mehreinnahmen der Vermögensabschöpfung Letztere stehen nach bisherigen Beschlussfassungen für einen Ausgleich des Ressortbudgets nur hinsichtlich der gelisteten Mehrausgaben zu b. und c. (s. Controllingbericht, Seite 11) zur Verfügung und sind mit dem Innenressort zu teilen.

Im Rahmen eines mit dem Finanzressort abgestimmten Lösungskonzeptes wurden die Einnahmen der Vermögensabschöpfung zwischen den beteiligten Ressorts aufgeteilt. Im unterjährigen Controlling wurden die kassenwirksam vereinnahmten Beträge als Erwartungsfälle für eine Budgetverlagerung ausgewiesen.

Im Haushalt des Landes ergibt sich zum Jahresende unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen i.H.v. rund 7,1 Mio. € eine Unterschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos in Höhe von 1,685 Mio. €. Somit ergibt sich im Vergleich zur Vorberichterstattung 01-09/2023 eine deutliche Verbesserung des Finanzierungssaldos gegenüber dem Saldo im Septembercontrolling, der um 1,826 Mio. EUR überschritten wurde.

Einnahmen/Mehreinnahmen:

Im Jahresergebnis sind konsumtive Ist-Einnahmen von rd. 51,6 Mio. € erzielt worden, welche den Planwert um rd. 5,2 Mio. € übertreffen.

Die Einnahmeprognosen mussten im Jahresverlauf mehrfach nach unten angepasst werden. Ursächlich hierfür ist weiterhin insbesondere eine geringere Einnahmeentwicklung bei den Amtsgerichten. Eine Anhebung der Prognose war hingegen im Bereich des Oberlandesgerichts durch höhere Einnahmen aus der eKostenmarke vorzunehmen.

Die Einnahmen ohne Vermögensabschöpfung liegen bei rund 49,290 Mio. €.

Im Jahresergebnis konnten Einnahmen in Höhe von rund 2,350 Mio. € über Vermögensabschöpfung generiert werden. Die Einnahmen wurden zum Zwecke der Nachbewilligung für das Innenressort in Höhe von 0,809 Mio. €, sowie für das Justizressort in Höhe von 1,225 Mio. € genutzt.

Die weiteren generierten Beträge von rund 0,315 Mio. € fallen dem Gesamthaushalt zu, siehe auch Abrechnungsunterlagen des PPL11 für den Jahresabschluss 2023.

Weitere Planwertüberschreitungen resultieren aus den Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieher, der Ausbuchung verjährter Hinterlegungen beim Amtsgericht Bremerhaven, Einnahmen aus dem automatisierten Grundbuchabrufverfahren, sowie im Bereich der Haftkostenerstattungen.

Investive Einnahmen

Dargestellt sind die investiven Mehreinnahmen aus Erlösen aus dem Verkauf beweglicher Gegenstände in der Justizvollzugsanstalt

Konsumtive Ausgaben:

Im Jahresergebnis sind konsumtive Ausgaben in Höhe von insgesamt 62,778 Mio. € festzustellen. Im Vorjahresvergleich (ISTWert: 60,079 Mio. €) entspricht dieses einer Kostensteigerung von rund 2,7 Mio. €. Das Ergebnis ist letztlich doch geringer ausgefallen, als im Rahmen der unterjährigen Controllingberichte prognostiziert.

Insgesamt werden rund 3,487 Mio. € als Minderausgaben ausgewiesen, hierbei handelt es sich jedoch in Höhe von 3,001 Mio. € um nicht liquide Haushaltsreste. Von den Ist-Ausgaben entfällt ein Großteil auf die Auslagen in Rechtssachen.

Das Jahresergebnis liegt mit 62,778 Mio. € deutlich über den Vorjahresergebnissen 2022. Auf weitere zu erwartende Kostensteigerungen - insbesondere im Bereich der Auslagen in Rechtssachen - hat das Ressort im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2024/2025 bereits hingewiesen

Investive Ausgaben:

Im Berichtszeitraum werden investive Ausgaben in Höhe von 3,053 Mio. € ausgewiesen, es ergibt sich mithin eine Ist-Planwert Abweichung von 1,949 Mio. €. Das Jahresergebnis entspricht insoweit den Prognosen des unterjährigen Controllings.

Ein vollständiger Mittelabfluss konnte nicht erreicht werden. Ein Betrag in Höhe von 0,077 Mio. EUR soll der investiven Budgetrücklage zugeführt werden, da der Zweck der Ausgaben fort dauert und ein sachliches Bedürfnis für die Zuführung in die Rücklage besteht. Für die zentral im Produktbereich 11.90 abgebildete Rücklagenzuführung wurde eine entsprechende Sollabsenkung im HH-Soll der investiven Ausgaben vorgenommen.

Im Jahresergebnis werden Minderausgaben in Höhe von rund 0,025 Mio. EUR ausgewiesen.

Entnahme Rücklage

Abgebildet ist die geplante Zuführung zur investiven Budgetrücklage in Höhe von 0,077 Mio. € Stellvertretend für den Produktplan erfolgt die Zuführung zur Budgetrücklage in der Produktgruppe 11.90.01. Die entsprechenden Sollminderungen beim vorHH-Soll der investiven Ausgaben sind in den jeweiligen Produktgruppen dargestellt.

PERSONALDATEN

Nach Umsetzung der HAFA Beschlüsse vom 8.12.2023 für die Themenbereiche Encrochat, Gewinnabschöpfung und Insolvenz Greensill/Convivo, für die aus dem Produktplan 92 rd. 2,7 Mio. € verlagert worden sind sowie einer Budgetrücklagenentnahme von rd. 1 Mio. €, ist der Produktplan ausgeglichen.

LEISTUNGSDATEN

STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN

Amtsgerichte Strafsachen (Erledigungen):

Das übergeordnete strategische Ziel der Ahndung von Straftaten und die Durchsetzung des Strafanspruches wurde unabhängig von den ausgewiesenen Ist-Planwert-Abweichungen erreicht. Trotz erhöhtem Personaleinsatz konnte ein Bestandsabbau nicht erreicht werden. Die unterplanmäßige Erledigung korrespondiert mit unterplanmäßigen Eingangszahlen. Eine rein quantitative Betrachtungsweise berücksichtigt nicht eventuell vorliegende qualitative Maßstäbe im Hinblick auf den Umfang und die Art der Verfahren

Landgericht Strafsachen (Erledigungen):

Die Anzahl der Erledigungen liegt über dem Planwert (14,37 %). Gemäß Mitteilung des Landgerichts konnten trotz der über den Prognosen liegenden Eingangszahlen deutliche Reduzierungen des Bestandes erfolgen. Auf die hohe Anzahl an Eingängen wurde durch einen aufgestockten Personaleinsatz reagiert. Durch die Schaffung von neuen Strafkammersälen stehen erstmals nach vielen Jahren ausreichend Saalkapazitäten für die Strafkammern zur Verfügung.

Amtsgerichte Richter in Strafsachen (VZÄ):

Der Einsatz an Richter:innen wurde in den Amtsgerichten erhöht, im Mittel ergibt sich eine Ist-Planwert Abweichung von 1,749 VZÄ, bzw. 8,29 %.

Landgericht Richter in Strafsachen (VZÄ):

Durch einen erhöhten Personaleinsatz von 2,979 VZÄ, bzw. 10,06 % ist der Entwicklung der Verfahrenszahlen begegnet worden.

Landgericht Zivilsachen (Erledigungen):

Bei den Ist-Werten ergibt sich eine Ist-Planwert Abweichung in Höhe von -238 Verfahren, bzw. -9,08 %. Insgesamt liegen die Erledigungszahlen über den Neuzugängen. Bestände wurden abgebaut.

Amtsgerichte Zivil- und Familiensachen (Erledigungen):

Die Ist-Planwert-Abweichungen bewegen sich im Berichtszeitraum mit -9,46 % bei den Eingängen und -6,93 % bei den Erledigungen im tolerablen Rahmen.

Unabhängig von den Abweichungen konnten in allen Amtsgerichten Rückstände in Familiensachen abgebaut werden. In Zivilsachen ist wegen des zwischenzeitlichen Wegfalls der Corona-Beschränkungen von einer baldigen Normalisierung des Klagerverhaltens auszugehen. Bestände wurden abgebaut.

Landgericht: Richter in Zivilsachen (VZÄ):

Die Ist-Planwert-Abweichung beträgt im Berichtszeitraum mit 4,94 % (0,864 VZÄ). Bestände wurden abgebaut.

E-Justice:

Modernisierung und Digitalisierung/E-Akte

Das bremische Projekt leidet weiterhin unter verzögerten und fehlerbehafteten Produktzulieferungen aus den diversen Entwicklungsverbänden. Das Ressort ist dennoch zuversichtlich, bei steigender Produktqualität das Ziel der flächendeckenden Einführung der e-Akte bis zum 01.01.2026 noch zu erreichen. Im Jahresergebnis konnte insgesamt 80 Arbeitsplätze umgestellt werden.

Verbesserung des Personalmarketings durch Steigerung des Bekanntheitsgrades der Justiz:

Es wurden eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt. Das Ziel der Verbesserung des Personalmarketings durch Steigerung des Bekanntheitsgrades der Justiz wurde im Jahresergebnis erreicht.

Strafverfolgung

Staatsanwaltschaft: Staats- und Amtsanwäl/innen (VZÄ)

In dem Berichtszeitraum liegt der Personaleinsatz um 13,313 VZÄ bzw. 19,87 % über den Planungen. Zur Bewältigung der Greensill und EncroChat-Verfahren ist eine Personalaufstockung durch den Senat bewilligt worden. Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft gegeben. Die Zielerreichung ist im Jahresergebnis erfolgt.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	51.640	46.359	5.280	11,39 %	50.553	50.551	51.639	1.088	46.359
Investive Einnahmen	44	0	44	∞ %	26	26	44	18	0
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	563	0	563	∞ %	563	562	562	0	0
-Land, Stadtgem. u. intern	563	0	563	∞ %	563	562	562	0	0
- von Bremerhaven			0					0	
Entnahme Rücklage	3.572	2.298	1.274	55,45 %	3.572	3.572	3.572	0	2.298
budgetierte Einnahmen	55.819	48.657	7.161	14,72 %	54.714	54.711	55.817	1.106	48.657
Personalausgaben	98.317	86.952	11.365	13,07 %	98.652	98.651	98.317	-334	86.952
Sonst. konsumtive Ausgaben	62.776	63.643	-867	-1,36 %	66.263	66.265	62.778	-3.487	63.643
Zinsausgaben	0	0	0		0			0	0
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	3.051	1.102	1.949	176,85 %	3.154	3.078	3.053	-25	1.102
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	2.469	2.429	40	1,66 %	2.469	2.470	2.470	0	2.429
- Land, Stadtgem. u. intern	2.014	1.974	40	2,04 %	2.014	2.015	2.015	0	1.974
- an Bremerhaven	455	455	0	0,00 %	455	455	455	0	455
Zuführung Rücklage	78	0	78	∞ %	78	78	78	0	0
budgetierte Ausgaben	166.691	154.126	12.565	8,15 %	170.616	170.542	166.696	-3.846	154.126
Saldo	-110.872	-105.469	-5.403	-5,12 %	-115.902	-115.831	-110.879	4.952	-105.469

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	1.580	2.035	2.035	10.234
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	3.321
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	2.140
Allgemeine Budgetrücklage	6.034
Investive Budgetrücklage	129

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				82.834	82.831	3	82.834	82.831	3
Temporäre Personalmittel				1.149	1.149	0	1.149	1.149	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				3.204	3.204	0	3.204	3.204	0
Zwischensumme				87.188	87.185	3	87.188	87.185	3
Refinanzierte				1.006	1.076	-69	1.006	1.076	-69
Ausbildung				4.065	4.071	-6	4.065	4.071	-6
Nebentitel				6.058	6.320	-262	6.058	6.320	-262
Insgesamt				98.317	98.652	-334	98.317	98.652	-334
dar.: Beihilfe / Nachvers.				3.191	3.191	0	3.191	3.191	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				1.391,4	1.386,1	5,3	1.391,4	1.386,1	5,3
Temporäre Personalmittel				19,5	17,0	2,5	19,5	17,0	2,5
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				53,2	55,5	-2,3	53,2	55,5	-2,3
Zwischensumme				1.464,1	1.458,6	5,5	1.464,1	1.458,6	5,5
Refinanzierte				13,4		13,4	13,4		13,4
Ausbildung				181,9	183,9	-2,0	181,9	183,9	-2,0
Insgesamt				1.659,4		1.659,4	1.659,4		1.659,4
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				1.659,4		1.659,4	1.659,4		1.659,4
nachr.: Abwesende				78,6		78,6	78,6		78,6

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre	27,8	22,5	26,1
Beschäftigte über 55 Jahre	18,8	17,5	19,4
Frauenquote	63,6	50,0	62,3
Teilzeitquote	26,6	35,0	26,6
Schwerbehindertenquote	3,8	6,0	4,0

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Ahndung von Straftaten und Durchsetzung des Strafanspruchs des Staates zum Schutz der Allgemeinheit durch Rechtsprechung in Strafsachen; Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ●

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300550(L) AGe: Strafsachen - Erledigungen [Anz.]	6.387,000	7.100,000	-713,000	-10,04 %	7100,00		
ERLD22(L) Landgericht: Strafsachen (Erledigungen) [Anz.]	549,000	480,000	69,000	14,37 %	480,00		
300551(L) AGe: Richter in Strafsachen [VZÄ]	22,849	21,100	1,749	8,29 %	21,10		
P11024(L) Landgericht: Richter in Strafsachen [VZÄ]	32,579	29,600	2,979	10,06 %	29,60		

Zielbezug:
Amtsgerichte: Strafsachen (Erledigungen):

Die Ist-Planwert-Abweichungen bewegen sich im Jahresergebnis im tolerablen Rahmen. Die Eingänge in Strafsachen bleiben bei allen drei Amtsgerichten hinter den Planungen zurück. Im Mittel ergibt sich eine Planwertunterschreitung von -8,39 %. Die deutlichste Unterschreitung ist beim Amtsgericht Br.-Blumenthal mit -15,22 % zu verzeichnen.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich auch bei den Erledigungen ab. Diese bleiben im Mittel mit -10,04 % hinter den Planwerten zurück. Die deutlichste Unterschreitung ergibt sich beim Amtsgericht Br.-Blumenthal mit -16,67 %. Die Erledigungen liegen insgesamt unter den Eingängen, ein Bestandsabbau war daher leider nicht möglich.

Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist in allen Amtsgerichten gewährleistet gewesen. Der Einsatz an Richter:innen wurde im Verhältnis zu den Planwerten in allen Amtsgerichten erhöht, im Mittel ergibt sich eine Ist-Planwert Abweichung von 8,29 %.

Gemäß den Berichten der Amtsgerichte ist das Ziel der Ahndung von Straftaten und die Durchsetzung des Strafanspruches des Staates zum Schutz der Allgemeinheit durch Rechtsprechung in Strafsachen der Amtsgerichte nicht gefährdet gewesen. Eine Zielerreichung ist erfolgt.

Landgericht Strafsachen (Erledigungen):

Abgebildet sind die erst- und zweitinstanzlichen Verfahren in Strafsachen. Bei den Ist-Werten ergibt sich bei den Eingängen eine Ist-Planwert-Abweichung in Höhe von 94 Verfahren, bzw. 20,43 %, d.h. es sind deutlich mehr Verfahren eingegangen als geplant. Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den Erledigungen ab. Diese liegen mit einer Ist-Planwert-Abweichung von 69 Verfahren, bzw. 14,37 % ebenfalls deutlich über den Erwartungen. Angesichts der weiterhin deutlich über den Prognosen liegenden Eingangszahlen war ein weiterer Anstieg der Bestände trotz der Einrichtung einer weiteren Kammer nicht vollständig zu vermeiden.

Der Vorjahresentwicklung folgend fiel im Jahresergebnis besonders erheblich eine deutliche Erhöhung der Umfangshaftsachen aus dem Bereich der organisierten Kriminalität ins Gewicht. In die sogenannten „EncroChat“-Verfahren werden fast alle Strafkammern mit erheblichen Anteilen mit eingebunden. Die Verfahren, die bislang allesamt als Haftsachen geführt wurden, zeichnen sich durch äußerst aufwändige Verhandlungen aus, die besonders ressourcenintensiv geführt werden müssen. Das Landgericht geht davon aus, dass dieses Kriminalitätsphänomen die Strafkammern die nächsten Jahre begleiten wird, so dass mit der ursprünglich prognostizierten Ausstattung die prognostizierten Erledigungen voraussichtlich nicht erreicht werden können. Durch einen erhöhten Personaleinsatz von 2,979 VZÄ, bzw. 10,06 % soll der Entwicklung begegnet werden.

Gemäß Mitteilung des Landgerichts konnten trotz der über den Prognosen liegenden Eingangszahlen deutliche Reduzierungen des Bestandes erfolgen. Auf die hohe Anzahl an Eingängen wurde durch einen aufgestockten Personaleinsatz reagiert. Durch die Schaffung von neuen Strafkammersälen standen erstmals nach vielen Jahren ausreichend Saalkapazitäten für die Strafkammern zur Verfügung.

Das Ziel der Ahndung von Straftaten und die Durchsetzung des Strafanspruches des Staates zum Schutz der Allgemeinheit durch Rechtsprechung in Strafsachen ist nach dem Bericht des Gerichts nicht gefährdet gewesen. Eine Zielerreichung ist erfolgt.

Amtsgerichte Richter in Strafsachen (VZÄ)

Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist in allen Amtsgerichten im Jahresergebnis gewährleistet gewesen. Der Einsatz an Richter:innen wurde in den Amtsgerichten erhöht, im Mittel ergibt sich eine Ist-Planwert Abweichung von 1,749 VZÄ, bzw. 8,29 %.

Landgericht Richter in Strafsachen (VZÄ)

Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist im Landgericht im Jahresergebnis gewährleistet gewesen. Durch einen erhöhten Personaleinsatz von 2,979 VZÄ, bzw. 10,06 % ist der Entwicklung der Verfahrenszahlen begegnet worden.

Gewährleistung des Strafvollzugs und der Untersuchungshaft im Land Bremen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben



	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300514(L) JVA: Belegungs-/Auslastungsgrad [%]	91,06	89,54	1,52		89,54		

Zielbezug:

Der Belegungsgrad der JVA beläuft sich auf 91,06 % und übersteigt mit 1,52 % die Planung. Die Anzahl der Hafttage wird um 4.003 Hafttage überschritten. Die JVA verfügt über 717 Haftplätze. Geplant war mit einer Belegung von durchschnittlich 642 Insassen. Im Berichtszeitraum waren durchschnittlich 653 Insassen inhaftiert.

Die JVA war ferner mit durchschnittlich 55 EFS-Gefangenen belegt.

Die Vollstreckung von Straf- und Untersuchungshaft wurde gewährleistet. Die Zielvorgabe ist im Berichtszeitraum laut JVA erreicht worden.

Gewährung v. Rechtsschutz u. Herstellung v. Rechtssicherheit f. d. Allgemeinheit d. Rechtsprechung in Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten; Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung



	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300512(L) Landgericht: Zivilsachen (Erledigungen) [Anz.]	2.382,000	2.620,000	-238,000	-9,08 %	2620,00		
ERLD19(L) AGe:Zivil- und Familiensachen (Erledig.) [Anz.]	13.867,000	14.900,000	-1.033,000	-6,93 %	14900,00		
300513(L) Landgericht: Richter in Zivilsachen [VZÄ]	18,364	17,500	0,864	4,94 %	17,50		
P11025(L) AGe: Richter in Zivil- u.Familiensachen [VZÄ]	29,578	29,900	-0,322	-1,08 %	29,90		

Zielbezug:

Landgericht: Zivilsachen (Erledigungen)

Abgebildet sind die erst- und zweitinstanzlichen Verfahren in Zivilsachen. Bei den Ist-Werten ergibt sich bei den Erledigungen eine Ist-Planwert-Abweichung in Höhe von -238 Verfahren, bzw. -9,08 %. Auch die Eingänge bleiben mit einer Ist-Planwert- Abweichung von -234 Verfahren, bzw. -9,00 % hinter den Planungen zurück. Insgesamt liegen die Erledigungszahlen knapp über den Neuzugängen. Bei leicht erhöhtem Personaleinsatz von 0,864 VZÄ, bzw. 4,94 % war es möglich, Bestände abzubauen.

Soweit sich der über den Prognosen liegende Personaleinsatz nicht proportional auf die Erledigungen ausgewirkt hat, ist dieses maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die Zivilkammern im vergangenen Jahr sukzessive auf die Arbeit mit der elektronischen Akte umgestellt wurden, welches gerade in der Einführungsphase zu Effizienzverlusten geführt hat.

Gemäß Bericht des Gerichts ist das Ziel der Gewährung von Rechtsschutz und Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in Zivilrechtsstreitigkeiten vor dem Landgericht nicht gefährdet gewesen.

Amtsgerichte Zivil- und Familiensachen (Erledigungen):

Die Ist-Planwert-Abweichungen bewegen sich im Jahresergebnis mit -9,46 % bei den Eingängen und -6,93 % bei den Erledigungen im tolerablen Rahmen. Der Personaleinsatz wurde insgesamt um -0,322 VZÄ, bzw. -1,08 % gesenkt und entspricht der Verfahrensbelastung.

In Familiensachen liegen die Eingänge bei dem Amtsgericht Bremerhaven rund 8,64 % über den Planwerten, beim Amtsgericht Br.-Blumenthal 5,00 %, sowie beim Amtsgericht Bremen rund -7,92 % unter den Erwartungen. Bei den Erledigungen ergeben sich bei den Amtsgerichten teils deutliche Planwertüberschreitungen. Unabhängig von den Abweichungen konnten in allen Amtsgerichten Rückstände abgebaut werden.

In Zivilsachen liegen sowohl die Eingänge, als auch die Erledigungen in allen drei Amtsgerichten deutlich unter den Planungen. Wegen des zwischenzeitlichen Wegfalls der Corona-Beschränkungen ist von einer alsbaldigen Normalisierung des Klagverhaltens auszugehen. Die Zeiten geringerer Eingangszahlen können für den vermehrten Bestandsabbau genutzt werden.

Gemäß den Berichten der Amtsgerichte ist das Ziel der Gewährung von Rechtsschutz und die Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in zivil- und familiengerichtlichen Verfahren der Amtsgerichte nicht gefährdet gewesen.

Landgericht: Richter in Zivilsachen (VZÄ)

Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist im Jahresergebnis im Landgericht gewährleistet gewesen. Durch einen erhöhten Personaleinsatz von insgesamt im Mittel 0,864 VZÄ, bzw. 4,94 % ist es gelungen, die Bestände zu reduzieren.

Amtsgerichte: Richter in Zivil- und Familiensachen (VZÄ)

Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist in allen Amtsgerichten gewährleistet gewesen. Der Personaleinsatz wurde insgesamt im Mittel um -0,322 VZÄ, bzw. -1,08 % gesenkt und entspricht der Verfahrensbelastung.

**Modernisierung und Digitalisierung der Justiz; Einführung der elektronischen Akte (e-justice);
 Verbesserung des Personalmarketings durch Steigerung des Bekanntheitsgrades der Justiz**



	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301554(L) umgestellte Arbeitsplätze (e-justice) [Anz.]	80,000	226,000	-146,000	-64,60 %	226,00		
301555(L) Veranstaltungen Personalmarketing [Anz.]	9,000	4,000	5,000	125,00 %	4,00		

Zielbezug:

Modernisierung und Digitalisierung der Justiz / Einführung der elektronischen Akte (e-justice):

Das bremische Projekt leidet weiterhin unter verzögerten und fehlerbehafteten Produktzulieferungen aus den diversen Entwicklungsverbänden. Die Komplexität der Zusammenarbeit der Produkte bleibt eine große Herausforderung.

Über den Lenkungskreis und in den einzelnen Arbeitsgruppen wirkt die IT-Stelle Justiz auf eine Verbesserung der Qualität der Softwarezulieferungen hin. Insoweit ist das Ressort zuversichtlich, bei steigender Produktqualität das Ziel der flächendeckenden Einführung der e-Akte bis zum 01.01.2026 noch zu erreichen.

Im Jahresergebnis konnte insgesamt 80 Arbeitsplätze umgestellt werden.

Verbesserung des Personalmarketings durch Steigerung des Bekanntheitsgrades der Justiz:

Im Rahmen des Personalmarketings wurden in 2023 folgende Veranstaltungen durchgeführt: Job4U im Weserstadion, Vocatium in der Messehalle 6, Zukunftstag in verschiedenen Dienststellen, Berufsinformationstag im Gymnasium Horn, in der Schule Ronzellenstraße, in der Oberschule Lessingstr. sowie in den Berufsbildenden Schulen in Osterholz-Scharmbeck.

Weiterhin wurde ein Schnuppertag in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit am 19.10.23 realisiert. Ein wesentlicher Schritt im Rahmen des Personalmarketings konnte durch die Starts der Social Media Accounts auf Instagram, Facebook und Youtube Shorts gemacht werden.

Das Ziel der Verbesserung des Personalmarketings durch Steigerung des Bekanntheitsgrades der Justiz wurde im Jahresergebnis erreicht.

**Strafverfolgung zur Durchsetzung des Strafanspruchs des Staates und zum Schutz der Allgemeinheit;
 Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung**



	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
ERLD34(L) StA:Ermittlungsverf. -Js- (Erledigungen) [Anz.]	69.842,000	69.000,000	842,000	1,22 %	69000,00		
P11029(L) StA: Staats-Anwalt/innen [VZÄ]	80,313	67,000	13,313	19,87 %	67,00		

Zielbezug:
 Staatsanwaltschaft: Ermittlungsverfahren (Erledigungen)

Die Erledigungszahlen liegen im Jahresergebnis mit 842 Vorgängen, bzw. 1,22 % oberhalb der Planungen. Die Ist-Planwert-Abweichungen liegen im Rahmen der Schwankungen, die erfahrungsgemäß in der unterjährigen Entwicklung zu kalkulieren sind.

Ein umfassender Bestandsaufbau konnte infolge der weiterhin hohen Bestände bislang nicht realisiert werden. Trotz höherer Erledigungsquoten liegen die Eingänge weiterhin über den Erledigungen welches einen Bestandsabbau erschwert. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Eine Zielerreichung im Jahresergebnis erfolgt.

Staatsanwaltschaft: Staats- und Anwalt/innen (VZÄ)

In dem Berichtszeitraum liegt der Personaleinsatz um 13,313 VZÄ bzw. 19,87 % über den Planungen. Zur Bewältigung der Greensill- und EncroChat-Verfahren ist eine Personalaufstockung durch den Senat bewilligt worden, welche im Jahresverlauf umgesetzt worden ist. Die Sicherstellung einer angemessenen, an der Verfahrensbelastung ausgerichteten Personalausstattung ist nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft gegeben. Die Zielerreichung ist im Jahresergebnis erfolgt.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die Einnahmen im Produktplan Justiz resultieren in der Hauptsache aus den Einnahmen der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus Gerichtsgebühren und Geldstrafen. Sie werden durch die Geschäftsentwicklung bestimmt und sind insoweit nicht steuerbar. Für den Bereich des Justizvollzugs sind die von den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalt erwirtschafteten Einnahmen prägend.

Im Jahresergebnis sind konsumtive Ist-Einnahmen von rd. 51,639 Mio. EUR erzielt worden, welche den Planwert um rd. 5,280 Mio. EUR, bzw. 11,39 % übertreffen. Die Einnahmeprognosen mussten im Jahresverlauf mehrfach deutlich nach unten angepasst werden. Abweichend von der Prognose zum Halbjahrescontrolling wurden die Einnahmeerwartungen (53,446 Mio. EUR) im Augustcontrolling bereits um 400 Tsd. EUR auf 53,046 Mio. EUR gesenkt. Im Septembercontrolling erfolgte nochmals eine Reduzierung um rund 1,119 Mio. EUR auf 51,927 Mio. EUR. Für das Novembercontrolling erfolgte nach Rückmeldung der Dienststellen erneut eine Reduzierung um 360 Tsd. EUR. Ursächlich hierfür ist weiterhin insbesondere eine geringere Einnahmeentwicklung bei den Amtsgerichten. Eine Anhebung der Prognose war hingegen im Bereich des Oberlandesgerichts durch höhere Einnahmen aus der eKostenmarke vorzunehmen.

Die Einnahmen ohne Vermögensabschöpfung liegen bei rund 49,290 Mio. EUR und bewegen sich demnach deutlich unter dem Niveau des vergangenen Jahres (51,427 Mio. EUR).

Aus den Ist-Planwert-Abweichungen des Berichtszeitraums lassen sich nur bedingt Rückschlüsse auf das Jahresergebnis ziehen. Der größte Teil der Planwertüberschreitungen entfällt auf die Einnahmen aus den Gerichtsgebühren und Geldstrafen (Titel 11202), hier allein in Höhe von rund 1,2 Mio. EUR. Deutliche Planwertüberschreitungen sind weiterhin im Bereich des Oberlandesgerichts, dem Landgericht, sowie dem Verwaltungsgericht feststellbar. Zurückzuführen ist die Entwicklung im Wesentlichen auf besonders kostenrelevante Einzelverfahren. Planwertunterschreitungen ergeben sich beim Sozialgericht, Arbeitsgericht, dem Amtsgericht Blumenthal, sowie dem Landesarbeitsgericht.

Für das erste Quartal 2023 ließ sich ein besonders starker Anstieg an Einnahmen erkennen, in der Jahresentwicklung ist dieses jedoch nicht ungewöhnlich, da das erste Quartal regelmäßig mit Ergebnissen deutlich über denen des Vorquartals abschließt. Nach Ende des zweiten Quartals war festzustellen, dass die Einnahmen wie üblich hinter dem Ergebnis des ersten Quartals zurückbleiben, das Vorjahresquartalergebnis jedoch übersteigen. Nach den Ergebnissen des Septembercontrollings musste festgestellt werden, dass sich die Einnahmeprognosen nochmals deutlich reduziert haben. Schwerpunkte der Rückgänge bilden die Grundbuchsachen der Amtsgerichte. Dieser Trend hat sich auch bis zum Jahresende fortgesetzt.

Festzustellen ist im Bereich der Einnahmeentwicklung weiterhin, dass die Einnahmen im Bereich des Landgerichts für den Verkauf der Gerichtskostenstempler deutlich infolge der Einführung der elektronischen Kostenmarke zurückgegangen sind und sich der Trend vermutlich fortsetzen wird. Eine Kompensation der Einnahmeverluste wird durch Gebührenanteile für die eKostenmarke nicht erfolgen können. Die diesbezüglichen Einnahmen werden im Haushalt des Oberlandesgerichts vereinnahmt und sorgen dort für ein positives Einnahmeergebnis. In der Gesamtbetrachtung des Produktplanes ist künftig mit deutlich weniger Einnahmen zu rechnen. Gleichmaßen ist davon auszugehen, dass sich die Einnahmen der Amtsgerichte im Bereich der Grundbuchsachen nur noch geringfügig im Vergleich zum Vorjahr erhöhen werden. Die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung zeigt eine Verlangsamung des stetigen Gebührenanstieges.

Weitere Planwertüberschreitungen entfallen auf die Drittmittel aus EU-geförderten Projekten und Zuschüssen Dritter im Zshg. mit Personalabordnungen an Bundesgerichte etc., die Planwertüberschreitungen resultieren aus zeitlichen Verschiebungen bzw. neuen Projekten oder überplanmäßigen Abordnungen. Für die Erreichung der Einnahmeanschläge sind diese Überschreitungen nicht relevant. Bloße zeitliche Verschiebungen führen zu keinen Verbesserungen. Einnahmen aus neuen Projekten und überplanmäßigen Abordnungen verstärken die Ausgaben als Einnahmeverfüugungsmittel und gehen mit entsprechenden Sollerhöhungen einher.




Mehreinnahmen aus der Vermögensabschöpfung schlagen sich ebenfalls in den Ist-Planwert-Abweichungen nieder. Im Bereich der Vermögensabschöpfung wurden im Berichtszeitraum weiterhin viele Verfahren - auch Haftsachen - verhandelt. Eine Aussage über die der Staatskasse zufließenden Beträge kann grundsätzlich erst getätigt werden, wenn eine rechtskräftige Entscheidung getroffen ist. Im Jahresergebnis konnten Einnahmen in Höhe von rund 2,350 Mio. EUR generiert werden. Die Einnahmen wurden zum Zwecke der Nachbewilligung für das Innenressort in Höhe von 0,809 Mio. EUR, sowie für das Justizressort in Höhe von 1,225 Mio. EUR genutzt. Die weiteren generierten Beträge von rund 0,315 Mio. EUR fallen dem Gesamthaushalt zu, siehe auch Abrechnungsunterlagen des PPL11 für den Jahresabschluss 2023.

Weitere Planwertüberschreitungen resultieren aus den Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieher, der Ausbuchung verjährter Hinterlegungen beim Amtsgericht Bremerhaven, Einnahmen aus dem automatisierten Grundbuchabrufverfahren, sowie im Bereich der Haftkostenerstattungen.

Investive Einnahmen

Dargestellt sind die investiven Mehreinnahmen aus Erlösen aus dem Verkauf beweglicher Gegenstände in der Justizvollzugsanstalt.

PPL: 11 Justiz
Version: 01-14/23 21.03.24
Verantw.: Dr. Schilling

Einhaltung Finanzdaten: Land 
Einhaltung Personaldaten: Land 
Einhaltung strategische Ziele: Land 

- Land bzw. Stadtgemeinde haushaltsintern

Die Verrechnungseinnahmen bilden EU-Fördermittel für die Projekte Chance und DPA (Diagnose, Profiling, Assessment) ab, die vom Arbeitsressort vereinnahmt und über Verrechnungshaushaltsstellen an das Justizressort bzw. die Justizvollzugsanstalt Bremen als Projektträger erstattet werden. Die Einnahmen verstärken als Einnahmeverfüngungsmittel die Personal- und sonstigen konsumtiven Ausgaben. Im Jahresergebnis sind 0,562 Mio. EUR an Einnahmen eingegangen.

Entnahme Rücklage

Die Rücklagenentnahmen des Ressorts werden zentral in der PGR 11.90.01 dargestellt. Im vorHH-Soll/Ist abgebildet ist die im Haushaltsplan veranschlagte Entnahme aus der allgemeinen Budgetrücklage Justiz in Höhe von 2,298 Mio. EUR. Diese Entnahme dient zur Abdeckung von personellen und konsumtiven Mehrbedarfen der IT-Stelle. Aufgrund von geplanten Personalmehrbedarfen in der Justizvollzugsanstalt war darüber hinaus eine weitere Rücklagenentnahme von 1 Mio. EUR erforderlich.

Ebenfalls im vorHH-Soll/Ist dargestellt ist die Entnahme der im Vorjahresergebnis festgestellten investiven Rücklage von 0,059 Mio. EUR (hierbei handelt es sich jedoch nur um den Teilbetrag, der nach den ab 2023 gültigen neuen Regelungen für die investive Rücklagenentnahme ausgekehrt werden konnte. Die volle Summe der 2022 festgestellten investiven Rücklage beträgt 0,274 Mio. EUR).

Schließlich wurde jedoch auch der überwiegende Teil des Restbetrags der investiven Rücklage, der – wie beschrieben – nicht entnommen wurde, als Mehreinnahme (Einnahmesollerhöhung) genutzt. Zum einen wurde ein Betrag von ca. 0,159 Mio. EUR zur Auflösung der Globalen Minderausgabe (Senatsbeschluss vom 17.10.2023) angeboten. Zum anderen wurde ein Betrag von 0,055 Mio. EUR zugunsten des Landgerichts genutzt, um einen externen Sitzungssaal (EncroChat, investiv) anteilig zu finanzieren.

Die Ist-Planwert-Abweichung von 1,274 Mio. EUR bzw. 55,45 % ergibt sich aus der zusätzlichen Entnahme aus der allgemeinen Budgetrücklage zugunsten der Justizvollzugsanstalt sowie der fast vollständigen Nutzung der investiven Rücklage.

Personalausgaben

Für den Berichtszeitraum werden Ist-Planwert-Abweichungen von rd. 11,365 Mio. EUR, bzw. 13,07 % ausgewiesen. Diese korrespondieren im Wesentlichen mit den in der Jahresplanung ausgewiesenen Mehrausgaben der unter dem Punkt Budgeteinhaltung zu a. bis d. gelisteten Mehrbedarfen. Im Jahresergebnis sind Personalausgaben in Höhe von 98,317 Mio. EUR zur Entstehung gelangt.

Im Vergleich zur Septemberberichterstattung ergibt sich eine deutliche Erhöhung der Mehrausgaben, da sich das vorHH-Soll infolge der zu erwartenden Nachbewilligungen deutlich erhöht hat und infolge der Abarbeitung von Vorgängen im Zusammenhang mit der BAG-Rechtsprechung auch höhere unerwartete Beträge im Ist kassenwirksam wurden. Siehe diesbezüglich auch die Ausführungen zur Budgeteinhaltung.

In das vorHH-Soll sind die Nachbewilligungen für die Besoldungs- und Entgelterhöhung 2023 (2,196 Mio. EUR), sowie für Familienzuschläge (0,959 Mio. EUR) und Weihnachtsgelder (0,465 Mio. EUR) eingerechnet. Ferner enthalten sind die im Jahresverlauf zugeflossenen nicht veranschlagten Einnahmeverfüngungs- und Drittmittel in Höhe von 1,575 Mio. EUR. Weiterhin eine Nachbewilligung in Höhe von 1 Mio. EUR zugunsten des Kernhaushaltes, vorrangig zur Kompensation der Mehrausgaben in der Justizvollzugsanstalt.

Weiterhin berücksichtigt wurde eine Nachbewilligung in Höhe von 16,25 Tsd. EUR für das Projekt DMS, ehemals Handlungsfeld Bürgerservice B4, sowie Nachbewilligungen für Beihilfen und Nachversicherungen in Höhe von insgesamt 0,744 Mio. EUR. Für die Personalmehraufwendungen im Zusammenhang mit der Vermögensabschöpfung erfolgten Nachbewilligungen in Höhe von 1,782 Mio. EUR, sowie für die Umfangsverfahren Greensill/Convivo in Höhe von 0,622 Mio. EUR. Zum Ausgleich der Mehraufwendungen im Zusammenhang mit dem Ermittlungskomplex der EncroChat-Verfahren erfolgten Einnahmesollerhöhungen in Höhe von 1,225 Mio. EUR.

Das Jahresergebnis schließt mit ausgewiesenen Personalminderausgaben in Höhe von 0,334 Mio. EUR. Diesbezüglich ist zu bemerken, dass im HH-Soll Haushaltsreste aus dem Vorjahr ohne Liquidität (0,319 Mio. EUR aus Drittmittelprojekten) eingerechnet sind. Gemäß Jahresabschluss werden im Bereich der übertragbaren Personalausgaben Reste in Höhe von 0,241 Mio. EUR gebildet und in das Folgejahr zu übertragen sein.

Die im Rahmen der Auflösung der globalen Minderausgaben zu leistenden Umlagebeträge im Bereich der Personalausgaben in Höhe von 0,126 Mio. EUR (Minderausgaben Personalnebenittel) sind in das vorHH-Soll eingerechnet worden.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Im Jahresergebnis sind konsumtive Ausgaben in Höhe von insgesamt 62,778 Mio. EUR festzustellen. Im Vorjahresvergleich (IST-Wert: 60,079 Mio. EUR) entspricht dieses einer Kostensteigerung von rund 2,7 Mio. EUR. Das Ergebnis ist letztlich doch geringer ausgefallen, als im Rahmen der unterjährigen Controllingberichte prognostiziert.

Die im Rahmen der Halbjahresberichterstattung vorgenommene Prognose war insbesondere im Bereich der Auslagen in Rechtssachen noch mit einigen Unsicherheiten behaftet und konnte lediglich als Tendenz betrachtet werden. Hinsichtlich der Entwicklung im Bereich der Gebäudebewirtschaftung ergaben sich bis zum Jahresende noch unabsehbare Risiken. Im Vergleich zum Halbjahrescontrolling waren die Ausgabeprognozen für das Septembercontrolling deutlich um rund 0,523 Mio. EUR gestiegen (Prognose Ist: 64,226 Mio. EUR). Für das Novembercontrolling ergab sich wiederum eine leichte Entspannung. Im Vergleich zur Vorberichterstattung wurden seinerzeit rund 0,575 Mio. EUR weniger an Ausgaben prognostiziert. Das Jahresergebnis schloss sodann nochmals mit 0,873 Mio. EUR weniger an Ausgaben. Im Hinblick auf zu erwartende Kostensteigerungen als Auswirkung gesetzlicher Änderungen wie beispielsweise durch die Kostenrechtsänderungsgesetze, waren die Anschläge infolge von Hochrechnungen soweit möglich erhöht worden. Die Auswirkungen waren im Berichtsjahr nicht in der prognostizierten Höhe spürbar und werden sich mit zeitlicher Verzögerung voraussichtlich im Folgejahr abbilden.

Insgesamt werden rund 3,487 Mio. EUR als Minderausgaben ausgewiesen, hierbei handelt es sich jedoch in Höhe von 3,001 Mio. EUR um nicht liquide Haushaltsreste.

Von den Ist-Ausgaben entfällt ein Großteil auf die Auslagen in Rechtssachen. Im Rahmen der Umsetzung der Realisierung der globalen Minderausgabe wurden Anschlagsmittel in Höhe von 1,120 Mio. EUR zur Nachweisung aufgegeben. Die zur Verfügung stehenden Barmittelanschlüsse haben sich demzufolge deutlich reduziert. Im Berichtszeitraum sind im Jahresergebnis 41,029 Mio. EUR für Auslagen in Rechtssachen (ohne Portokosten) aufgewendet worden. Dieses entspricht einem Anteil von rund 65,36 % der prognostizierten Ist-Ausgaben.

Im Berichtszeitraum wurden Ist-Planwert-Unterschreitungen in Höhe von -0,867 Mio. EUR, bzw. -1,36 % ausgewiesen. In einigen konsumtiven Ausgabebereichen sind starke Schwankungen bei den Mittelabflüssen zu identifizieren.

Bei den Auslagen in Rechtssachen stellen sich die Ist-Planwert-Abweichungen im Berichtszeitraum wie folgt dar:

- Sachverständige: Unterschreitung um 1,223 Mio. EUR (-11,68 %),
- Zeugen: Unterschreitung um 0,136 Mio. EUR (-39,92 %),
- Entschädigungen bei PKH: Unterschreitung um 0,807 Mio. EUR (-17,73 %),
- Pflichtverteidigergebühren: Unterschreitung um 0,033 Mio. EUR (-0,91%),
- Sonstige Auslagen in Rechtssachen: Überschreitung um 1,109 Mio. EUR (5,06 %).

Gemäß den Berichterstattungen der Dienststellen ist bei den Amtsgerichten insbesondere im Bereich der sonstigen Auslagen – hier besonders bei den Betreuervergütungen und den Insolvenzverwaltervergütungen – ein Ausgabeanstieg erkennbar. Im Bereich des Landgerichts sind die Kosten für Unterbringungen deutlich gestiegen. Bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben ergeben sich für alle Dienststellen Kostensteigerung im Bereich der Gebäudebewirtschaftung und teilweise der Mietzinszahlungen. Hier ergeben sich Planwertüberschreitungen durch erforderliche Neuanmietungen und Mietzinssteigerungen infolge Anstieges des Verbraucherpreisindex. Die Ist-Planwert-Abweichung beträgt vorliegend rund 0,188 Mio. EUR, dieses entspricht rund 17,56 %. Im Bereich der Mietnebenkosten (Gruppe 517) haben sich die prognostizierten Abweichungen im Jahresergebnis relativiert.

Das Jahresergebnis liegt mit 62,778 Mio. EUR deutlich über den Vorjahresergebnissen 2022. Auf weitere zu erwartende Kostensteigerungen - insbesondere im Bereich der Auslagen in Rechtssachen - hat das Ressort im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2024/2025 bereits hingewiesen.

Investive Ausgaben

Im Berichtszeitraum werden investive Ausgaben in Höhe von 3,053 Mio. EUR ausgewiesen, es ergibt sich mithin eine Ist-Planwert Abweichung von 1,949 Mio. EUR, bzw. 176,85 %. Das Jahresergebnis entspricht insoweit den Prognosen des unterjährigen Controllings.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis (2,861 Mio. EUR EUR) liegen die Ausgaben rund 0,192 Mio. EUR höher.

Die Sollerhöhungen beruhen auf PPL-internen Verlagerungen, Zuführungen aus der investiven Budgetrücklage, sowie einer Nachbewilligung in Höhe von 1,888 Mio. EUR aus dem Handlungsfeld Klimaschutz. Weiterhin waren zur Begleichung der investiven Mehrbedarfe im Zusammenhang mit dem Sitzungssaal im Sielhof Nachbewilligungen in Höhe von 0,322 Mio. EUR erforderlich.

Ein vollständiger Mittelabfluss konnte nicht erreicht werden. Ein Betrag in Höhe von 0,077 Mio. EUR soll der investiven Budgetrücklage zugeführt werden, da der Zweck der Ausgaben fortdauert und ein sachliches Bedürfnis für die Zuführung in die Rücklage besteht. Für die zentral im Produktbereich 11.90 abgebildete Rücklagenzuführung wurde eine entsprechende Sollabsenkung im HH-Soll der investiven Ausgaben vorgenommen.

Im Jahresergebnis werden Minderausgaben in Höhe von rund 0,025 Mio. EUR ausgewiesen.

-Land bzw. Stadtgemeinde haushaltsintern

Die Erstattungen / Verrechnungen bilden Pauschalerstattungen an die Polizei Bremen für Ermittlungskosten und Kfz-Benutzung ab.

- an Bremerhaven




Die Erstattungen / Verrechnungen bilden die Pauschalerstattungen an die Ortspolizeibehörde Bremerhaven für Ermittlungskosten ab.

Zuführung Rücklage

Abgebildet ist die geplante Zuführung zur investiven Budgetrücklage in Höhe von 0,077 Mio. EUR. Stellvertretend für den Produktplan erfolgt die Zuführung zur Budgetrücklage in der Produktgruppe 11.90.01.

Die entsprechenden Sollminderungen beim vorHH-Soll der investiven Ausgaben sind in den jeweiligen Produktgruppen dargestellt.

PPL: 11 Justiz
Version: 01-14/23 21.03.24
Verantw.: Dr. Schilling

Einhaltung Finanzdaten: Land 
Einhaltung Personaldaten: Land 
Einhaltung strategische Ziele: Land 

Finanzierungssaldo

Der eckwertrelevante Finanzierungssaldo wird **eingehalten**. Auf Basis der Berichtsdaten erfolgt eine **Unterschreitung** um **1,631 Mio. EUR**.

Für die Mehrausgaben aus dem Kontrakt zur Vermögensabschöpfung - vgl. Ausführungen zur Budgeteinhaltung, dort Mehrausgaben zu c. - gilt in diesem Fall gemäß Kontrakt, dass die nicht innerhalb des Ressortbudgets oder aus Einnahmen der Vermögensabschöpfung / Unternehmensgeldbußen finanzierbaren Mehrausgaben im Rahmen eines durch den Senator für Finanzen zu erstellenden Lösungskonzeptes - nach Befassung durch den Haushalts- und Finanzausschuss - gesichert werden. Auch nach den Senatsbeschlüssen zu den aufgeführten Mehrbedarfen a. und b. (strafrechtliche Ermittlungskomplexe) sind Finanzierungsvorschläge durch den Senator für Finanzen zu entwickeln, soweit Finanzierungen nicht im Produktplan Justiz dargestellt werden können. Bislang war davon ausgegangen worden, dass die zum Punkt Budgeteinhaltung gelisteten Mehrbedarfe zu a. bis c. voraussichtlich zu einem größeren Anteil durch das Ressortbudget finanziert werden können. Im Rahmen eines Lösungskonzeptes wurde die Mehrbedarfe a. bis d. mit dem Finanzressort abgestimmt. Eine PPL-interne Lösung war nur zu einem geringeren Anteil möglich. Im Wesentlichen erfolgen Nachbewilligungen aus den Einnahmen der Vermögensabschöpfung, sowie ergänzend aus globalen Vorsorgemitteln des PPL92.

Folgende PPL-übergreifende Verlagerungen und Erwartungsfälle sind bei der Berechnung des Finanzierungssaldos (-105,469 Mio. EUR) zu Gunsten des PPL Justiz berücksichtigt worden (+10,337 Mio. EUR):

- 1,888 Mio. EUR aus Verstärkungsmitteln des Handlungsfeldes Klimaschutz,
- 3,621 Mio. EUR an Besoldungs- und Entgelterhöhungen sowie für Familienzuschläge und Weihnachtsgelder,
- 0,955 Mio. EUR für die Ausbildungsplanung 2022/2023 in 2023,
- 0,242 Mio. EUR als Ausgleich für die Ausbildungsplanung im 13. Monat,
- 0,744 Mio. EUR für Mehrausgaben bei Beihilfen und Nachversicherungen,
- 0,032 Mio. EUR für Personalkosten im Projekt DMS (ehemalige HF Bürgerservice B4),
- 1,782 Mio. EUR für Personalkosten, sowie 0,270 Mio. EUR für Sachausgaben im Zusammenhang mit der Intensivierung der Vermögensabschöpfung zu Lasten des PPL92 (Vorsorge für Versorgungsanpassungen),
- 0,622 Mio. EUR für Personalkosten, sowie 0,092 Mio. EUR für Sachausgaben im Zusammenhang mit den Umfangsverfahren Greensill/Convivo zu Lasten des PPL92 (Vorsorge für Versorgungsanpassungen),
- 0,005 Mio. EUR für Personalmehrausgaben für Hausmeisterdienste aus dem PPL97,
- 0,084 Mio. EUR für den Ausgleich der Performa Dienstleistungsentgelte.

Folgende PPL-übergreifende Verlagerungen sind zu Lasten des PPL Justiz berücksichtigt worden (-3,298 Mio. EUR):

- 0,809 Mio. EUR für Verlagerungen in den PPL07 Inneres und Sport aus den kassenwirksamen Mehreinnahmen der Vermögensabschöpfung,
- 0,061 Mio. EUR Sondersperre bei den konsumtiven Ausgaben im Bereich der nicht durch Testat gedeckten Zuwendungsanschlüsse,
- 1,120 Mio. EUR als Einsparung bei den konsumtiven Ausgaben für die Realisierung der GloMa Teil 1, sowie in Höhe von 0,058 Mio. EUR für die Realisierung der GloMa Teil 2,
- 0,126 Mio. EUR als Einsparung bei den Personalnebenentiteln für die Realisierung der GloMa Teil 1,
- 0,105 Mio. EUR für die Anstalt für Versorgungsvorsorge,
- Weiterhin erfolgte eine Erhöhung der Einnahmeanschlüsse für die Darstellung der Nutzung von Mehreinnahmen in Höhe von 0,861 Mio. EUR zugunsten der Realisierung der GloMa Teil 1. Für den investiven Umlagebetrag erfolgte eine Entnahme aus der investiven Budgetrücklage in Höhe von 0,158 Mio. EUR.

Nachrichtlich (auch zu Lasten der Budgetrücklage – ohne Relevanz für den Finanzierungssaldo):

- 0,230 Mio. EUR für investive Bedarfe aus der investiven Budgetrücklage (saldoneutrale Verlagerung),
- 1,000 Mio. EUR für Personalmehrausgaben im Bereich der Justizvollzugsanstalt (Kernpersonal),
- Produktplaninterne Verlagerungen durch Einnahmesollerhöhungen im Zusammenhang mit dem Ermittlungskomplex EncroChat erfolgten in Höhe von insgesamt 1,225 Mio. EUR (0,962 Mio. EUR Personal, 0,239 Mio. EUR Sachausgaben, 0,023 Mio. EUR investiv),
- 0,463 Mio. EUR produktplaninterne Verlagerungen von konsumtiv zu Personal für Ausgleich im 13. Monat,
- 0,109 Mio. EUR produktplaninterne Verlagerungen innerhalb der Personalausgaben,
- 0,147 Mio. EUR produktplaninterne Verlagerungen durch Einnahmesollerhöhungen,
- 0,011 Mio. EUR produktplaninterne Verlagerungen innerhalb der konsumtiven Ausgaben,
- 0,004 Mio. EUR produktplaninterne Verlagerungen innerhalb der investiven Ausgaben.

Konsumtive Reste aus dem Vorjahr bestehen in Höhe von 3,001 Mio. EUR, Reste aus Personalausgaben in Höhe von 0,319 Mio. EUR.

Im Vergleich zur Vorberichterstattung 01-09/2023 ergibt sich eine deutliche Verbesserung des Finanzierungssaldos. Während der Saldo im Septembercontrolling um 1,826 Mio. EUR überschritten wurde, wird für das Jahresabschlusscontrolling eine Unterschreitung von 1,631 Mio. EUR ausgewiesen.

Einhaltung Budget

Die Budgeteinhaltung für den PPL11 ist **erfolgt**.
Im Saldo von

konsumtiven Mehreinnahmen:	1,088 Mio. EUR,
investiven Mehreinnahmen:	0,018 Mio. EUR,
Personalminderausgaben:	0,334 Mio. EUR,
konsumtiven Minderausgaben:	3,487 Mio. EUR,
investiven Mehrausgaben:	0,025 Mio. EUR

errechnet sich eine **Budgetunterschreitung** von **4,952 Mio. EUR**.

Bereinigt um Drittmittel in Höhe von 0,241 Mio. EUR, die im Berichtsjahr nicht abfließen konnten und in das nächste Jahr zu übertragen sind, verbleibt eine Budgetunterschreitung von 4,711 Mio. EUR.

Die Budgetunterschreitung resultiert teilweise aus erwarteten Mehreinnahmen der Vermögensabschöpfung. Letztere stehen nach bisherigen Beschlussfassungen für einen Ausgleich des Ressortbudgets nur hinsichtlich der nachstehend gelisteten Mehrausgaben zu b. und c. zur Verfügung und sind mit dem Innenressort zu teilen. Im Rahmen eines mit dem Finanzressort abgestimmten Lösungskonzeptes wurden die Einnahmen der Vermögensabschöpfung zwischen den beteiligten Ressorts aufgeteilt. Im unterjährigen Controlling wurden die kassenwirksam vereinnahmten Beträge als Erwartungsfälle für eine Budgetverlagerung ausgewiesen.

In die Planungen zum vorHH-Soll und Ausgaben-Ist sind folgende Mehrausgaben für 2023 eingerechnet:

- Mehrausgaben bei der Staatsanwaltschaft gemäß der am 22.06.2021 beschlossenen Senatsvorlage „Temporärer Personalbedarf zur Durchführung eines besonderen Umfangsverfahrens“ (Vorlage 1413/20) nebst ergänzender Vorlage vom 21.03.2023 von insgesamt 0,715 Mio. EUR, davon für Personalausgaben 0,623 Mio. EUR (11,5 VZE) und für Sachausgaben (Arbeitsplatzausstattungen) 0,092 Mio. EUR,
- Mehrausgaben bei der Staatsanwaltschaft und dem Landgericht Bremen gemäß der am 02.11.2021 beschlossenen Senatsvorlage „Temporärer Personalbedarf zur Durchführung eines besonderen Ermittlungskomplexes“ (Vorlage 1677/20) nebst Ergänzung vom 08.11.2022 von insgesamt 1,616 Mio. EUR, davon für Personalausgaben 0,963 Mio. EUR (17 VZE), für Sachausgaben (Arbeitsplatzausstattungen, Miete und Nebenkosten Sielhof) 0,330 Mio. EUR, sowie für investive Ausgaben 0,323 Mio. EUR (Herrichtung Sitzungssaal),
- Mehrausgaben aus dem Kontrakt zwischen dem Senator für Finanzen und der Senatorin für Justiz und Verfassung zur Intensivierung der Vermögensabschöpfung von insgesamt 2,052 Mio. EUR, davon für Personalausgaben 1,782 Mio. EUR (27 VZE) und für Sachausgaben (Arbeitsplatzausstattungen) 0,270 Mio. EUR,
- Mehrausgaben bei der Justizvollzugsanstalt für Kernpersonal zur Finanzierung der planmäßigen Aufstockung des Personals im Allgemeinen Vollzugsdienst in Höhe von 1,000 Mio. EUR.

Für die Mehrausgaben zu a. bis d. ist eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.12.2023 erfolgt. In Abstimmung mit dem Senator für Finanzen ist ein Konzept zur Auflösung der Finanzierungsbedarfe erarbeitet worden. Dieses beinhaltet die Nutzung von konsumtiven und investiven Minderausgaben, Nachbewilligungen zulasten des PPL92, sowie die Nutzung von Beträgen der investiven Budgetrücklage. Der HaFA hat den Nachbewilligungsanträgen zugestimmt.

Das Ressort partizipierte im Berichtszeitraum an den geplanten Maßnahmen des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Maßnahmenbeginn und Stellenbesetzung hatten sich im vergangenen Jahr verzögert. Im Jahresverlauf konnten Einnahmen generiert werden, welche als Einnahmeverfügungsmittel über Verrechnungen die erforderlichen Ausgaben verstärkt haben. Eine Abbildung erfolgte im Haushalt der Sozialen Dienste der Justiz.

Risiken des Haushaltsjahres 2023:

Die Jahresprognosen waren mit nicht unerheblichen Unsicherheiten behaftet. Dieses gilt insbesondere für die nicht steuerbaren und vom Geschäftsanfall abhängigen Einnahmen und Ausgaben in den gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren, welche für die konsumtiven Einnahmen und Ausgaben im Justizhaushalt insgesamt prägend sind. Verbesserungen, aber auch Verschlechterungen bleiben grundsätzlich bis zum Jahresabschluss möglich.

Ein Kostenrisiko im Personalkostenbudget ergab sich im Hinblick auf die Höhergruppierungsverpflichtungen des Ressorts infolge höchstrichterlicher Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (AZ: 4 AZR 195/20 + 4 AZR 196/20). Infolgedessen haben sich Nachzahlungsverpflichtungen für Entgelte der Tarifbeschäftigten ergeben. Die betroffenen Personalfälle wurden von der Performa bereits zu einem wesentlichen Teil abgearbeitet, welches sich im Personalkostenbudget niederschlug. Im Jahr 2024 wird es nach Anpassung der Erfahrungsstufen und korrekten Verrechnungen voraussichtlich zu weiteren Nachzahlungen kommen. Die konkrete Höhe kann nicht beziffert werden. Eine Finanzierungslösung ist sodann im Haushaltsvollzug zu prüfen.

Auflösung der globalen Minderausgaben (Teil 1):

Gemäß Beschluss des Senats vom 17.10.2023 zur Auflösung der globalen Minderausgaben Teil 1 war im Berichtsjahr durch das Justizressort ein Umlagebetrag in Höhe von insgesamt 2.266.601,81 EUR zu leisten. Der Betrag setzt sich zusammen aus einem konsumtiven Umlagebetrag in Höhe von 2.107.713,04 EUR, sowie einem investiven Umlagebetrag in Höhe von 158.888,77 EUR. Die Nachweisung erfolgte durch:

- Nachweisung durch Nutzung von bereits erzielten Mehreinnahmen in Höhe von 861,150 Tsd. EUR,
- Nachweisung durch Nutzung von Personalminderausgaben im Bereich der Nebentitel in Höhe von 126 Tsd. EUR,
- Nachweisung durch Einsparung bei den konsumtiven Ausgaben im Bereich der Auslagen in Rechtssachen in Höhe von 1.120,56 Tsd. EUR,
- Nachweisung in Höhe von 158,889 Tsd. EUR durch Entnahme aus der investiven Budgetrücklage.

Auflösung der globalen Minderausgaben (Teil 2):

Gemäß Beschluss des Senats vom 12.12.2023 zur Auflösung der globalen Minderausgaben Teil 2 war neben der Lösung unabwiesbarer derzentraler Budget- und Liquiditätsrisiken im Bereich des Landes und der Stadtgemeinde beschlossen worden, investive Budgetrücklagen zu verwenden. Der auf den PPL11 entfallende Anteil in Höhe von 58,573 Tsd. EUR konnte nicht wie vorgeschlagen durch eine Budgetrücklagenentnahme nachgewiesen werden, da diese bereits anderweitig durch das Ressorts verplant worden war. Zur Kompensation wurden konsumtive Minderausgaben im Produktbereich 11.01 angeboten. Die Nachweisung erfolgte durch:

- Nachweisung durch Einsparung bei den konsumtiven Ausgaben im Bereich des Landessozialgerichts in Höhe von 58,573 Tsd. EUR.

Im Vergleich zur Vorberichterstattung 01-09/2023 ergibt sich eine deutliche Verbesserung des zu erwartenden Jahresergebnisses. Dieses liegt vornehmlich an den erfolgten PPL-übergreifenden Nachbewilligungen, die der HaFA in seiner Sitzung am 08.12.2023 beschlossen hat. Im Bereich der konsumtiven Einnahmen hat sich die Prognose nicht in Gänze bewahrheitet. Die Einnahmen waren letztlich rund 0,288 Mio. EUR niedriger als im Septembercontrolling prognostiziert. Bei den Personalausgaben wurden seinerzeit noch Mehrausgaben von rund 2,837 Mio. EUR ausgewiesen. Das Berichtsjahr schließt durch die vorgenannten Nachbewilligungen nunmehr mit Minderausgaben in Höhe von 0,334 Mio. EUR. Im Bereich der konsumtiven Ausgaben haben sich die ausgewiesenen Minderausgaben um 1,537 Mio. EUR erhöht. Das Jahr schließt mit Minderausgaben in Höhe von 3,487 Mio. EUR, wobei ein Anteil in Höhe von rund 3 Mio. EUR aus Haushaltsresten ohne Liquidität besteht. Insgesamt ist das Ergebnis - bis auf die Problemlagen im Personalhaushalt - dennoch als positiv zu bewerten.

Im Vorjahresvergleich 01-14/2022 ergeben sich im Wesentlichen deutlich erhöhte Personalausgaben (4,091 Mio. EUR mehr) und konsumtive Ausgaben (2,698 Mio. EUR mehr) bei deutlich geringeren Einnahmen.

Unterjährige Maßnahmen des Ressorts:

Mit Verfügung vom 09.10.2023 wurden für alle Dienststellen im Geschäftsbereich Bewirtschaftungsmaßnahmen angeordnet.

3.2 PERSONALDATEN

Personalvolumina

Im Jahresergebnis ist eine Zielzahlüberschreitung von 5,5 VZE festzustellen. Diese setzt sich zusammen aus einer Überschreitung von 5,3 VZE im Kernbereich, einer Überschreitung von 2,5 im Bereich der temporären Personalmittel, sowie einer Unterschreitung von -2,3 bei den Flexibilisierungsmitteln. Die Einhaltung des Personalkostenbudgets ist nach Nachbewilligung entsprechender Mehrbedarfe (vgl. Budgeteinhaltung, Mehrbedarfe zu a. bis d.) erfolgt.

Die Zielzahlüberschreitung lässt sich im Wesentlichen auf die Übernahme von erfolgreich abgeschlossenen Ausbildungs- und Studienjahrgängen bei den Justizfachangestellt*innen sowie Rechtspfleger*innen im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit zurückführen.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Im Landeshaushalt wird sowohl das Budget als auch der zulässige Finanzierungssaldo (je 406 T €) zum Jahresende leicht unterschritten (4 T € Differenz).

LEISTUNGSDATEN

Die Leistungsziele des Produktplans werden nach Ressort einschätzung zum Jahresende eingehalten.

MASSNAHMEN-/STEUERUNGSVORSCHLAG

Kein Handlungsbedarf.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen			0					0	
Investive Einnahmen			0					0	
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)			0					0	
-Land, Stadtgem. u. intern			0					0	
- von Bremerhaven			0					0	
Entnahme Rücklage			0					0	
budgetierte Einnahmen			0					0	
Personalausgaben	0	0	0		0			0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	402	428	-25	-5,93 %	406	406	406	0	428
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben			0					0	
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	0	0	0		0			0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0			0	0
- an Bremerhaven	0	0	0		0			0	0
Zuführung Rücklage			0					0	
budgetierte Ausgaben	402	428	-25	-5,93 %	406	406	406	0	428
Saldo	-402	-428	25	5,93 %	-406	-406	-406	0	-428

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	159	159	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	0
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	0

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				0	0	0	0	0	0
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				0	0	0	0	0	0
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				0	0	0	0	0	0
Insgesamt				0	0	0	0	0	0
dar.: Beihilfe / Nachvers.				0	0	0	0	0	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Abwesende				0,0		0,0	0,0		0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Stärkung des Leistungssports

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301635(L) Anzahl der National Kader [Anz.]	5,000	5,000	0,000	0,00 %	5,00		

301635(L):
 Derzeit gibt es 5 National Kader.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Finanzierungssaldo

Das Finanzierungssaldo im Landeshaushalt wird zum Jahresende eingehalten.

Einhaltung Budget

Das Budget im Landeshaushalt wird zum Jahresende eingehalten.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Im Land wurde das Budget zum Jahresende i.H.v. 1,025 Mio. € unterschritten. Die Unterschreitung setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. Euro	Budgeteinhaltung Land
- 1,51	Konsumtive Mindereinnahmen
0,41	Mehreinnahmen bei den Verrechnungen / Erstattungen
0,38	Personalminderausgaben (enthält 0,33 Mio. € an Resten)
1,69	Konsumtive Minderausgaben
0,03	Investive Minderausgaben
0,04	Minderausgaben bei den Verr./Erstatt.
1,03	Gesamt

Die konsumtiven Mindereinnahmen sind insbesondere auf verminderte Einnahmen bei der Gastschulgeldpauschale vom Land Niedersachsen zurückzuführen (rd. 1,3 Mio. €).

Die konsumtiven Minderausgaben auf Haushaltsreste des Vorjahres zurückzuführen. Aus dem Haushaltsjahr 2022 wurden rd. 8,04 Mio. € an konsumtiven Haushaltsresten in das Jahr 2023 übertragen, sodass in 2023 rd. 6,35 Mio. € an Resten in Anspruch genommen wurden.

Im Zuge der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2023 wurden 0,122 Mio. € an Resten übertragen.

Unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (i.H.v. 31,871 Mio. €) ergibt sich im Land eine Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos i.H.v. 7,345 Mio. €. Die Überschreitung resultiert aus den Mindereinnahmen und der Inanspruchnahme der konsumtiven Reste und wurde in der Vorlage des Haushalts- und Finanzausschusses „Ausgleich von Mehrausgaben im Ressort Kinder und Bildung (PPL 21) für 2023“ (VL 21/1089) vom 19.12.2023 nicht angekündigt. Ein Ausgleich des Liquiditätsbedarfs erfolgte durch den Gesamthaushalt.

–

PERSONALDATEN

Durch ein vom HAFA am 19.12.23 beschlossenes Lösungskonzept in Höhe von 2,7 Mio. €, konnten die über den Jahresverlauf absehbaren Mehrausgaben ausgeglichen werden. Die Deckung erfolgte aus der Sonderrücklage Ausbau des Schul- und Kinderbetreuungsbereiches (Land).

LEISTUNGSDATEN

Die Leistungskennzahlen werden größtenteils eingehalten.

–

MASSNAHMEN-/STEUERUNGSVORSCHLAG

Die Überschreitung des Finanzierungssaldos zum Jahresende wird vom Senator für Finanzen als sehr kritisch bewertet. Die Senatorin für Kinder und Bildung wird gebeten, zukünftig den Finanzierungssaldo zum Jahresende einzuhalten. Sofern sich mögliche Überschreitungen abzeichnen sind diese frühestmöglich unter Benennung von Ursachen und Prognosen anzukündigen und entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	8.386	6.353	2.033	32,00 %	9.896	9.896	8.386	-1.510	6.353
Investive Einnahmen	7.875	10.000	-2.125	-21,25 %	7.875	7.875	7.875	0	10.000
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	12.481	11.328	1.152	10,17 %	12.075	12.075	12.481	406	11.328
-Land, Stadtgem. u. intern	12.075	11.328	747	6,59 %	12.075	12.075	12.075	0	11.328
- von Bremerhaven	406	0	406	∞ %	0	0	406	406	0
Entnahme Rücklage	0	0	0		0		0	0	0
budgetierte Einnahmen	28.742	27.681	1.061	3,83 %	29.846	29.846	28.742	-1.104	27.681
Personalausgaben	36.535	33.141	3.394	10,24 %	36.911	36.911	36.535	-376	33.141
Sonst. konsumtive Ausgaben	47.353	40.880	6.473	15,83 %	49.039	49.038	47.353	-1.685	40.880
Zinsausgaben			0			0	0	0	
Tilgungsausgaben			0				0	0	
Investive Ausgaben	1.118	2.295	-1.177	-51,27 %	1.147	1.147	1.118	-29	2.295
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	868.631	837.043	31.587	3,77 %	868.671	868.671	868.632	-39	837.043
- Land, Stadtgem. u. intern	688.884	660.677	28.207	4,27 %	688.891	688.891	688.885	-6	660.677
- an Bremerhaven	179.746	176.366	3.380	1,92 %	179.780	179.780	179.747	-33	176.366
Zuführung Rücklage	0	0	0		0		0	0	0
budgetierte Ausgaben	953.637	913.359	40.278	4,41 %	955.768	955.767	953.638	-2.129	913.359
Saldo	-924.895	-885.678	-39.217	-4,43 %	-925.922	-925.921	-924.896	1.025	-885.678

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	12.315	9.068	9.672	12.357	7.346
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	8.373
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	122
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	0

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				23.175	23.420	-245	23.175	23.420	-245
Temporäre Personalmittel				297	297	-0	297	297	-0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				23.472	23.717	-245	23.472	23.717	-245
Refinanzierte				3	3	0	3	3	0
Ausbildung				11.418	11.494	-76	11.418	11.494	-76
Nebentitel				1.641	1.696	-55	1.641	1.696	-55
Insgesamt				36.535	36.911	-376	36.535	36.911	-376
dar.: Beihilfe / Nachvers.				1.454	1.454	0	1.454	1.454	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				319,8	271,5	48,3	319,8	271,5	48,3
Temporäre Personalmittel				3,8	0,0	3,8	3,8	0,0	3,8
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	4,4	-4,4	0,0	4,4	-4,4
Zwischensumme				323,6	275,9	47,8	323,6	275,9	47,8
Refinanzierte				0,1		0,1	0,1		0,1
Ausbildung				564,4	600,0	-35,6	564,4	600,0	-35,6
Insgesamt				888,1		888,1	888,1		888,1
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				888,1		888,1	888,1		888,1
nachr.: Abwesende				38,8		38,8	38,8		38,8

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	20,4	22,5	20,0
Beschäftigte über 55 Jahre	18,8	17,5	18,6
Frauenquote	70,1	50,0	70,4
Teilzeitquote	48,3	35,0	47,8
Schwerbehindertenquote	3,8	6,0	4,1

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Anpassung der Pro-Kopf SchülerInnenausgaben beginnend in den nächsten Haushalten sukzessive auf das Niveau der anderen Stadtstaaten ●

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300986(L) Kinder 0-6 Jahre - Land, nicht schulpfl. [Anz.]	41.363,000	40.036,000	1.327,000	- 3,31 %	40.036,00		
300987(L) Schüler/innen im Land Bremen - Gesamt [Anz.]	97.470,000	87.309,000	10.161,000	-11,64 %	87.309,00		

Ausbau der Kitaplätze ●

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300986(L) Kinder 0-6 Jahre - Land, nicht schulpfl. [Anz.]	41.363,000	40.036,000	1.327,000	3,31 %	40.036,00		

Zielbezug:

Zielbezug:

Angebotsart Elementar: Zielversorgungsquote von 110 Prozent zur Komplettversorgung aller Kinder der anspruchsberechtigten Alterskohorte sowie eines Spielraums für die Berücksichtigung möglicher Schwankungen der Kinderzahlen und unvorhergesehener Bedarfe

Angebotsart Krippe: Zielversorgungsquote von mindestens 60 Prozent der Kinder der anspruchsberechtigten Alterskohorte

Angebotsart Hort: Fokussierung der Hortangebote auf die Schüler:innen derjenigen Grundschulen, die den ab 2026 bestehenden Rechtsanspruch auf ganztägigen Betreuung nicht durch ein eigenes Ganztagsangebot absichern können

Ausstattung von Schulen in herausfordernder Lage; Angleichung der Sozialindikatoren der beiden Stadtgemeinden ●

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300170(L) Sachausgaben pro Schüler [€]	1.676,000	1.700,000	-24.000,00	-1,41 %	1.700,00		
300171(L) Personalausgaben pro Schüler [€]	6.875,000	7.200,000	-325,000	-4,51%	7.200,00		

Berufliche Bildung: Weiterentwicklung der Standardisierung der Bildungsgänge im „Übergangssystem.“ ●

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300985(L) Schüler-Lehrer-Relation berufs. Schulen [Anz.]	19,800	21,900	-2,100	-19,59 %	21,90		

PPL: 21 Kinder und Bildung
 Version: 01-14/23 21.03.24
 Verantw.: Senatorin Aulepp

Einhaltung Finanzdaten: Land ■
 Einhaltung Personaldaten: Land ■
 Einhaltung strategische Ziele: Land ●

Vertiefung und Ausweitung des mit dem Auftrag zur Gründung eines Instituts für Qualitätsentwicklung im Land Bremen (IQHB) begonnenen Prozesses der Unterstützung und Begleitung der Schulen in ihrer Entwicklung und in der Qualitätssicherung im Unterricht



	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300988(L) Schüler-Lehrer-Relation - Gesamt [Anz.]	14,000	14,800	-0,800	-5,41 %	14,80		
301011(L) Schulentlassene m. mind. mittl. Abschluss [%]	78,90	88,70	-9,80		88,70		
WH_10(L) Wiederholerquote [%]	1,40	2,00	-0,60		2,00		

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die Planüberschreitung um 2,033 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus einem nicht geplanten Bundeszuschuss für die Vereinbarung "Bildungsketten in der Berufsorientierung" (2,5 Mio. Euro), Zuschüssen Dritter (€ 0,5 Mio. Euro) sowie einer geringeren Gastschulgeldpauschale Niedersachsens (-1,3 Mio. Euro).

Investive Einnahmen

Die Planunterschreitung um 2,125 Mio. Euro resultiert aus einem geringeren Bundeszuschuss für das Projekt "Digitalisierung" wegen Projektverzögerung.

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

Die Planüberschreitung um 1,152 Mio. Euro resultiert aus einem Zuschuss des Ressorts Arbeit für das Projekt Berufsorientierung (0,7 Mio. Euro) sowie Rückerstattung für Personalkosten der Schulen durch die Stadtgemeinde Bremerhaven (0,4 Mio. Euro).

- Land bzw. Stadtgemeinde haushaltsintern

Die Planüberschreitung um 1,152 Mio. Euro resultiert aus einem Zuschuss des Ressorts Arbeit für das Projekt Berufsorientierung (0,7 Mio. Euro) sowie Rückerstattung für Personalkosten der Schulen durch die Stadtgemeinde Bremerhaven (0,4 Mio. Euro).

Personalausgaben

Auch bei den Personalkosten im Land entstanden Mehrausgaben, da dem enormen Bedarf infolge der qualitativen und quantitativen Aufgabenzuwächse sowie der bildungspolitischen Herausforderungen und Erwartungen der letzten Jahre eine zu geringe Stellenzahl entgegensteht. Inklusion, Schulentwicklung, Flucht, Corona, Digitalisierung und ein damit einhergehender Fachkräftemangel sind nur Stichpunkte für Entwicklungen, die zu Mehrbedarfen in der Planung, Koordination und Umsetzung geführt haben. Zusätzliches Personal in Schulen infolge steigender Schüler:innen- und Klassenverbandszahlen hat nicht gleichsam zu zusätzlichem Personal in der Administration geführt. Auch der Schul- und Kitabau und die zusätzlichen Förderprogramme aus dem Gute-Kita-Gesetz und Aufholen nach Corona sind nicht mit zusätzlichen Stellen hinterlegt.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Im Produktplan 21 des Ressort Kinder und Bildung standen sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene bei vereinzelten Ausgabehaushaltsstellen nicht ausreichend Mittel zur Verfügung, sodass ein Ausgleich von erwarteten Mehrausgaben erfolgen musste.

Ursächlich für die Mehrausgaben sind die verschiedenen, zeitlich dicht aufeinander folgenden Krisenlagen der letzten Jahre, die sich naturgemäß auch auf das gesamte Bildungssystem auswirken. Dies beginnt spätestens mit den Fluchtbewegungen vornehmlich aus Syrien im Jahre 2015, setzt sich mit der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen ab 2020 fort und reicht aktuell bis zum Angriffskrieg gegen die Ukraine ab 2022 mit weiteren Fluchtbewegungen, Energieengpässen und Preissteigerungen. Die zur Bewältigung der Krisen und ihrer Folgen aufgelegten Programme fangen zwar einen Teil der Mehrkosten auf, können diese aber schon rein systematisch nicht vollkommen kompensieren. Demzufolge ergeben sich bei verschiedenen Haushaltsstellen Überschreitungen, die durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben an anderer Stelle ausgeglichen werden müssen.

Der seit Jahren andauernde Zuwachs bei der Zahl der zu betreuenden Kinder und die ebenso seit Jahren steigenden Schüler:innen- und Klassenverbandszahlen führen bereits in der Grundversorgung unmittelbar zu einem deutlich größeren Raum- und Personalbedarf in den Bereichen Kindertagesbetreuung und Schule. Hinzu kommen Bedarfssteigerungen durch erhöhte Betreuungszeiten in Kita und in Ganztagschulen sowie wachsende Förderbedarfe nicht nur als Folge der Corona-Pandemie. Dem gegenüber steht ein Fachkräftemangel im Bereich des gesamten pädagogischen Personals von Erzieher:innen über Sozialpädagog:innen bis zu Lehrkräften, dem das Ressort mit zusätzlichen Ausbildungsplätzen, neuen Ausbildungsformaten und sonstigen Qualifizierungsmaßnahmen zu begegnen versucht. Auch im Schul- und Kitabau wurden besondere Anstrengungen unternommen.

Die Planüberschreitung um 6,473 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus höheren Zuschüssen an Privatschulen (3,3 Mio. Euro), höheren Mietkosten (1,3 Mio. Euro), höheren Zuschüssen zu Leistungen aus dem Kita-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz (1,4 Mio. Euro) und Ausgaben für das Projekt "Berufliche Orientierung" (0,4 Mio. Euro).

Investive Ausgaben

Die Planunterschreitung um 1,177 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus geringeren Ausgaben für das Projekt "Digitalisierung".

PPL: 21 Kinder und Bildung
Version: 01-14/23 21.03.24
Verantw.: Senatorin Aulepp

Einhaltung Finanzdaten: Land ■
Einhaltung Personaldaten: Land ■
Einhaltung strategische Ziele: Land ●

Verrechnungen / Erstattungen (Ausz.)

Die Planüberschreitung um 31,587 Mio. Euro ist im Wesentlichen bedingt durch höhere Personalkostenerstattungen für Lehrkräfte (21,9 Mio. Euro) sowie höhere Ausgaben für die Umsetzung des Kita-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetzes (8,9 Mio. Euro).

-Land bzw. Stadtgemeinde haushaltsintern

Die Planüberschreitung um 28,207 Mio. Euro ist im Wesentlichen bedingt durch höhere Personalkostenerstattungen für Lehrkräfte sowie höhere Ausgaben für die Umsetzung des Kita-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetzes.

- an Bremerhaven

Die Abweichung resultiert aus Verrechnungen an die Stadtgemeinde Bremerhaven für Kostenerstattungen für Personalausgaben der Schulen.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo im Land wird um 7,347 Mio. Euro überschritten.

Einhaltung Budget

Das Budget wurde eingehalten.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung

Das Jahresergebnis 2023 des staatlichen Haushaltes weist im Saldo aus Haushaltsverbesserungen und -verschlechterungen eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 0,083 Mio. € aus. Die Haushaltsverbesserung resultiert aus Personalminderausgaben (0,002 Mio. €), konsumtiven (0,074 Mio. €) und investiven Minderausgaben (0,003 Mio. €) sowie Mehreinnahmen (0,004 Mio. €).

Im Rahmen des Jahresabschlusses hat das Ressort eine Resteübertragung bei den Personal- und konsumtiven Ausgaben in Höhe von insgesamt 0,037 Mio. € sowie eine Rücklagenzuführung bei den investiven Ausgaben in Höhe von 0,022 Mio. € beantragt. Die im Rahmen des Handlungsfeldes Klimaschutz nicht verausgabten und nicht benötigten Mittel in Höhe von 0,003 Mio. € wurden im Rahmen des Jahresabschlusses der Sonderrücklage „Klimaextreme“ im PPL 81 zugeführt. Nicht verausgabte Personalausgaben wurden im Rahmen des Abschlusses zugunsten des Produktplan 92 „Allgemeine Finanzen“ gestrichen.

Finanzierungssaldo

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (0,308 Mio. €) zum Jahresende um 0,043 Mio. € unterschritten.

PERSONALDATEN

Über den gesamten Jahresverlauf war erkennbar, dass der Produktplan am Jahresende ausgeglichen sein bzw. geringe Minderausgaben haben wird.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	616	224	393	175,43 %	612	612	616	4	224
Investive Einnahmen	0	0	0		0			0	0
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	4.727	4.727	0	0,00 %	4.727	4.727	4.727	0	4.727
- Land, Stadtgem. u. intern	4.727	4.727	0	0,00 %	4.727	4.727	4.727	0	4.727
- von Bremerhaven			0					0	
Entnahme Rücklage	109	0	109	∞ %	109	109	109	0	0
budgetierte Einnahmen	5.452	4.950	502	10,14 %	5.448	5.448	5.452	4	4.950
Personalausgaben	6.204	5.912	291	4,93 %	6.206	6.206	6.204	-2	5.912
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.408	2.596	-188	-7,24 %	2.481	2.481	2.407	-74	2.596
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	761	120	641	535,16 %	786	763	760	-3	120
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	176	175	1	0,30 %	176	176	176	0	175
- Land, Stadtgem. u. intern	1	0	1	∞ %	1	1	1	0	0
- an Bremerhaven	175	175	0	0,00 %	175	175	175	0	175
Zuführung Rücklage	22	0	22	∞ %	22	22	22	0	0
budgetierte Ausgaben	9.570	8.802	767	8,72 %	9.672	9.648	9.569	-79	8.802
Saldo	-4.118	-3.852	-265	-6,89 %	-4.224	-4.200	-4.117	83	-3.852

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	73	73	73	826
investiv	0	260	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	42
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	37
Allgemeine Budgetrücklage	23
Investive Budgetrücklage	22

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				5.960	5.960	0	5.960	5.960	0
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				5.960	5.960	0	5.960	5.960	0
Refinanzierte				11	11	-0	11	11	-0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				232	234	-2	232	234	-2
Insgesamt				6.204	6.206	-2	6.204	6.206	-2
dar.: Beihilfe / Nachvers.				55	55	0	55	55	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				80,2	81,5	-1,3	80,2	81,5	-1,3
Temporäre Personalmittel				0,0	2,0	-2,0	0,0	2,0	-2,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				80,2	83,5	-3,3	80,2	83,5	-3,3
Refinanzierte				0,2		0,2	0,2		0,2
Ausbildung				0,4	0,0	0,4	0,4	0,0	0,4
Insgesamt				80,9		80,9	80,9		80,9
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				80,9		80,9	80,9		80,9
nachr.: Abwesende				1,2		1,2	1,2		1,2

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	8,1	22,5	7,2
Beschäftigte über 55 Jahre	40,4	17,5	39,2
Frauenquote	53,5	50,0	54,6
Teilzeitquote	92,9	35,0	92,8
Schwerbehindertenquote	4,6	6,0	4,8

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Es handelt sich um zusätzliche zweckgebundene Einnahmen für den Erweiterungsbau des Staatsarchives, Kostenerstattungen für die Grabungen an der Reitbrake, sowie Spenden für die Präsentation der Denkmallandschaft.

Personalausgaben

Planüberschreitung resultiert aus Tarif- und Besoldungsanpassungen.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Es ergab sich unterjährig ein geringerer Liquiditätsbedarf, der zur Finanzierung der globalen Minderausgabe iHv 147 TEUR herangezogen wurde.

Aufgrund des vom Senat beschlossenen Ausgleichsverfahren für Energiekostensteigerungen bei den Dienststellen konnten die konsumtiven Mehrausgaben im Bereich der Bewirtschaftungskosten aufgefangen werden.

Investive Ausgaben

Investive Mehrausgaben ergaben sich aus den zusätzlichen Ausgaben für den Erweiterungsbau des Staatsarchives.

Finanzierungssaldo

Der geplante Finanzierungssaldo iHv. 3.852 TEUR veränderte sich aufgrund produktplanübergreifender Verlagerungen um 308 TEUR auf 4.160 TEUR und wird derzeit mit 4.117 TEUR um 43 TEUR unterschritten.

Bei den Verlagerungen handelt es sich insbesondere um Tarif- und Besoldungsanpassungen, die Auskehrung der Sonderrücklage Klimaschutz. Außerdem erfolgte eine Verlagerung zur Finanzierung des Erweiterungsbau Staatsarchiv.

Eine Ressortumlage iHv 147 TEUR musste ebenfalls finanziert werden.

Einhaltung Budget

Das Budget wird unterschritten. Durch die im Herbst eingeleiteten internen Bewirtschaftungsmaßnahmen konnte eine leichte Haushaltsverbesserung erzielt werden.

Nicht abgeflossene konsumtive Mittel (35 TEUR) wurden im Rahmen des Jahresabschlusses zum Übertrag beantragt. Für die nicht abgeflossenen investiven Mittel (22 TEUR) wurde im Rahmen des Jahresabschlusses die Zuführung zur investiven Budgetrücklage beantragt. Mangels gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen werden konsumtive Mittel (39 TEUR) und konsumtive Mehrreinnahmen (4 TEUR) gestrichen.

Mittel in Höhe von 686 Euro wurden zu Gunsten des PPL 92 - Personal gestrichen.

Mittel in Höhe von 3.462 Euro werden für die Sonderrücklage „Klimaextreme“ an den PPL 81 übertragen.

Nachrichtlich:

Aus dem Bremen Fonds PPL 95 konnte im Haushaltsjahr 2023 ein Betrag iHv. 668 TEUR ausgezahlt werden, insbesondere Umsetzungskosten des Sonderfonds des Bundes für Kultureinrichtungen und die Finanzierung vom Komplementäranteilen zu Neustart-Programmen des Bundes.

Mit Mitteln aus dem PPL 99 Energie konnten Kultureinrichtungen und öffentliche Unternehmen bei der Bewältigung der Energiekrise mit Mitteln iHv. 728 TEUR unterstützt werden.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Das Ressort hat sein Budget am Jahresende um rd. 4,179 Mio. € unterschritten und begründet die Unterschreitung durch: 4,266 Mio. € sonstige konsumtive Minderausgaben (zukünftige Bund-Länder-Maßnahmen). Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird am Jahresende unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen von rd. 3,413 Mio. € um rd. 0,237 Mio. € unterschritten.

PERSONALDATEN

Durch ein vom HAFA am 08.12.23 beschlossenes Lösungskonzept in Höhe von 0,4 Mio. €, konnten die über den Jahresverlauf absehbaren Mehrausgaben ausgeglichen werden. Die Deckung erfolgte aus der konsumtiven Hochschulverstärkungsmitteln u

LEISTUNGSDATEN

Folgende Leistungsziele wurden erfüllt:

- "Anzahl überreg. finanzierte Institute" (+0,00%)
- "Abgeschl. Bu-Lä-Vereinb. Art. 91b GG" (+13,33%)
- "Sanierte Hauptnutzfläche in qm" (+6,99%)

Folgende Leistungsziele wurden nicht erfüllt:

- "Absolventen" (-6,38%)
- "Promotionen" (-16,67%)
- "Wissenscha. und künstl. Personal in VZÄ" (-7,18%)
- "Studierende" (-4,57%)
- "Drittmittelausgaben zu den Gesamtausgaben" (-2,01%)
- "Studienanfänger/-innen 1. HS" (-18,37%)
- "Geschaffene Hauptnutzfläche in qm" (-0,35%)

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	80.467	76.701	3.766	4,91 %	80.473	80.473	80.465	-8	76.701
Investive Einnahmen	28.466	32.131	-3.665	-11,41 %	28.521	28.522	28.466	-56	32.131
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	198	35	163	469,56 %	198	198	198	0	35
-Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0			0	0
- von Bremerhaven	198	35	163	469,56 %	198	198	198	0	35
Entnahme Rücklage	8.158	0	8.158	∞ %	8.158	8.159	8.159	0	0
budgetierte Einnahmen	117.289	108.867	8.422	7,74 %	117.351	117.352	117.288	-64	108.867
Personalausgaben	4.425	3.708	717	19,33 %	4.437	4.437	4.425	-12	3.708
Sonst. konsumtive Ausgaben	472.643	463.680	8.964	1,93 %	476.911	476.910	472.644	-4.266	463.680
Zinsausgaben	33	33	0	0,00 %	33	33	33	0	33
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	70.027	70.547	-520	-0,74 %	72.428	69.993	70.028	35	70.547
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	0	0	0		0			0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0			0	0
- an Bremerhaven	0	0	0		0			0	0
Zuführung Rücklage	2.435	0	2.435	∞ %	2.435	2.435	2.435	0	0
budgetierte Ausgaben	549.564	537.968	11.596	2,16 %	556.244	553.808	549.565	-4.243	537.968
Saldo	-432.275	-429.101	-3.174	-0,74 %	-438.893	-436.456	-432.277	4.179	-429.101

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	5.077	4.746	3.091	79.331
investiv	16.513	17.392	19.446	16.130	19.461
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	3.944
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	3.240
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	3.766
Verlustvortrag	1.766

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				3.860	3.860	0	3.860	3.860	0
Temporäre Personalmittel				40	47	-8	40	47	-8
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				103	103	0	103	103	0
Zwischensumme				4.003	4.011	-8	4.003	4.011	-8
Refinanzierte				317	321	-5	317	321	-5
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				105	105	0	105	105	0
Insgesamt				4.425	4.437	-13	4.425	4.437	-13
dar.: Beihilfe / Nachvers.				99	99	0	99	99	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				48,9	46,4	2,5	48,9	46,4	2,5
Temporäre Personalmittel				0,5	1,2	-0,7	0,5	1,2	-0,7
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				1,5	0,0	1,5	1,5	0,0	1,5
Zwischensumme				50,9	47,6	3,3	50,9	47,6	3,3
Refinanzierte				3,3		3,3	3,3		3,3
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				54,3		54,3	54,3		54,3
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				54,3		54,3	54,3		54,3
nachr.: Abwesende				3,7		3,7	3,7		3,7

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten			
	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,9	22,5	3,2
Beschäftigte über 55 Jahre	26,5	17,5	25,4
Frauenquote	69,1	50,0	71,4
Teilzeitquote	48,5	35,0	46,0
Schwerbehindertenquote	4,1	6,0	3,8

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung:  nicht gefährdet  im Toleranzbereich  gefährdet

Ausbildung hoch qualifizierter Nachwuchskräfte

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
ABSV01(L) Absolvent/-innen [Anz.]	4.874,000	5.206,000	-332,000	-6,38 %	5206,00		
PROM01(L) Promotionen einschließlich Konzertexamen [Anz.]	250,000	300,000	-50,000	-16,67 %	300,00		

Zielbezug:

ABSV01 Absolvent/-innen

Die Leistungskennzahl erfüllt insbesondere an der Universität Bremen und der Hochschule Bremen die Erwartungen nicht, es liegt eine Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr vor.

PROM01 Promotionen

Bei der Leistungskennzahl wurde mit einer Abweichung von 17% die Erwartung nicht erfüllt, jedoch keine Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahreswert. Im Prüfungsjahr 2022 wurden coronabedingt vermehrt Promotionen nachgeholt.

Eine den Bedarfen der Lehre und Forschung entsprechende Bausubstanz

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300904(L) Geschaffene Hauptnutzfläche in qm [m2]	4.254,180	4.269,000	-14,820	-0,35 %	4269,00		
301221(L) Sanierte Hauptnutzfläche in qm [m2]	4.730,000	4.421,000	309,000	6,99 %	4421,00		

301221(L):

Die PCB-Sanierung für das Gebäude GW 1 Block B und C an der Universität Bremen wurde gemeinsam geplant und abschnittsweise realisiert. Die sanierte Hauptnutzfläche besteht aus der Summe der beiden Blöcke zusammen. Es besteht eine geringe positive Abweichung, die in der Bauausführung nicht ungewöhnlich ist. Die Sanierung für Block B wurde bereits Ende 2020 abgeschlossen. Im Jahr 2023 konnte der Block C fertiggestellt werden. Die Inbetriebnahme ist erfolgt.

Sicherung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen und der Forschungsinstitute

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300909(L) Anzahl überreg. finanzierte Institute [Anz.]	12,000	12,000	0,000	0,00 %	12,00		
301467(L) Wissenschaftl. und künstl. Personal in VZÄ [Anz.]	1.110,080	1.196,000	-85,920	-7,18 %	1196,00		
DRTM01(L) Drittmittelausgaben zu Gesamtausgaben [%]	22,40	24,41	-2,01		24,41		

Zielbezug:

300909

Die Anzahl der überregional finanzierten Forschungseinrichtungen liegt konstant bei 12. Durch die konsequente Umsetzung der langjährigen wissenschaftspolitischen Qualitätsstrategie konnte die Zahl der Bund-Länder finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen stetig erhöht werden. Dieser Erfolg wirkt sich auch 2023 weiterhin positiv aus. Bremen ist bundesweit Spitzenreiter in den Einnahmen pro Einwohner aus der überregionalen Finanzierung.

301467 Wissenschaftliches und künstlerisches Personal

Die Leistungskennzahl bleibt hinter den Erwartungen zurück, aufgrund einer Änderung des Erhebungsverfahrens an der Hochschule Bremen weicht der Wert im Vergleich zum Vorjahr ab. An der Hochschule Bremen wurden im 4. Quartal Finanzierungsquellen gem.

der gültigen Definition korrigierend neu zugeordnet. Eine Anpassung der Planwerte konnte unterjährig nicht vorgenommen werden. Eine Anpassung erfolgt mit der Haushaltsaufstellung 2024/2025.

Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarungen zur Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
200248(L) Studienanfänger/-innen 1. HS [Anz.]	4.959,000	6.075,000	-1.116,000	-18,37 %	6075,00		
301474(L) Abgeschl. Bu-Lä-Vereinb. Art. 91b GG [Anz.]	17,000	15,000	2,000	13,33 %	15,00		

Zielbezug:
301474

Aktuell ist Bremen an 17 Bund-Länder-Vereinbarungen gemäß Art. 91b GG zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre beteiligt und die Planzahl von 15 Bund-Länder-Vereinbarungen wird um 2 übertroffen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Bremen wird dadurch erhalten und ausgebaut.

200248 Studienanfänger/-innen

Die Leistungskennzahl erfüllt über alle Einrichtungen hinweg die Erwartungen nicht, es liegt jedoch keine Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr vor.

Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems gemäß den Zielen des Wissenschaftsplans 2025

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301468(L) Studierende [Anz.]	30.866,000	32.345,000	-1.479,000	-4,57 %	32345,00		
DRTM01(L) Drittmittelausgaben zu Gesamtausgaben [%]	22,40	24,41	-2,01		24,41		

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die Überschreitung der Planwerte sind im Wesentlichen auf folgende einzelne Abweichungen zurückzuführen:

-Im PB 24.04. sind Mehreinnahmen vom Bund zur Finanzierung der Mehrausgaben bei den BAföG-Zuschüssen in Höhe von 4.907 TEUR erzielt worden. Einnahmen in Höhe von 84 TEUR resultieren aus Erstattungen des Studierendenwerks.

-Die Mehreinnahmen im PB 24.02 in Höhe von 157 TEUR sind auf Zuschüsse des Bundes zur Finanzierung von Projekten zur Innenstadtentwicklung (ZIZ Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren) zurückzuführen.

-Im PB 24.90 wurden die Einnahmen für refinanzierte ArbeitnehmerInnen und Bundeszuschüsse zur Finanzierung von Deutschlandstipendien um insgesamt 211 TEUR übertroffen.

-Die Bundeszuschüsse zu den Betriebsausgaben der Leibniz-Institute verringerten sich um 1.986 TEUR, da die von den Instituten gebildeten Selbstbewirtschaftungsmittel nicht über den Landeshaushalt gebucht werden (PB 24.03). Mehreinnahmen in diesem Produktbereich werden durch Rückforderungen von Zuwendungen und Zuweisungen in Höhe von 429 TEUR erzielt.

Investive Einnahmen

Die Mindereinnahmen ergeben sich im Saldo aus nicht vereinnahmten Bundeszuschüssen für die Leibniz-Institute in Höhe von 8.484 TEUR, davon 8.000 TEUR für den Neubau ZMT, dessen Bundesmittel in den Folgejahren bereitgestellt werden sowie Mehreinnahmen des Bundes zur Finanzierung der gestiegenen Aufwendungen für BAföG-Darlehen (4.819 TEUR).

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

Bei den Mehreinnahmen handelt es sich um eine Beteiligung Bremerhavens an den Aufwendungen für den Rückbau der "Seute Deern" des Deutschen Schifffahrtsmuseums.

Entnahme Rücklage

Die Rücklagenentnahmen erfolgten für folgenden Zweck:

38 TEUR für Zuschüsse an Forschungseinrichtungen

3.751 TEUR für Ausfinanzierung von EFRE-Maßnahmen

4.369 TEUR Auskehrung und Einsparung der Rücklage für Globale Minderausgabe I und II

Personalausgaben

Die Personalmehrausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

Überschreitung Personalausgaben im Kernbereich i.H.v. 282 TEUR, Nachbewilligungen für Tarifierpassung und Familienzuschlag i.H.v. 132 TEUR, Personalüberlassung vom Deutschen Schifffahrtsmuseum i.H.v. 104 TEUR, Nachbewilligung i.H.v. 40 TEUR aus dem HF Klimaschutz für die Stelle des Klimaschutzmanagers sowie Nachbewilligung für Beihilfemehrausgaben i.H.v. 38 TEUR. Die Personalkostenüberschreitungen wurden produktplanintern ausgeglichen.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die Planwertabweichungen beruhen im Wesentlichen auf folgenden Sachverhalten:

- Für die Hochschulhaushalte (PB 24.01.) wurden insgesamt 10.264 TEUR für Besoldungs- /Tarifierpassungen, Beihilfe-/Spitzabrechnung sowie für das Handlungsfeld Klimaschutz nachbewilligt. Ebenso darin enthalten sind auch PPL-interne Umschichtungen z. B. zu Gunsten der Digitalisierungsmittel der Hochschulen.

- Im Bereich Hochschulbau (PB 24.02) wurden nicht veranschlagte Bundesmittel in Höhe von 157 TEUR zur Innenstadtentwicklung verausgabt.

- Im PB 24.03. wurden die Planwerte um 6.594 TEUR unterschritten. Diese sind in Höhe von 1.986 TEUR auf Selbstbewirtschaftungsmittel der WGL-Institute zurückzuführen, die nicht über den Landeshaushalt gebucht werden. Im Übrigen handelt es sich um diverse Einsparungen zu Gunsten von Nachbewilligungen anderer Produktbereiche des PPL 24 wie sowie Einsparungen für die Globale Minderausgabe I + II in Höhe von rd. 2.050 TEUR.

- Gestiegene Ausgaben für BAföG Darlehen führten im PB 24.04. zu einer Überschreitung in Höhe von 4.646 TEUR (siehe auch zu investive Einnahmen). Zudem wurden für das Studierendenwerk konsumtive Mittel zur Deckung von Personalmehrausgaben aufgrund von Tarifierpassungen nachbewilligt (+380 TEUR).

PPL: 24 Hochschulen und Forschung
Version: 01-14/23 21.03.24
Verantw.: Senatorin Moosdorf

Einhaltung Finanzdaten: Land ●
Einhaltung Personaldaten: Land ●
Einhaltung strategische Ziele: Land ●

Investive Ausgaben

Saldiert werden die Planwerte des Produktplans bei den investiven Ausgaben um 570 TEUR unterschritten. Die Unterschreitung des PB 24.03. beträgt allerdings schon 6.684 TEUR und ist insbesondere auf nicht weitergeleitete Zuschüsse des Bundes bei den WGL-Instituten zurückzuführen.

Dagegen sind Überschreitungen der Planwerte in Höhe von 4.311 TEUR bei 24.04. für BAföG-Darlehen, i.H. v. 636 TEUR im PB 24.01. für Nachbewilligungen für Projekte des HF Klimaschutz sowie i. H. von 1.217 TEUR im PB 24.02 für Mehrausgaben Zentrum für Tiefseeforschung (ZfT) zu verzeichnen.

Zuführung Rücklage

Das vor. HH-Soll für die Jahresplanung 2023 ist gleich dem Ist in Höhe von 2.435 T€. In der Darstellung ist fälschlicher Weise eine 0 enthalten.

Finanzierungssaldo

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo beträgt im Anschlag -429.010 TEUR. Unter Berücksichtigung der im Haushaltsvollzug erfolgten Nachbewilligungen und Verlagerungen in Höhe von -3.463 TEUR beträgt der bereinigte, zulässige Finanzierungssaldo - 432.473 TEUR. Bei einem saldierten Ist in Höhe von -432.277 wird damit der Finanzierungssaldo um 196 TEUR unterschritten.

Einhaltung Budget

Das Budget wird insgesamt um 4.179 TEUR unterschritten. Bei den konsumtiven Ausgaberesten wurden Mittel in Höhe von 3.262 TEUR ins Folgejahr übertragen. Hierbei handelt es sich überwiegend um verpflichtete Mittel für Bund-Länder-Maßnahmen (z. B. Exzellenzstrategie) sowie Verpflichtungen aus Zuwendungsbescheiden. Ausgabereste aus Vorjahren in Höhe von 935 TEUR wurden gestrichen.

Die investiven Reste wurden der investiven Budgetrücklage zugeführt. Im Rahmen der PPL-Abrechnung wurde eine Korrektur im Deckungsring der BAföG-Ausgaben durchgeführt, daher ist die Rücklagenzuführung größer als die ausgewiesenen investiven Reste. In die investive Budgetrücklage wurden verpflichtete Mittel für Projekte, insbesondere EFRE-Projekte eingestellt.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Zum Jahresende wird das Budget im Landeshaushalt um rd. 1,5 Mio. € unterschritten.

Diese Unterschreitung ergibt sich wie folgt:

Budgeteinhaltung Land	in Mio. Euro
Reste aus Vorjahr (ohne Liquidität)	11,23
Konsumtive Mindereinnahmen	-4,06
Investive Mindereinnahmen	0,00
Mindereinnahmen bei den Verrechnungen / Erstattungen	0,00
Personalminderausgaben (nach Abzug von Vorjahresresten)	0,06
Resteverzehr konsumtiver Ausgaben	-5,07
Investive Minderausgaben (nach Abzug von Vorjahresresten)	0,04
Resteverzehr bei Verr./Erstatt	-0,71
Gesamt	1,48

Die Unterschreitung des Budgets von rd. 1,5 Mio. € ergibt sich hauptsächlich durch die nicht liquiden Ausgabereste von insgesamt 11,2 Mio. €.

Im Haushalt des Landes ergibt sich unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen i.H.v. rund 553 Tsd. € zum Jahresende eine Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos in Höhe von -10,2 Mio. €.

Im Wesentlichen ist die Überschreitung des Finanzierungssaldos dadurch begründet, dass die Abwicklung der ESF-Förderphasen 2014-2020 und 2021-2027 jahresübergreifend erfolgt und es dadurch zu Verschiebungen zwischen den Jahren kommt. Die Einnahmen und die Ausgaben erfolgen nicht zeitgleich, weshalb das Land in Vorleistung treten muss. In 2023 wurden daher mit HaFA Befassung vom 06.10.2023 in beiden Programmen Sollerhöhungen beschlossen.

Weiterhin anzumerken ist, dass im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2022/2023 für das Jahr 2022 lediglich 17 Mio. € für die neue Prioritätsachse EU-React (100%-Förderung ohne Landesmittelanteil) als Einnahmen und Ausgaben saldenneutral veranschlagt waren. Danach erfolgte eine Erhöhung dieser Mittel durch die EU-Kommission auf rd. 52 Mio. € (Einnahmen und Ausgaben), die in der Haushaltsaufstellung 2022/2023 nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Die Ausgaben werden aber spätestens mit Abschluss der Förderphase zu 100% von der EU-Kommission erstattet. Dabei werden keine zusätzlichen Landesmittel benötigt, sondern Regelungen im Rahmen bestehender, vom Senat genehmigter mehrjähriger ESF-Programme und deren Gesamtbudgets getroffen.

Die Klimaschutzmittel werden im Rahmen des Jahresabschlusses zugunsten des Projektes „Wetterextreme“ gestrichen.

Entstandene Mehrbedarfe 2023:

a) Aufstiegsfortbildungsprämie

Der vom Arbeitsressort angekündigte Mehrbedarf für die seit 2019 bestehende Aufstiegsfortbildungsprämie in Höhe von 1,9 Mio. € wurde zum Teil durch Minderausgaben der Ausbildungsgarantie innerhalb des Deckungskreises sowie Minderausgaben bei den PASS-Mitteln gedeckt. Dieser Sachverhalt wurde in Bezug auf die Deckung des Budgets ebenfalls in der Deputation am 19.09.2023 beraten.

Die Depu (19.09.2027) hat der Verlängerung des Programms „Bremische Aufstiegsfortbildungs-Prämie“ bis zum 31.12.2027 und der entsprechenden zeitlichen Anpassung der Richtlinie zugestimmt. Ebenfalls hat sie einer Nachbewilligung in Höhe von 2,3 Mio. € bei der entsprechenden Haushaltsstelle zugestimmt. Der HaFA hat am 06.10.2023 ebenfalls zugestimmt.

Es wird für die Jahre 2024 bis 2027 weiterhin von einem anhaltenden Bedarf ausgegangen, so dass ein jährlicher Mittelbedarf von ca. 4.400.000 € erwartet wird. Lt. Depu-Beschluss heißt es: „Der Mehrbedarf wird im Rahmen der Aufstellung der Haushalte 2024 und 2025 angemeldet.“

b) Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes

Der im Zuge der Novellierung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes ausgeweitete Berechtigungskreis habe bereits seit dem Jahr 2021 zu einer deutlichen Kostensteigerung geführt. Der dadurch entstehende Mehrbedarf wurde gemäß HaFA-Beschluss vom 21.04.2023 durch Einsparung der PASS-Mittel in Höhe von 590 Tsd. € gedeckt. Der Mehrbedarf ist nicht in erforderlicher Höhe fortgeschrieben worden. Hier bedarf es einer Anpassung in Höhe von rund 700.000 €. Dies ist für die Chefgespräche am 19.09.2023 als Thema benannt worden.

Spiegelseitige Ergänzung:

c) Institutionelle Förderung der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG)“

Die Vorlage für die Depubefassung am 28.11.2023 wurde im Vorfeld SF-intern abgestimmt. Der HaFA wurde am 08.12.2023 befasst. Eine dauerhafte Finanzierung der Gesellschaft (nicht der Förderprogramme) soll ab sofort im Rahmen einer institutionellen Förderung sichergestellt werden. Die Umsetzung der Förderprogramme wird jeweils als Projektförderung gesondert erfolgen.

Die Vorlage behandelt lediglich den Mehrbedarf in 2023, der aus REACT-EU-Mitteln gedeckt wird. Ab 2024 erfolgt die Finanzierung innerhalb der Eckwerte des PPL 31. Lt. Arbeitsressort sollen die Gremien hierfür gesondert befasst werden.

Ausgabereste:

Die nicht liquiden Ausgabereste von insgesamt 11,2 Mio. € wären in 2023 lediglich für folgende Programme ausgeschöpft worden: ESF 2014-2020 (3,8 Mio. €), ESFplus 2021-2027 (1,4 Mio. €) sowie AFBG – Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (0,6 Mio. €). Die Mehrbedarfe im Bereich der Aufstiegsfortbildungsprämie können durch Minderausgaben der Ausbildungsgarantie und PASS

ausgeglichen werden.

Einhaltung Einnahmen:

Aktuell weist das Arbeitsressort eine Einnahme zum Jahresende von rd. 41,8 Mio. € aus.

Für den Bau eines Auszubildenden-Wohnheims wurde in diesem Jahr mit einem Investitionskostenzuschuss von 2,4 Mio. € gerechnet. Die Finanzierung erfolgt durch Gewinnausschüttungen bei der HAWOBEG, die dem PPL 31 zur Verfügung gestellt werden sollte (HaFA-Beschluss vom 10.09.2021). Die Zahlung für das Auszubildenden-Wohnheim konnte jedoch nicht mehr in 2023 erfolgen. Daher wurden die Einnahmen und Ausgaben um 2,4 Mio.€ reduziert.

Im Vergleich zum Septembercontrolling stellt die vom Arbeitsressort angegebene Einnahmeerwartung eine Verbesserung dar. Die erforderlichen Zahlungsanträge an die EU-Kommission wurden fristgerecht gestellt. Die Mehrausgaben sollen schlussendlich durch die realisierten Mehreinnahmen gedeckt werden.

Zwar müssen die Mehreinnahmen vorrangig zur Reduzierung des Verlustvortrages herangezogen werden, bevor Mehreinnahmen für Mehrausgaben genutzt werden können. Hier jedoch müssen wegen der fehlenden Anschläge im Rahmen von REACT-EU (s.o.) sowie der prognostizierten Mehrausgaben im Rahmen von ESF+ die Mehreinnahmen zur Deckung herangezogen werden.

Rücklage gesamt

Die allgemeine Budgetrücklage (rd. 0,06 Mio. €) bleibt zum Jahresende unverändert.

Die investive Budgetrücklage (rd. 0,02 Mio. €) wurde im Zuge der Auflösung der globalen Minderausgabe (Teil 2) auf rd. 0,01 Mio. € reduziert.

Der Verlustvortrag für die ESF-Förderphase 2014-2020 in Höhe von rd. 8,6 Mio. € wird sich aufgrund der Mindereinnahme um rd. 3,2 Mio. € auf rd. 11,8 Mio. € erhöhen.

Der bestehende Verlustvortrag für die ESFplus-Förderphase 2021-2027 in Höhe von rd. 4,4 Mio. € erhöht sich um die Mindereinnahme von rd. 0,9 Mio. € auf rd. 5,3 Mio. €.

PERSONALDATEN

Über den gesamten Jahresverlauf war erkennbar, dass der Produktplan am Jahresende ausgeglichen sein bzw. geringe Minderausgaben haben wird, sofern die Einnahmen für refinanzierten Personalausgaben erbracht werden. Ein Großteil der Vereinnahmung von refinanzierten Mitteln erfolgte im Dezember 2023.

LEISTUNGSDATEN

STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN

301488 – Lastenausgleich und Wiedergutmachung

Die Ausgaben für Lastenausgleich und Wiedergutmachung liegen um 49,94 % unter dem Planwert. Der Planwert liegt deutlich höher als der Anschlag und daher ist der negative Wert nicht tatsächlich negativ zu bewerten. Das Arbeitsressort begründet dies mit der nur sehr schwer vorhersehbaren demographischen Entwicklung.

301485 – Beratene Menschen

Die Anzahl für beratene Menschen liegt mit 14,78 % unter dem Planwert. Das Arbeitsressort führt dazu aus, dass aufgrund von einer Änderung der EU-Indikatorik für die Strukturfonds we-niger Beratungen erhoben werden.

301482 – Geförderte Menschen

Die Anzahl für geförderte Menschen liegt mit 174,51 % deutlich über dem Planwert. Das Arbeitsressort gibt an, aufgrund der Bremen-Fonds-Förderungen seien hier weit mehr Menschen als geplant erreicht worden.

301484 -Anteil gef. Menschen mit Migrationshintergrund

Der Anteil geförderter Menschen mit Migrationshintergrund liegt mit 74 % deutlich über dem Planwert. Lt. Arbeitsressort seien aufgrund der Bremen-Fonds-Förderungen, die sich zum Teil explizit auf Menschen mit Migrationshintergrund bezogen, hier weit mehr Menschen erreicht worden als geplant.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	41.844	10.087	31.756	314,82 %	45.903	45.902	41.843	-4.059	10.087
Investive Einnahmen	0	0	0		0			0	0
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	100	0	100	∞ %	100	100	100	0	0
-Land, Stadtgem. u. intern	100	0	100	∞ %	100	100	100	0	0
- von Bremerhaven	0	0	0		0	0	0	0	0
Entnahme Rücklage	10	0	10	∞ %	10	10	10	0	0
budgetierte Einnahmen	41.953	10.087	31.866	315,91 %	46.012	46.012	41.953	-4.059	10.087
Personalausgaben	5.286	3.798	1.488	39,18 %	5.345	5.345	5.286	-59	3.798
Sonst. konsumtive Ausgaben	67.658	29.231	38.427	131,46 %	73.815	73.815	67.658	-6.157	29.231
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	569	0	569	∞ %	605	605	569	-36	0
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	2.170	0	2.170	∞ %	1.457	1.457	2.169	712	0
- Land, Stadtgem. u. intern	1.108	0	1.108	∞ %	229	229	1.108	879	0
- an Bremerhaven	1.061	0	1.061	∞ %	1.228	1.228	1.061	-167	0
Zuführung Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0
budgetierte Ausgaben	75.683	33.029	42.654	129,14 %	81.222	81.222	75.682	-5.540	33.029
Saldo	-33.729	-22.942	-10.787	-47,02 %	-35.210	-35.210	-33.729	1.481	-22.942

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	22.761	14.148	2.216	1.070	410
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	11.229
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	4.723
Allgemeine Budgetrücklage	60
Investive Budgetrücklage	8
Verlustvortrag	17.042

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				4.022	4.078	-57	4.022	4.078	-57
Temporäre Personalmittel				86	89	-2	86	89	-2
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				4.108	4.167	-59	4.108	4.167	-59
Refinanzierte				1.134	1.134	-0	1.134	1.134	-0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				44	44	-0	44	44	-0
Insgesamt				5.286	5.345	-59	5.286	5.345	-59
dar.: Beihilfe / Nachvers.				41	41	0	41	41	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				50,8	52,8	-2,0	50,8	52,8	-2,0
Temporäre Personalmittel				1,5	1,2	0,3	1,5	1,2	0,3
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				52,3	54,0	-1,7	52,3	54,0	-1,7
Refinanzierte				15,6		15,6	15,6		15,6
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				67,9		67,9	67,9		67,9
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				67,9		67,9	67,9		67,9
nachr.: Abwesende				4,1		4,1	4,1		4,1

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	14,1	22,5	18,3
Beschäftigte über 55 Jahre	33,3	17,5	31,7
Frauenquote	73,1	50,0	70,7
Teilzeitquote	32,0	35,0	32,9
Schwerbehindertenquote	6,3	6,0	8,8

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Lastenausgleich und Wiedergutmachung

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301488(L) Ausg. Lastenausgleich, Wiedergutmachung [Tsd. €]	404	807	-403	-49,94 %	807,00		

301488(L):
 (Ziel ist es, nicht mehr als den zur Verfügung stehenden Anschlag zu verausgaben, daher ist ein negativer Wert immer positiv zu bewerten.)
 Die demographische Entwicklung ist nur sehr schwer vorherzusehen.

Menschen arbeitsmarktlich beraten

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301485(L) beratene Menschen [Anz.]	10.226,000	12.000,000	-1.774,000	-14,78 %	12000,00		
301486(L) Anteil beratener Frauer [%]	62,00	60,00	2,00		60,00		
301487(L) Anteil ber. Menschen mit Migrationsh. [%]	71,00	65,00	6,00		65,00		

301485(L):
 Aufgrund von einer Änderung der EU-Indikatorik für die Strukturfonds werden weniger Beratungen erhoben.

Menschen arbeitsmarktlich fördern

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301482(L) geförderte Menschen [Anz.]	8.647,000	3.150,000	5.497,000	174,51 %	3150,00		
301483(L) Anteil geförderter Frauen [%]	53,00	45,00	8,00		45,00		
301484(L) Anteil gef. Menschen mit Migrationsh. [%]	74,00	47,00	27,00		47,00		

301482(L):
 Aufgrund der Bremen-Fonds-Förderungen sind hier weit mehr Menschen als geplant erreicht worden.

301484(L):
 Aufgrund der Bremen-Fonds-Förderungen, die sich zum Teil explizit auf Menschen mit Migrationshintergrund bezogen, sind hier weit mehr Menschen erreicht worden als geplant.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Finanzierungssaldo

Veranschlagt wurde ein Finanzierungssaldo von rd. 23 Mio. €. Durch erfolgte Nachbewilligungen und Einsparungen in Höhe von insgesamt 0,5 Mio. € beläuft sich der aktuelle Finanzierungssaldo auf rd. 23,5 Mio. €. Beeinflusst wurde dieser Wert vor allem durch die Entnahme aus der Sonderrücklage Klimaschutzprogramm (rd. 1,6 Mio. €), die Auflösung der globalen Minderausgabe (rd. 1,5 Mio. €), 0,2 Mio. € von anderen Ressorts für die Umsetzung von Projekten, jeweils 0,1 Mio. € für Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie ressortintern für den Ausgleich von Personalmehrbedarfen.

Dem gegenüber steht ein Jahresergebnis in Höhe von rd. 33,7 Mio. €, also eine Überschreitung der zur Verfügung stehenden Liquidität von rd. 10,2 Mio. €.

Im Rahmen der Auflösung der Globalen Minderausgabe wurden im PPL 31 in einem ersten Schritt (10.11.2023) rd. 1,5 Mio. € eingespart und in einem zweiten Schritt (19.12.2023) ein geringer Betrag aus der investiven Budgetrücklage. Darüber hinaus wurden unabwendbare dezentrale Budget- und Liquiditätsrisiken aufgelöst. In diesem Zusammenhang wurden Mittel zum Ausgleich der Liquiditätsbedarfe im PPL 31 in Höhe von 10,6 Mio. € vorgesehen. Da diese Mittel aber ausschließlich für die Einhaltung des vorgegebenen Finanzierungssaldos und nicht zum Ausgleich des Budgets benötigt wurden, ist dieser Ausgleich nicht im Produktplan Arbeit abgebildet worden. Die o.g. Überschreitung war also bekannt und Ausgleiche wurden bereits vorgesehen.

Die Überschreitung der Liquidität ist zum größten Teil dadurch begründet, dass die Abwicklung der ESF-Förderphasen 2014-2020 und 2021-2027 jahresübergreifend erfolgt und es dadurch zu Verschiebungen zwischen den Jahren kommt, wobei gleichzeitig berücksichtigt werden muss, dass Einnahmen und Ausgaben nicht zeitgleich erfolgen, sondern das Land in Vorleistung treten muss. Die Veranschlagung der Mittel erfolgt jahresbezogen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. In diesem Jahr wurden mit HaFA-Befassung vom 06.10.2023 in beiden Programmen Sollerhöhungen beschlossen.

Für die Prioritätsachse React (innerhalb des ESF 2014-2020) erfolgte in diesem Jahr eine Nachbewilligung bei gleichzeitiger Sollerhöhung der entsprechenden Einnahmen um 26,8 Mio. €. Darüber hinaus stehen rd. 3,8 Mio. € nicht liquide Haushaltsreste zur Verfügung, die zum Abschluss der Förderphase in diesem Jahr fast vollständig zur Auszahlung gekommen sind. Gleichzeitig sind Mindereinnahmen von rd. 3,2 Mio. € entstanden.

Im ESFplus (2021-2027) stehen liquide Ausgabemittel von rd. 12,7 Mio. € zur Verfügung. Diese sowie die nicht liquiden Ausgabereste von rd. 1,4 Mio. € sind in diesem Jahr vollständig zur Auszahlung gekommen. Darüber hinaus entstanden Mindereinnahmen von rd. 0,9 Mio. €.

Insgesamt besteht damit im EU-Bereich eine Überschreitung des zur Verfügung stehenden Finanzierungssaldos von rd. 9,3 Mio. €. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Mindereinnahmen im ESF-Bereich (rd. 4,1 Mio. €) durch den Gesamthaushalt auszugleichen sind.

Die Überschreitung der Liquidität im Bereich der Landesmittel (rd. 0,9 Mio. €) ist größtenteils durch die Mehrkosten im Bereich der Aufstiegsfortbildungsprämie (rd. 1,1 Mio. €), der notwendigen Resteinanspruchnahme im Bereich des Meister-BaföG's (rd. 0,6 Mio. €) sowie des Mehrbedarfs im Landesprogramm für Langzeitarbeitslose (rd. 0,3 Mio. €) begründet. Die Überschreitungen sind budgetseitig abgedeckt durch Resteinanspruchnahmen und planinterne Mittelverlagerungen und können teilweise durch Unterschreitungen der Liquidität bei der Ausgleichsabgabe (rd. 0,9 Mio. €) sowie bei den Klimaschutzmitteln (rd. 0,1 Mio. €) ausgeglichen werden. Die Klimaschutzmittel werden im Rahmen des Jahresabschlusses zugunsten des Projektes „Wetterextreme“ gestrichen.

Im Folgenden wird kurz auf die zwei größeren Überschreitungen eingegangen:

Für die seit 2019 bestehende Aufstiegsfortbildungsprämie steht ein Haushaltsanschlag von 2,1 Mio. € zur Verfügung, der aufgrund der hohen Antragszahlen nicht auskömmlich ist. Wer eine Aufstiegsfortbildung (z.B. zum/zur Meister*in, Techniker*in, Fachwirt*in, Fachkaufmann/-frau, Erzieher*in o.ä.) nach dem 01.01.2019 abgeschlossen hat, kann eine einmalige Prämie in Höhe von 4.000 Euro erhalten. Mit HaFA-Beschluss vom 06.10.2023 werden diese Mittel budgetseitig durch Einsparungen innerhalb des Produktplanes gedeckt, wobei diese Mittel nicht vollständig mit Liquidität hinterlegt sind. Rein rechnerisch ergibt sich eine Überschreitung der Liquidität von rd. 1,1 Mio. €.

Mit der Novellierung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes wurde der Berechtigungskreis ausgeweitet, was zu einer deutlichen Kostensteigerung bereits ab dem Jahr 2021 geführt hat. Der dadurch entstehende Mehrbedarf wird gemäß HaFA-Beschluss vom 21.04.2023 durch Einsparung der PASS-Mittel in Höhe von 590 Tsd. € gedeckt. Darüber hinaus war es notwendig, die entstandenen Haushaltsreste von rd. 0,6 Mio. € vollständig zu verausgaben.

Einhaltung Budget

Insgesamt liegt eine Budgetunterschreitung von rd. 1,5 Mio. € vor. Diese unterteilt sich in die Aggregate „Einnahmen“ (rd. 4,1 Mio. € Mindereinnahmen), „Personal“ (rd. 0,1 Mio. € Mehrausgaben) sowie „Ausgaben ohne Personal“ (rd. 5,5 Mio. € Minderausgaben).

Einnahmen

Es entstanden Mindereinnahmen von rd. 4,1 Mio. €. Diese ergeben sich dadurch, dass im ESF 2014-2020 (bedingt durch React) sowie im ESFplus (2021-2027) Mindereinnahmen entstanden. Auf diese Sachverhalte wurde bereits bei der Erläuterung zur Einhaltung des Finanzierungssaldos eingegangen, weshalb an dieser Stelle auf eine Wiederholung verzichtet wird. Mindereinnahmen im EU-Bereich werden durch den Gesamthaushalt ausgeglichen. Gleichzeitig werden Verlustvorträge bzw. ggf. Rücklagen gebildet, die den jeweiligen Förderphasen zugeordnet werden.

Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass sich die Erhöhung des Haushaltssolls im Vergleich zum Haushaltsanschlag (um rd. 35,8 Mio. €) einerseits durch die Sollerhöhung im ESF-Bereich (vgl. Kommentierung des Finanzierungssaldos) in Höhe von 26,8 Mio. € (React, ESF 2014-2020) und 4,1 Mio. € ESFplus (2021-2027) sowie andererseits durch die 78%ige Kostenerstattung des Bundes im Bereich des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes, die auf der Ausgabenseite zur Verfügung gestellt wird (Einnahmeverfügbarmittel, rd. 4,5 Mio. €) begründet. Weitere Einnahmeverfügbarmittel von jeweils rd. 0,2 Mio. € wurden in den Bereichen Anerkennungsberatung und Heizkostenzuschuss gebucht.

Personalausgaben

Der Personalhaushalt des Produktplanes 31 Arbeit wies zum Jahresende 2023 insgesamt Minderausgaben in Höhe von rd. 59 Tsd. Euro aus. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Minderausgaben im Kernbereich von rd. 57 Tsd. Euro und im Bereich der temporären Personalmitel von rd. 2 Tsd. Euro. Der Ausgleich von Personalmehrausgaben im Kernbereich erfolgte nach der Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 08.12.2023. Die Minderausgaben im Kernbereich werden im Rahmen des Jahresabschlusses in den PPL 92 verlagert.

Ausgaben (ohne Personal)

Die Unterschreitung des Budgets von rd. 5,5 Mio. € ergibt sich hauptsächlich durch die nicht liquiden Ausgabereste von insgesamt 11,2 Mio. €. Diese werden in diesem Jahr lediglich für folgende Programme vollständig ausgeschöpft: ESF 2014-2020 (3,8 Mio. €), ESFplus 2021-2027 (1,4 Mio. €) sowie AFBG (0,6 Mio. €). Andere Reste werden nur teilweise oder gar nicht in Anspruch genommen. Darüber hinaus entstehen Mehrbedarfe im Bereich der Aufstiegsfortbildungsprämie, die durch Mittel des Programms PASS ausgeglichen werden. Auf diese Sachverhalte wurde bereits bei der Erläuterung zur Einhaltung des Finanzierungssaldos eingegangen, weshalb an dieser Stelle auf eine Wiederholung verzichtet wird.

In der Darstellung der kameralen Finanzdaten werden Überschreitungen bei dem Aggregat Verrechnungen/Erstattungen ausgewiesen, die auf eine Überschreitung des Budgets hindeuten. Tatsächlich erfolgte eine Einnahme der EU-Kommission die für eine bereits beschlossene Nachbewilligung zwingend erforderlich war, so spät im Jahr, so dass die Sollerhöhung auf der Ausgabenseite nur noch bei den konsumtiven Mitteln umgesetzt werden konnte. Ein danach notwendiger Deckungskreisausgleich konnte nicht mehr durchgeführt werden.

Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass sich die Erhöhung des voraussichtlichen Ausgabesolls im Vergleich zum Haushaltsanschlag (rd. 46,6 Mio. €) durch Haushaltsreste, Nachbewilligungen, Einsparungen und Einnahmeverfügbarmitteln ergibt, auf die in den vorherigen Erläuterungen bereits eingegangen wurde.

Rücklage gesamt

Die allgemeine Budgetrücklage (rd. 0,06 Mio. €) bleibt zum Jahresende unverändert. Die investive Budgetrücklage (rd. 0,02 Mio. €) wurde im Zuge der Auflösung der globalen Minderausgabe (Teil 2) auf rd. 0,01 Mio. € reduziert.

Der Verlustvortrag für die ESF-Förderphase 2014-2020 in Höhe von rd. 8,6 Mio. € wird sich aufgrund der Mindereinnahme um rd. 3,2 Mio. € auf rd. 11,8 Mio. € erhöhen.

Der bestehende Verlustvortrag für die ESFplus-Förderphase 2021-2027 in Höhe von rd. 4,4 Mio. € erhöht sich um die Mindereinnahme von rd. 0,9 Mio. € auf rd. 5,3 Mio. €.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Laut Ausführungen des Ressorts wurde im Land das Budget zum Jahresende von rd. 6,8 Mio. € unterschritten. Dies setzt sich wie folgt zusammen:

- Mehreinnahmen von rd. 4 Mio. €
- Personalminder Ausgaben von rd. 0,4 Mio. €
- konsumtive Minder Ausgaben von rd. 5,5 Mio. € (davon 5 Mio. € zentral bereitgestellte und nicht benötigte Mittel zur Abdeckung der Mehrbedarfe bei den Sozialleistungen)
- Mehrbedarfe bei den Verrechnungen und Erstattungen von rd. 3,5 Mio. €
- Zuführung zur Rücklage von rd. 0,4 Mio. €

Die im Zuge des Controllings 1-9/23 und 1-11/23 möglichen Mehrbedarfe bei den Sozialleistungen von rd. 143,6 Mio. € wurden aus Mitteln des Nachtragshaushaltes (Ukraine und Energiepreiseffekte) in Höhe von rd. 53,1 Mio. € und aus weiteren zentralen Mitteln von rd. 90,7 Mio. € abgedeckt. Im weiteren Verlauf des Jahres konnten diese Bedarfe jedoch um rd. 5 Mio. € nach unten korrigiert werden. Durch Budgetverlagerungen von rd. 91,5 Mio. € (inkl. die zentral bereitgestellten Mittel) wurde der Liquiditätssaldo zum Jahresende um rd. 6,2 Mio. € unterschritten.

PERSONALDATEN

Durch ein vom HAFA am 19.12.23 beschlossenes Lösungskonzept in Höhe von 0,8 Mio. €, konnten die über den Jahresverlauf absehbaren Mehrausgaben ausgeglichen werden. Die Deckung erfolgte aus Personalminder Ausgaben der Stadt im Produktplan 41. In diesem Zusammenhang wurde auch die vom HAFA genehmigte Überziehung bei der ZAST (HAFA 16.12.22) ausgeglichen. Der Land-/Stadt-Ausgleich erfolgte über den Produktplan 92.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	380.168	347.352	32.816	9,45 %	377.174	377.176	380.171	2.995	347.352
Investive Einnahmen	0	0	0		0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	10.619	9.119	1.500	16,45 %	9.629	9.628	10.617	989	9.119
- Land, Stadtgem. u. intern	9.817	8.480	1.336	15,76 %	8.990	8.989	9.815	826	8.480
- von Bremerhaven	802	639	163	25,56 %	639	639	802	163	639
Entnahme Rücklage	1.060	0	1.060	∞ %	1.060	1.060	1.060	0	0
budgetierte Einnahmen	391.847	356.471	35.376	9,92 %	387.863	387.864	391.848	3.984	356.471
Personalausgaben	25.589	24.199	1.390	5,74 %	25.943	25.943	25.589	-354	24.199
Sonst. konsumtive Ausgaben	89.119	65.568	23.551	35,92 %	95.090	94.679	89.120	-5.559	65.568
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	4.698	4.362	336	7,71 %	4.698	4.698	4.698	0	4.362
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	759.255	663.943	95.312	14,36 %	755.759	755.757	759.252	3.495	663.943
- Land, Stadtgem. u. intern	616.941	540.287	76.654	14,19 %	613.439	613.438	616.939	3.501	540.287
- an Bremerhaven	142.314	123.656	18.658	15,09 %	142.320	142.319	142.313	-6	123.656
Zuführung Rücklage	412	0	412	∞ %	0	412	0	-412	0
budgetierte Ausgaben	879.073	758.072	121.001	15,96 %	881.490	881.489	878.659	-2.830	758.072
Saldo	-487.226	-401.600	-85.625	-21,32 %	-493.627	-493.625	-486.811	6.814	-401.600

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	9.767	11.730	6.339	3.432	37.825
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	577
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	1.121
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	0
Sonderrücklage	10.013

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				21.922	21.924	-2	21.922	21.924	-2
Temporäre Personalmittel				-0	0	-0	-0	0	-0
TPM - Flüchtlinge				626	626	-0	626	626	-0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				22.547	22.550	-2	22.547	22.550	-2
Refinanzierte				2.708	3.058	-350	2.708	3.058	-350
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				334	336	-2	334	336	-2
Insgesamt				25.589	25.943	-354	25.589	25.943	-354
dar.: Beihilfe / Nachvers.				292	292	0	292	292	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				307,7	312,3	-4,6	307,7	312,3	-4,6
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				9,5	0,1	9,5	9,5	0,1	9,5
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				317,3	312,4	4,9	317,3	312,4	4,9
Refinanzierte				43,7		43,7	43,7		43,7
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				360,9		360,9	360,9		360,9
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,5		0,5	0,5		0,5
Summe eingesetztes Personal				361,5		361,5	361,5		361,5
nachr.: Abwesende				18,0		18,0	18,0		18,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	25,2	22,5	25,8
Beschäftigte über 55 Jahre	22,9	17,5	22,9
Frauenquote	70,8	50,0	70,9
Teilzeitquote	42,4	35,0	41,8
Schwerbehindertenquote	7,5	6,0	8,4

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Personalausgaben

Der Landespersonalhaushalt des Produktplans 41 Jugend und Soziales wies zum Jahresende 2023 insgesamt Minderausgaben von rd. 350 Tsd. € im Bereich des refinanzierten Personals aus, das aus den zweckgebundenen Mitteln finanziert ist.

Die zum Jahresende im Kern- und temporären Bereich entstandenen Personalmehrausgaben im Produktbereich 41.91 sind durch Personalminderungen des AVIB (Produktbereich 41.24) sowie durch Mittel aus dem Produktplan 92 gemäß den HaFA-Beschlüssen zu ZASt und zum Ausgleich von Personalmehrausgaben herangezogen und während der 13. Monats ausgeglichen worden.

Einhaltung Budget

Gesamtbetrachtungen / Jahresbetrachtung:

Entwicklung der Sozialleistungen Land

Das vergangene Haushaltsjahr 2022 war noch in Teilen gekennzeichnet durch die auslaufende Corona-Pandemie. Besonders stark ausgewirkt hat sich der im Februar 2022 begonnene Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und der dadurch ausgelöste Zugang geflüchteter Menschen aus der Ukraine. Parallel zu dieser Entwicklung stieg auch die Zahl geflüchteter Menschen (Erwachsene und Familien, umA) aus anderen Ländern wieder an. Nach dem Sommer waren mit der Energiekrise und anderen Preissteigerungen weitere erste Entwicklungen zu verzeichnen, deren Auswirkungen auf die Sozialleistungen nun in 2023 ganzjährig deutlich wurden. Hinzu kommt, dass die ohnehin stark risikobehafteten Sozialleistungen in weiten Teilen schon vorher mit Mehrbedarfen behaftet waren; viele Problemlagen schreiben sich unverändert fort. Für weitere Details wird auch auf die Berichte Sozialleistungen 2021 und 2022 verwiesen. Schon zu Beginn 2023 war erkennbar, dass sich die Mehrbedarfe aus 2022 in weiten Teilen fortschreiben und es mindestens zu ähnlichen und höheren Defiziten kommen würde, da insbesondere die in 2022 stark ausgebauten Unterbringungs- und Versorgungssysteme für umA und Geflüchtete nun ganzjährig betrieben werden mussten. Diese Entwicklungen betreffen den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte gleichermaßen. Die Entwicklung der höheren Bedarfe und die Schätzungen haben sich letztlich bestätigt.

Die September-Hochschätzung der Fachbereiche für den Landeshaushalt enthielt aufgrund der vorgenannten Gründe und Entwicklungen Netto-Mehrbedarfe von rd. 143,6 Mio. Euro. Eintreten sind letztlich rd. 139,2 Mio. Euro. Neben dem tatsächlichen eigenen Haushaltssoll zum Jahresende der Sozialleistungen wurden Mittel des Lösungskonzeptes von 90,7 Mio. Euro und außerhalb der Sozialleistungen von rd. 0,63 Mio. Euro herangezogen. Im Nachtragshaushalt (Ukraine, Energiepreiseffekte) wurden 53,1 Mio. Euro abgedeckt. Restmittel der Sozialleistungen fallen im Jahresabschluss dem Gesamthaushalt zu. Den allergrößten Anteil an den Mehrbedarfen hat dabei der Landesbereich Soziales. Wie in 2022 entstehen hier im Bereich Geflüchtete die höchsten Mehrbedarfe. An zweiter Stelle steht der Landesbereich Jugend, hier stehen die Mehrbedarfe hpts. im Kontext der Aufgabenwahrnehmung umA. Weitere Mehrbedarfsträger im Land sind maßgeblich die Ausgaben im Rahmen der quotierten Erstattungen des Landes nach den SGB IX und XII. Die ausgelaufene Corona-Pandemie ist weitgehend ohne größere Bedeutung in 2023. Insgesamt ist ein Ausgabenzuwachs von rd. 7,9% entstanden. Die Veränderung („Verbesserung“) ggü. dem September-Controlling beruht auf den Teil-Abdeckungen im Nachtragshaushalt, die nun dort als Ausgaben enthalten sind und nicht auf echten Verbesserungen.

Auf den diesen Controllingbericht ergänzenden Bericht Sozialleistungen Gesamtjahr 2023, der zur Deputationssitzung erscheinen wird, wird verwiesen.

Nachrichtlich: Die Entlastungsmittel des Bundes aus dem Pauschalentlastungsgesetz entlasten die bremischen Haushalte im Steuerhaushalt beim Senator für Finanzen und nicht unmittelbar im Bedarfsbereich, hier PPL 41, Jugend und Soziales.

Zu den maßgeblichen Ist-Planwertabweichungen im Betrachtungszeitraum auf Planebene:

Die Planwertabweichung bei den kons. Einnahmen beruht weitgehend auf Mehreinnahmen an ausgabeabhängigen Bundesmitteln für die Ausgaben nach dem 4. Kapitel SGB XII, dem UVG und dem SGB II (KdU). Die Mehreinnahmen des Landes von den Stadtgemeinden beruhen i.W. auf höheren Einnahmen UVG, die der Bundes- bzw. Landesebene zustehen.

Die Mehrausgaben bei den kons. und Verrechnungsausgaben an die Städte beruhen auf den Mehrbedarfen in den Sozialleistungen an verschiedenen Stellen, es wird auf die Inhalte der Produktbereiche sowie den Bericht Sozialleistungen Gesamtjahr 2023 verwiesen.

Landeshaushalt außerhalb der Sozialleistungen
inkl. Investitionen und AVIB

Außerhalb der Sozialleistungen wurden im PPL 41 die Budgets eingehalten. Mehrbedarfe im Energiebereich wurden im Nachtragshaushalt abgedeckt. 0,63 Mio. Euro wurden als Deckungsbeiträge in die Sozialleistungen gegeben, Reste (inkl. Personal und Rücklagen) gibt es i.H.v. rd. 1,6 Mio. Euro. Es wird auf die Deputationsvorlage verwiesen.

Bei den Investitionen sind keine Minderausgaben größer als 1 Mio. € ggü. dem Anschlag aufgetreten.

Der Anteil an der Erbringung der globalen Minderausgabe von 1,56 Mio. Euro wurde dargestellt. Es erfolgte am 01.11.2023 eine separate Befassung der Fachdeputation.

Zusammenfassung Land:

Im Zuge der Inanspruchnahme des Nachtragshaushaltes und des Lösungskonzeptes konnten die Budgets 2023 sowie die Liquidität eingehalten werden. Die originären Anschläge im Bereich der Sozialleistungen waren jedoch im Zuge der bekannten Entwicklung nicht ausreichend, um die Bedarfe abzudecken, siehe die IST-Plan-Abweichungen. Der bei den Finanzdaten ausgewiesene Saldo von rd. 6,8 Mio. Euro besteht aus zu bildenden Resten und den übrigen nicht übertragbaren Ausgaben.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Laut Ausführungen des Ressorts wurde im Land das Budget zum Jahresende von rd. 6,9 Mio. € unterschritten. Dies setzt sich wie folgt zusammen:

- Mindereinnahmen von rd. 0,5 Mio. €
- Personalminderausgaben von rd. 3,1 Mio. €
- konsumtive Minderausgaben von rd. 5,3 Mio. €
- Zuführung zur Rücklage Pflegeausbildungsfonds von rd. 0,9 Mio. €

Im Rahmen des Jahresabschlusses werden zudem rd. 10,4 Mio. € an investiven Minderausgaben zweckgebunden der investiven Rücklage zugeführt. Diese sind bereits vom vorHH-Soll und vorIST heruntergerechnet.

Zum Jahresende wird unter Berücksichtigung von PPL-übergreifenden Verlagerungen von rd. -9,7 Mio. € der Finanzierungssaldo um rd. 3,1 Mio. € unterschritten.

PERSONALDATEN

Über den gesamten Jahresverlauf war erkennbar, dass der Produktplan am Jahresende ausgeglichen sein bzw. Minderausgaben haben wird. Diese fallen fast ausschließlich bei den refinanzierten Personalausgaben an.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	82.499	7.911	74.588	942,80 %	83.043	83.044	82.499	-545	7.911
Investive Einnahmen	7.524	0	7.524	∞ %	7.521	7.521	7.524	3	0
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	4.407	3.724	683	18,34 %	4.407	4.407	4.407	0	3.724
-Land, Stadtgem. u. intern	2.924	2.242	683	30,46 %	2.924	2.925	2.925	0	2.242
- von Bremerhaven	1.482	1.482	0	0,01 %	1.482	1.482	1.482	0	1.482
Entnahme Rücklage	9.806	0	9.806	∞ %	9.806	9.806	9.806	0	0
budgetierte Einnahmen	104.236	11.635	92.601	795,88 %	104.777	104.778	104.236	-542	11.635
Personalausgaben	21.211	21.107	104	0,49 %	24.353	24.353	21.211	-3.142	21.107
Sonst. konsumtive Ausgaben	93.302	26.667	66.635	249,88 %	98.602	98.602	93.302	-5.300	26.667
Zinsausgaben	0	0	0		0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	35.731	35.967	-236	-0,66 %	46.103	35.737	35.731	-6	35.967
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	2.099	67	2.032	3.021,92 %	2.099	2.099	2.099	0	67
- Land, Stadtgem. u. intern	876	0	876	∞ %	876	876	876	0	0
- an Bremerhaven	1.223	67	1.156	1.718,78 %	1.223	1.223	1.223	0	67
Zuführung Rücklage	11.305	0	11.305	∞ %	10.365	10.365	11.305	940	0
budgetierte Ausgaben	163.648	83.808	79.840	95,26 %	181.522	171.156	163.648	-7.508	83.808
Saldo	-59.412	-72.174	12.761	17,68 %	-76.745	-66.378	-59.412	6.966	-72.174

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	1.405	6.085	1.277	1.270	23.458
investiv	0	2.427	2.747	93	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	3.899
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	4.526
Allgemeine Budgetrücklage	4
Investive Budgetrücklage	17.038
Sonderrücklage	21.392

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				17.493	17.498	-5	17.493	17.498	-5
Temporäre Personalmittel				71	71	0	71	71	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				17.564	17.569	-5	17.564	17.569	-5
Refinanzierte				2.657	5.791	-3.134	2.657	5.791	-3.134
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				990	993	-3	990	993	-3
Insgesamt				21.211	24.353	-3.142	21.211	24.353	-3.142
dar.: Beihilfe / Nachvers.				148	148	0	148	148	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				230,0	236,3	-6,3	230,0	236,3	-6,3
Temporäre Personalmittel				1,8	0,9	0,9	1,8	0,9	0,9
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				231,8	237,2	-5,5	231,8	237,2	-5,5
Refinanzierte				39,2		39,2	39,2		39,2
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				270,9		270,9	270,9		270,9
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				270,9		270,9	270,9		270,9
nachr.: Abwesende				13,3		13,3	13,3		13,3

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	18,2	22,5	21,1
Beschäftigte über 55 Jahre	30,0	17,5	28,4
Frauenquote	80,8	50,0	80,3
Teilzeitquote	58,1	35,0	56,2
Schwerbehindertenquote	7,0	6,0	6,4

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Krankenhäuser sind primäre Ziele der Bremer Krankenhauspolitik. ●

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
PLAN01(L) Planbetten im Land Bremen gesamt [Anz.]	5.515,000	5.539,000	-24,000	-0,43 %	5539,00		

PLAN01(L):

Da Bremen einen Überhang an Planbetten hat, ist der Abbau positiv. Im Rahmen des Controllings sollte eine Absenkung daher als Erfolg gewertet werden.

Für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern und um zu sozial tragbaren Pflegesätzen beizutragen, wird die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser gewährleistet. ●

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
PLAN02(L) KHG-Förderung pro Planbett [€]	7.465,000	7.033,000	432,000	6,14 %	7033,00		

Im Rahmen der Psychiatriereform werden wohnortnahe Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebote psychisch kranker Menschen sichergestellt. Das Angebot ambulanter Leistungen, auch zur Vermeidung stationärer Behandlungen, wird ausgebaut. ●

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301513(L) Anzahl gemeindepsychiatrischen Verbänden [Anz.]	4,000	2,000	2,000	100,00 %	2,00		
301514(L) Umwandlung KH-Betten in ambul. Angebote [Anz.]	40,000	40,000	0,000	0,00 %	40,00		

301513(L):

Die Umsetzung erfolgte schneller, als geplant.

Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden die vielfältigen Aufgaben des gesundheitlichen, wirtschaftlichen und technischen Verbraucherschutzes intensiviert. ●

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300430(L) Verwaltungsmaßnahmen Arbeitsschutz [Anz.]	140,000	110,000	30,000	27,27 %	110,00		
301503(L) Durchschnittliche Anzahl Verbraucherkont [Anz.]	268,500	156,000	112,500	72,12 %	156,00		
KONT01(L) Kontrollen i. d. amtl. Lebensm.-überw. [Anz.]	4.392,000	5.500,000	-1.108,000	-20,15 %	5500,00		

300430(L):

Die Steigerung der Verwaltungsmaßnahmen ergibt sich insbesondere durch Anordnungen und Bußgelder im Bereich Arbeitsschutz (aufgrund der erhöhten Anzahl an BmSys). Bereits im vorhergehenden Quartal war die Ist-Zahl schon hoch (aufgrund von Verstößen gegen Strahlenschutzbestimmungen und Sprengstoff-Bußgeldern).

301503(L):

Das Beratungsangebot wurde an einzelnen Standorten in einem deutlich gestiegenen Umfang nachgefragt als zunächst geplant. Dies

PPL: 51 Gesundheit und Verbraucherschutz
Version: 01-14/23 21.03.24
Verantw.: Senatorin Bernhard

Einhaltung Finanzdaten: Land ●
Einhaltung Personaldaten: Land ●
Einhaltung strategische Ziele: Land ●

betrifft insbesondere Gröpelingen sowie BHV-Lehe und Grohn. Die Planzahlen wurden in 2021 während der Corona-Pandemie kalkuliert. Zu diesem Zeitpunkt konnte nur ein reduziertes Beratungsangebot per Telefon zur Verfügung gestellt werden.

KONT01(L):

Die veranschlagte Kontrollzahl wurde aufgrund vier langzeiterkrankter Lebensmittelkontrolleur:innen insgesamt nicht erreicht. Seit Mitte des Jahres ist eine Steigerung der Kontrollzahlen zu verzeichnen.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Es ergeben sich hier Mindereinnahmen in Höhe von 545 Tsd. €. Sie sind überwiegend beim LMTVet entstanden. Sie sind hauptsächlich auf den Rückgang der Einfuhren an den Grenzkontrollstellen Bremen und Bremerhaven zurückzuführen. Ein Ausgleich erfolgt innerhalb des PPL 51 unter Heranziehung der konsumtiven Minderausgaben.

Investive Einnahmen

Der Planwert wurde um 7.524 Tsd. € überschritten. Es handelt sich hier überwiegend um die zweckgebundenen Bundesmittel im Rahmen des Krankenhausstrukturfonds II zur Schaffung/ Erweiterung von Ausbildungskapazitäten am Klinikum Bremerhaven Reinkenheide.

Personalausgaben

Der Produktplan 51 des Landes Bremen wurde mit Personalminderausgaben von rd. 3,1 Mio. Euro abgeschlossen. Die Minderausgaben resultieren aus Personalminderausgaben im Bereich der refinanzierten Beschäftigten, darunter sind 1,8 Mio. Euro Brexit-Mittel von der EU, die im Jahr 2024 abfließen werden.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Das Budget wird um 5.300 Tsd. € unterschritten. Die Abweichung resultiert zum Teil aus den zweckgebundenen Mittel für den Pflegeausbildungsfonds (940 Tsd. €). Der Betrag wird der Sonderrücklage Pflegeausbildungsfonds zugeführt. Bei den restlichen Minderausgaben handelt es sich u.a. um Haushaltsreste aus Vorjahr (1.988 Tsd. €) sowie um Minderausgaben in Folge von Verzögerungen in der Umsetzung von geplanten Maßnahmen. Entsprechend dem Senatsbeschluss vom 27.02.2024 zur Abrechnung der Produktplanhaushalte 2023 wird hier neben der Sonderrücklagen-Zuführung in Höhe von 940 Tsd. € eine Resteübertragung in Höhe von 1.936 Tsd. € erfolgen.

Investive Ausgaben

Das voraussichtliche HH-Soll wird hier entgegen des HH-Solls im System darstellungsmäßig um 10.365 Tsd. € abgesenkt, um zu signalisieren, dass die Minderausgabe der Rücklagenbildung dient, obwohl die tatsächliche Deckung systemseitig über die Technische Ausgleichsposition bereitgestellt wird.

Zuführung Rücklage

Die Rücklagenzuführung beläuft sich insgesamt auf 11.305 Tsd. € und resultiert aus 940 Tsd. € Sonderrücklage für den Pflegeausbildungsfonds und 10.365 Tsd. € investive Budgetrücklage. Die investive Budgetrücklage resultiert überwiegend aus den zweckgebundenen Mittel für den Krankenhausstrukturfonds (9.771 Tsd. €) sowie für die Digitalisierungsmaßnahmen im Rahmen des ÖGD-Pakts (519 Tsd. €).

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo beläuft sich voraussichtlich auf – 59.412 Tsd. €. Der bereinigte Finanzierungssaldo in Höhe von -62.499 Tsd. € wird somit um 3.087 Tsd. € unterschritten.

Einhaltung Budget

Im Land schließt der PPL 51 mit einem Überschuss in Höhe von 6.968 Tsd. € ab. Dieser ergibt sich überwiegend aus den Minderausgaben bei den Personalausgaben und den konsumtiven Ausgaben. Darin enthalten sind Haushaltsreste aus dem Vorjahr in Höhe von insgesamt 3.899 Tsd. €.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Das Ressort weist zum Jahresende 2023 eine Budgetunterschreitung i.H.v. rd. 18,3 Mio. € aus, die sich v.a. aus konsumtiven Minderausgaben zusammensetzt.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 wurde die Übertragung von Ausgaberesten i.H.v. insgesamt rd. 10,2 Mio. € sowie die Zuführung zur investiven Budgetrücklage von rd. 9,2 Mio. € beschlossen; darunter rd. 6,1 Mio. € investive Ausgabereste sowie rd. 3,1 Mio. € investive Ausgabereste bei den Verrechnungen/Erstattungen.

Im Rahmen des Ende 2023 beendeten Handlungsfelds Klimaschutzes erfolgte eine Zuführung zur Sonderrücklage „Projekt Wetterextreme“ (im PPL 81) von rd. 1,3 Mio. € aus gestrichenen Resten im PPL 68. Zudem erfolgte eine Sonderrücklagenzuführung für das Deutschlandticket v. rd. 16,1 Mio. € und im Bereich der Abwasserabgabe/Wasserentnahmegebühr von rd. 3 Mio. €.

Kleinere Differenzen zwischen dem SAP-Ist-Stand und den gebuchten Werten für den Zeitraum 1-14/2023 (v.a. beim Aggregat Verrechnungen/Erstattungen intern) sind reine Rundungsdifferenzen bzw. ggf. Tippfehler. Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (rd. – 0,061 Mio. €) eingehalten.

PERSONALDATEN

Über den gesamten Jahresverlauf war erkennbar, dass der Produktplan am Jahresende ausgeglichen sein bzw. geringe Minderausgaben haben wird.

LEISTUNGSDATEN

Insgesamt wurden die strategischen Ziele und Kennzahlen des Produktplans laut Ressorteinschätzung nicht gänzlich eingehalten, insbesondere im Bereich der CO₂-Reduktion aus den Breitenförderprogrammen sowie im Bereich der Online-Abrufe aus dem Liegenschaftskataster.

Positiv überschritten wurden z.T. auch einige Kennzahlen, z.B. die Empfänger der Wohngeldzahlungen vor dem Hintergrund der Wohngeldreform.

MASSNAHMEN-/STEUERUNGSVORSCHLAG

Keine.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	91.727	36.266	55.461	152,93 %	91.949	91.949	91.727	-222	36.266
Investive Einnahmen	40.521	31.105	9.416	30,27 %	40.521	40.522	40.522	0	31.105
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	45.159	18.737	26.422	141,02 %	45.063	45.068	45.164	96	18.737
-Land, Stadtgem. u. intern	44.587	18.166	26.421	145,44 %	44.491	44.496	44.592	96	18.166
- von Bremerhaven	572	571	1	0,17 %	572	572	572	0	571
Entnahme Rücklage	17.352	1.075	16.278	1.514,91 %	17.352	17.353	17.353	0	1.075
budgetierte Einnahmen	194.760	87.182	107.577	123,39 %	194.886	194.892	194.766	-126	87.182
Personalausgaben	45.343	40.434	4.910	12,14 %	45.774	45.774	45.344	-430	40.434
Sonst. konsumtive Ausgaben	101.017	58.750	42.266	71,94 %	118.867	118.867	101.015	-17.852	58.750
Zinsausgaben	82	250	-168	-67,12 %	83	83	82	-1	250
Tilgungsausgaben	2.254	2.400	-146	-6,09 %	2.255	2.255	2.254	-1	2.400
Investive Ausgaben	76.296	53.486	22.810	42,65 %	82.506	76.389	76.294	-95	53.486
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	36.757	26.950	9.807	36,39 %	39.919	36.833	36.763	-70	26.950
- Land, Stadtgem. u. intern	22.831	18.372	4.459	24,27 %	25.722	22.852	22.836	-16	18.372
- an Bremerhaven	13.926	8.578	5.348	62,34 %	14.197	13.981	13.927	-54	8.578
Zuführung Rücklage	28.318	242	28.076	11.601,75 %	28.315	28.316	28.319	3	242
budgetierte Ausgaben	290.066	182.511	107.555	58,93 %	317.719	308.517	290.071	-18.446	182.511
Saldo	-95.307	-95.329	22	0,02 %	-122.833	-113.625	-95.305	18.320	-95.329

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	6.698	35.534	32.421	3.007	8.486
investiv	0	41.669	18.870	21.566	33.872
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	18.359
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	7.649
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	26.046
Sonderrücklage	27.847
Verlustvortrag	12.132

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				37.430	37.455	-25	37.430	37.455	-25
Temporäre Personalmittel				1.216	1.432	-216	1.216	1.432	-216
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				110	112	-2	110	112	-2
Zwischensumme				38.757	38.999	-243	38.757	38.999	-243
Refinanzierte				6.021	6.152	-131	6.021	6.152	-131
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				566	623	-58	566	623	-58
Insgesamt				45.343	45.774	-431	45.343	45.774	-431
dar.: Beihilfe / Nachvers.				475	520	-45	475	520	-45
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				522,6	492,5	30,1	522,6	492,5	30,1
Temporäre Personalmittel				16,4	29,9	-13,5	16,4	29,9	-13,5
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				1,5	0,0	1,5	1,5	0,0	1,5
Zwischensumme				540,6	522,5	18,1	540,6	522,5	18,1
Refinanzierte				73,7		73,7	73,7		73,7
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				614,3		614,3	614,3		614,3
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				614,3		614,3	614,3		614,3
nachr.: Abwesende				25,5		25,5	25,5		25,5

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	14,5	22,5	15,1
Beschäftigte über 55 Jahre	37,5	17,5	34,4
Frauenquote	41,3	50,0	40,8
Teilzeitquote	25,2	35,0	25,1
Schwerbehindertenquote	7,5	6,0	8,5

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Klimaanpassung und -schutz

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
VBNP_1(L) Anz. beförderte Pers. im VBN [Anz.]	141.500.000,000	146.700.000,000	-5.200.000,0	-3,54 %	146700000,00		
300254(L) Hochwasserschutz [%]	72,00	63,33	8,67		76,00		
ENER_1(L) CO2-Redukt. energiepol.Breitenförderpro. [t]	48.463,000	66.666,667	-18.203,667	-27,31 %	80000,00		

ENER_1(L):

Auf Grund des weiterhin bestehenden Handwerker mangels, Preissteigerungen bei Dämm- und Baustoffen sowie Verfügbarkeitsengpässen von Produkten können die beantragten Maßnahmen regelmäßig nicht zeitnah umgesetzt werden, so dass sich der Mittelabfluss verzögert. Im Fall der Förderung von Wärmepumpen i. R. des FöP "Ersatz von Ölheizkesseln" kommt hinzu, dass die Lieferzeiten derzeit ca. 12 Monate betragen, so dass auch hier größere zeitliche Verzögerungen bei der Umsetzung der Maßnahmen auftreten.

Ressourceneffizienz im Umgang mit Flächenverbrauch, Naturschutz und Abfallvermeidung

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300593(L) Ökologisch bewirtschaftete Flächen [%]	23,00	19,17	3,83		23,00		

Servicequalität für öffentliche Dienstleistungen

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301591(L) Anteil Online-Abrufe Liegenschaftskatastr [Anz.]	611,000	4.200,000	-3.589,000	-85,45 %	4200,00		
ZUSC04(L) Empfänger Wohngeldzahlungen [Anz.]	17.180,000	10.500,000	6.680,000	63,62 %	10500,00		

ZUSC04(L):

Auf Grund der Wohngeldreform sind mehr Wohngeldanträge eingegangen, die u. a. mit Hilfe von Arbeitsanweisungen und Mehrarbeit bis zum Jahresende bearbeitet werden konnten, so dass die Empfänger:innen von Wohngeld, die in mindestens einem Monat in 2023 im Leistungsbezug standen deutlich höher lag.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen überschreiten den Planwert um rd. 55,5 Mio. EUR; im Wesentlichen aufgrund von nicht eingeplanten Mittel von 20,3 Mio. EUR des Bundes zum DeutschlandTicket (PB 68.01), rd. 13,6 Mio. EUR zum Wohngeld sowie 4,2 Mio. EUR Heizkostenzuschuss vom Bund sowie für den sozialen Wohnungsraum rd. 9,6 Mio. EUR (alles PB 68.02). Hinzu kommen abgerechnete Planungs- und Bauleitungsmittel von 2,5 Mio. EUR, ÖPNVG-Mittel von rd. 1,5 Mio. EUR (PB 68.01) sowie Einnahmen über Plan aus der Erhöhung der Gebühren zu BremWEGG von rd. 2 Mio. EUR (PB 68.03).

Zum Jahresende liegt das HH-IST unter HH-SOLL mit rd. 220 TEUR. Dies ist im Wesentlichen auf geringere Verwaltungsgebühren von rd. 120 TEUR (PB 68.02) und Einnahmen aus Geldbußen von rd. 100 TEUR (PB 68.03) zurückzuführen.

Investive Einnahmen

Die investiven Einnahmen überschreiten den Planwert um rd. 9,4 Mio. EUR; dies begründet sich im Wesentlichen durch Mehreinnahmen des Bundes aus ÖPNVG-Mittel von rd. 7,4 Mio. EUR (PG 68.01), sowie nicht eingeplanter Abrufe von Bundesmitteln von rd. 4,1 Mio. EUR für den Generalplan Küstenschutz (PB. 68.03) genläufig rd. -2,3 Mio. EUR geringe Abrufe von Finanzhilfen des Bundes zur Städtebauförderung/Soziale Stadt (PB 68.02).

Zum Jahresende ist das HH-IST zum HH-SOLL ausgeglichen.

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

Die relevanten Verrechnungen/Erstattungen überschreiten den Planwert um rd. 26,4 Mio. EUR; im Wesentlichen nicht mit einem Planwert hinterlegte Baukosten der Cherbourger Str. von rd. 22,8 Mio. EUR (PG 68.01) von PL81 (Häfen) und Refinanzierung von Personal von 1,9 Mio. EUR zur Wohngeldreform plus.

Zum Jahresende überschreitet das IST das HH-Soll um rd. 100 TEUR durch Gebühreneinnahmen aus internen Leistungsverrechnungen und ist somit nahezu ausgeglichen.

Entnahme Rücklage

Für die Rücklagenentnahme wurde der Planwert um rd. 16,3 Mio. EUR überschritten im Wesentlichen sind das Rückführungen von Mittel aus dem Vorjahr im Handlungsfeld Klimaschutz rd. 9 Mio. EUR (PB 68.33), Rücklagenentnahme aus der allg. Budgetrücklage für die Globale Minderausgabe rd. 3,7 Mio. EUR sowie eine Wiederbereitstellung von investiven Rücklagen von rd. 4,6 Mio. EUR. Gegenläufig ist die nicht durchgeführte Entnahme der Wasserentnahmegebühr von rd. 1,1 Mio. EUR.

Zum Jahresende ist das HH-SOLL zum IST ausgeglichen.

Personalausgaben

Die Personalausgaben überschreiten den Planwert um rd. 4,9 Mio. EUR; im Wesentlichen aufgrund von nicht in den Planwerten unterlegten refinanzierten Personalkosten: im PB 68.01 rd. 500 TEUR im ÖPNV, im PB 68.02 von rd. 2,2 Mio. EUR Wohngeldreform, im PB 68.03 rd. 1,7 Mio. EUR, davon Handlungsfeld Klimaschutz mit rd. 900 TEUR.

Zum Jahresende unterschreitet das HH-IST das HH-SOLL um rd. -430 TEUR, im Wesentlichen im Umweltbereich.

Die Stellenzahl wird im Kernbereich um 18,1 Stellen überschritten.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben überschreiten den Planwert um rd. 42,3 Mio. EUR; im Wesentlichen Mittel für Wohngeld mit rd. 16,2 Mio. EUR, Heizkostenzuschüsse für Wohngeldempfänger mit rd. 4,2 Mio. EUR sowie Zuschüssen zur sozialen Wohnraumförderung mit rd. 9,6 Mio. EUR (alles PB 68.02), ebenso nicht eingeplante Mittel zum DeutschlandTicket gegenüber dem ÖPNV mit rd. 10,4 Mio. EUR und dem JugendTicket mit rd. 6,1 Mio. EUR sowie gegenläufig rd. -4,4 Mio. EUR Minderausgaben bei Ausgleich gemäß § 231 SGB IX (alles PB 68.01).

Zum Jahresende unterschreitet das HH-IST das HH-SOLL um rd. -17,9 Mio. EUR, im Wesentlichen HH-Reste der Vorjahre.

Zinsausgaben

Die Zinsausgaben unterschreiten den Planwert um rd. -170 TEUR; die Mittel wurden für die Globale Minderausgabe eingesetzt.

Zum Jahresende ist das HH-IST zum HH-SOLL nahezu ausgeglichen.

Tilgungsausgaben

Unterjährig lagen die Tilgungsausgaben mit rd. -150 TEUR unter Plan. Zum Jahresende ist das HH-IST zum HH-SOLL ausgeglichen.

PPL: 68 Klima, Umw., Mobil, Stadtentw. u. Whgbau
Version: 01-14/23 21.03.24
Verantw.: Sen. Dr. Schaefer

Einhaltung Finanzdaten: Land ●
Einhaltung Personaldaten: Land ●
Einhaltung strategische Ziele: Land ■

Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben überschreiten den Planwert um rd. 22,8 Mio. EUR; im Wesentlichen die Baukosten Cherbourger Straße mit rd. 22,9 Mio. EUR (PB 68.01).

Zum Jahresende unterschreitet ist das HH-IST das HH-SOLL um rd. -100 TEUR; diese Mittel sind aus dem Handlungsfeld Klimaschutz und bleiben gemäß den Abrechnungsvereinbarungen als Differenz zu Gunsten dem Projekt „Wetterextreme“ stehen.

Verrechnungen / Erstattungen (Ausz.)

Die Abweichung vom IST zum Haushaltssoll beträgt 9,8 Mio. EUR. Wesentliche höhere Verrechnungen im PB 68.01 von rd. 1 Mio. EUR, davon rd. 700 TEUR an Bremerhaven wegen höherer ÖPNVG-Mittel und im PB 68.03 rd. 13,5 Mio. EUR im Handlungsfeld Klimaschutz. Gegenläufig im PB 68.02 rd. - 4,8 Mio. EUR Städtebauförderungsmittel/Soziale Stadt an andere Kapitel/Körperschaften. Zum Jahresende unterschreitet das HH-IST das HH-SOLL mit rd. -70 TEUR über alle PB.

Zuführung Rücklage

Die Rücklagenzuführung beträgt insgesamt rd. 28,3 Mio. EUR; davon rd. 16,1 Mio. EUR DeutschlandTicket und 2,5 Mio. EUR Sondermittel (Abwasserabgabe/Wasserentnahmegebühren) sowie eine investive Budgetrücklage von rd. 9,2 Mio. EUR.

Finanzierungssaldo

Mit der investiven Rücklagenbildung von rd. 9,2 Mio. EUR ist der Finanzierungssaldo zum Jahresende nahezu ausgeglichen.

Einhaltung Budget

Der Saldoplanwert zum IST ist nahezu ausgeglichen. Dies ist auf rd. 107,5 Mio. EUR höheren Einnahmen (inklusive Rücklagen) und gegenläufig auf rd. 107,2 Mio. EUR höheren Ausgaben zurückzuführen. Zum Jahresende wird ein positiver Budgetrest von 18,4 Mio. EUR ausgewiesen; im Wesentlichen aufgrund von konsumtiven Ausgabenreste der Vorjahre. Insgesamt mussten Haushaltsreste zu den Personalausgaben in Höhe von 132 TEUR zu Gunsten des PPL92 zur Streichung angemeldet werden. Weiterhin mussten in Höhe von 1.261.610,15 EUR für die Sonderrücklage „Klimaextreme“ an den PPL81 übertragen werden.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung:

Das Budget wird um 9.217 TEUR überschritten.

Finanzierungssaldo:

Der Finanzierungssaldo wird um 15.547 TEUR überschritten.

PERSONALDATEN

Durch ein vom HAFA am 08.12.23 beschlossenes Lösungskonzept in Höhe von 1,5 Mio. €, konnten die über den Jahresverlauf absehbaren Mehrausgaben ausgeglichen werden. Der Produktplan überschreitet im Jahresdurchschnitt die von der Bürgerschaft bewilligte Zielzahl um 16 VZE. Die dadurch entstandenen Personalmehrausgaben wurden durch verschiedene investive und konsumtive Minderausgaben am Jahresende gedeckt.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	IST	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HHSoll	vorHH-Soll	vor.Ist	Abweichung	Anschlag		
	Tsd. Euro		%		Tsd. Euro	Tsd. Euro					
Konsumtive Einnahmen	4.418	5.601	-	1.183	-21,12%	6.390	6.390	4.418	-	1.972	5.601
investive Einnahmen	20.854	37.690	-	16.836	-44,67%	34.410	34.410	20.854	-	13.556	37.690
Relevante Verrech./Erstatt.	20.738	20.496		242	1,18%	20.738	20.738	20.738		-	20.496
- Land, Stadtgem. und intern	20.738	20.496		242	1,18%	20.738	20.738	20.738		-	20.496
- von Bremerhaven	-	-		-	0,00%	-	-	-		-	-
Entnahme aus der Rücklage	41.117	-		41.117	0,00%	41.117	35.817	41.117		5.300	-
Gesamteinnahmen	87.127	63.787		23.340	36,59%	102.655	97.355	87.127		10.228	63.787
Personalausgaben	12.485	8.691		3.794	43,65%	12.972	12.973	12.485		488	8.691
sonst. Kons. Ausgaben	34.495	37.464		2.969	-7,92%	35.021	35.021	34.496		525	37.464
Zinsausgaben	-	-		-	0,00%	-	-	-		-	-
Tilgungsausgaben	-	-		-	0,00%	-	-	-		-	-
investive Ausgaben	30.451	49.201		18.750	-38,11%	30.738	30.451	30.452		1	49.201
Relevante Verrech./Erstatt.	6.337	4.091		2.246	54,90%	6.337	6.336	6.337		1	4.091
- Land, Stadtgem. und intern	4.841	4.091		750	18,34%	4.841	4.841	4.841		0	4.091
- an Bremerhaven	1.495	-		1.495	0,00%	1.495	1.495	1.495		0	-
Zuführung an die Rücklage	20.665	-		20.665	0,00%	20.665	20.665	20.665		-	-
Gesamtausgaben	104.433	99.447		4.986	5,01%	105.733	105.446	104.435		1.011	99.447
Saldo	- 17.306	- 35.660		18.354	-51,47%	- 3.078	- 8.091	- 17.308		- 9.217	- 35.660

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	20.207	23.925	18.300	10.611	5.101
investiv	32.013	28.614	18.074	9.049	11.229
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabereste	969
Ausgabereste im Übertrag nach 2024	0
Allgemeine Budgetrücklage	625
Investive Budgetrücklage	2.255
Sonderrücklage	32.971
Verlustvortrag	13.217

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				9.958	10.189	-232	9.958	10.189	-232
Temporäre Personalmittel				-0	0	-0	-0	0	-0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				225	248	-23	225	248	-23
Zwischensumme				10.182	10.437	-254	10.182	10.437	-254
Refinanzierte				2.019	2.196	-178	2.019	2.196	-178
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				284	339	-55	284	339	-55
Insgesamt				12.485	12.972	-487	12.485	12.972	-487
dar.: Beihilfe / Nachvers.				261	261	0	261	261	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				126,9	110,9	16,0	126,9	110,9	16,0
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				3,9	1,8	2,1	3,9	1,8	2,1
Zwischensumme				130,8	112,7	18,1	130,8	112,7	18,1
Refinanzierte				26,1		26,1	26,1		26,1
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				156,9		156,9	156,9		156,9
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				156,9		156,9	156,9		156,9
nachr.: Abwesende				7,6		7,6	7,6		7,6

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	34,2	22,5	31,4
Beschäftigte über 55 Jahre	28,9	17,5	28,6
Frauenquote	55,3	50,0	54,3
Teilzeitquote	21,1	35,0	20,0
Schwerbehindertenquote	6,8	6,0	5,2

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Übergeordnetes Ziel ist die nachhaltige Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, um bestehende oder neue, zukunftsfähige und existenzsichernde Arbeitsplätze in allen Bereichen der Wirtschaft zu sichern bzw. zu schaffen.



	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300869(L) Gesicherte Arbeitsplätze [Anz.]	1.368,000	623,000	745,000	119,58 %	623,00		
300964(L) Neu geschaffene Arbeitsplätze Zusagen [Anz.]	1.198	452,000	746,000	165,04%	452,00		

300869(L):

Das Arbeitsplatzziel konnte trotz der nach wie vor spürbaren Nachwirkungen der Coronapandemie und dem in 2023 schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld erfüllt werden.

Ein Großteil neu geschaffener Arbeitsplätze entfällt auf das GVZ (452) und den Bremer Industriepark (148). Dort konnte überdurchschnittlich viel Fläche vermarktet werden (rd. 7 ha). Ebenso wurden im internationalen Bereich und im Rahmen der Förderprogramme GRW und LIP neue Arbeitsplätze geschaffen.

Durch die Vermarktung konnten zudem in der Überseestadt in 2023 insgesamt 218 Arbeitsplätze gesichert werden. Auch der Anteil der durch die WFB und durch die Förderprogramme GRW und LIP gesicherten Arbeitsplätze lag in der Summe deutlich über dem Sollwert.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Finanzierungssaldo

Konsumtive Einnahmen

Von den konsumtiv veranschlagten Einnahmen im Landeshaushalt sind rd. 1,2 Mio. Euro für EFRE 2021-2027 sowie EFRE-REACT nicht eingegangen.

Investive Einnahmen

Das investive Einnahme-Ist ist gegenüber dem Einnahmeanschlag um ca. 9,2 Mio. Euro (EFRE 2021-2027), 3,7 Mio. Euro (EFRE-REACT) sowie rd. 4,1 Mio. (GRW-Mittel) geringer.

Einnahmeverrechnungen

Die Einnahmeverrechnungen wurden gegenüber dem Anschlag um rd. 0,2 Mio. Euro überschritten.

Entnahme Rücklage

Es wurde eine Rücklagenentnahme von insgesamt rd. 41 Mio. Euro vorgenommen.

Personalausgaben

Gegenüber dem Anschlag i.H.v. 8,7 Mio. Euro wurde für das Personal eine Erhöhung des vor. Ist i.H.v. 3,8 Mio. Euro gemeldet. Ein Ausgleich über Nachbewilligungen aus dem Kernhaushalt ist erfolgt.

Konsumtive Ausgaben

Der Finanzierungssaldo (vor. Ist gegenüber dem Anschlag) i.H.v. wird um 2,9 Mio. Euro unterschritten (konsumtive Globale Minderausgaben).

Investive Ausgaben

Für die Absenkung des vor. Ist zum Anschlag zeichnen in der Hauptsache investive Globale Minderausgaben i.H.v. 7,1 Mio. Euro, Ausgaben-Stilllegungen für nicht verfügbare GRW-Mittel i.H.v. rd. 3,7 Mio. Euro und EFRE-Minderausgaben i.H.v. 7,9 Mio. Euro.

Allgemeine Verlagerungen

In die Berechnung des Saldos wurden rd. 33,9 Mio. Euro Verlagerungen, darunter Verlagerungen an den PPL 81 (Cherbourger Straße) i.H.v. 22,87 Mio. Euro und Globale Minderausgaben i.H.v. 8,97 eingerechnet.

PPL: 71 Wirtschaft
Version: 01-14/23 21.03.24
Verantw.: Wiebe

Einhaltung Finanzdaten: Land ●
Einhaltung Personaldaten: Land ■
Einhaltung strategische Ziele: Land ●

Einhaltung Budget

Konsumtive Einnahmen

Das Ist ist um rd. 1,9 Mio. Euro geringer als das Soll. Die konsumtiven EFRE-Mittel 2021-2027 sind erwartungsgemäß bis zum Jahresende nicht mehr eingegangen.

Investive Einnahmen

Das Einnahme-Soll wird gegenüber dem Ist um rd. 13,6 Mio. Euro unterschritten. Verantwortlich hierfür sind nicht eingegangene EFRE-Mittel (9,2 Mio. Euro für EFRE-2021-2027 und rd. 4,4 Mio. Euro für EFRE-REACT).

Einnahmeverrechnungen

Die Einnahmeverrechnungen wurden in voller Höhe umgesetzt.

Personalausgaben

Das Ist wird gegenüber dem Soll um rd. 0,5 Mio. Euro unterschritten.
(Für weitere Details siehe Text der Personalverwaltung) ?

Der Personalhaushalt des Produktplanes 71 Wirtschaft wies zum Jahresende 2023 insgesamt Minderausgaben in Höhe von rd. 487 Tsd. Euro aus:

- Minderausgaben im Kernbereich in Höhe von rd. 231,5 Tsd. Euro Der Ausgleich von Personalmehrausgaben erfolgte nach der Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 08.12.2023.
- Minderausgaben im Bereich Refinanzierte in Höhe von rd. 177,5 Tsd. Euro (Land)
- Minderausgaben im Bereich Flexibilisierungsmittel in Höhe von rd. 22,8 Tsd. Euro (Land)
- Minderausgaben im Bereich Nebentitel in Höhe von rd. 55 Tsd. Euro (Land)

Konsumtive Ausgaben

Das Ist wurde bei den konsumtiven Ausgaben aufgrund nicht eingegangener EFRE-Mittel um rd. 4,8 Mio. Euro unterschritten

Die zur Auflösung der globalen Minderausgaben zu erbringenden Umlagebeträge wurden im HH-Soll bereits eingerechnet.

Investive Ausgaben

Das Soll wurde gegenüber dem Ist wurde um die nicht zu realisierenden investiven Einnahmen (in der Hauptsache EFRE-Mittel) um rd. 11 Mio. Euro unterschritten.

Die zur Auflösung der globalen Minderausgaben zu erbringenden Umlagebeträge wurden im HH-Soll bereits eingerechnet.

Ausgabeverrechnungen

Die Ausgabeverrechnungen entsprechen im vor. Ist dem vor. Soll.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung:

Das Budget wird um 1.200 TEUR unterschritten.

Finanzierungssaldo:

Der Finanzierungssaldo wird um 1.290,4 TEUR überschritten. Hierzu gilt verbessernd einzurechnen, dass ca. 1,7Mio. Euro der ergebnisverschlechternden Rücklagenzufuhr über andere Produktpläne gedeckt werden und aus dem Ergebnis herauszurechnen wären.

PERSONALDATEN

Durch ein vom HAFA am 08.12.23 beschlossenes Lösungskonzept in Höhe von 0,8 Mio. €, konnten die über den Jahresverlauf absehbaren Mehrausgaben ausgeglichen werden. Der Produktplan überschreitet im Jahresdurchschnitt die von der Bürgerschaft bewilligte Zielzahl um 10 VZE. Die dadurch entstandenen Personalmehrausgaben wurden durch verschiedene konsumtive Minderausgaben am Jahresende gedeckt.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	IST	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HHSoll	vorHH-Soll	vor.Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. Euro		%		Tsd. Euro		Tsd. Euro		
Konsumtive Einnahmen	3.794	583	3.211	550,77%	3.832	3.832	3.794	38	583
investive Einnahmen	12.710	12.387	323	2,61%	12.506	12.296	12.710	414	12.387
Relevante Verrech./Erstatt.	3.180	2.611	569	21,79%	3.197	3.197	3.180	17	2.611
- Land, Stadtgem. und intern	2.197	1.611	586	36,37%	2.197	2.197	2.197	-	1.611
- von Bremerhaven	983	1.000	17	-1,70%	1.000	1.000	983	17	1.000
Entnahme aus der Rücklage	41	-	41	0,00%	41	41	41	-	41
Gesamteinnahmen	19.725	15.581	4.144	26,60%	19.576	19.366	19.725	359	15.622
Personalausgaben	6.456	4.192	2.264	54,01%	6.604	6.584	6.457	127	4.192
sonst. Kons. Ausgaben	15.402	14.968	434	2,90%	15.612	15.395	15.402	7	14.968
Zinsausgaben	-	-	-	0,00%	-	-	-	-	-
Tilgungsausgaben	-	-	-	0,00%	-	-	-	-	-
investive Ausgaben	22.455	21.241	1.214	5,72%	23.554	23.176	22.455	721	21.241
Relevante Verrech./Erstatt.	91.222	68.332	22.890	33,50%	91.222	91.222	91.222	-	68.332
- Land, Stadtgem. und intern	90.222	67.332	22.890	34,00%	90.222	90.222	90.222	-	67.332
- an Bremerhaven	1.000	1.000	-	0,00%	1.000	1.000	1.000	-	1.000
Zuführung an die Rücklage	3.480	-	3.480	0,00%	3.480	3.480	3.480	-	-
Gesamtausgaben	139.015	108.733	30.282	27,85%	140.472	139.857	139.016	841	108.733
Saldo	- 119.290	- 93.152	- 26.138	28,06%	- 120.896	- 120.491	- 119.291	1.200	- 93.111

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	630	630	630	11.023
investiv	17.654	20.548	16.233	11.857	11.818
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabereste	215
Ausgabereste im Übertrag nach 2024	125
Allgemeine Budgetrücklage	76
Investive Budgetrücklage	642
Sonderrücklage	9.498

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				4.600	4.600	0	4.600	4.600	0
Temporäre Personalmittel				0	20	-20	0	20	-20
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				4.600	4.620	-20	4.600	4.620	-20
Refinanzierte				1.609	1.735	-125	1.609	1.735	-125
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				248	250	-2	248	250	-2
Insgesamt				6.456	6.604	-147	6.456	6.604	-147
dar.: Beihilfe / Nachvers.				233	233	0	233	233	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				59,0	48,5	10,5	59,0	48,5	10,5
Temporäre Personalmittel				0,0	0,3	-0,3	0,0	0,3	-0,3
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				59,0	48,7	10,3	59,0	48,7	10,3
Refinanzierte				20,1		20,1	20,1		20,1
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				79,1		79,1	79,1		79,1
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				79,1		79,1	79,1		79,1
nachr.: Abwesende				2,7		2,7	2,7		2,7

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,8	22,5	10,3
Beschäftigte über 55 Jahre	33,8	17,5	35,9
Frauenquote	13,0	50,0	14,1
Teilzeitquote	7,8	35,0	5,1
Schwerbehindertenquote	3,5	6,0	4,3

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Erfüllung des staatlichen Auftrags, einen reibungslosen Hafenbetrieb zu gewährleisten.

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300901(L) Einnahmen aus Raumgebühren [Tsd. €]	40.309	34.170	6.139	17,97 %	34170,00		

Der Strukturwandel so effektiv zu gestalten, dass sich das Land als zentraler Standort einer grenzüberschreitenden international nachgefragten Seehafen- und Logistikregion behauptet und entwickelt.

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300907(L) Containerumschlag in Brhv in 1000 T.E.U [Anz.]	4.200	5.100	-900	-17,65 %	5100,00		
300900(L) Hafenumschlag in Bremen in 1.000 [t]	11.300,000	11.800,000	-500,000	-4,24 %	11800,00		
300903(L) Hafenumschlag in Bremerhaven in 1.000 [t]	46.100,000	57.500,000	-11.400,000	-19,83 %	57500,00		

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen überschreiten den rechnerischen Planwert um rund 3,2 Mio. €. Diese Überschreitung resultiert aus nicht veranschlagten Einnahmen zum Auffangen der Auswirkungen des BREXIT sowie aus Erstattungen von Personalausgaben durch Dritte.

Zum Jahresende weisen das Haushaltssoll und das Ist ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis aus.

Investive Einnahmen

Die investiven Einnahmen übersteigen den rechnerischen Planwert um rund 320 TEUR. Im Wesentlichen ist dies auf Mehreinnahmen von der EU für das Fischereiprogramm EMFF zurückzuführen.

Dies wirkt sich ebenfalls auf die Überschreitung des Ist gegenüber dem Soll i.H.v. rund 410 TEUR aus.

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

Der Planwert der relevanten Verrechnungen / Erstattungen (Einnahmen) wird um rund 570 TEUR überschritten. Dies ist auf erhaltene nicht veranschlagte EFRE-Mittel aus dem PPL71 zurückzuführen.

Das Ist und das Soll weisen ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis aus.

Personalausgaben

Die Personalausgaben überschreiten den Planwert um rund 2,26 Mio. €.

Diese Überschreitung wurde Soll-erhöhend durch Nachbewilligungen und Refinanzierungseinnahmen ausgeglichen.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Der Planwert der konsumtiven Ausgaben wird um rund 430 TEUR überschritten. Dies resultiert aus zusätzlich erhaltenen Mitteln zur Stärkung der Fischwirtschaft im Zusammenhang mit dem BREXIT (rd. 1,8 Mio. €). Dem stehen wiederum diverse Minderausgaben vor allem in der Produktgruppe 81.01.02 (im Zusammenhang eingeforderten Einsparungen).

Das Ist unterschreitet das Soll um rund 800 TEUR. Dies ist unter anderem auf Minderausgaben im Handlungsfeld Klimaschutz und Einbehalte bei den Auszahlungen der BREXIT-Mittel zurückzuführen.

Tilgungsausgaben

Der Planwert wird um rund 1,2 Mio € überschritten. Hauptsächlich liegt die Überschreitung am Projekt Wetterextreme im Klimahaus mit 5 Mio. €, da diese nicht veranschlagt waren, sondern bedarfsgerecht aus dem Handlungsfeld Klimaschutz bereit gestellt wurden. Dem gegenüber stehen insbesondere Unterschreitungen des Planwerts beim Fischereifonds unter Einbeziehung der Einsparungen im Zusammenhang der Globalen Minderausgabe.

Das Ist unterschreitet das Soll um rund 1,09 Mio. €. Dies setzt sich unter anderem aus Minderausgaben bei den Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven (Projektverzögerungen) und Minderausgaben im Handlungsfeld Klimaschutz zusammen. Die Mittel des Handlungsfeldes Klimaschutz werden in 2024 für das Projekt "Wetterextreme" im Klimahaus bereitgestellt.

Investive Ausgaben

Der Planwert wird um rund 1,2 Mio € überschritten. Hauptsächlich liegt die Überschreitung am Projekt Wetterextreme im Klimahaus mit 5 Mio. €, da diese nicht veranschlagt waren, sondern bedarfsgerecht aus dem Handlungsfeld Klimaschutz bereit gestellt wurden. Dem gegenüber stehen insbesondere Unterschreitungen des Planwerts beim Fischereifonds unter Einbeziehung der Einsparungen im Zusammenhang der Globalen Minderausgabe.

Das Ist unterschreitet das Soll um rund 1,09 Mio. €. Dies setzt sich unter anderem aus Minderausgaben bei den Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven (Projektverzögerungen) und Minderausgaben im Handlungsfeld Klimaschutz zusammen. Die Mittel des Handlungsfeldes Klimaschutz werden in 2024 für das Projekt "Wetterextreme" im Klimahaus bereitgestellt.

Verrechnungen / Erstattungen (Ausg.)

Der Planwert bei Verrechnungen / Erstattungen wird um rund 22,9 Mio. € überschritten. Dies setzt sich aus den nicht veranschlagten Baukosten für die Cherbourger Straße zusammen.

Ist und Soll weisen ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo des Landes weist zum Jahresende einen Überschuss i.H.v. rund 2,6 Mio. € aus. Unter anderem ist dies auf nicht abgeflossene Mittel des Handlungsfeldes Klimaschutz zurückzuführen, die im Rahmen des Jahresabschlusses in eine zweckgebundene Rücklage überführt werden.

PPL: 81 Häfen
Version: 01-14/23 21.03.24
Verantw.: Sen. Kristina Vogt

Einhaltung Finanzdaten: Land ▲
Einhaltung Personaldaten: Land ■
Einhaltung strategische Ziele: Land ▲

Einhaltung Budget

Das tatsächliche Ist der Gesamteinnahmen des Landes in Höhe von rd. 19,7 Mio EUR überschreitet den rechnerischen Planwert um rd. 4,1 Mio. EUR. In der Soll- Ist- Betrachtung übersteigt das Ist (rd. 19,7 Mio. EUR) das Haushaltssoll (rd. 19,4 Mio.EUR) um rd. 360 TEUR.

Das tatsächliche Ist der Gesamtausgaben des Landes in Höhe von rd. 139 Mio EUR überschreitet den rechnerischen Planwert um rd. 30,3 Mio. EUR. In der Soll- Ist- Betrachtung weisen das Ist (rd. 135,5 Mio. EUR) und das Haushaltssoll (rd. 137,6 Mio. EUR) eine Abweichung von rd. 2 Mio. EUR aus.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Einhaltung Budget:

Der PPL 91 - Finanzen - hat sein Budget entgegen der Ausweisung der Kommentierung des PPL 91 im Jahresergebnis um rd. 10,562 Mio. € unterschritten.

Finanzierungssaldo:

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde am Jahresende unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen (8,533 Mio. €) entgegen der Berechnung des PPL 91 um rd. 3.924 € unterschritten.

PERSONALDATEN

Über den gesamten Jahresverlauf war erkennbar, dass der Produktplan am Jahresende ausgeglichen sein bzw. erhebliche Minderausgaben haben wird, sofern die Einnahmen für refinanzierten Personalausgaben erbracht werden. Ein Großteil der Vereinnahmung von refinanzierten Mitteln erfolgte im 4. Quartal 2023.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	34.627	18.306	16.321	89,16 %	34.587	34.588	34.628	40	18.306
Investive Einnahmen	0	0	0		0			0	0
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	30.800	30.329	470	1,55 %	30.329	30.329	30.800	471	30.329
- Land, Stadtgem. u. intern	30.800	30.329	470	1,55 %	30.329	30.329	30.800	471	30.329
- von Bremerhaven			0					0	
Entnahme Rücklage	4.980	0	4.980	∞ %	4.980	4.979	4.979	0	0
budgetierte Einnahmen	70.406	48.635	21.771	44,77 %	69.895	69.896	70.407	511	48.635
Personalausgaben	99.542	90.734	8.808	9,71 %	104.020	104.021	99.541	-4.480	90.734
Sonst. konsumtive Ausgaben	35.536	25.954	9.582	36,92 %	43.057	41.257	35.537	-5.720	25.954
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	4.634	656	3.978	606,77 %	6.662	4.484	4.633	149	656
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	7.059	7.023	35	0,50 %	7.059	7.058	7.058	0	7.023
- Land, Stadtgem. u. intern	6.873	6.873	0	0,00 %	6.873	6.873	6.873	0	6.873
- an Bremerhaven	185	150	35	23,56 %	185	185	185	0	150
Zuführung Rücklage	3.978	0	3.978	∞ %	2.178	3.978	3.978	0	0
budgetierte Ausgaben	150.748	124.367	26.382	21,21 %	162.975	160.798	150.747	-10.051	124.367
Saldo	-80.342	-75.732	-4.610	-6,09 %	-93.079	-90.902	-80.340	10.562	-75.732

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	1.959	4.780	4.757	3.440	28.909
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	6.637
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	5.060
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	2.527
Sonderrücklage	359

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				67.499	69.777	-2.278	67.499	69.777	-2.278
Temporäre Personalmittel				395	747	-352	395	747	-352
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				37	101	-64	37	101	-64
Zwischensumme				67.931	70.625	-2.694	67.931	70.625	-2.694
Refinanzierte				7.713	9.348	-1.635	7.713	9.348	-1.635
Ausbildung				19.006	19.006	0	19.006	19.006	0
Nebentitel				4.891	5.041	-149	4.891	5.041	-149
Insgesamt				99.542	104.020	-4.478	99.542	104.020	-4.478
dar.: Beihilfe / Nachvers.				3.751	3.751	0	3.751	3.751	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				1.146,5	1.191,3	-44,7	1.146,5	1.191,3	-44,7
Temporäre Personalmittel				6,4	10,6	-4,1	6,4	10,6	-4,1
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,9	1,3	-0,4	0,9	1,3	-0,4
Zwischensumme				1.153,9	1.203,2	-49,3	1.153,9	1.203,2	-49,3
Refinanzierte				110,8		110,8	110,8		110,8
Ausbildung				961,2	1.295,2	-334,0	961,2	1.295,2	-334,0
Insgesamt				2.225,8		2.225,8	2.225,8		2.225,8
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				2.225,8		2.225,8	2.225,8		2.225,8
nachr.: Abwesende				79,1		79,1	79,1		79,1

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre	16,7	22,5	22,2
Beschäftigte über 55 Jahre	8,3	17,5	22,2
Frauenquote	50,0	50,0	55,6
Teilzeitquote	33,3	35,0	22,2
Schwerbehindertenquote	11,3	6,0	11,5

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Sicherstellung und Verbesserung der Einnahmesituation Bremens durch vollständige und zeitnahe Erhebung der Steuern

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
STEU32(L) Steuererklärungs-Eingang ESt Vorjahr [%]	72,40	82,00	-9,60		82,00		
STEU33(L) Veranlagungsstand ESt Vorjahr [%]	61,10	72,00	-10,90		72,00		

STEU32(L):

Das Ziel konnte nicht vollständig erreicht werden. Der Grund hierfür ist auf die Verlängerung der Fristen zur Abgabe der Steuererklärungen zurückzuführen.

STEU33(L):

Das Ziel bez. des Veranlagungsstands konnte aufgrund der gestiegenen Fallzahlen und auch der Fristverlängerung nicht vollständig erreicht werden. Soweit es im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bez. der Abgabefristen möglich war, wurde die Einnahmesituation sichergestellt.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen liegen aufgrund von refinanzierten Sach- und Personalkosten über dem Anschlag.

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

Die Verrechnungen betreffen fast ausschließlich die Kostenerstattungen für die Wahrnehmung von Gemeindeaufgaben. Die Anschläge für die Ist-Einnahmeverrechnungen in Höhe von 450 Tsd. € liegen bei den konsumtiven Einnahmen in der Produktgruppe 91.01.10 und konsumtiven Ausgaben (Allgemeine Rückgabe) im 91.03.05.

Entnahme Rücklage

Die Rücklagenentnahmen setzen sich wie folgt zusammen:

- 4,31 Mio. € Sonderrücklage lt. HaFA-Beschlüsse 01.07.2022/08.12.2023 HKR 4.0
- 0,07 Mio. € Budgetrücklage für die Umzugskosten „Tabakquartier“
- 0,37 Mio. € investive Budgetrücklage für die Umzugskosten „Tabakquartier“
- 0,13 Mio. € investive Budgetrücklage für geplante Investitionen
- 0,10 Mio. € investive Budgetrücklage für GM II
- 4,98 Mio. € Summe Entnahmen

Personalausgaben

PPL91	Soll	Ist
Personalausgaben	104,0 Mio. €	99,6 Mio. €
minus Reste	1,6 Mio. €	
	102,4 Mio. €	99,6 Mio. €

Somit verbleibt eine Minderausgabe von rd. 2,8 Mio. €. Dies liegt u.a. an noch vakanten Stellen im PPL91, insbesondere im Bereich der Steuerverwaltung. Das Haushaltssoll lag neben den zentralen Nachbewilligungen aufgrund von refinanzierten Personalkosten über dem Anschlag.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben liegen über dem Anschlag u.a. aufgrund von refinanzierten Sachkosten. Das Budget für die konsumtiven Ausgaben wurden mit 7,5 Mio. € unterschritten. Begründet sind diese Einsparungen insbesondere durch die refinanzierten Fachbereiche wie der Bundesbau in Höhe von 3,1 Mio. € und KoSIT in Höhe von 1,8 Mio. €. Des Weiteren beinhaltet das Budget Reste i.H.v. 1,7 Mio. €.

Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben liegen weit über dem Anschlag aufgrund der Umzugskosten ins Tabakquartier, siehe HaFA-Beschluss vom 17.03.2023 und des Lizenzerwerbs für SAP /4HANA, siehe HaFA-Beschluss vom 08.12.2023. Die für das Aggregat ausgewiesene Budgetunterschreitung ist fast ausschließlich durch noch nicht vorliegenden Rechnungen und noch offene Lieferungen und Leistungen im Zusammenhang mit dem Umzug in das Tabakquartier begründet.

Verrechnungen / Erstattungen (Ausg.)

Die Verrechnungen betreffen fast ausschließlich die Kostenerstattungen für die Wahrnehmung von Landesaufgaben, sowie Verstärkungsmittel für den Bereich Bürgerservice in Bremerhaven i.H.v. 150 Tsd.€.

Finanzierungssaldo

Unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen i. H. v. 8,533 Mio. € wird der Finanzierungssaldo um 7,125 Mio. € unterschritten.

PPL: 91 Finanzen / Personal
Version: 01-14/23 21.03.24
Verantw.: Dr. Hagen

Einhaltung Finanzdaten: Land ●
Einhaltung Personaldaten: Land ●
Einhaltung strategische Ziele: Land ●

Einhaltung Budget

Das Budget wurde mit 14,540 Mio. € unterschritten, insbesondere begründet durch 4,5 Mio. € nicht ausgeschöpftes Personalbudget (einschließlich Reste) und 4,9 Mio. € konsumtive Mehreinnahmen und Minderausgaben aus den Bereichen der Refinanzierung, hier Bundesbau und KoSIT. Des Weiteren liegt das HH-Soll mit weiteren 1,7 Mio. € über dem Anschlag aufgrund von Resten. Die Unterschreitung ist auch aufgrund von Minderausgaben in 2023 im Bereich der investiven Mittel in Höhe von 2,2 Mio. € und konsumtiven Projektmitteln von 1,0 Mio. € zurückzuführen, siehe Begründungen in den einzelnen Finanzanalysen.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Der PPL 92 (L) hat sein Budget rechnerisch zum Jahresende um rd. 31,737 Mio. € unterschritten. Dieses liegt hauptsächlich an den:
4,154 Mio. € sonstigen konsumtiven Minderausgaben,
7,926 Mio. € Personalminderausgaben,
28,478 Mio. € Mehreinnahmen relevanter Verrech./Erstatt.,
8,828 Mio. € Mindereinnahmen der Rücklagenentnahme.
Für den PPL 92 (L) ist ein Finanzierungssaldo i. H. v. 262,689 Mio. € veranschlagt. Gemäß dem "Ist" i. H. v. 214,709 Mio. € (einschließlich der Rücklagenzuführung i. H. v. 0,727 Mio. €) wird der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo am Jahresende unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen von rd. -89,190 Mio. € um rd. 28,799 Mio. € unterschritten.

PERSONALDATEN

Die Minderausgaben sind im Bereich der zentralen Risikoversorge angefallen. Der Produktplan sichert Vollzugsrisiken für den Personalhaushalt wie z.B. Tarif- und Besoldungsanpassungen, einnahmeabhängige Finanzierungsstrukturen im Justizbereich (Gewinnabschöpfung/Encrochat) oder Personalentwicklungspfade wie beim Jugendamt ab. Diese Risiken sind nicht in voller Höhe eingetreten.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	35.547	26.501	9.046	34,14 %	35.541	35.541	35.548	7	26.501
Investive Einnahmen			0					0	
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	28.478	0	28.478	∞ %	-0	0	28.478	28.478	0
- Land, Stadtgem. u. intern	28.478	0	28.478	∞ %	-0	0	28.478	28.478	0
- von Bremerhaven			0					0	
Entnahme Rücklage	11.702	8.828	2.874	32,55 %	20.530	20.530	11.702	-8.828	8.828
budgetierte Einnahmen	75.728	35.329	40.398	114,35 %	56.072	56.071	75.728	19.657	35.329
Personalausgaben	264.582	334.136	-69.554	-20,82 %	272.507	272.509	264.583	-7.926	334.136
Sonst. konsumtive Ausgaben	25.086	33.299	-8.214	-24,67 %	29.239	29.240	25.086	-4.154	33.299
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	41	400	-359	-89,71 %	224	41	41	0	400
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	0	0	0		0		0	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0		0	0	0
- an Bremerhaven			0					0	
Zuführung Rücklage	727	192	535	279,48 %	727	727	727	0	192
budgetierte Ausgaben	290.436	368.027	-77.591	-21,08 %	302.698	302.517	290.437	-12.080	368.027
Saldo	-214.709	-332.698	117.989	35,46 %	-246.626	-246.446	-214.709	31.737	-332.698

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	6.772	5.474	71	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	2.935
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	182
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	183
Sonderrücklage	22.227

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				6.815	9.268	-2.453	6.815	9.268	-2.453
Temporäre Personalmittel				463	463	0	463	463	0
TPM - Flüchtlinge				-2	0	-2	-2	0	-2
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				7.275	9.731	-2.455	7.275	9.731	-2.455
Refinanzierte				791	791	0	791	791	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				256.516	261.986	-5.470	256.516	261.986	-5.470
Insgesamt				264.582	272.507	-7.925	264.582	272.507	-7.925
dar.: Beihilfe / Nachvers.				158	158	0	158	158	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				142,8	199,3	-56,5	142,8	199,3	-56,5
Temporäre Personalmittel				6,1	6,0	0,1	6,1	6,0	0,1
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				149,0	205,3	-56,3	149,0	205,3	-56,3
Refinanzierte				17,5		17,5	17,5		17,5
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				166,5		166,5	166,5		166,5
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				166,5		166,5	166,5		166,5
nachr.: Abwesende				15,1		15,1	15,1		15,1

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten	%		
Beschäftigte bis 35 Jahre	0,0	22,5	0,0
Beschäftigte über 55 Jahre	36,8	17,5	45,5
Frauenquote	42,1	50,0	24,2
Teilzeitquote	21,1	35,0	9,1
Schwerbehindertenquote	33,3	6,0	29,8

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Gegenüber dem Anschlag wurden rund 9,1 Mio. € höhere konsumtive Einnahmen generiert. Dies liegt überwiegend an nicht veranschlagten Einnahmen aus dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag.

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

92.01 (L)

Die Abrechnung aus der Wahrnehmung von Landes- und Gemeindeaufgaben 2022 ist i. H. v. 28,478 Mio. € erfolgt.

Entnahme Rücklage

92.01 (L)

Der Ausgleich der Entnahmen aus der "Sonderrücklage Ausbau des Schul- und Kinderbetreuungsbereichs" i. H. v. 0,509 Mio. € erfolgte im Vollzug durch den PPL 21.

92.02. (L)

Eine im ersten Nachtragshaushalt 2023 veranschlagte Budgetrücklagenentnahme aus der Personalminderungs- und Personalausgabenrücklage i.H.v. rd. 8,1 Mio. € wurde im Haushaltsvollzug 2023 nicht umgesetzt. Die entstandene Mindereinnahme wurde im 14. Monat rechnerisch durch Minderausgaben ausgeglichen.

Personalausgaben

Die Personalausgaben wurden gegenüber dem Anschlag um rund 69,5 Mio. € unterschritten. Da bei den Globalen Mehrausgaben keine Ist-Ausgaben anfallen, sondern lediglich das benötigte Budget (Haushaltssoll) dezentralisiert wird, unterschreiten sie den Anschlag um rund 77,0 Mio. € Als erwähnenswerte weitere Effekte sind die Mehrausgaben in der Versorgung in Höhe von 9,2 Mio. €, die Minderausgaben im Nachwuchs- und Beschäftigungspool in Höhe von 2,2 Mio. € sowie sonstige Personalmehrausgaben in Höhe von 0,5 Mio. € zu nennen.

Die festgestellten Personalminderungs- und Personalausgaben gegenüber dem Haushaltssoll in Höhe von 7,9 Mio. € sind fast vollständig gestrichen worden. Von einer beantragten Zuführung an die zentrale Personalminderungs- und Personalausgabenrücklage im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen wird im Rahmen der Abrechnung 2023 erstmalig abgesehen. Der Senator für Finanzen leistet damit einen signifikanten Beitrag, um die beantragten dezentralen Rücklagenbildungen aus investiven Minderausgaben und im Bereich der Sonderrücklagen in den einzelnen Produktplänen – trotz sehr eingeschränkter Rücklagenpotenziale im Haushalt des Landes – zu ermöglichen.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben wurden gegenüber dem Anschlag um rund 8,2 Mio. € unterschritten. Von den festgestellten Minderausgaben gegenüber dem Haushaltssoll in Höhe von 4,1 Mio. € sollen rund 0,2 Mio. € als Reste übertragen werden.

Zuführung Rücklage

Der zweckgebundenen Rücklage „Arbeitnehmerbeiträge nach dem Bremischen Ruhelohngesetz“ sind im 14. Monat nach HaFA-Beschuss rund 0,5 Mio. € zugeführt worden.

Finanzierungssaldo

Für den PPL 92 (L) ist ein Finanzierungssaldo i. H. v. 262,689 Mio. € veranschlagt. Gemäß dem "Ist" i. H. v. 214,526 Mio. € wurde der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo am Jahresende unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen von rd. -89,190 Mio. € um rd. 41,027 Mio. € überschritten.

Einhaltung Budget

Der PPL 92 (L) hat sein Budget rechnerisch zum Jahresende um rd. 31,920 Mio. € unterschritten. Dieses liegt hauptsächlich an den:

4,154 Mio. € sonstigen konsumtiven Minderausgaben,

7,926 Mio. € Personalminderungs- und Personalausgaben,

28,478 Mio. € Mehreinnahmen relevanter Verrech./Erstatt.,

8,828 Mio. € Mindereinnahme der Rücklagenentnahme.

Abweichungen in den einzelnen Aggregaten unterhalb von 0,5 Mio. € werden nicht kommentiert.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung:

Das Budget wird um 16.447 TEUR unterschritten.

Finanzierungssaldo:

Der Finanzierungssaldo wird um 40.222,2 TEUR überschritten.

Aufgrund der hohen Steuereinnahmen sind erhöhte Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden geflossen.

Kamerale Finanzdaten

Konsumtive, investive Einnahmen, Verrechnungen/Erstattungen:

Das Einnahmenvolumen wird maßgebend geprägt durch

- a) Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich der weggefallenen Kfz-Steuer (Land)
- b) Säumnis- und Verspätungszuschläge und Verwaltungskosten Kirchensteuer (Land)
- c) Abführung von Stammkapitalzinsen sowie Zins- bzw. Tilgungsleistungen öffentlicher Unternehmen

Konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen überschreiten den vorgegebenen Planwert um 6,1 Mio.EUR.

Sonst. Konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben unterschreiten den vorgegebenen Planwert.

Investive Einnahmen

Bei den investiven Einnahmen handelt es sich um die angeforderten Bundesmittel für die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes.

Im Berichtszeitraum wurden von den projektbegleitenden Fachressorts 4,8 Mio.€ angemeldet und abgerufen.

Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben werden unterschritten.

Die im Berichtszeitraum eingeplanten Zahlungen aus der Digitalen Dividende II wurden nur teilweise abgerufen.

Zinsausgaben

Die Zinsausgaben unterschreiten den Planwert. Bei den Zinsausgaben handelt es sich um Zinsausgaben am Kreditmarkt, deren Planwertabweichungen sich aus der Steuerung der Mittel an der aktuellen Zinsentwicklung orientieren. Derzeit wird davon ausgegangen, dass bis zum Ende des Jahres Zinsminderausgaben erwartet werden.

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

Es handelt sich dabei um Zahlungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs vom Land an die Stadtgemeinde Bremen.

Verrechnungen / Erstattungen (Ausg.)

Die konsumtiven Ausgaben umfassen im Wesentlichen die Schlüssel- und Ergänzungszuweisungen an Bremerhaven gemäß Finanzzuweisungsgesetz sowie den Anteil der Konsolidierungshilfen an Bremerhaven. Die Mittel fließen planmäßig ab.

Rücklagenzuführung und -entnahme

Der Rücklagenentnahme in Höhe vom 29,2 Mio.EUR wurden zum Jahresende 17,4 Mio.€ wieder zugeführt.

Personalausgaben

Fehlanzeige

MASSNAHMEN-/STEUERUNGSVORSCHLAG

Kein Bedarf

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

Kamerale Finanzdaten						nachrichtlich			
	IST	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HHSoll	vorHH-Soll	vor.Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. Euro		%		Tsd. Euro	Tsd. Euro			
Konsumtive Einnahmen	474.356	468.262	6.094	1,30%	472.962	472.963	474.355	1.392	468.262
investive Einnahmen	5.074	-	5.074	0,00%	5.074	5.074	5.074	-	-
Relevante Verrech./Erstatt.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
- Land, Stadtgem. und intern	-	-	-	0,00%	-	-	-	-	-
- von Bremerhaven	-	-	-	0,00%	-	-	-	-	-
Entnahme aus der Rücklage	25.568	3.655	21.913	599,53%	29.223	29.223	25.568	-	3.655
Gesamteinnahmen	504.998	471.917	33.081	7,01%	507.259	507.260	504.997	-	2.263
Personalausgaben	-	-	-	0,00%	-	-	-	-	-
sonst. Kons. Ausgaben	1.572	1.875	303	-16,16%	1.592	1.592	1.572	-	20
Zinsausgaben	525.094	550.001	24.907	-4,53%	543.784	543.784	525.094	-	18.690
Tilgungsausgaben	-	-	-	0,00%	-	-	-	-	-
investive Ausgaben	-	-	-	0,00%	40	40	40	-	50.000
Relevante Verrech./Erstatt.	871.637	843.362	28.275	3,35%	871.637	871.636	871.636	-	843.362
- Land, Stadtgem. und intern	676.062	664.951	11.111	1,67%	676.062	676.061	676.061	-	664.951
- an Bremerhaven	195.575	178.411	17.164	9,62%	195.575	195.575	195.575	-	178.411
Zuführung an die Rücklage	51.521	17.411	34.110	195,91%	51.521	51.521	51.521	-	17.411
Gesamtausgaben	1.449.824	1.412.649	37.175	2,63%	1.468.574	1.468.573	1.449.863	-	18.710
Saldo	- 944.826	- 940.732	- 4.094	0,44%	- 961.315	- 961.313	- 944.866	-	16.447

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabereste	0
Ausgabereste im Übertrag nach 2024	0
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	193
Sonderrücklage	292.930

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich						0			0
Temporäre Personalmittel						0			0
TPM - Flüchtlinge						0			0
Flexibilisierungsmittel						0			0
Zwischensumme						0			0
Refinanzierte						0			0
Ausbildung						0			0
Nebentitel						0			0
Insgesamt						0			0
dar.: Beihilfe / Nachvers.						0			0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich						0,0			0,0
Temporäre Personalmittel						0,0			0,0
TPM - Flüchtlinge						0,0			0,0
Flexibilisierungsmittel						0,0			0,0
Zwischensumme						0,0			0,0
Refinanzierte						0,0			0,0
Ausbildung						0,0			0,0
Insgesamt						0,0			0,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool						0,0			0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge						0,0			0,0
Summe eingesetztes Personal						0,0			0,0
nachr.: Abwesende						0,0			0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung LAND

Der zweite Nachtragshaushalt des Haushaltsjahres 2023 wurde am 20.12.2023 von der Bremischen Bürgerschaft beschlossen. Ziel des zweiten Nachtragshaushalts war es mit Blick auf den Bremen-Fonds insbesondere, die notlagenbedingte Kreditaufnahme und somit die Veranschlagung auf den zu erwartenden Mittelabfluss 2023 anzupassen und dabei die bisherige Rücklagenfinanzierung aufgrund der Vorgaben des Urteils vom Bundesverfassungsgericht vom 15.11.2023 auf neue Kreditermächtigungen umzustellen. Im November 2023 wurden in Vorbereitung des zweiten Nachtragshaushalts alle betroffenen Fachressorts in einer Abfrage aufgefordert, Mittelabfluss-Prognosen aus dem Controlling 1-9/2023 haushaltsstellenscharf zu überprüfen und ggf. Anpassungen vorzunehmen. Die aktualisierten Mittelabfluss-Prognosen wurden im zweiten Nachtragshaushalt herangezogen, um in 2023 im Produktplan 95 „Bremen-Fonds“ haushaltsstellenscharfe Veranschlagungen vorzunehmen. Die Einzelmaßnahmen werden somit nicht mehr durch bedarfsgerechte Rücklagenentnahmen aus der Sonderrücklage des Bremen-Fonds finanziert, sondern erhalten einen festgelegten Barmittelanschlag in 2023 in Höhe des prognostizierten Mittelabflusses. Die Sonderrücklagen wurden entsprechend der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aufgelöst und für eine Sondertilgung herangezogen. Die bei den Finanzdaten hinterlegten rechnerischen Planwerte konnten aus Zeitgründen im System nicht aktualisiert werden, sondern spiegeln noch den ursprünglichen Stand vor Beschlussfassung des zweiten Nachtragshaushalts wieder.

Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2023 wurden für die coronabedingten Maßnahmen im Bremen-Fonds auf Basis der Ressortprognosen Mittelbedarfe in Höhe von insgesamt 250,946 Mio. € (netto) veranschlagt, davon 119,924 Mio. € im Landeshaushalt und 131,022 Mio. € im städtischen Haushalt.

Zudem wurde zur Auflösung der im Jahr 2022 gebildeten Sonderrücklage deren vollständige Entnahme veranschlagt im Umfang von 410,949 Mio. €, davon 229,967 Mio. € im Landeshaushalt und 180,982 Mio. € im städtischen Haushalt. Unter Berücksichtigung dieser Entnahmen weist der Produktplan 95 im Anschlag einen positiven Saldo („Überschuss“) von rd. 160,003 Mio. € aus, davon rd. 110,043 Mio. € im Landeshaushalt und rd. 49,960 Mio. € im städtischen Haushalt. Dies ist jedoch lediglich dadurch bedingt, dass die aus der Rücklagenentnahme resultierende, gleichhohe und erforderliche Sondertilgung technisch nicht im Produktplan 95 dargestellt wird. Das Budget (Haushaltssoll) zum Jahresende entspricht sowohl im Landes- als auch im städtischen Haushalt insgesamt dem Anschlag.

Im Ergebnis beläuft sich der tatsächliche Mittelabfluss zum Stand 01-14/2023 (bereinigt ohne Rücklagenentnahme) auf insgesamt (netto) rd. 236,565 Mio. €, davon im Landeshaushalt 115,145 Mio. € und im städtischen Haushalt 121,420 Mio. €. Das Budget wird damit um rd. 14,381 Mio. € unterschritten, davon rd. 4,779 Mio. € im Landeshaushalt und rd. 9,601 Mio. € im städtischen Haushalt (Abweichungen zu den dargestellten Finanzdaten durch buchungsbedingte Rundungen). Die Differenzen werden von den Fachressorts z.B. durch Projektverzögerungen und schwer prognostizierbare Mittelinanspruchnahmen bei antragsbasierten Förderprogrammen begründet.

Insgesamt führen die Unterschreitungen zu einer reduzierten Notlagen-Kreditaufnahme im Landeshaushalt und reduzieren damit auch die Tilgungslasten für die Folgejahre. Die veranschlagten Kreditermächtigungen mussten somit nicht vollständig in Anspruch genommen werden. Die verbleibenden Restmittel wurden – nach ppl-internem Ausgleich von Mindereinnahmen-/Mehrausgaben – entsprechend den Vorgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 gestrichen.

Einhaltung Finanzierungssaldo Land

Siehe Budgeteinhaltung. Der Finanzierungssaldo wird sowohl im Landes- als auch im städtischen Haushalt eingehalten bzw. unterschritten. Die Unterschreitung entspricht der den Werten bei der Budgeteinhaltung, produktplanübergreifende Verlagerungen o.Ä. waren nicht zu verzeichnen.

PERSONALDATEN

Mit dem 2. Nachtragshaushalt 2023 wurden die Anschläge Ende 2023 in Höhe des durch die Ressorts prognostizierten Ist gebildet. Die Mittel waren auskömmlich.

LEISTUNGSDATEN

Im PPL 95 wird jede zu finanzierende Bremen-Fonds-Maßnahme mit Leistungszielen und Kennzahlen versehen, um den Erfolg der einzelnen Maßnahmen messen zu können. Im Rahmen des Produktgruppencontrollings werden die maßnahmenverantwortlichen, fremdbewirtschaftenden Fachressorts aufgefordert die entsprechenden Leistungsziele und Kennzahlen einzeln zu bewerten und einzuschätzen. Ein großer Teil der Leistungsdaten bezieht sich auf die Maßnahmenpakete der Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023 sowie der Konkretisierung der Maßnahmenplanung 2022/2023 des Bremen-Fonds.

Im Landeshaushalt zeigt sich ein überwiegend positives Bild der Zielerreichung der Kennzahlen. Die meisten Planwerte konnten eingehalten werden. Bei einigen Kennzahlen wurden die Planwerte nach Angaben der Ressorts sogar übertroffen. Allerdings gibt es auch Kennzahlen, bei denen die Planwerte nicht eingehalten wurden, sodass einige Maßnahmenziele im Toleranzbereich und zum Teil gefährdet sind.

Zu den Projekten mit positiven Zieleinhaltung zählt z.B. die Maßnahme „Ausweitung von dezentralen Angeboten der Jugendberufsagentur JBA“, bei der die Planwerte der Kennzahlen „Erreichte unversorgte junge Menschen“, „Erreichte Frauen allgemein/berufliche Schulen“, „Social Media Einsatz, Aktionen“ und „Beteiligte Berufsschulen“ alle eingehalten wurden. Durch diese Maßnahme konnten junge Menschen mit durch die Pandemie hervorgerufenen besonderen Unterstützungsbedarfen während des Übergangs von der Schule in das Berufsbildende System und in Ausbildung begleitet und beraten werden.

Auch bei der Maßnahme „Förderung des Landestourismus“ wurde der Planwert der Kennzahl „Übernachtungszahlen“ eingehalten bzw. sogar übertroffen. So konnten statt rd. 1,6 Mio. Übernachtungen sogar rd. 2,4 Mio. Übernachtungen erreicht werden. Damit konnten kreative Projektideen zur Bewältigung der Coronakrise und ein zukunftsfähig-nachhaltig ausgerichteter Tourismus in Bremen gefördert und unterstützt werden.

Bei einigen Maßnahmen werden die Planwerte nicht erfüllt, u.a. bei der Maßnahme „Förderung der Veranstaltungswirtschaft“ bei der nicht wie geplant 100 Veranstaltungen gefördert wurden, sondern nur 53. Laut Ressortangaben wurden von Veranstaltern weniger Corona-Hilfen in Anspruch genommen, da sich die Situation rund um Corona in 2023 verbessert hat. Aus diesem Grund ist das Ziel allerdings positiv zu bewerten.

MASSNAHMEN-/STEUERUNGSVORSCHLAG

Kein Handlungsbedarf.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR				
Konsumtive Einnahmen	5.372	0	5.372	∞ %	5.124	5.124	5.372	248	4.210	
Investive Einnahmen	0	0	0		0			0	0	
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)			0			0	0	0		
- Land, Stadtgem. u. intern			0			0	0	0		
- von Bremerhaven			0					0		
Entnahme Rücklage	229.967	0	229.967	∞ %	229.967	229.967	229.967	0	229.967	
budgetierte Einnahmen	235.339	0	235.339	∞ %	235.091	235.091	235.339	248	234.177	
Personalausgaben	899	0	899	∞ %	989	989	899	-90	989	
Sonst. konsumtive Ausgaben	51.600	0	51.600	∞ %	55.607	55.607	51.600	-4.007	55.236	
Zinsausgaben			0					0		
Tilgungsausgaben			0					0		
Investive Ausgaben	56.314	0	56.314	∞ %	57.069	57.069	56.314	-755	57.124	
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	11.702	0	11.702	∞ %	11.384	11.384	11.702	318	10.784	
- Land, Stadtgem. u. intern	1.225	0	1.225	∞ %	1.437	1.437	1.225	-212	1.225	
- an Bremerhaven	10.477	0	10.477	∞ %	9.947	9.947	10.477	530	9.559	
Zuführung Rücklage	0	0	0		0			0	0	
budgetierte Ausgaben	120.516	0	120.516	∞ %	125.048	125.049	120.515	-4.534	124.134	
Saldo	114.822	0	114.822	∞ %	110.043	110.042	114.824	4.782	110.043	

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	13.188	12.242	10.228	0	0
investiv	50.515	0	0	0	0
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	0
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	0

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				0	0	0	0	0	0
Temporäre Personalmittel				0	0	0	0	0	0
TPM - Flüchtlinge				0	0	0	0	0	0
Flexibilisierungsmittel				899	989	-90	899	989	-90
Zwischensumme				899	989	-90	899	989	-90
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				0	0	0	0	0	0
Insgesamt				899	989	-90	899	989	-90
dar.: Beihilfe / Nachvers.				0	0	0	0	0	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Temporäre Personalmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
TPM - Flüchtlinge				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Flexibilisierungsmittel				13,8	13,6	0,2	13,8	13,6	0,2
Zwischensumme				13,8	13,6	0,2	13,8	13,6	0,2
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				13,8		13,8	13,8		13,8
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				13,8		13,8	13,8		13,8
nachr.: Abwesende				0,3		0,3	0,3		0,3

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

Nr.	PPL	Vorlagentitel / Maßnahme	Maßnahmenziel	Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung, Kennzahlenbezeichnung	Einheit	Januar	IST 1-	Ist Plan		Kommentierung (bei Bedarf)	Einheit Ziel (Drop-Down)
						P12 2023	14	Abweichung			
						Planwert	IST-	abs.	%		
						Dezemb er	Wert Deze				
1	91	Corona-Mehrbedarfe im Zuständigkeitsbereich des Finanzressorts einschließlich Zentral-IT	Gewährleistung der Steuerung und Verwaltung des Bremen-Fonds, Sicherstellung von Berichts- und Dokumentationspflichten (Controlling)	Vorlage von Controllingberichten	ST	6	6	0	0		
3	41	Stärkung der kleinräumigen Angebote in den Stadtteilen, im Bereich der Frühen Kindheit, der psychosozialen und gesundheitlichen Versorgung und Unterstützung von Kindern und ihren Familien	Es sollen im Rahmen des Vorhabens Mittel für niedrigschwellige, präventive Angebote im Sozialraum bis Ende 2023 zur Linderung der Folgen der Corona-Pandemie bei Kindern bereitgestellt werden. Hierzu soll in Kooperationen mit Vereinen, Trägern und Initiativen geprüft werden, welche Angebote gestärkt werden können, um eine zielgruppenspezifische Förderung in den Sozialräumen umzusetzen.	Durchgeführte Förderrunden	Anzahl	3	3	0	0		
4	71	Förderung der Veranstaltungswirtschaft im Land Bremen zur Milderung der Corona bedingten Einnahmeausfälle aus dem Bremen Fonds* Hier: Verlängerung des Programms 2021 bis Ende 2022 und Bereitstellung weiterer Mittel aus dem Bremen Fonds	Ziel ist, die vorhandene Veranstalterstruktur in Bremen und Bremerhaven zu erhalten sowie ein breitgefächertes Programm für ein lokales, regionales und überregionales Publikum unter Einhaltung der jeweils aktuellen Coronabeschränkungen zu ermöglichen. Gleichzeitig soll das Programm fördern und erlauben, neue Angebotsformaten zu entwickeln, die nachhaltigen den Corona Anforderungen entsprechen.	Anträge für geforderte Veranstaltungen	Stk	100	53	-47	-47	Insgesamt gab es in 2023 53 eingereichte Anträge für ca. 199 Veranstaltungen. Da sich die Situation rund um Corona in 2023 verbessert hat, wurden von Veranstaltern weniger Corona-Hilfen in Anspruch genommen. Aus diesem Grund ist das Ziel positiv zu bewerten.	
6	31	Arbeitsmarktpolitische Vorhaben zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie - Antrag Bremen-Fonds	PAM: Existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Qualifizierung für Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund	Beginn von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen	stk	64	64	0	0	In Bremerhaven sind 30 Arbeitsverträge geschlossen worden, in Bremen 34.	
6	31	Arbeitsmarktpolitische Vorhaben zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie - Antrag Bremen-Fonds	PAM: Existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Qualifizierung für Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund	Beginn von Aus- und Weiterbildungen	stk	20	20	0	0	Qualifizierungen erfolgen beschäftigungsbegleitend.	
6	31	Arbeitsmarktpolitische Vorhaben zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie - Antrag Bremen-Fonds	PAM: Existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Qualifizierung für Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund	Davon jeweils Frauen	%	100	100	0	0		
6	31	Arbeitsmarktpolitische Vorhaben zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie - Antrag Bremen-Fonds	PAM: Existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Qualifizierung für Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund	Davon jeweils Alleinerziehende	%	28	30	2	7		
6	31	Arbeitsmarktpolitische Vorhaben zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie - Antrag Bremen-Fonds	PAM: Existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Qualifizierung für Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund	Davon jeweils Menschen mit Migrationshintergrund	%	100	100	0	0		
6	31	Arbeitsmarktpolitische Vorhaben zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie - Antrag Bremen-Fonds	PAB: Förderung von 50 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für Langzeitarbeitslose ohne Anspruch auf Leitungen nach § 16e und §16i SGB II	Beginn soz. versicherungspflichtige BSV:	pers	7	54	47	671		
6	31	Arbeitsmarktpolitische Vorhaben zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie - Antrag Bremen-Fonds	PAB: Förderung von 50 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für Langzeitarbeitslose ohne Anspruch auf Leitungen nach § 16e und §16i SGB II	Frauenanteil: 50 %	%	29	32	3	10		
6	31	Arbeitsmarktpolitische Vorhaben zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie - Antrag Bremen-Fonds	PAB: Förderung von 50 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für Langzeitarbeitslose ohne Anspruch auf Leitungen nach § 16e und §16i SGB II	Alleinerziehende: 33 %	%	35	6	-29	-83		
6	31	Arbeitsmarktpolitische Vorhaben zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie - Antrag Bremen-Fonds	PAB: Förderung von 50 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für Langzeitarbeitslose ohne Anspruch auf Leitungen nach § 16e und §16i SGB II	Migrationshintergrund: 50 %	%	43	32	-11	-26		
7	51	Sonderinvestitionsprogramm zur Stärkung der Pandemieresilienz der Krankenhäuser im Land Bremen	Kliniken im Land Bremen in die Lage versetzen, besser und flexibler auf epidemisch-pandemische Ereignisse reagieren zu können	Einhaltung Budget	TEUR	49.662	#####	#####	-63	Es wurden insgesamt 17 Maßnahmen zum Zwecke der Pandemieresilienz bewilligt. Der Großteil dieser Maßnahmen wurde innerhalb des Bewilligungszeitraums abgeschlossen. Einzelne Projekte konnten jedoch aufgrund der Notwendigkeit umfangreicher Vergabeverfahren, Veränderungen mit Verzögerungen in den Lieferketten und Rohstoffmängeln und den damit zusammenhängenden baulichen Verzögerungen nicht rechtzeitig vor Auslaufen des Bewilligungszeitraums umgesetzt werden. Da Zuwendungsmittel jeweils nur zwei Monate vor Verausgabung abgerufen werden dürfen, wurden die Mittel nicht vollständig im Jahr 2023 ausgezahlt. Im NTHH 2023 wurden die aktualisierten Mittelbedarfe bereits berücksichtigt und im vollen Umfang ausgeschöpft. Bei vier Krankenhäusern werden einzelne Baumaßnahmen derzeit noch umgesetzt. Konkret bedeutet dies, dass teilweise Räumlichkeiten bereits entkernt sind, neu ausgebaut werden müssen und momentan nicht nutzbar sind, sodass der wirtschaftliche Schaden der Krankenhäuser immer größer wird, je länger sich die Baumaßnahmen hinziehen. Den Krankenhäusern liegen bereits Rechnungen in nicht unerheblicher Höhe für erfolgte Leistungen vor, die zeitnah zu begleichen sind. Darüber hinaus wurden Verträge eingegangen, die seitens der Krankenhäuser erfüllt werden müssen. Die Gremienbefassung zur Bereitstellung der Mittel zur Ausfinanzierung der Maßnahmen befindet sich derzeit in der Abstimmung.	
9	51	Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG)	Nach § 56 IfSG können Personen bzw. Unternehmen, die aufgrund von Quarantänemaßnahmen oder epidemiebedingter Schließung von Schul- und Betreuungseinrichtungen Verdienstauffälle verzeichnen bzw. Lohnfortzahlungen leisten mussten, Entschädigungsansprüche gegenüber dem Land geltend machen.	Einhaltung Budget	TEUR	12.126	6.190	-5.936	-49	Die Antragszahlen waren schwer prognostizierbar. Eine Gremienbefassung zu den Mittelbedarfen 2024 erfolgte im Februar 2024. Im Rahmen des 2. NTHH wurde das Budget dieser Maßnahme auf rd. 7 Mio. Euro reduziert und veranschlagt.	
10	51	Umsetzung der BKMPK-Beschlüsse vom 02. März 2021 Angebot von Schnelltests für die Bürger:innen im Land Bremen	Flächendeckendes und wohnortnahes Schnelltestangebot	Einhaltung Budget	TEUR	705	705	0	0	Der Planwert wurde mit dem NTHH 2023 auf 750 T€ angepasst und eingehalten.	
12	07	Mehrbedarfe aufgrund der Covid 19- Pandemie - Anmeldung auf den Bremen-Fonds – Produktplan 07 inneres	Raumaustattung und baulich-technische Maßnahmen zur Einhaltung des Abstandsgebots/ Ausdünnung des Publikumsverkehrs/ Umsetzung geänderter Dienst- und Öffnungszeiten	Wert baulicher Maßnahmen	T€	137	31	-106	-77	Die Maßnahmen sind abgeschlossen. In Teilen konnten einzelne bauliche Veränderungen technisch nicht umgesetzt werden. Mit Pandemieende ist eine darüberhinausgehende bauliche Ertüchtigung nicht mehr erforderlich.	

Nr.	PPL	Vorlagentitel / Maßnahme	Maßnahmenziel	Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung, Kennzahlen bezeichnung	Einheit	Januar	IST 1-	Ist Plan		Kommentierung (bei Bedarf)	Einheit Ziel (Drop-Down)
						P12 2023	14	Abweichung			
						Planwert Dezemb er	IST- Wert Deze	abs.	%		
12	07	Mehrbedarfe aufgrund der Covid 19- Pandemie - Anmeldung auf den Bremen-Fonds – Produktplan 07 Inneres	Ausgleich von geleisteten Corona-bedingten Mehrarbeitsstunden bei Polizei/OPB	Ausgeglichene Mehrarbeitsstunden	ST	3.232	1.980	-1.252	-39	Bei den in 1-9/23 gemeldetet Auszahlungen handelte es sich irrtümlicherweise um einen anderen Auswertungszeitraum, der über 2023 hinausging (inkl. Anträge 2022).	
13	22	Komplementärmittel von Neustart-Programmen	Komplementärfinanzierung für den Bundes-Fonds Darstellende Künste	Erhaltene Bundesförderungen	in T €	1.600	1.820	220	14	Mit den bereitgestellten Komplementärgeldern konnten mehr Bundesförderungen beantragt werden, als ursprünglich erwartet.	
13	22	Komplementärmittel von Neustart-Programmen	Komplementärfinanzierung für den Bundes-Fonds Darstellende Künste	Einhaltung Budgetrahmen	€	422	175	-247	-59	Alle vorliegenden bewilligungsfähigen Anträge konnten umgesetzt werden.	
14	51	Bremen- Fonds: Kurzfristige finanzielle Unterstützung der Krankenhäuser im Land Bremen	Teilweise Kompensation von finanziellen Ausfälle durch COVID-19 bedingte angeordnete Vorhaltequoten und Unterstützungsmaßnahmen	Einhaltung Budget	TEUR	11.120	8.223	-2.897	-26	Dreizehn Krankenhäuser im Land Bremen wurden insgesamt 40 Digitalisierungsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 40,54 Mio. € im Rahmen des Krankenhauszukunftsgesetzes per Zuwendung bewilligt. Hierbei beträgt der Finanzierungsanteil des Bundes 70%, das Land Bremen übernimmt die erforderliche Kofinanzierung von 30% (12,16 Mio. €). Die Landesmittel wurden mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2023 zur Verfügung gestellt, da sie aus dem Bremen Fonds finanziert wurden. Der Bundesanteil darf gemäß Mitteilung des Bundesamts für Soziale Sicherung bis zum 31.12.2026 verausgabt werden. Von den 40 bewilligten Maßnahmen konnte bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Maßnahme vollständig abgeschlossen werden, da einerseits das vom Bund vorgeschriebene Verfahren aufwendig ist und andererseits die Nachfrage nach IT-Leistungen aufgrund dieses bundesweiten Förderprogramms größer ist als das Angebot an entsprechend qualifizierten IT-Dienstleistern. Insbesondere aus diesen Gründen kommt es zu Verzögerungen bei der Umsetzung. Die im NTHH 2023 angepassten Mittelbedarfe i.H.v. rd. 8,2 Mio. € wurden vollständig abgerufen und verausgabt. Eine Gremienbefassung zu den Bedarfen 2024 befindet sich derzeit in Abstimmung.	
16	51	Bremen Fonds: Befristete Anmietung von Flächen für die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie für das Landesuntersuchungsamt zur Gewährleistung der Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Corona-Pandemie	Sicherstellung des Dienstbetriebes unter Wahrung der Corona-Vorgaben des Arbeitsschutzes	Angemietete Fläche	m²	983	983	0	0	Der Mietvertrag wurde bis Ende Februar 2024 verlängert (Umzug der SGFV).	
17	71	Geschäftsstelle Wasserstoffwirtschaft Land Bremen	Koordinierung der Aktivitäten zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Land Bremen Nr. 9	Mitarbeit in überregionalen Netzwerken	ST	3	3	0	0	u.a. Leitung der Koordinierungsgruppe Norddeutsche Wasserstoffstrategie, HY-5 Initiative für grünen Wasserstoff, Hydrogen Europe	
17	71	Geschäftsstelle Wasserstoffwirtschaft Land Bremen	Koordinierung der Aktivitäten zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Land Bremen Nr. 9	Unterstützung von Förderanträgen	ST	8	9	1	13	Themen: Fachkräfte (1), IPCEI (5), ITZ Nord (2), EHC – Machbarkeitsstudie (1), z.T. Koordination oder Bewilligung der genannten Förderanträge	
17	71	Geschäftsstelle Wasserstoffwirtschaft Land Bremen	Koordinierung der Aktivitäten zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Land Bremen Nr. 9	Ermittlung Fachkräftebedarf	ST	1	1	0	0	Zuarbeit zur Fachkräftestrategie erfolgt; Koordination des Themas Fachkräfte u.a. im Handlungsfeld 4 der Norddeutschen Wasserstoffstrategie	
17	71	Geschäftsstelle Wasserstoffwirtschaft Land Bremen	Koordinierung der Aktivitäten zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Land Bremen Nr. 9	Veranstaltung zur Vernetzung d. Akteure	ST	8	12	4	50	Veranstaltungen u. a. am 10.02.2022 (Auftakt GS Wasserstoffwirtschaft), 25.02.2022 (Pay de la Loire), 29.04.2022 (Fachkräfte 1), 24.06.2022 (Fachkräfte 2), 15.07.2022 (Workshop über Wasserstoff im internationalen Kontext - Zusammenarbeit mit Tasmanien), 11.10. 2022 (Initiativkreis), Messe HTE-22 Okt22 diverse Netzwerkveranstaltungen, 14.03.23 Initiativkreis/Gasunie/wesernetz WS 06-09.03.23 Netzwerken - Delegation von schottischen Unternehmern zu Besuch in Bremen und Niedersachsen, Bremerhaven, Bremen 15-20.03.23 Netzwerken - World Smart Energy Week (WSEW), Tokyo und Besuch Wasserstoffregion Kobe u.a. mit dem LH2-Import-Terminal, Kobe; Bremen war über die HY-5 Initiative für Grünen Wasserstoff mit einem Stand vertreten und konnte zahlreiche Kontakte knüpfen. Am 20. März besuchte zudem eine Delegation Kobe mit seinen Wasserstoff-Highlights, u.a. der „Hy Touch Kobe“ - der Wasserstoffimportterminal für das „Suiso Frontier“ (der erste LH2-Frachter von Kawasaki Heavy Industries, der auch mit Technologie aus Bremen ausgerüstet ist) 10-18.06.23 PR, Netzwerken - Woche des Wasserstoffs 2023 und Wasserstofftage Nordwest 22.08.23 Dialogforum Fachkräfte: Zeitenwende in Deutschlandschwindigkeit: Ohne Fachkräfte keine War und ist erfüllt mit Besetzung der H2-Geschäftsstelle durch eine weibliche und eine männliche Projektleiter:in. Zusätzliche weibl. Assistenz. Ehemals männlich besetzte Stelle derzeit vakant und ausgeschrieben.	
17	71	Geschäftsstelle Wasserstoffwirtschaft Land Bremen	Koordinierung der Aktivitäten zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Land Bremen Nr. 9	Frauenanteil Projektleitungen H2-GSS	%	50	50	0	0	War und ist erfüllt mit Besetzung der H2-Geschäftsstelle durch eine weibliche und eine männliche Projektleiter:in. Zusätzliche weibl. Assistenz. Ehemals männlich besetzte Stelle derzeit vakant und ausgeschrieben.	
		Ausweitung von dezentralen Angeboten der Jugendberufsagentur JBA	Ansprache und Begleitung junger Menschen mit durch die Pandemie hervorgerufenen besonderen Unterstützungsbedarfen während des Übergangs von der Schule in das Berufsbildende System und in Ausbildung Nr. 22	Erreichte unversorgte junge Menschen	PRS	392	392	0	0	Die Gesamtzahl der Abonnent:innen liegt im angegebenen Zeitraum bei 1.614 Personen. 24,3% der Abonnent:innen sind unter 25 Jahre alt. Zusätzlich wurden im Zeitraum 1-6/2023 bis zu 113 Tsd. Personen über Soziale Medien erreicht. Wie viele davon junge, unversorgte Personen waren oder sind, kann nicht evaluiert werden.	
		Ausweitung von dezentralen Angeboten der Jugendberufsagentur JBA	Ansprache und Begleitung junger Menschen mit durch die Pandemie hervorgerufenen besonderen Unterstützungsbedarfen während des Übergangs von der Schule in das Berufsbildende System und in Ausbildung Nr. 22	Erreichte Frauen allgemein/berufli Schulen	PRS	897	897	0	0	Die Gesamtzahl der Abonnent:innen liegt im angegebenen Zeitraum bei 1.614 Personen. Der Frauenanteil beträgt 55,6%, 19,3% der Abonnent:innen sind weiblich und unter 25 Jahre alt.	
		Ausweitung von dezentralen Angeboten der Jugendberufsagentur JBA	Ansprache und Begleitung junger Menschen mit durch die Pandemie hervorgerufenen besonderen Unterstützungsbedarfen während des Übergangs von der Schule in das Berufsbildende System und in Ausbildung Nr. 22	Social Media Einsatz, Aktionen	ST	361	361	0	0	Die angegebene Zahl bezieht sich auf alle realisierten Social Media Aktionen auf Instagram und Tik Tok inklusive Kampagnen.	
		Ausweitung von dezentralen Angeboten der Jugendberufsagentur JBA	Ansprache und Begleitung junger Menschen mit durch die Pandemie hervorgerufenen besonderen Unterstützungsbedarfen während des Übergangs von der Schule in das Berufsbildende System und in Ausbildung Nr. 22	Beteiligte Berufsschulen	ST	1	1	0	0	Die angegebene Zahl bezieht sich auf die Berufsschulen, die über Social Media Aktivitäten präsentiert wurden.	

Nr.	PPL	Vorlagentitel / Maßnahme	Maßnahmenziel	Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung, Kennzahlenbezeichnung	Einheit	Januar - P12 2023	IST 1-14	Ist Plan Abweichung		Kommentierung (bei Bedarf)	Einheit Ziel (Drop-Down)
						Planwert Dezember	IST-Wert Deze	abs.	%		
17	31	Perspektive Arbeit für Frauen (PAF)	Sicherung existenzsichernde sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen für Frauen, die in einer von der Corona-Pandemie direkt oder indirekt betroffenen Branchen ihre Beschäftigung verloren haben Nr. 23	Beginn sozialv.pflichtig. BSV, Eintritte	ST	100	213	113	113		
17	31	Perspektive Arbeit für Frauen (PAF)	Sicherung existenzsichernde sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen für Frauen, die in einer von der Corona-Pandemie direkt oder indirekt betroffenen Branchen ihre Beschäftigung verloren haben Nr. 23	Beginn Qualifizierungsmaßnah, Eintritte	ST	75	75	0	0	Die Qualifizierung erfolgt beschäftigungsbegleitend und schließt bei Bedarf eine fachsprachliche Qualifizierung mit ein.	
17	31	Perspektive Arbeit für Frauen (PAF)	Sicherung existenzsichernde sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen für Frauen, die in einer von der Corona-Pandemie direkt oder indirekt betroffenen Branchen ihre Beschäftigung verloren haben Nr. 23	Frauenanteil an den Eintritten	%	100	100	0	0		
17	31	Perspektive Arbeit für Frauen (PAF)	Sicherung existenzsichernde sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen für Frauen, die in einer von der Corona-Pandemie direkt oder indirekt betroffenen Branchen ihre Beschäftigung verloren haben Nr. 23	Anteil Alleinerziehender Frauen	%	20	32	12	60		
17	31	Perspektive Arbeit für Frauen (PAF)	Sicherung existenzsichernde sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen für Frauen, die in einer von der Corona-Pandemie direkt oder indirekt betroffenen Branchen ihre Beschäftigung verloren haben Nr. 23	Anteil Menschen Migrationshintergrund	%	50	64	14	28		
17	31	Fachkräfte für die klein- und mittelständischen KI-Unternehmen im Land Bremen	Förderung von Menschen zu abgeschlossener Berufsausbildung in den Berufen mit Fachkräftebedarf bei KMU der KI-Branche und des Einzelhandels (E-Commerce) und Vermittlung zu sozialversicherungspflichtiger Arbeit Nr. 30	Beginn von Ausbildungen	ST	10	11	1	10	Die Anzahl von 11 Ausbildungen bezieht sich auf Eintritte in dem Ausbildungsgang zur/zum mathematisch-technischen Assistentin/Assistenten an der Europaschule in Utbremen.	
17	31	Fachkräfte für die klein- und mittelständischen KI-Unternehmen im Land Bremen	Förderung von Menschen zu abgeschlossener Berufsausbildung in den Berufen mit Fachkräftebedarf bei KMU der KI-Branche und des Einzelhandels (E-Commerce) und Vermittlung zu sozialversicherungspflichtiger Arbeit Nr. 30	Beginn Aus- und Weiterbildung	ST	10	50	40	400		
17	31	Fachkräfte für die klein- und mittelständischen KI-Unternehmen im Land Bremen	Förderung von Menschen zu abgeschlossener Berufsausbildung in den Berufen mit Fachkräftebedarf bei KMU der KI-Branche und des Einzelhandels (E-Commerce) und Vermittlung zu sozialversicherungspflichtiger Arbeit Nr. 30	Frauenanteil an Aus- und Weiterbildungen	%	20	75	55	275	Abweichung ist durch den Teil der Ausbildung im Programm entstanden; an der Schule in Utbremen werden verschiedene Ausbildungsklassen realisiert; es gibt solche mit vorwiegend männlichen und solche mit vorwiegend weiblichen Azubi in den assistierten Digitalausbildungen. Insgesamt sollen die Ansprachen und Lehrpläne geschlechtersensibel verändert werden.	
17	31	Fachkräfte für die klein- und mittelständischen KI-Unternehmen im Land Bremen	Förderung von Menschen zu abgeschlossener Berufsausbildung in den Berufen mit Fachkräftebedarf bei KMU der KI-Branche und des Einzelhandels (E-Commerce) und Vermittlung zu sozialversicherungspflichtiger Arbeit Nr. 30	Anteil Alleinerziehende an Aus- Weiterb.	%	20	50	30	150		
17	31	Fachkräfte für die klein- und mittelständischen KI-Unternehmen im Land Bremen	Förderung von Menschen zu abgeschlossener Berufsausbildung in den Berufen mit Fachkräftebedarf bei KMU der KI-Branche und des Einzelhandels (E-Commerce) und Vermittlung zu sozialversicherungspflichtiger Arbeit Nr. 30	Anteil Menschen m. Migrationshintergrund	%	45	50	5	11		
17	71	Digital Hub Industry	Unterstützung von Unternehmen (insbesondere KMU) in Bremen bei der Bewältigung der Herausforderung der digitalen Transformation Nr. 32	Beratung/Erstgespräche mit KMU	ST	280	360	80	29		
17	71	Digital Hub Industry	Unterstützung von Unternehmen (insbesondere KMU) in Bremen bei der Bewältigung der Herausforderung der digitalen Transformation Nr. 32	Erreichte KMU in der Region/Bremen	ST	950	1.315	365	38		
17	71	Digital Hub Industry	Unterstützung von Unternehmen (insbesondere KMU) in Bremen bei der Bewältigung der Herausforderung der digitalen Transformation Nr. 32	Durchführ. InnoLabs, Gender-Projekte etc.	ST	100	143	43	43		
17	71	Zukunftsfonds Innenstadt - Bremen	Sicherung und Stärkung der Innenstadt Bremen Nr. 29	Machbarkeitsstudie Restruktur. Glocke	ST	1	1	0	0		
17	71	Zukunftsfonds Innenstadt - Bremen	Sicherung und Stärkung der Innenstadt Bremen Nr. 29	Machbarkeitsstudie Stadtmusikantenhaus	ST	1	1	0	0		
17	71	Zukunftsfonds Innenstadt - Bremen	Sicherung und Stärkung der Innenstadt Bremen Nr. 29	Durchführung v Wettbewerben - Stadtlabor	ST	2	2	0	0		
		Zukunftsfonds Innenstadt - Bremen	Sicherung und Stärkung der Innenstadt Bremen Nr. 29	Steigerung Besucherfreq. Innenstadt HB	%	10	5	-5	-50	Die Passantenfrequenz konnte zwar gesteigert werden, aber nicht in der Größenordnung wie erhofft.	
		Zukunftsfonds Innenstadt - Bremen	Sicherung und Stärkung der Innenstadt Bremen Nr. 29	Zwischennutzung leerstehender Immobilien	ST	4	4	0	0		
		Zukunftsfonds Innenstadt - Bremen	Sicherung und Stärkung der Innenstadt Bremen Nr. 29	Frauenanteil bei Bewerbungen	%	50	50	0	0		
		Sicherstellung einer pandemiegerechten forensischen Behandlung	Sicherstellung einer fachgerechten forensischen Behandlung unter Beachtung des Infektionsschutzes durch Umbau der Station am Klinikum Bremen-Ost und Einstellung von Personal (Verhältnis von 2/3 Männern und 1/3 Frauen gewünscht) Nr. 18	Neue Behandlungsplätze	ST	18	18	0	0		
		Sicherstellung einer pandemiegerechten forensischen Behandlung	Sicherstellung einer fachgerechten forensischen Behandlung unter Beachtung des Infektionsschutzes durch Umbau der Station am Klinikum Bremen-Ost und Einstellung von Personal (Verhältnis von 2/3 Männern und 1/3 Frauen gewünscht) Nr. 18	Personalmehrbedarf	VK	25	25	0	-2	Die Station ist mit 24,6 VK ausgestattet	

Nr.	PPL	Vorlagentitel / Maßnahme	Maßnahmenziel	Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung, Kennzahlen bezeichnung	Einheit	Januar - P12 2023	IST 1-14	Ist Plan Abweichung		Kommentierung (bei Bedarf)	Einheit ung Ziel (Drop-Down)
						Planwert Dezemb er	IST- Wert Deze	abs.	%		
18	51	Sicherstellung einer pandemiegerechten forensischen Behandlung	Sicherstellung einer fachgerechten forensischen Behandlung unter Beachtung des Infektionsschutzes durch Umbau der Station am Klinikum Bremen-Ost und Einstellung von Personal (Verhältnis von 2/3 Männern und 1/3 Frauen gewünscht) Nr. 18	Frauenanteil am Personal	%	33	58	25	76	Die Frauenquote konnte im Jahresverlauf gesteigert werden und übertrifft inzwischen die Zielquote von 33%	
19	68	Corona-Hilfe für den ÖPNV im Land Bremen – Umsetzung 2021	Ausgleich von Einnahmeausfällen im ÖPNV bei Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern	Erreichen der Fahrgastzahlen 2019	%	90	98	8	9		
20	41	Vereinbarung zur Umsetzung des „Aktionsprogramms Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022 von Bund und Ländern	Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen nach Corona"	Einh. Budget außerschul. Ferienangebote	TEUR	74.245	#####	0	0		
20	21	Vereinbarung zur Umsetzung des „Aktionsprogramms Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022 von Bund und Ländern	Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen nach Corona"	Einh. Budget Unterrichtserg. Fördermaßn	TEUR	6.191	7.126	935	15	Mit dem Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ hat der Bund auf Grundlage einer entsprechenden Verwaltungsvereinbarung im Wege der Umsatzsteuerverteilung insgesamt 12,149 Mio. € zur Verwendung im Bereich SKB zur Verfügung gestellt. Der mit den Beschlüssen des HaFA vom 10.09.2021 und 06.05.2022 bereitgestellte Mittelrahmen wurde effektiv um 1.517.349 € überschritten. Die Mehrausgaben hätten bei rechtzeitiger Feststellung aus den Bremen-Fonds-finanzierten Maßnahmen „Doppelbesetzung in Grundschulen“ und „Personelle Aufstockung an den ReBUZen“ (HaFA-Beschluss vom 18.03.2022) geleistet werden können, die entsprechende Überschneidungen mit dem Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ bzw. dem darauf basierenden Landesprogramm „Schüler:innen stärken“ aufweisen. Eine fristgerechte Umbuchung innerhalb des Maßnahmenbündels wurde allerdings versäumt, sodass es im Jahresabschluss bei der Überschreitung blieb. Die Mehrausgaben stellen allerdings zusammen mit den Maßnahmen „Doppelbesetzung in Grundschulen“ und „Personelle Aufstockung an den ReBUZen“ einen Teil der Ko-Finanzierung des Landes für das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ dar. Die im Rahmen der drei vorstehenden Maßnahmen bereitgestellten Bundes- und Landesmittel wurden bis auf einen Restbetrag von rund 89.000,- € vollständig verausgabt und haben in be-deutenden Maße zur Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen im schulischem Kontext beigetragen.	
20	21	Vereinbarung zur Umsetzung des „Aktionsprogramms Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022 von Bund und Ländern	Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen nach Corona"	Einh. Budget zusätzli. Schulsozialarbeit	TEUR	202	1.089	887	438	Die kommunalen Minderausgaben korrespondieren mit den landesseitigen Mehrausgaben im Bundesprogramm "Aufholen nach Corona". Da nur bedingt Schulsozialarbeiter:innen für befristete Personalmaßnahmen gewonnen werden konnten, wurde verstärkt auf trägerseitige Angebote zurückgegriffen. Die der Stadtgemeinde im Verrechnungswege zur Verfügung gestellten Mittel sind in den Landeshaushalt zurückzuführen und mindern die dortigen Mehrausgaben.	
21	51	Mehrbedarfe der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zur Bewältigung der epidemischen Lage nationaler Tragweite und deren Folgen	Schutz und Information der Bremischen Bevölkerung; Koordination der Maßnahmen zur Eingrenzung und Bekämpfung der Pandemie	Einhaltung Budget	TEUR	618	618	0	0	Das Budget wurde eingehalten. Aufgrund des schwer prognostizierbaren Pandemiegeschehens sowie der meist sehr kurzfristigen Regelungen auf Bundesebene wurden die benötigten Personalkapazitäten stetig angepasst, um die Mittel wirtschaftlich einzusetzen.	
22	51	Fortsetzung öffentlicher Impfangebote im Land Bremen	Eindämmung und Kontrolle der Pandemie durch Impfangebote; Umsetzung der nationalen Impfstrategie (Mai-Dezember 2022)	Einhaltung Budget	TEUR	11.400	#####	-100	-1	Das Budget wurde eingehalten.	
22	51	Fortsetzung öffentlicher Impfangebote im Land Bremen	Eindämmung und Kontrolle der Pandemie durch Impfangebote; Umsetzung der nationalen Impfstrategie (Mai-Dezember 2022)	Impfungen	ST	416.000	#####	#####	-57	Die Inanspruchnahme der Impfungen variierte stark. Die vorzuhaltenden Kapazitäten wurden soweit möglich an die tatsächliche Inanspruchnahme angepasst. Das öffentliche Impfangebot im Land Bremen wurde im März 2023 eingestellt. Die Infrastruktur wurde zurückgebaut.	
22	51	Finanzierung öffentlicher Impfangebote im Land Bremen und Stabsstelle Impfen	Eindämmung und Kontrolle der Pandemie durch Impfangebote; Umsetzung der nationalen Impfstrategie (Januar-April 2022)	Impfungen	ST	159.000	#####	#####	-72	Die Inanspruchnahme der Impfungen variierte stark. Die vorzuhaltenden Kapazitäten wurden soweit möglich an die tatsächliche Inanspruchnahme angepasst. Das öffentliche Impfangebot im Land Bremen wurde im März 2023 eingestellt. Die Infrastruktur wurde zurückgebaut.	
24	71	Förderprogramm für Corona-Überbrückungshilfe - Erstattung der Umsetzungskosten der Corona-Hilfsprogramme (BAB und BIS)	Abmilderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf Unternehmen in Bremen und Bremerhaven.	Einhaltung Budget	TEUR	3.094	3.094	0	0		
25	03	Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie: Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023	Ausgleich durch kostenfreie altersangemessene Angebotebetien (Nr. 1)	Anzahl der Akzeptanzstellen der FamilienCard (Unternehmen/Einrichtungen)	Anzahl	70	80	10	14	Insgesamt haben in der Projektlaufzeit 72 stationäre Einrichtungen teilgenommen – saisonal schwankende Anzahl durch Angebote wie Freibäder, Outdoor-Bühnen und Eislaufen. Darüber hinaus konnte auf 8 Volksfesten im Land Bremen mit der FreiKarte bei insgesamt 92 Fahr- und Laufgeschäften bezahlt werden. Für den IST-Wert wurden die verschiedenen Volksfeste jeweils als "eine" Akzeptanzstelle hinzuaddiert statt aller Fahrgeschäfte einzeln.	
25	03	Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie: Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023	Ausgleich durch kostenfreie altersangemessene Angebotebetien (Nr. 1)	Anzahl der ausgegebenen FamilienCards	Anzahl	135.000	#####	-719	-1	Die letzte Moantsaussendung für Dezember 2023 von ca. 1.000 Karten für Neugeborenen und Zugezogene wurde gestrichen. Grund für diese Entscheidung war ein zu kurzer Nutzungszeitraum zwischen Anknunft der Karten, der Aktivierungscoodes und dem Gültigkeitsdatum 31.12.2023, insbesondere auch für die Neugeborenen. Hier wurden nur nach Meldung der Berechtigten Karten direkt verschickt, was insgesamt 16 Fälle ausmachte.	
25	21	Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie: Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023	Vermittlung Bildungsinhalte im Rahmen von schulersatzenden und -ergänzenden Maßnahmen (Nr. 4)	Erreichte Schüler:innen	Anzahl	50	50	0	0		
25	31	Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie: Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023	Schaffung eines neuen Modellprojekts der flexiblen Kinderbetreuung (Nr. 5)	Zusätzliches Angebot	Anzahl Standort	2	1	-1	-50	zusätzliche Kita gemeinsam mit Magistrat und JC Bhv. eröffnet.	
25	31	Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie: Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023	Schaffung eines neuen Modellprojekts der flexiblen Kinderbetreuung (Nr. 5)	Zusätzliches Betreuungsangebot	Stunden pro Woche	10	35	25	250		

Nr.	PPL	Vorlagentitel / Maßnahme	Maßnahmenziel	Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung, Kennzahlen bezeichnung	Einheit	Januar	IST 1-	Ist Plan		Kommentierung (bei Bedarf)	Einheit Ziel (Drop-Down)
						P12 2023	14	Abweichung			
						Planwert Dezemb er	IST- Wert Deze	abs.	%		
25	07	Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie: Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023	Bedienstete und Anwärter:innen auf die neuen Herausforderungen während und nach der Covid-19 Pandemie mittels Nachbesprechung und Reflexionen von Einsätzen aufzubereiten (Nr. 10)	Durchgeführte Kurse	Anzahl	1	0	-1	-100	Eine Teilnahme an den Kursen des (mobilen) Reflexionstrainings des Arbeiter-Samariter-Bundes (ABS) wird voraussichtlich erst in 2024 möglich sein. Die inhaltliche Abstimmung und Abwicklung der Kurse erfolgt zusammen mit dem ASB.	
25	07	Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie: Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023	Bedienstete und Anwärter:innen im Rahmen von digitalisierten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen auf neue Herausforderungen mittels der Simulation von Einsatzlagen vorbereiten (Nr. 11)	Einsatz VR-System	Anzahl	1	0	-1	-100	Die Maßnahme befindet sich weiterhin in der konzeptuellen AUsarbeitung. In den nächsten Wochen findet der Übergang zur Projektumsetzung statt. Es kommt zu Umsetzungsverzögerungen.	
25	22	Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie: Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023	Wiederbelebung der amateurmusikalischen Arbeit (Nr. 13)	Einhaltung Budgetrahmen	T€	1	1	0	0		
25	51	Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie: Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023	Verstärkung der Täterarbeit bei pandemiebedingt gesteigener häuslicher Gewalt/Gewalt in nahen Beziehungen bei der Fachberatungsstelle Neue Wege – Wege aus der Beziehungsgewalt sowie dem Verein Männer gegen Männergewalt (Nr. 14)	Erhöhung der Beratungskapazität bei Neue Wege – Wege aus der Beziehungsgewalt	Wochenstunden	25	25	0	0		
25	51	Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie: Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023	Verstärkung der Täterarbeit bei pandemiebedingt gesteigener häuslicher Gewalt/Gewalt in nahen Beziehungen bei der Fachberatungsstelle Neue Wege – Wege aus der Beziehungsgewalt sowie dem Verein Männer gegen Männergewalt (Nr. 14)	Erhöhung der Beratungskapazität beim Verein Männer gegen Männergewalt	Wochenstunden	10	10	0	0		
25	41	Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie: Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023	Entstehung eines gemeinsamen Selbstverständnisses der Bremer Engagementszene (Nr. 16)	Beteiligte Dachverbände/Akteure	Anzahl	25	25	0	0		
25	68	Anträge SKUMS Planungsmitteltopf: Planung neuer SPNV-Haltepunkte (Universität/Technologiepark, Achterdiek, Grambke, Föhrenstraße (unten), Arbergen)	Einrichtung eines Planungsmitteltopfs	Einhaltung Budget	€	600.000	#####	2E+05	27,07	Der Ist-Wert liegt nach folgender Darstellung zwar über dem Planwert, allerdings standen aus der Sönderrücklage 2022 noch 2 Mio. € an Mitteln zur Verfügung, sodass das Budget praktisch eingehalten worden ist.	
25	12	Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie: Umsetzung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen des Bremen-Fonds 2022/2023	Sicherstellung des Angebots des organisierten Sports für alle Zielgruppen durch die Förderung der Übungsleiter:innenausbildung (Nr. 17)	Ausgebildete Übungsleiter:innen	Anzahl	50	50	0	0	Die Mittel werden zweckgebunden verausgabt.	
27	22	Fortsetzung der Unterstützung der Bremischen Kulturlandschaft in der Coronavirus-Krise	Stipendienprogramm freischaffender professioneller KünstlerInnen	Ausgegebene Stipendien	TEUR	81	81	0	0		
27	22	Fortsetzung der Unterstützung der Bremischen Kulturlandschaft in der Coronavirus-Krise	Stipendienprogramm freischaffender professioneller KünstlerInnen	Anzahl ausgegebene Stipendien	ST	23	23	0	0		
28	24	Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur der Hochschulen für gute Lehre und exzellente Forschung – Hochschulinfrastrukturprogramm (Bremen-Fonds)	Sicherung der Infrastruktur für gute Lehre und exzellente Forschung	Forschungsrelevante Geräte- und Laborausstattung	ST	3	3	0	0		
28	24	Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur der Hochschulen für gute Lehre und exzellente Forschung – Hochschulinfrastrukturprogramm (Bremen-Fonds)	Sicherung der Infrastruktur für gute Lehre und exzellente Forschung	Umsetzung von Akutmaßnahmen	ST	1	1	0	0		
28	24	Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur der Hochschulen für gute Lehre und exzellente Forschung – Hochschulinfrastrukturprogramm (Bremen-Fonds)	Sicherung der Infrastruktur für gute Lehre und exzellente Forschung	Vorliegen von Planungsunterlagen	ST	2	2	0	0		
28	24	Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur der Hochschulen für gute Lehre und exzellente Forschung – Hochschulinfrastrukturprogramm (Bremen-Fonds)	Sicherung der Infrastruktur für gute Lehre und exzellente Forschung	Umgesetzte Bauunterhaltungs-/ Instandsetzungsmaßnahmen	ST	13	13	0	0		
28	24	Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur der Hochschulen für gute Lehre und exzellente Forschung – Hochschulinfrastrukturprogramm (Bremen-Fonds)	Energetische Maßnahmen mit nachhaltiger ökonomischer und ökologischer Wirkung (Klimaschutz)	Einsparung Stromverbrauch *) MWh/a	%	0	0	0	#####	eine belastbare Einsparung lässt sich erst mittelfristig beziffern	
28	24	Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur der Hochschulen für gute Lehre und exzellente Forschung – Hochschulinfrastrukturprogramm (Bremen-Fonds)	Energetische Maßnahmen mit nachhaltiger ökonomischer und ökologischer Wirkung (Klimaschutz)	Einsparung Wärmeverbrauch *) MWh/a	%	0	0	0	#####	eine belastbare Einsparung lässt sich erst mittelfristig beziffern	
28	24	Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur der Hochschulen für gute Lehre und exzellente Forschung – Hochschulinfrastrukturprogramm (Bremen-Fonds)	Zukunftsfähigkeit der IT-Infrastruktur für Digitalisierung, insb. hybride Lehre und Medientechnik	Erweiterung der universitären Speicher-Cloud Hier: Festplatten-Kapazität (SSD/NVME)	PB (netto)	1	1	0	0		
28	24	Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur der Hochschulen für gute Lehre und exzellente Forschung – Hochschulinfrastrukturprogramm (Bremen-Fonds)	Zukunftsfähigkeit der IT-Infrastruktur für Digitalisierung, insb. hybride Lehre und Medientechnik	Erweiterung der universitären Speicher-Cloud Hier: zusätzliche virtuelle Maschinen	ST	256	256	0	0	Die Abweichung vom Soll erfolgt aufgrund der Kostensteigerungen und dadurch bedingten Abnahme der Menge	

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Zum Jahresende wurden konsumtive IST-Einnahmen i.H.v. rd. 5,372 Mio. € erzielt, die auf einer Einnahme vom Bund für den Betrieb von Impfzentren (rd. 2 Mio. €), auf Rückzahlungen von Zuwendungen (2,7 Mio. €) sowie auf Einnahmen vom Bund für Corona-Überbrückungshilfen (746 Tsd. €) zurückzuführen sind. Das HH-Soll beläuft sich zum Jahresende auf 5,124 Mio. €, da auch Einnahmen im Rahmen des 2. NTHH im Haushalts veranschlagt wurden. Dementsprechend wurden zum Jahresende Mehreinnahmen von 247 Tsd. € vereinnahmt, die auf weitere Rückzahlungen von Zuwendungen zurückzuführen sind.

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

Im Landeshaushalt sind keine Verrechnungseinnahmen zu verzeichnen/zu erwarten.

Entnahme Rücklage

Das HH-Soll und das IST liegen zum Jahresende bei 229,967 Mio. €. Im Rahmen des 2. NTHH 2023 wurden sämtliche Mittel aus der Sonderrücklage des Bremen-Fonds ausgekehrt und für eine Sondertilgung herangezogen, um die Rücklage aufzulösen.

Personalausgaben

Für die beschlossenen Maßnahmen des Bremen-Fonds beläuft sich das HH-Soll für Personalausgaben zum Jahresende auf 989 Tsd. € und das IST auf 899 Tsd. €. Demnach liegen Personalminderausgaben von rd. 90 Tsd. € vor, die hauptsächlich beim Maßnahmenpaket "1. Tranche der langfristig wirksamen Maßnahmen" entstanden sind.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Für die beschlossenen Maßnahmen des Bremen-Fonds beläuft sich das Haushaltssoll für die konsumtiven Ausgaben zum Jahresende auf 55,607 Mio. € und das IST auf 51,600 Mio. €. Allerdings liegen Haushaltsüberschreitung bzw. Mehrausgaben bei den Maßnahmen "Aktionsprogramms Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" (935 Tsd. €) und "Mehrbedarfe der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zur Bewältigung der epidemischen Lage nationaler Tragweite und deren Folgen" (15 Tsd. €) vor, die im Rahmen der Jahresabrechnung 2023 bei anderen Bremen-Fonds Maßnahmen ausgeglichen wurden. Im Ergebnis liegen daher Minderausgaben von 4,957 Mio. €, die insbesondere bei der Maßnahme „Einführung der Bremer Familiencard“ (4,3 Mio. €) verursacht wurden sowie Mehrausgaben von 950 Tsd. € vor.

Investive Ausgaben

Für die beschlossenen Maßnahmen des Bremen-Fonds beläuft sich das HH-Soll für investive Ausgaben zum Jahresende auf 57,069 Mio. € und das IST auf 56,314 Mio. €. Demnach liegen investive Minderausgaben von rd. 755 Tsd. € vor, die u.a. bei den Maßnahmen "Mehrbedarfe aufgrund der Covid 19-Pandemie im Innenressort" (452 Tsd. €) und „Corona-Hilfe für den ÖPNV“ (160 Tsd. €) entstanden sind.

Verrechnungen / Erstattungen (Ausg.)

Im Landeshaushalt liegen zum Jahresende Verrechnungen/Erstattungen im HH-Soll bei 11,384 Mio. € und im IST bei 11,702 Mio. €. Hierbei handelt es sich um Landeszuweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven für verschiedene Maßnahmen. Allerdings liegen Haushaltsüberschreitung bzw. Mehrausgaben bei den Maßnahmen "Aktionsprogramms Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" (887 Tsd. €) und "Doppelbesetzung an Grundschulen" (291 Tsd. €) vor, die im Rahmen der Jahresabrechnung 2023 bei anderen Bremen-Fonds Maßnahmen ausgeglichen wurden. Im Ergebnis liegen daher Minderausgaben von rd. 0,860 Mio. € sowie Mehrausgaben von 1,178 Mio. € vor.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Einhaltung Budget:

Der PPL 96 - IT-Budget der FHB - hat sein Budget zum Jahresende um rd. 13,249 Mio. € unterschritten. Die Unterschreitung resultiert aus konsumtiven Mindereinnahmen (0,142 Mio. €), konsumtiven Minderausgaben (7,820 Mio. €), sowie investiven Minderausgaben (5,286 Mio. €).

Finanzierungssaldo:

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde zum Jahresende unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen (-7,153 Mio. €) um rd. 3,542 Mio. € unterschritten.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	22.628	253	22.376	8.861,64 %	22.486	22.486	22.628	142	253
Investive Einnahmen			0					0	
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	0	0	0		0	465	465	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0	465	465	0	0
- von Bremerhaven			0					0	
Entnahme Rücklage	12.306	0	12.306	∞ %	12.306	12.306	12.306	0	0
budgetierte Einnahmen	34.935	253	34.682	13.735,46 %	34.793	35.257	35.399	142	253
Personalausgaben			0					0	
Sonst. konsumtive Ausgaben	82.260	69.127	13.133	19,00 %	90.080	90.080	82.260	-7.820	69.127
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	13.784	10.167	3.617	35,58 %	19.070	19.070	13.784	-5.286	10.167
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	330	230	100	43,48 %	330	330	330	0	230
- Land, Stadtgem. u. intern	100	0	100	∞ %	100	100	100	0	0
- an Bremerhaven	230	230	0	0,00 %	230	230	230	0	230
Zuführung Rücklage	7.601	0	7.601	∞ %	7.601	7.601	7.601	0	0
budgetierte Ausgaben	103.975	79.523	24.451	30,75 %	117.082	117.081	103.975	-13.106	79.523
Saldo	-69.040	-79.271	10.231	12,91 %	-82.289	-81.824	-68.576	13.248	-79.271

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	4.173	6.984	6.539	3.500	11.242
investiv	432	3.866	844	842	1.765
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	2.570
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	4.126
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	10.542
Sonderrücklage	551

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich						0			0
Temporäre Personalmittel						0			0
TPM - Flüchtlinge						0			0
Flexibilisierungsmittel						0			0
Zwischensumme						0			0
Refinanzierte						0			0
Ausbildung						0			0
Nebentitel						0			0
Insgesamt						0			0
dar.: Beihilfe / Nachvers.						0			0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich						0,0			0,0
Temporäre Personalmittel						0,0			0,0
TPM - Flüchtlinge						0,0			0,0
Flexibilisierungsmittel						0,0			0,0
Zwischensumme						0,0			0,0
Refinanzierte						0,0			0,0
Ausbildung						0,0			0,0
Insgesamt						0,0			0,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool						0,0			0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge						0,0			0,0
Summe eingesetztes Personal						0,0			0,0
nachr.: Abwesende						0,0			0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: nicht gefährdet im Toleranzbereich gefährdet

Elektronischer Datenaustausch zwischen Behörden sowie Behörden und Bürger*innen/Unternehmen zur Vermeidung papiergestützter Antragsverfahren und damit Entlastung von Bürger*innen, Unternehmen und Verwaltung

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301578(L) OZG-Leistungsbündel [Anz.]	18,00	25,00	-7,00	-28,00 %	25,00		

301578(L):

Von den 575 Verwaltungsdienstleistungen werden in Bremen 295 OZG-Leistungen (Leistungsbündel) den Ressorts zugeordnet, von denen wiederum 61 umgesetzt sind, 72 befinden sich in der Umsetzungsphase und 41 sind in Planung zur Umsetzung. Die weiteren 280 Verwaltungsleistungen sind entweder Bundesleistungen oder sie wurden in der OZG-Umsetzung depriorisiert. Durch die durch den Senat verabschiedete gemeinsame OZG-Umsetzungsstrategie der FHB vom 11.10.2022 und durch die beschlossenen und noch zu beschließenden Ressortstrategien wird in Bremen die OZG-Umsetzung strukturiert angegangen. Der Stand der Umsetzung im Land Bremen und der Kommune Bremen ist wie überall in Deutschland noch nicht finalisiert. Dies liegt insbesondere daran, dass die EfA -Lösungen, die prioritär entsprechend der OZG - Landesstrategie zum Einsatz kommen sollen, aus verschiedensten Gründen in 2023 durch die anbietenden Länder noch nicht fertig gestellt wurden. Ursächlich sind dafür infrastrukturelle Herausforderungen sowie die finanziellen Rahmenbedingungen des EfA-Prinzips.

301578(S):

Von den 575 Verwaltungsdienstleistungen werden in Bremen 295 OZG-Leistungen (Leistungsbündel) den Ressorts zugeordnet, von denen wiederum 61 umgesetzt sind, 72 befinden sich in der Umsetzungsphase und 41 sind in Planung zur Umsetzung. Die weiteren 280 Verwaltungsleistungen sind entweder Bundesleistungen oder sie wurden in der OZG-Umsetzung depriorisiert. Durch die durch den Senat verabschiedete gemeinsame OZG-Umsetzungsstrategie der FHB vom 11.10.2022 und durch die beschlossenen und noch zu beschließenden Ressortstrategien wird in Bremen die OZG-Umsetzung strukturiert angegangen. Der Stand der Umsetzung im Land Bremen und der Kommune Bremen ist wie überall in Deutschland noch nicht finalisiert. Dies liegt insbesondere daran, dass die EfA -Lösungen, die prioritär entsprechend der OZG - Landesstrategie zum Einsatz kommen sollen, aus verschiedensten Gründen in 2023 durch die anbietenden Länder noch nicht fertig gestellt wurden. Ursächlich sind dafür infrastrukturelle Herausforderungen sowie die finanziellen Rahmenbedingungen des EfA-Prinzips.

Kostengünstiger IT-Arbeitsplatz

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300787(L) IT-Kosten pro Arbeitsplatz BASIS.bremen [€]	1.862,000	2.777,000	-915,000	-32,95 %	2777,00		

300787(L):

Die IT-Kosten pro Arbeitsplatz („IT-Querschnittspauschale“) sind plangemäß ausgefallen und setzen sich wie folgt zusammen:

- 1) Client-Betrieb 960 Euro
- 2) Managed Port 390 Euro
- 3) VPN und Video Client 120 Euro
- 4) TK-Port und Endgerät 320 Euro
- 5) Netzbetrieb 72 Euro

1.862 Euro

Sicherheit, Verlässlichkeit und Souveränität

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
300980(L) Vertragserfüllung [%]	100,00	100,00	0,00		100,00		

300980(L):
 Die Verträge der IT Dienstleister wurden erfüllt.

Zufriedenheit der Mitarbeiter*innen mit IT

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301712(L) Gesamtzufriedenheit d.Mitarbeiter mit IT [Anz.]	56,00	37,00	19,00	15,35 %	37,00		

301712(L):
 Das zentrale IT-Management der Freien Hansestadt Bremen und die IT-Verantwortlichen in den Ressorts wollen eine hohe Qualität der vorhandenen Computer, Programme und Dienstleistungen sicherstellen und da, wo es nötig und möglich ist, verbessern. Um dem gerecht zu werden, wird seit Ende 2010 jährlich wiederkehrend eine Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse jährlich ausgewertet und einem Ressort und Vorjahresvergleich unterzogen werden. Die Zielgruppe der Befragung waren alle Endanwender:innen der FHB mit einem IT-Arbeitsplatz.
 Aus diesen Ergebnissen resultieren verschiedene Maßnahmen, die in jährlichen Berichten kurz vorgestellt werden. Die Ergebnisse der Umfragen sowie die Maßnahmenberichte können im MIP abgerufen werden.
 In 2020 wurde die Umfrage umfangreich überarbeitet und die Auswertungssystematik im Zuge des Relaunches umgestellt. Die neue Bewertungsskala reicht von 2 (vollkommen zufrieden), 1 (eher zufrieden), 0 (unentschieden), -1 (weniger zufrieden) zu -2 (gar nicht zufrieden).
 Der 2023er Gesamtindex von 0,56 (Vorjahr 0,55) stellt die Zufriedenheit mit dem Service insgesamt über alle Ressorts dar. Aufgrund technischer Übertragungsfehler wird die Kennzahl im System eHaushalt nicht korrekt dargestellt.
 Für 2023 wurden ca. 9.250 Postfächer angeschrieben. Die Rücklaufquote beträgt 35,8% (n=3.319) und ist somit im Vergleich zum Vorjahr mit 36,3% (n=3.362) leicht gesunken.
 Das zentrale IT-Management wird die Umfrage Mitte 2024 wiederholen und hofft auf rege Teilnahme der Mitarbeitenden. Hierbei sollen durch die wiederholte Durchführung aktuelle Werte ermittelt werden.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Die konsumtiven Einnahmen im Landeshaushalt liegen mit einem Ist in Höhe von 22.628 Tsd. Euro mit 22.375 Tsd. Euro über dem Anschlag.

Hintergrund der erhöhten Einnahmen sind zum einen die Kostenerstattungen vom Bund für Projekte zur Stärkung der digitalen Souveränität (Phoenix): Diese stellen mit erwarteten 21,4 Mio. Euro den wesentlichen Anteil der konsumtiven Einnahmen dar. Der Mittelabfluss an Dataport erfolgte ebenfalls 2023.

Zum anderen umfassen die erhöhten Einnahmen die Refinanzierungseinnahmen aus dem IT-Planungsrat-Projekten „Unternehmenskonto“, „Sorgerechtsregister“ und „Daten-Stelle-Renten-Versicherung (DSRV)“, welche im Anschlag nicht enthalten ist. Sowohl die Refinanzierungseinnahmen aus dem IT-Planungsrat-Projekt, als auch die Kostenerstattungen vom Bund, sind zweckgebunden für diese Projekte zu verausgaben.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben liegen im Landeshaushalt im Ist 13.133 Tsd. Euro über dem Planwert.

Es sind innerhalb der einzelnen Haushaltsstellen im Wesentlichen folgende Planabweichungen festzustellen:

Die Ausgaben in Bezug auf Phoenix („Ausgaben für Projekte zur Stärkung der digitalen Souveränität“) waren im Anschlag nicht abgebildet. Die durch das BMI zur Verfügung gestellten Mittel konnten in 2023 vollständig verausgabt werden.

Einen gegenläufigen Effekt bilden die Sachausgaben für IT Zentral, konsumtive Ausgaben im Projekt ejustice und Ausgaben der Steuerfachverfahren; hier wurden in 2023 nicht so hohe Ausgaben getätigt, wie im Anschlag vorgesehen. Grund hierfür sind u.a. Projektverzögerungen, die zu zeitversetzten Folgekosten führten.

Investive Ausgaben

Die investive Planwertüberschreitung in Höhe von 3.617 Tsd. Euro erklärt sich im Wesentlichen durch Ausgaben in Bezug auf „Ausgaben für IT-Planungsrat Projekte“. Die Ausgaben übersteigen den Planwert, da diese im Planwert nicht abgebildet sind. Es handelt sich bei diesem Sachverhalt um zweckgebundene Mittel, die in Vorjahren eingenommen und den investiven Rücklagen zugeführt wurden. Des Weiteren sind die Ausgaben für die Maßnahme VIS-Einheitsmandant sowie Investive Ausgaben für das Projekt Netze 2023 FHB nicht im rechnerischen Planwert abgebildet.

Finanzierungssaldo

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird 2023 um 3,542 Mio. Euro im Landeshaushalt unterschritten. Den Rücklagen werden 7,601 Mio. Euro zugefügt.

Einhaltung Budget

Der Produktplan 96 hat sein Budget 2023 eingehalten. Das Budget 2023 wird zum Jahresabschluss um 13,249 Mio. Euro im Landeshaushalt unterschritten. Hiervon entfallen rd. 2,570 Mio. Euro auf haushaltsmäßig nicht finanzierte Reste aus dem Vorjahr.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung:

Das Budget wird um 1.204 TEUR (investive Ausgaben) unterschritten. Dieser Betrag wird in eine investive Rücklage zugeführt.

Finanzierungssaldo:

Der Finanzierungssaldo wird nicht überschritten.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	4.586	4.632	-46	-0,98 %	4.632	4.632	4.586	-46	4.632
Investive Einnahmen			0				0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	0	0	0		0	0	0	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0	0	0	0	0
- von Bremerhaven			0				0	0	0
Entnahme Rücklage	0	0	0		0	0	0	0	0
budgetierte Einnahmen	4.586	4.632	-46	-0,98 %	4.632	4.632	4.586	-46	4.632
Personalausgaben			0				0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	7.392	7.392	0	0,00 %	7.392	7.392	7.392	0	7.392
Zinsausgaben			0				0	0	0
Tilgungsausgaben			0				0	0	0
Investive Ausgaben	20.742	26.084	-5.341	-20,48 %	21.992	21.992	20.742	-1.250	26.084
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	0	0	0		0	0	0	0	0
- Land, Stadtgem. u. intern	0	0	0		0	0	0	0	0
- an Bremerhaven	0	0	0		0	0	0	0	0
Zuführung Rücklage	1.204	0	1.204	∞ %	0	0	0	0	0
budgetierte Ausgaben	29.338	33.476	-4.138	-12,36 %	29.383	29.384	28.134	-1.250	33.476
Saldo	-24.751	-28.844	4.092	14,19 %	-24.751	-24.752	-23.548	1.204	-28.844

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	0	0	0	0
investiv	4.291	16.523	11.980	8.695	5.929
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	0
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	9
Sonderrücklage	1.781
Verlustvortrag	2.010

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich						0			0
Temporäre Personalmittel						0			0
TPM - Flüchtlinge						0			0
Flexibilisierungsmittel						0			0
Zwischensumme						0			0
Refinanzierte						0			0
Ausbildung						0			0
Nebentitel						0			0
Insgesamt						0			0
dar.: Beihilfe / Nachvers.						0			0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich						0,0			0,0
Temporäre Personalmittel						0,0			0,0
TPM - Flüchtlinge						0,0			0,0
Flexibilisierungsmittel						0,0			0,0
Zwischensumme						0,0			0,0
Refinanzierte						0,0			0,0
Ausbildung						0,0			0,0
Insgesamt						0,0			0,0
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool						0,0			0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge						0,0			0,0
Summe eingesetztes Personal						0,0			0,0
nachr.: Abwesende						0,0			0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: nicht gefährdet im Toleranzbereich gefährdet

Absicherung der Zentralfinanzierung für den Dienstleister Immobilien Bremen für die Unterhaltsreinigung in öffentlichen Gebäuden

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301149(L) Leistung Unterhaltsreinigung [€]	6.144.191,0 00	5.514.400,0 00	629.791,000	11,42 %	5514400,00		

301149(L):
 Die Verteilung Stadt/Land ist kalkulatorisch vorgenommen worden.

Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Vermeidung von Personenschäden in den öffentlichen Gebäude des Sondervermögens Immobilien und Technik

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301148(L) Leistung Hausmeisterdienste [€]	1.540.637,0 00	1.604.900,0 00	-64.263,000	-4,00 %	1604900,00		

301148(L):
 Die Abweichung liegt bei ca. 3,9%. Im Hausmeisterbereich hängen die tatsächliche Ist-Kosten davon ab, wieviele Personalanforderungen es durch die Nutzerressorts gibt. Auf Grund neuer Vertragspartner (z. B. Kita Bremen) fallen die tatsächlichen Ist-Kosten höher aus.

Bewirtschaftung, Verwaltung und Weiterentwicklung des Vermögens der SVIT nach kaufmännischen Grundsätzen

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301456(L) Leistung Projektsteuerung [€]	668.700,000	2.028.600,0 00	-1.359.900,0	-67,04 %	2028600,00		

301456(L):
 60% der Betriebsleistung basiert auf der Bewertung unfertiger Leistungen.

Finanzielle Absicherung von Sanierungsmaßnahmen der Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) im Rahmen der vom Senat beschlossenen Gebäudesanierungsprogramme sowie von neuen Baumaßnahmen der Ressorts die SVIT des Landes und der Stadtgemeinde Bremen

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuer- barkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301144(L) Mittelabfluss Sanierung [€]	4.142.000,0 00	16.905.500, 000	-12.763.500,	-75,50 %	16905500,0 0		
301145(L) Mittelabfluss Neu- und Umbaumaßnahmen [€]	3.482.000,0 00	7.789.000,0 00	-4.307.000,0	-55,30 %	7789000,00		

301144(L):
 Die Mittelabflüsse bei der Sanierung liegen unter den Planwerten. Es gibt zeitliche Verzögerungen bei den Bau- und Planungsabläufen. Die Budgets konnten zum Jahresende nicht umgesetzt werden.

301145(L):
 Die Mittelabflüsse bei den Neu-/Umbaumaßnahmen liegen unter den Planwerten. Es gibt zeitliche Verzögerungen bei den Bau- und

Planungsabläufen. Die Budgets konnten zum Jahresende nicht umgesetzt werden.

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Aufgrund der Verschiebung des Gebäudes GVZ von Land in Stadt kam es zu einer Mindereinnahme in Höhe von 0,046 Mio. €. Demnach wurde das Haushaltssoll in Höhe von 4,632 Mio. € unterschritten auf 4,586 Mio. €.

Sonst. konsumtive Ausgaben

Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes und zur Einhaltung vertraglicher Verpflichtungen (Reinigung, Zentralfinanzierungen Einkauf und Vergabe) wurden die im Berichtszeitraum eingeplanten Mittel in Höhe von 7,392 Mio. € an die Immobilien Bremen ausgezahlt.

Investive Ausgaben

Grundlage des investiven Gesamtbudgets von 26,084 Mio. € bilden im Schwerpunkt die Mittel für die Fortsetzung von Sanierungsmaßnahmen und der Modernisierung der Inhouse-Verkabelung im SVIT (18,120 Mio. €), Klimaschutzinvestitionen (3,649 Mio. €) Nutzermittel des PPL 11 (4,2 Mio. Euro). Aufgrund einer Nachbewilligung zugunsten des PPL 22 (0,240 Mio. €) ergibt sich eine Einsparung zulasten der Sanierungsmaßnahmen, sodass sich das vor. Soll und vor. IST dementsprechend reduziert. Des Weiteren wurde eine weitere Einsparung zulasten der Sanierungsinvestitionen von 3,852 Mio. € zur Realisierung der veranschlagten globalen Minderausgaben vorgenommen. Durch Projektverzögerungen sind 1,249 Mio. € nicht abgeflossen. Davon wurden 1,204 Mio. € in die Investive Rücklage verschoben, der Restbetrag von 0,046 Mio. € wurden zum Ausgleich der Mindereinnahmen der Eigenkapitalverzinsung herangezogen.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo wird eingehalten.

Einhaltung Budget

Das Budget wird nicht überschritten.

KOMMENTAR - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

FINANZDATEN

Budgeteinhaltung Land

In dem 2023 eingerichteten Produktplan 99 „Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise“ sind Mittel für die Bekämpfung und Abmilderung der Klimakrise sowie der negativen Folgen des Ukraine-Kriegs und der Energiekrise im Landeshaushalt eingestellt worden.

Die Bürgerschaft hat in zweiter Lesung am 20.12.2023 den zweiten Nachtragshaushalt 2023 beschlossen. Ziel dieses Nachtragshaushalts war es insbesondere, die notlagenbedingte Kreditaufnahme und somit die Veranschlagung unter Berücksichtigung der Vorgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 auf den zu erwartenden jahresbezogenen Mittelabfluss 2023 anzupassen und etwaige Rücklagenzuführungen zu streichen. Im November 2023 wurden in Vorbereitung des zweiten Nachtragshaushalts alle betroffenen Fachressorts in einer Abfrage aufgefordert, ihre Mittelabfluss-Prognosen aus dem Controlling 1-9/2023 haushaltsstellenscharf zu überprüfen und, wo notwendig, Anpassungen vorzunehmen. Die aktualisierten Mittelabfluss-Prognosen wurden im zweiten Nachtragshaushalt herangezogen, um für 2023 im Produktplan 99 „Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise“ haushaltsstellenscharfe Veranschlagungen vorzunehmen. Die Einzelmaßnahmen erhielten somit einen festgelegten Barmittelanschlag in 2023 basierend auf der Höhe des prognostizierten Mittelabflusses. Die bei den Finanzdaten hinterlegten rechnerischen Planwerte konnten aus Zeitgründen im System nicht aktualisiert werden, sondern spiegeln noch den ursprünglichen Stand vor Beschlussfassung des zweiten Nachtragshaushalts wieder.

Insgesamt reduzierten sich durch den zweiten Nachtragshaushalt die Anschläge im PPL 99 gegenüber dem ersten Nachtragshaushalt von ursprünglich 735 Mio. € zzgl. 2.265 Mio. € Rücklagenzuführung auf 361,533 Mio. € in 2023. In der Veranschlagung enthalten sind verbleibende Globalmittel-Ansätze von 20 Mio. € für sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des zweiten Nachtragshaushalts noch in Vorbereitung befindliche Maßnahmenbeschlüsse. Der Haushaltsanschlag für die Globalmittel wird im Controlling des Landeshaushalts nicht abgebildet, da das Aggregat AUSG.GLOMA nicht Teil des Controllings ist. Die Globalmittel wurden im weiteren Vollzug maßnahmenbezogen nach entsprechenden Gremienbeschlüssen für die konkreten Ausgabeaggregate wie bspw. konsumtive Ausgaben in Höhe von 15,243 Mio. € bereitgestellt. Ferner sind in der Veranschlagung 100 T € an Mittel enthalten, die gesperrt bereitgestellt worden sind und daher in der weiteren Betrachtung des Haushaltssolls nicht enthalten sind.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Effekte sowie weiterer Einnahmeverfügbarmittel (40 T €) beläuft sich das Budget (Haushaltssoll) im Landeshaushalt zum Jahresende auf 356,676 Mio. €, davon 86,191 Mio. € für die Maßnahmen der vier Fastlanes sowie 270,485 Mio. € für die „Ukraine/Energiekrise“-Maßnahmen (ehem. „Globalmittel-Maßnahmen“). Im Landeshaushalt wird das Budget zum Jahresende eingehalten bzw. unterschritten. Dem Haushaltssoll stehen (Netto-)Ausgaben im IST i.H.v. 300,003 Mio. € gegenüber, woraus sich eine Unterschreitung des Budgets i.H.v. 56,673 Mio. € ergibt. Gegenüber dem Anschlag inklusive der verbleibenden, nicht in Anspruch genommenen Globalmittel (4,757 Mio. €) sowie der gesperrten Mittel (100 T €) erhöht sich die Unterschreitung auf 61,530 Mio. €.

Die IST-Ausgaben verteilen sich i.H.v. 80,181 Mio. € auf die Fastlanes und i.H.v. 219,822 Mio. € auf die „Ukraine/Energiekrise“-Maßnahmen.

Bei den „Ukraine/Energiekrise“-Maßnahmen entfallen Unterschreitungen gegenüber dem Budget u.a. auf die folgenden drei Maßnahmen:

- „Unterstützung insbesondere von Zuwendungsempfängenden bei Energiemehrkosten“ (Minderausgaben 30,125 Mio. €)
- „Ukraine-bedingte Bundesentlastung (Pauschalentlastungsgesetz)“ (Mehreinnahmen 15,650 Mio. €)
- „Ausweitung des Stadttickets Bremen auch für die Bezieher von Wohngeld“ (Minderausgaben 1,244 Mio. €)

Bei den Fastlanes entfallen Unterschreitungen gegenüber dem Budget u.a. auf die folgenden Maßnahmen:

- „Entwicklung von nachhaltigen und klimafreundlichen Wirtschaftsflächen im Land Bremen“ (Minderausgaben 2,758 Mio. €)
- „Fachkräfte, Qualifizierung bzw. Weiterbildungscampus für das Land Bremen im Bereich erneuerbarer Energien“ (Minderausgaben 1,076 Mio. €)
- „Sonstige Kliniken: Energieeffizienzmaßnahmen in der TGA und Wärmedämmung Bauteile“ (Minderausgaben 0,439 Mio. €)

Neben Abweichungen im Mittelabfluss aufgrund von Projektverzögerungen lassen sich die Unterschreitungen gerade bei den „Ukraine/Energiekrise“-Maßnahmen vor allem auf eingeschränkte Prognostizierbarkeit zurückführen. So war es den Ressorts nur schwer möglich, vorherzusagen, in welchem Umfang noch von Zuwendungsempfängenden Anträge für Energiemehrkosten gestellt werden würden und inwieweit diese zu bewilligen wären. Auch konnten die Einnahmen aus dem Pauschalentlastungsgesetz bei der Veranschlagung noch nicht berücksichtigt werden; die entsprechende Beschlussfassung zur Mittelverwendung konnte im Haushalts- und Finanzausschuss erst am 08.12.2023 erfolgen. Ferner wurden die verbleibenden Globalmittel zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges und der Energiekrise für in Vorbereitung befindliche Gremienbeschlüsse vorgehalten, deren vollumfängliche

Umsetzbarkeit finanziell abzusichern war, deren tatsächlicher Bedarf aber letztlich aufgrund von Betragskonkretisierungen geringer ausfiel.

Insgesamt führen die Unterschreitungen zu einer reduzierten Notlagen-Kreditaufnahme im Landeshaushalt und reduzieren damit auch die Tilgungslasten für die Folgejahre. Die veranschlagten Kreditermächtigungen mussten somit nicht vollständig in Anspruch genommen werden. Die verbleibenden Restmittel wurden – nach ppl-internem Ausgleich von Mindereinnahmen-/Mehrausgaben – entsprechend den Vorgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 gestrichen.

Einhaltung Finanzierungssaldo Land

Siehe Budgeteinhaltung.

Der zulässige Finanzierungssaldo im Landeshaushalt wird eingehalten bzw. unterschritten. Im Landeshaushalt belaufen sich die bei der Ermittlung des zulässigen Finanzierungssaldos einzuberechnenden Verlagerungen aufgrund der Globalmittelbereitstellung auf rd. 15,243 Mio. €, sodass sich der zulässige Finanzierungssaldo auf 356,776 Mio. € beläuft. Demgegenüber stehen saldierte Ausgaben im IST i.H.v. rd. 300,003 Mio. €; es liegt hier eine Unterschreitung i.H.v. rd. 56,773 Mio. € vor, die auf die bei der Budgeteinhaltung aufgeführten Effekte zurückzuführen ist. Die Abweichung zwischen der Unterschreitung des Budgets (56,673 Mio. €) und der Unterschreitung des Finanzierungssaldos (56,773 Mio. €) ergibt sich durch die gesperrt veranschlagten Mittel i.H.v. 100 T €, die im Budget nicht enthalten sind.

Gegenüber dem Gesamtanschlag inklusive der verbleibenden, nicht in Anspruch genommenen Globalmittel (4,757 Mio. €) sowie der gesperrten Mittel (100 T €) erhöht sich die Unterschreitung auch beim Finanzierungssaldo auf 61,530 Mio. €.

PERSONALDATEN

Mit dem 2. Nachtragshaushalt 2023 wurden die Anschläge Ende 2023 in Höhe des durch die Ressorts prognostizierten Ist gebildet. Die Mittel waren auskömmlich.

LEISTUNGSDATEN

Im Rahmen des Controllings 1-14 wurden durch die maßnahmenverantwortlichen, fremdbewirtschaftenden Fachressorts die Leistungsziele und Kennzahlen des PPL 99 einzeln bewertet und eingeschätzt. Die nachfolgende Kommentierung erfolgt hier differenziert nach Fastlane-Kennzahlen (Klimakrise) und Kennzahlen zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs und der Energiekrise.

Ziele und Kennzahlen Ukraine/Energiekrise

Für die Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs und der Energiekrise war dabei grundsätzlich je Maßnahme mindestens eine eigene Leistungskennzahl vorgesehen, um den Erfolg der einzelnen Maßnahmen messen zu können. Die aufgrund der Anzahl von „Ukraine/Energiekrise“-Maßnahmen umfangreichen und vielfältigen Kennzahlen im Bereich Ukraine/Energiekrise werden für das Controlling in tabellarischer Form übermittelt und sind als gesondertes Blatt beigefügt.

Über alle Ebenen betrachtet wurden bei den „Ukraine/Energiekrise“-Maßnahmen 67 von 97 Kennzahlen erreicht; wurden also entweder exakt mit dem angestrebten Wert erfüllt oder mit einem Wert erfüllt, mit dem das Ressort die Maßnahme als abgeschlossen einordnen bzw. die Zieleinhaltung als „nicht gefährdet“ einstufen konnte.

Die zusammenfassende Kennzahl für die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ukraine/Energiekrise „Mittelabfluss 2023“ (Summe aller Maßnahmen) wurde unterschritten. Geplant war eine komplette Verausgabung der Mittel und somit ein Mittelabfluss von 100 %. Der IST-Wert beträgt im Betrachtungszeitraum jedoch nur 80 %. Ursächlich ist vor allem die schlechte Prognostizierbarkeit einiger Maßnahmen, bei denen gleichzeitig sichergestellt werden sollte, dass die Maßnahmen finanziell ausreichend abgesichert waren. Ein Beispiel hierfür sind die Unterstützungsleistungen, insbesondere von Zuwendungsempfängenden, bei Energiemehrkosten. Hier konnten bis zum Jahresende noch Anträge in schwer vorhersehbarer Höhe zur Auszahlung kommen.

Insgesamt werden 18 der 95 Ziele als gefährdet eingestuft. In 15 Fällen beruht die Gefährdung darauf, dass die entsprechende Maßnahme nicht umgesetzt wurde. Bei drei dieser Kennzahlen wurde die Nichtumsetzung damit begründet, dass eine Umsetzung der zugehörigen Maßnahme nicht mehr innerhalb des Bewilligungszeitraumes möglich gewesen sei. Bei weiteren 4 Kennzahlen wurde von einer Umsetzung der Maßnahme aus Gründen der Wirtschaftlichkeit Abstand genommen.

Bei den übrigen drei gefährdeten Kennzahlen wurden folgende Ziele angestrebt:

- „Stärkung Trinkwassernetzversorgung“: Hier konnten Maßnahmen zur Brunneninstandsetzung in 2023 nicht mehr durchgeführt werden, sodass nur 19 von 30 Trinkwasserbrunnen wiederhergestellt werden konnten.
- „Sprachförderangebote zur raschen Integration von infolge des Ukraine-Kriegs zugewanderten Kindern in den schulischen und vorschulischen Einrichtungen“: Hier nahmen nur 18 ukrainische Lehrkräfte an Sprachkursen teil (Plan: 30). Allerdings nutzten einige Beschäftigte das Angebot mehrfach, um ihre Sprachkompetenz noch weiter zu steigern.
- „Einrichtung von Willkommensklassen für ukrainischen Flüchtlinge“: Angestrebt wurde die Einrichtung von 12 Willkommenklassen. Die Mittel wurden für die Sanierung eines Gebäudes genutzt, welches ausreichend Platz für 2 Willkommenklassen bietet. Bis zum Jahresende konnten auch nur 2 Willkommenklassen direkt dem Ukraine-Komplex zugeordnet werden.

Ziele und Kennzahlen Fastlanes

Die Ergebnisse der vier Fastlanes sind auf Ebene der zusammenfassenden Ziele hinterlegt. Dies bedeutet, dass die Kennzahlen auf Produktenebene die Ergebnisse der Kennzahlen auf Produktbereichs- und Produktgruppenebene zusammenfassen.

Für einen Teil der Kennzahlen war im Jahr 2023 durchgehend ein Planwert von 0 vorgesehen. Hintergrund hierfür ist, dass die Projekte und ihre Ziele/Kennzahlen langfristig ausgerichtet waren: So erfolgte in 2023 häufig erst die Planungsphase und eine CO₂-Einsparung zum Beispiel wurde dementsprechend zwar schon als Kennzahl angesetzt, aber erst in den Folgejahren erwartet. Von den 59 insgesamt bei den Fastlane vorgesehenen Kennzahlen, weisen 21 einen kumulierten Planwert von 0 für das Jahr 2023 aus.

Für die Fastlane „Ausbau und Dekarbonisierung der Fern- und Nahwärmeversorgung sowie Einführung eines Landeswärmegesetzes“ wurde im PPL 99 im Jahr 2023 kein Mittelabfluss verzeichnet. Dementsprechend vermeldete SUKW auch keine Fortschritte bei den Zielen und Kennzahlen.

Für die Fastlane „Massive Verbesserung CO₂-armer Mobilitätsangebote“ wurde von SBMS bereits im Controlling 1-9 vermeldet, dass sich alle Projekte noch in der Vorbereitungsphase befänden. Die Projektfortschritte bei den Maßnahmen verliefen demnach nicht, wie ursprünglich geplant. So konnte für das Maßnahmenziel „Dekarbonisierung des Verkehrs mit Fokus auf die Eisenbahn“ nur ein Planungsfortschritt von 12% statt der ursprünglich angepeilten 100% erreicht werden. Bei den Maßnahmenzielen „Dekarbonisierung des Verkehrs mit Fokus auf den ÖPNV“ und „Ausweitung der Intermodalität innerhalb des Verkehrs“ liegen in 2023 alle IST-Werte bei 0, wobei in einem Fall dieses Ergebnis auch als Planwert erwartet wurde. Insgesamt konnten 6 der 15 Planwerte in dieser Fastlane erreicht werden. Auch bei dem Ziel der „Dekarbonisierung des Verkehrs“ ist die Planung nicht soweit gediehen, wie ursprünglich erwartet (IST: 10%, Plan: 100%), allerdings konnten erste Teilziele realisiert werden: 50 Ladepunkte wurden eingerichtet (Plan: 330) und 6 Tonnen CO₂ konnten eingespart werden (Plan: 112 t). Die Kennzahlen des Maßnahmenziels „Dekarbonisierung des Verkehrs mit Fokus auf den Fuß- und Radverkehr“ konnte dem Plan entsprechend eingehalten werden.

In der Fastlane „Energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands“ wurden alle 151 SVIT-Maßnahmen und 24 WSI-Maßnahmen dem Plan entsprechend angestoßen. Insgesamt wurden 6 der 10 für 2023 angesetzten Kennzahlen erreicht. Die CO₂-Einsparung bei der Werkstatt Bremen (Plan: 5,761 t) und dem Umweltbetrieb Bremen (Plan: 0,14 t) konnten noch nicht erreicht werden. Auch bei den Kliniken konnten nur 15 statt der angepeilten 60 Tonnen CO₂ eingespart werden. In Fall der Kliniken ist es allerdings so, dass bisher auch nur 3 von 17 Maßnahmen zum Abschluss gebracht wurden. Laut SGFV befinden sich die übrigen Maßnahmen jedoch alle in der Umsetzung, die entsprechenden Mittelabrufe sind erfolgt und es wurden keinerlei Probleme gemeldet. Positive Signale gibt es auch bei der energetischen Sanierung der Gebäude der Hochschulen zu vermelden: Der angestrebte Planwert von 8 Tonnen CO₂-Reduktion in 2023 konnte erreicht werden.

Bei der Fastlane „Dekarbonisierung und klimaneutrale Transformation der Wirtschaft (insbesondere der Stahlproduktion, Energieerzeugung und Infrastruktur)“ entsprechen 8 von 10 Kennzahlen den angegebenen Planwerten. Allerdings wurde zum Beispiel eine CO₂-Einsparung in der Fastlane für 2023 noch nicht erwartet, weshalb mehrere Planwerte bei 0 liegen. Bei dem Ziel „Klimaneutrale Transformation der Wirtschaft“ konnte keine der Planungseinheiten zur Umsetzung gebracht werden (Plan: 7). Das Wirtschaftsressort führt dies laut Kommentar auf Projektverzögerungen wegen Drittmittelprüfung zurück. In Bezug auf das Ziel „Errichtung einer Elektrolyseanlage mit 10 MW Leistung (Hybit)“ konnte die Kennzahl „ArcelorMittal, Anschlüsse vorh. Systeme“ ebenfalls nicht erfüllt werden (Ist: 0 %, Plan: 100 %).

MASSNAHMEN-/STEUERUNGSVORSCHLAG

kein Handlungsbedarf.

1. RESSOURCENEINSATZ - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

KAMERALE FINANZDATEN

	Januar - P14 2023					Jahresplanung 2023			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert	Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vor. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
Konsumtive Einnahmen	40	0	40	∞ %	40	40	40	0	0
Investive Einnahmen			0					0	
Verrechnungen/Erstattungen (Einn.)	15.650	0	15.650	∞ %	0	15.650	15.650	0	0
-Land, Stadtgem. u. intern	15.650	0	15.650	∞ %	0	15.650	15.650	0	0
- von Bremerhaven			0					0	
Entnahme Rücklage			0					0	
budgetierte Einnahmen	15.690	0	15.690	∞ %	40	40	15.690	15.650	0
Personalausgaben	203	0	203	∞ %	253	253	203	-50	253
Sonst. konsumtive Ausgaben	151.191	0	151.191	∞ %	182.773	182.773	151.191	-31.582	185.951
Zinsausgaben			0					0	
Tilgungsausgaben			0					0	
Investive Ausgaben	52.058	235.384	-183.326	-77,88 %	57.692	57.692	52.059	-5.633	58.548
Verrechnungen/Erstattungen (Ausg.)	112.241	0	112.241	∞ %	115.998	115.999	112.241	-3.758	96.781
- Land, Stadtgem. u. intern	80.189	0	80.189	∞ %	82.552	82.552	80.188	-2.364	67.044
- an Bremerhaven	32.052	0	32.052	∞ %	33.446	33.447	32.053	-1.394	29.736
Zuführung Rücklage	0	2.264.616	-2.264.616	-100,00 %	0	0	0	0	0
budgetierte Ausgaben	315.693	2.500.000	-2.184.307	-87,37 %	356.716	356.717	315.694	-41.023	341.533
Saldo	-300.003	-2.500.000	2.199.997	88,00 %	-356.676	-356.677	-300.004	56.673	-341.533

VALUTIERENDE VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

	Abdeckung im Jahr				
	2023	2024	2025	2026	2027
	Tsd. EUR				
konsumtiv	0	750	0	0	0
investiv	0	42.543	14.236	11.321	8.727
Zins-/ Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

AUSGABERESTE, RÜCKLAGENBESTAND UND VERLUSTVORTRÄGE

	Tsd. EUR
Ausgabestelle	0
Ausgabestelle im Übertrag nach 2024	0
Allgemeine Budgetrücklage	0
Investive Budgetrücklage	0

PERSONALDATEN

	P14 2023			kumuliert Januar - P14 2023			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Tsd. EUR									
Kernbereich				0	0	0	0	0	0
Temporäre Personalmittel				63	69	-6	63	69	-6
TPM - Flüchtlinge				140	184	-45	140	184	-45
Flexibilisierungsmittel				0	0	0	0	0	0
Zwischensumme				203	253	-51	203	253	-51
Refinanzierte				0	0	0	0	0	0
Ausbildung				0	0	0	0	0	0
Nebentitel				0	0	0	0	0	0
Insgesamt				203	253	-51	203	253	-51
dar.: Beihilfe / Nachvers.				0	0	0	0	0	0
Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)									
Kernbereich				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Temporäre Personalmittel				0,8	0,9	-0,1	0,8	0,9	-0,1
TPM - Flüchtlinge				1,8	2,4	-0,5	1,8	2,4	-0,5
Flexibilisierungsmittel				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme				2,7	3,3	-0,6	2,7	3,3	-0,6
Refinanzierte				0,0		0,0	0,0		0,0
Ausbildung				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt				2,7		2,7	2,7		2,7
nachr.: Zentraler Beschäftigungspool				0,0		0,0	0,0		0,0
nachr.: Zentrale Poolmittel Flüchtlinge				0,0		0,0	0,0		0,0
Summe eingesetztes Personal				2,7		2,7	2,7		2,7
nachr.: Abwesende				0,0		0,0	0,0		0,0

PERSONALSTRUKTUR

	Dez 2023	2023	Dez 2022
	Ist	Planwert	Ist
Bezug: Anzahl der Beschäftigten		%	
Beschäftigte bis 35 Jahre			
Beschäftigte über 55 Jahre			
Frauenquote			
Teilzeitquote			
Schwerbehindertenquote			

2. STRATEGISCHE ZIELE / KENNZAHLEN / MENGENGERÜSTE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

Zielerreichung: ● nicht gefährdet ▲ im Toleranzbereich ■ gefährdet

Ausbau und Dekarbonisierung der Fern- und Nahwärmeversorgung sowie Einführung eines Landeswärmegesetzes ■

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuerbarkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301911(L) Erstellung vorbereitenden Dokumente 2023 [%]		100,00	-100,00				

Massive Verbesserung CO2-armer Mobilitätsangebote ■

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuerbarkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301912(L) Planung Dekarbonisierung ÖPNV/Eisenbahn [%]	6,00	101,00	-95,00				
301935(L) CO2-Einsparung Mobilität [t]	6,000	251,000	-245,000	-97,61 %			

Energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands ●

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuerbarkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301913(L) Anzahl begonnene Maßnahmen [Anz.]	185,000	185,000	0,000	0,00 %			

301913(L):
 Für diverse Maßnahmen wurden entsprechende Planungsmittel bereitgestellt bzw. wurden abgerufen.

Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs und der akuten Energiekrise ●

	Januar - P14 2023		Ist-Plan Abweichung		2023 Planwert	Steuerbarkeit	Status
	Ist	Planwert	abs.	%			
301914(L) Anteil erreichter Kennzahlen [%]	69,00	80,00	-11,00				
301915(L) Mittelabfluss 2023 [%]	80,00	99,00	-19,00				

3. ANALYSE/BEWERTUNG - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

3.1 KAMERALE FINANZDATEN

Konsumtive Einnahmen

Im Haushalt des Landes wurden konsumtive Einnahmen i.H.v. 40 Tsd. € vom Bund für Härtefallhilfen bei Energiemehrkosten vereinnahmt. Diese Mittel wurden dem Zweck entsprechend zur Verausgabung zur Verfügung gestellt.

Investive Einnahmen

Im Haushalt des Landes wurden keine investiven Einnahmen verzeichnet.

Verrechnungen / Erstattungen (Einn.)

Im Haushalt des Landes wurden haushaltsintern 15,650 Mio. € vom PPL 93, Zentrale Finanzen aus Steuernehreinnahmen vereinnahmt, die vom Bund für ukraine-bedingte Belastungen nach dem Pauschalentlastungsgesetz zur Verfügung gestellt wurden. Diese Mittel wurden genutzt, um die erforderliche Kreditfinanzierung im Rahmen des Produktplans 99 um einen entsprechenden Betrag zu reduzieren.

Entnahme Rücklage

-

Personalausgaben

Im Haushalt des Landes wurden 0,203 Mio. € für Personal verausgabt. Das Haushaltssoll für Personalausgaben betrug 0,253 Mio. €. Diese Budgetunterschreitung lässt sich u.a. auf Personalminder Ausgaben innerhalb der folgenden Maßnahmen zurückführen:

- „Materialausstattung zur Vorsorge im Katastrophenschutzbereich Sozial- und Betreuungswesen“ (32 Tsd. €)
- „Kurzfristige Mehrbedarfe des Innenressorts zur Bewältigung der Folgen des Ukraine Kriegs und der Energiekrise“ (8 Tsd. €)
- „Härtefallhilfen für kleine und mittlere Unternehmen wegen stark gestiegener Energiekosten“ (6 Tsd. €)

Sonst. konsumtive Ausgaben

Im Haushalt des Landes betrug das Haushaltssoll für sonstige konsumtive Ausgaben 182,773 Mio. €. Dem standen Ausgaben im IST in Höhe von 151,191 Mio. € gegenüber. Die Unterschreitung i.H.v. 31,581 Mio. € lässt sich u.a. auf folgende Ursachen und Maßnahmen zurückführen:

- „Unterstützung insbesondere von Zuwendungsempfängenden bei Energiemehrkosten“ (30,125 Mio. €): Das Potenzial der zu erwartenden Anträge der Zuwendungsempfängenden war bis zum Jahresende weder in ihrer Höhe noch in ihrer Anzahl gut abzuschätzen. Im Sinne der Gleichbehandlung sollte die Auszahlung der Ansprüche in jedem Fall bis zum letzten Tag der möglichen Inanspruchnahme abgesichert sein, weshalb viele Ressorts sich - auch noch kurz vor Jahresende – für eine vorsichtige Absenkung bzw. Beibehaltung ihres erwarteten Mittelabflusses entschieden haben.
- „Härtefallhilfen für kleine und mittlere Unternehmen wegen stark gestiegener Energiekosten“ (0,665 Mio. €): Das Förderprogramm konnte zu weiten Teilen mit Bundesmitteln umgesetzt werden, die prioritär in Anspruch genommen wurden.
- „Informationskampagne zur Vermeidung von Notlagen in Folge der Ukraine-Krise (PPL 51 und 99)“ (0,354 Mio. €): Der notwendige Zuschuss an die Verbraucherzentrale Bremen e.V. zur Umsetzung der Informationskampagne fiel aufgrund von Personalvakanzan seitens der Verbraucherzentrale geringer als erwartet aus.

Zinsausgaben

-

Tilgungsausgaben

-

Investive Ausgaben

Im Haushalt des Landes betrug das Haushaltssoll für investive Ausgaben 57,692 Mio. €. Dem standen Ausgaben im IST in Höhe von 52,058 Mio. € gegenüber. Die Unterschreitung i.H.v. 5,634 Mio. € lässt sich u.a. auf folgende Ursachen und Maßnahmen zurückführen:

- „Entwicklung von nachhaltigen und klimafreundlichen Wirtschaftsflächen im Land Bremen“ (2,758 Mio. €): Hier konnten Maßnahmen zum Teil mit Bundesförder- und Eigenmitteln finanziert werden. Andere Projekte konnten nicht mehr in 2023 in einen Umsetzungsstand gebracht werden, der einen Mittelabfluss ermöglicht hätte.
- Nicht-öffentliche Maßnahme (0,178 Mio. €): Lieferengpässe führten zum verzögerten Mittelabfluss.
- „Maßnahmen zur Bewältigung des Umgangs mit den Folgen des Ukraine-Krieges und der Gasmangellage, Energiepreiskrise (PPL 68 Klima, Umw., Mobil., Stadtentw. u. Whgbau)“ (0,11 Mio. €): Hier konnte der angestrebte Austausch der vorhandenen Leuchtmittel gegen stromsparende LEDs nicht umgesetzt werden, da die Leitungen ebenfalls hätten modernisiert werden müssen, was sich innerhalb des vorhandenen Budgets nicht umsetzen ließ.

Verrechnungen / Erstattungen (Ausg.)

Im Haushalt des Landes betrug das Haushaltssoll für Verrechnungs-/Erstattungsausgaben 115,998 Mio. €. Dem standen Ausgaben im IST in Höhe von 112,241 Mio. € gegenüber. An die Stadtgemeinde Bremen flossen hierbei 80,189 Mio. € bei einem Haushaltssoll von 82,552 Mio. €. An die Stadtgemeinde Bremerhaven wurden 32,052 Mio. € bei einem Haushaltssoll von 33,446 Mio. € verausgabt.

Die Unterschreitung i.H.v. 3,757 Mio. € lässt sich u.a. auf folgende Ursachen und Maßnahmen zurückführen:

- „Ausweitung des Stadttickets Bremen auch für die Bezieher von Wohngeld“ (1,244 Mio. €): Seitens der Wohngeldstelle wurden keine Anträge nach dem vereinbarten Abrechnungsverfahren gestellt.
- „Kurzfristige Mehrbedarfe des Innenressorts zur Bewältigung der Folgen des Ukraine Kriegs und der Energiekrise“ (0,779 Mio. €): Da ein Teil der Aufträge auf städtischer Ebene nicht mehr in 2023 realisiert werden konnte, fand kein vollständiger Mittelabfluss statt.
- „Ko-Finanzierung der Bundesmittel für die Wohngeldreform einschl. der Umsetzungskosten in Bremerhaven im Jahr 2023“ (0,461 Mio. €): Durch eine zeitlich verzögerte Besetzung der Stellen, fielen die angesetzten Personalkosten in Bremerhaven nicht in voller Höhe an.

Zuführung Rücklage

In Übereinstimmung mit der durch das BVerfG in seinem Urteil zum zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021 am 15.11.2023 zum Ausdruck gebrachten Notwendigkeit einer zeitlichen Kopplung der Feststellung einer Notlage an den Einsatz der Kreditermächtigung, findet keine Rücklagenzuführung statt.

PPL-BEZOGENE RÜCKLAGEN - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

	investive Rücklage			allgemeine Budgetrücklage		
	JAB	aktuell	Veränderung	JAB	aktuell	Veränderung
Tsd. EUR						
01 Bürgerschaft	357	1.037	680	449	449	0
02 Rechnungshof				753	753	0
03 Senat, Senatskanzlei	59	68	9			
04 Europa, Entwicklungszusammenarbeit	0	15	15	7	7	0
05 Bundesangelegenheiten	73	31	-42	386	386	0
06 Datenschutz und Informationsfreiheit	58	68	10	3	3	0
07 Inneres	549	1.623	1.074			
08 Gleichberechtigung der Frau	1	1	0	153	153	0
09 Staatsgerichtshof				0	0	0
11 Justiz	326	129	-197	9.332	6.034	-3.298
12 Sport						
21 Kinder und Bildung						
22 Kultur	109	22	-87	23	23	0
24 Hochschulen und Forschung	7.966	3.766	-4.199	1.174	0	-1.174
31 Arbeit	18	8	-10	60	60	0
41 Jugend und Soziales						
51 Gesundheit und Verbraucherschutz	14.819	17.038	2.219	1.664	4	-1.660
68 Klima, Umw., Mobil, Stadtentw. u. Whgbau	21.437	26.046	4.609	3.714	0	-3.714
71 Wirtschaft	2.992	2.255	-737	625	625	0
81 Häfen	76	642	567	76	76	0
91 Finanzen / Personal	947	2.527	1.580	68	0	-68
92 Allgemeine Finanzen	553	183	-370			
93 Zentrale Finanzen	756	193	-564			
95 Bremen-Fonds						
96 IT-Budget der FHB	12.939	10.542	-2.397	0	0	0
97 Immobilienwirtschaft und -management	9	9	0			
99 Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise						
Gesamtsumme	64.045	66.205	2.160	18.487	8.573	-9.914

SONDERRÜCKLAGEN - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

	JAB	aktuell	Veränderung
	Tsd. EUR		
24 Hochschulen und Forschung			
Sonderrücklage gesamt	350	0	-350
Mehreinnahmen EFRE-Programm 2014-2020 (Wissenschaft) (L)	350	0	-350
41 Jugend und Soziales			
Sonderrücklage gesamt	10.661	10.013	-648
AUSGLEICHSABGABEN-RUECKLAGE NACH DEM SCHWERBEHINDERTENGESETZ (L)	8.491	7.673	-819
Sonderrücklage Kriegsopferfürsorge (L)	2.170	2.340	170
51 Gesundheit und Verbraucherschutz			
Sonderrücklage gesamt	20.452	21.392	940
Sonderrücklage Ausgleichsfonds Pflegeberufeausbildung (L)	20.452	21.392	940
68 Klima, Umw., Mobil, Stadtentw. u. Whgbau			
Sonderrücklage gesamt	17.776	27.847	10.071
ABWASSERABGABE-RUECKLAGE (L)	4.788	5.416	628
AUSGLEICHSABGABEN-RUECKLAGE FUER EINGRIFFE IN NATUR UND LANDSCHAFT (L)	1	1	0
Sonderrücklage Deutschlandticket (L)	0	16.146	16.146
Sonderrücklage Handlungsfeld Klimaschutz (Land) (L)	9.041	0	-9.041
WASSERENTNAHMEGEBUEHR-RUECKLAGE (L)	3.946	6.284	2.337
71 Wirtschaft			
Sonderrücklage gesamt	52.476	32.971	-19.505
Sonderrücklage EFRE 2014 - 2020 (Wirtschaft) (L)	43.559	13.426	-30.133
Sonderrücklage EFRE 2021 - 2027 (Wirtschaft) (L)	2.800	15.078	12.278
Sonderrücklage EFRE-REACT (Wirtschaft) (L)	2.162	302	-1.860
Sonderrücklage GRW (Wirtschaft-PPL71) (L)	1.675	1.675	0
Sonderrücklagen EMFF 2014-2020 (L)	2.280	2.490	210
81 Häfen			
Sonderrücklage gesamt	6.836	9.498	2.662
ERNEUERUNGSRUECKLAGE FISCHEREIHAFEN- BETRIEBS- UND ENTWICKLUNGSGES. BRHV. (L)	293	293	0
Sonderrücklage "Deichschutz Bremerhaven" (L)	6.543	6.582	39
Sonderrücklage Brexit (L)	0	557	557
Sonderrücklage Projekt "Wetterextreme" (Land) (L)	0	2.066	2.066
91 Finanzen / Personal			
Sonderrücklage gesamt	4.672	2.159	-2.513
Sonderrücklage Bundesbau Bremen (L)	0	1.800	1.800
Sonderrücklage für S/4 HANA/HKR 4.0 (Land) (L)	4.672	359	-4.313
92 Allgemeine Finanzen			
Sonderrücklage gesamt	33.409	22.227	-11.183
ARBEITNEHMERBEITRAEGE NACH DEM BREMISCHEN RUHELOHNGESETZ (L)	5.509	6.053	544
BUDGETRUECKLAGE ALLGEMEINE FINANZEN (L)	2.384	1.584	-800
BUDGETRUECKLAGE ZENTRAL VERANSCHLAGTE PERSONALAUSGABEN (L)	16.169	14.589	-1.580
Sonderrücklage für den Ausbau des Schul- und Kinderbetreuungsbereichs (Land) (L)	9.346	577	-8.769
93 Zentrale Finanzen			
Sonderrücklage gesamt	266.414	292.930	26.516
Sonderrücklage Digitale Dividende II (investiv) (L)	625	209	-416
Sonderrücklage für Finanzierungsbedarfe Hochschulen/Forschung (L)	0	4.110	4.110
Sonderrücklage zur Finanzierung von umsatzsteuerfinanzierten Maßnahmen (L)	0	30.000	30.000
Zentrale Stabilitätstrücklage PPL 93 Zentrale Finanzen (L)	265.789	258.611	-7.178
95 Bremen-Fonds			
Sonderrücklage gesamt	229.967	0	-229.967

Rücklagen und Verlustvorträge

Version: 01-14/23 28.03.24

Sonderrücklage Bremen-Fonds (Land) (L)	229.967	0	-229.967
96 IT-Budget der FHB			
Sonderrücklage gesamt	2.860	551	-2.309
Sonderrücklage Mehrausgaben im Projekt RDZ TKÚ (Land) (L)	2.860	551	-2.309
97 Immobilienwirtschaft und -management			
Sonderrücklage gesamt	0	1.781	1.781
Sonderrücklage EU-Programme EFRE 2021-2027 (SF-PPL97, Land) (L)	0	1.204	1.204
Gesamtsumme	645.873	421.369	-224.504

VERLUSTVORTRÄGE - ANTEILE IM HAUSHALT DES LANDES

	JAB	aktuell	Veränderung
	Tsd. EUR		
07 Inneres			
Verlustvortrag gesamt	1.189	1.189	0
VERLUSTVORTRAG (INNERES PPL 07) (L)	1.189	1.189	0
24 Hochschulen und Forschung			
Verlustvortrag gesamt	1.766	1.766	0
Verlustvortrag im Rahmen des EFRE-Programms 2021-2027, PPL 24 (EU-abrechnungsbedient) (L)	638	638	0
Verlustvortrag im Rahmen des EFRE-REACT, PPL 24 (EU-abrechnungsbedient) (L)	1.128	1.128	0
31 Arbeit			
Verlustvortrag gesamt	8.568	17.042	8.474
Verlustvortrag (EU-Förderphase 2014-2020 ESF) (L)	8.568	11.752	3.184
Verlustvortrag im Rahmen des ESF-Programms 2021-2027 PPL 31 (EU-Abrechnungsbeding) (L)	0	5.290	5.290
68 Klima, Umw., Mobil, Stadtentw. u. Whgbau			
Verlustvortrag gesamt	9.468	12.132	2.665
Verlustvortrag (PPL 68 EFRE REACT) (L)	1.048	1.537	489
Verlustvortrag (PPL 68 EU-Förderphase 2014 - 2020 EFRE) (L)	7.738	7.738	0
Verlustvortrag (PPL 68 EU-Förderphase 2021 - 2027 EFRE) (L)	682	2.857	2.175
71 Wirtschaft			
Verlustvortrag gesamt	2.616	13.217	10.602
Verlustvortrag EFRE 2021 - 2027 (Wirtschaft-PPL71) (L)	749	7.248	6.499
Verlustvortrag EFRE REACT (Wirtschaft-PPL71) (L)	1.246	5.349	4.103
Verlustvortrag EMFF-Programm 2014-2020 (L)	620	620	0
97 Immobilienwirtschaft und -management			
Verlustvortrag gesamt	760	2.010	1.249
Verlustvortrag im Rahmen des EFRE-Programms 2021-2027, PPL97(EU-abrechnungsbedient) (L)	760	2.010	1.249
Gesamtsumme	24.367	47.357	22.990

Herausgeber:

Der Senator für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: +49 421 361-94168
Fax: +49 421 496-94168
Mail: presse@finanzen.bremen.de

Hinweise: Diese Veröffentlichung
steht auf der Internetseite des
Senators für Finanzen als PDF-
Dokument zur Verfügung.